



auftrag

April 1987

163/164

● **auftrag**

April 1987

Heft 163/164 — 27. Jahrgang

3	27. Woche der Begegnung	
	Einen herzlichen Gruß den Delegierten	<i>Helmut Fettweis</i>
6	Grundwerte leben	<i>Jürgen Bringmann</i>
7	Offener Brief	<i>Willy Trost</i>
8	Liebe Freunde	<i>Heinz Köpflinger</i>
9	Fragen zum Thema : Grundwerte leben	
10	Der Staat und die Grundwerte	<i>ZdK</i>
15	Grundwerte leben	<i>Paul Schulz</i>
25	— Wandel der Grundwerte...	
26	— Grundwerte	
27	Zeichen der Zeit	<i>Wilhelm Lehmkämpfer</i>
34	Werte in der demokratischen Gesellschaft	<i>Karl-Wilhelm Becker</i>
57	Einführung in das Thema Grundwerte	<i>Willy Trost</i>
65	Kinder sind mehr als das Echo unserer Träume	<i>Hans Bahrs</i>
	Kirche	
66	Ein Priester und Seelsorger von säkularer Bedeutung	<i>Lothar Groppe</i>
79	Vom Soldaten zum Diakon	<i>Karl Heinz Waap</i>
81	Dir, Gott, sei Lob und Dank!	<i>Hans Bahrs</i>
82	Lebendige Pfarrgemeinderäte — aktive Verbände	<i>Franz Hengsbach</i>
85	Mit brennender Sorge — Nachtrag	<i>H. F.</i>
87	Frieden — Freiheit — Verteidigung	
	Gedanken zur Wehrdienstpflicht und zur	
	Verweigerung aus Gewissensgründen	<i>Gustav C. Liebig</i>
104	Militärseelsorge und Bundeswehr sind Partner	<i>Manfred Wörner</i>
109	Gesellschaft	
	Kann der Affe einen qualitativen „Sprung“ tun?	<i>Albino Luciano</i>
110	Ärger (ärger) mit Kondomen!?	<i>H. F.</i>
113	Über die Osterhasen	<i>Hans Bahrs</i>
114	Aus GKS und PGR	
	Wehrbereich II	<i>Emil Kladiwa</i>
115	Wehrbereich III	<i>Ralf Wittkamp</i>
116	Freyung	<i>Franz Pauli</i>
117	Mainz	
	Bonn	<i>Elke A. Fettweis</i>
119	Hammelburg	<i>Eva Albert</i>
120	Bonn	<i>Astrid Rühle</i>
121	Aus der nahen und weiten Welt	
	Österreich	<i>Michael Haubl</i>
123	Parroquia nuestra Señora de los Dolores	<i>Eduardo Cano</i>
126	SWA/Namibia	<i>Walter Jüptner</i>
132	„Kinder in Afrika...“	<i>Karl Breyer</i>
135	„Das Mutterland ruft uns“	<i>Karl Breyer</i>
140	Informationen aus Kirche und Welt	
143	Nun, zum Festtag aller Mütter	<i>Hans Bahrs</i>
144	Das aktuelle Buch	

27. Woche der Begegnung

Einen herzlichen Gruß den Delegierten!

Am dritten Fastensonntag — am 22. März — sitze ich in meinem Arbeitszimmer — die Manuskripte für Heft 163/164 sind schon in der Druckerei — und versuche, Ihnen etwas zum Gruß zu sagen.

Schaue ich in die Natur, dann liegt noch Schnee im Garten. Der Wind weht mit Heftigkeit ums Haus. Und doch spitzen schon die Tulpen und Narzissentriebe aus dem Erdreich und aus dem dünnen Schnee.

Die Sträucher haben bereits kräftige Knospen getrieben, die nur auf einen warmen Sonnenstrahl zu warten scheinen, um aufzuspringen.

Beim frühen Morgenspaziergang versuchten die Vögel schon ein Lied — es waren noch kümmerliche Bruchteile. Aber dieses Werden der Natur auf den Frühling hin kann zu dem Vergleich mit dem Reich Gottes anregen, das schon da — aber eben noch nicht deutlich erkennbar ist. Überall da, wo Sünde überwunden oder gemieden wird, wo Gerechtigkeit und Frieden obsiegen, da wird etwas vom Reiche Gottes spürbar. Da kann man erahnen, was es bedeutet, welche Herrlichkeit uns geschenkt werden wird, wenn das Reich Gottes Wirklichkeit geworden ist.

Doch wir leben hier und heute und müssen uns entscheiden, ob wir mit unseren Gaben beitragen wollen zu eben diesem Werden des Reiches Gottes. Dieses Reich Gottes ist um der Menschen willen da, es wird die Heimat der Schöpfung sein, die Gott aus dem Nichts geschaffen und dem Menschen als Wohnung angeboten hat.

So wird also auch der Himmel eines Tages „menschengerecht“ sein. In der Hingabe an Gott wird das Glück eine Ewigkeit dauern. Es liegt an uns, immer wieder an den Auftrag, den Gott uns gab, zu denken.

In diesem Sinne begeben wir uns auch zur 27. Woche der Begegnung. Wir wollen im menschlichen Miteinander uns klar werden, was es heißt, im Hinblick auf das Wesen der Menschen, „Grundwerte zu leben“.

Was sind Grundwerte?

Wer gab sie uns?

Sind sie unwandelbar?

Wie wirkt sich das „Grundwerte-Leben“ im täglichen Leben aus?

Was bedeuten Grundwerte für den Menschen

- in der Jugend
- als Erwachsener
- als Mann
- als Frau
- als Ehepartner
- als Berufstätiger
- als Hausfrau
- als Gesunder
- als Kranker
- als Soldat
- als ...?

Es ist unmöglich, die ganze Bandbreite menschlicher Beziehungen zu diesem Thema auszuloten. Und die GKS war gut beraten, zunächst nur einen Teil der Thematik in drei Arbeitskreisen zu behandeln. Weitere müssen, das ist schon heute erkennbar, folgen.

Den Rahmen hierzu bietet die Heimvolksschule „Kardinal von Galen“ in Stapelfeld bei Cloppenburg. Dieses Begegnungshaus wurde am 28. April 1976 nach erheblichen Umbaumaßnahmen aus einem ehemaligen Kinderheim erstellt. Die Gründung der Heimvolkshochschule erfolgte schon am 1. Januar 1974.

Mit der Namensgebung wurde des Kardinals Clemens August von Galen, des unerschrockenen Bischofs von Münster (1933–1946), gedacht.

Sein Geist soll in diesem Haus lebendig erhalten werden. Und etwas vom Geist dieses mutigen Kardinals tut uns auch heute not. Es ist nicht mehr selbstverständlich, Grundwerte anzuerkennen und nach ihnen zu leben. So viele handeln anders.

Sieht man in die politische Landschaft, da scheinen Desorientierung und Gewalt größere Stellenwerte zu haben als Ordnung, Frieden und Konsens.

Da wird Frieden vor ungeahnten Bedrohungen gefordert und im Umgang mit dem Nächsten nicht gewährt.

Die Gesellschaft — dargestellt in vielen Medien — scheint nur noch aus Menschen zu bestehen, denen das Wichtigste Genuß und Wohlleben sind.

In der Arbeitswelt fordert man — selbst mit Androhung von Gewalt — mehr Lohn *und* weniger Arbeit, statt Verzicht auf Erhöhung und teilen mit dem, der arbeitslos ist.

Man nimmt das Wort der Kirche, der Bischöfe für sich in Anspruch, wenn es paßt, verneint aber ihre Zuständigkeit, wenn es um moralische und ethische Fragen geht. Sicher-

lich ist es schwerste Schuld, wenn ein Staat, der Schutzfunktion hat, Leben vernichtet. Aber ebenso versäumt der Staat seine Aufgaben, wenn er es zuläßt, daß Einzelne Leben aus teilweise unverantwortbaren Gründen vernichten. Das ist dann persönliche Schuld, aber auch Versäumnis einer politischen Führung.

Da muß die Kirche warnen!

Wenn Sie sich nun in dieser Zeit diesem schwierigen Thema „Grundwerte leben“ widmen, dann müssen Verantwortliche in Kirche, Gesellschaft und Staat dafür danken.

Sie — liebe Delegierte — können aber auch gewiß sein, daß dieses Tun im Sinn unseres Herrn und Erlösers Jesu Christi ein gutes Werk ist. Sie dürfen aber, wenn sie Ihr Tun, ihre Diskussionen mit Gebet und Gottesdienst begleiten und in der demütigen Achtung vor Gottes Wort, vor der Person des Nächsten, des Kameraden verrichten, davon überzeugt sein, daß Sie einen wichtigen Beitrag leisten zum Bau des Reiches, das uns verheißen ist.

In diesem Jahr liegt die Woche der Begegnung zwischen Ostern und Pfingsten, zwischen der Auferstehung, als Sieg über Sünde und Tod, und dem Erscheinen des Geistes vom Vater, der unsere Wege leiten wird.

Nehmen Sie daher die Arbeit auf sich. Ringen Sie um das Wort — das Widerwort — und wieder um das Wort. Wenn dann die Taten folgen, haben Sie beigetragen zum Bau seiner Kirche, dem Heilszeichen in dieser Welt. Stellen Sie Ihr Tun aber demütig unter den Schutz des Allerhöchsten und bitten Sie vor allen Entscheidungen:

„Komm, Heiliger Geist, und erfülle die Herzen Deiner Gläubigen.“

(Aus dem Tagesgebet der GKS)

Helmut Fettweis

Grundwerte leben!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

Sie wissen, daß sich die GKS für die kommenden zwei Jahre vorgenommen hat, über die christlichen Grundwerte unter dem Gesamthema „Grundwerte leben“ nachzudenken. Das Unterthema für 1987 lautet dazu „Unser Einsatz für die Grundwerte — gelegen oder ungelegen“; dieses Thema steht auch über der 27. „Woche der Begegnung“, die vom 27. April bis 1. Mai 1987 in Stapelfeld stattfindet.

Der Bundesvorstand der GKS bittet alle Kreise und (Wehr-)Bereiche, sich intensiv mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Willy Trost, ruft in einem „Offenen Brief“ zur Mitarbeit auf — der Brief ist in diesem Rundbrief abgedruckt und wird auch im „Kompaß“ und im „auftrag“ veröffentlicht.

Bitte schicken Sie den Fragebogen zum Thema Grundwerte, der diesem Rundbrief beiliegt, spätestens bis zum 1. April ausgefüllt an Major Heinz Köpflinger, den Vorsitzenden des Sachausschusses „Konzeption“, zurück. Auf seinen Brief vom 9. Februar 1987, der nach dem „Offenen Brief“ des Bundesvorsitzenden folgt, weise ich besonders hin. Da die Antwort auf die Fragen in den wenigsten Fällen direkt auf dem Fragebogen erfolgen kann, bitte ich, dem Fragebogen ggf. eine Anlage mit Ihren Antworten beizufügen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Jürgen Bringmann

Materialien zum Thema „Grundwerte leben“

- Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe 1977 „Grundwerte verlangen Grundhaltungen“ hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1
- Erklärung der Kommission 1 „Politik, Verfassung, Recht“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken „Der Staat und die Grundwerte“ vom 3.9.1976, hrsg. vom ZdK, Hochkreuzallee 246, 5300 Bonn 2
- Schriftenreihe Grundwerte und Wertbewußtsein, herausgegeben von der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle Haus Hoheneck, Hoheneck-Verlag GmbH, 4700 Hamm 1
 - Heft 1 „Umgang mit Werten“
 - Heft 2 „Grundwert Glaube“
 - Heft 3 „Grundwert Hoffnung“
 - Heft 4 „Grundwert Liebe“
 - Heft 5 „Grundwert Wahrheit“

Offener Brief

Willy Trost

Darf ich offen zu Ihnen sein, ohne fürchten zu müssen, daß Sie das sachlich Gemeinte persönlich nehmen? In der Hoffnung darauf, daß Sie diese Frage positiv beantworten können, schreibe ich diesen Brief und wünsche mir, daß Sie ihn auch zu Ende lesen.

Der Apostel Paulus schreibt in seinem zweiten Brief an Timotheus (2. Tim 3,1–5), wie er die Menschen in den letzten Tagen sieht: „Die Menschen werden selbstsüchtig sein, habgierig, prahlerisch, überheblich, böse, ungehorsam gegen die Eltern, undankbar, ohne Ehrfurcht, lieblos, unversöhnlich, verleumderisch, unbeherrscht, rücksichtslos, roh, heimtückisch, verwegen, hochmütig, mehr dem Vergnügen als Gott zugewandt.“

Laufen wir nicht hinter dem Leben her? Ist es nicht zu einfach, wie wir unser Leben leben, es gestalten? Viele Menschen schaffen sich Ersatz-Götter. Diese heißen: Schönheit, Jugend, sexuelle Freiheit, Geld, Macht, Ruhm, Konsum, Genuß. Es scheint, als seien die Gier nach Wohlstand und die Sucht nach Ansehen sehr viel leidenschaftlicher als der Wunsch nach einem Leben nach den Werten und in der Ordnung Gottes.

Viele Menschen suchen und verschaffen sich kleine, einfache Freuden, um die Leere ihres Lebens, den Hunger ihrer Seelen auszufüllen. Dies sind besorgniserregende Tatsachen und Tendenzen. Gerade deshalb müssen wir die Realitäten der Gegenwart und ihre Gefahren für die Zukunft klar und nüchtern sehen. Wir müssen wieder erkennen, was etwas wert ist, wo der Grund unseres Lebens liegt, welche „Grundwerte“ wirklich unseren Weg und unsere Zukunft bestimmen. Nur dann können wir aus dem Gegebenen den Mut für eine Umkehr und die Kraft dazu gewinnen, in Zuversicht die Zukunft zu gestalten. Es lohnt sich, meine ich.

Eine große Chance bietet dafür die Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in ihrem Jahresthema „Grundwerte leben“ bei:

- der „Woche der Begegnung 1987“,
- der Bearbeitung von Fragebogen zum Thema,
- den Arbeitskonferenzen der (Wehr-)Bereiche,
- Diskussionen mit anderen und zu Hause,
- Gesprächen im und mit dem GKS-Kreis.

Deshalb die herzliche Bitte: Denken, überlegen, handeln und gestalten Sie mit. Beteiligen Sie sich an dem anspruchsvollen und uns alle angehenden Thema der GKS „Grundwerte leben“. Werden Sie aktiv, schreiben Sie uns, oder werden Sie aktives Mitglied unserer Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

„Grundwerte leben“ — leben sie wirklich — leben wir nach ihnen?

Liebe Freunde,

„Grundwerte leben“ heißt das Thema, mit dem sich die Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf allen Ebenen in den nächsten beiden Jahren befassen soll.

Die Mitarbeit der „Basis“ steht dabei an erster Stelle. Bitte sprechen Sie in Ihrem Kreis über den anliegenden Fragebogen und beantworten Sie ihn nach Ihren Vorstellungen so gut wie möglich.

Für den Einstieg ins Thema ist ein Verzeichnis geeigneter Schriften und Äußerungen beigefügt. Natürlich können sich auch einzelne Mitglieder oder Interessierte mit dem Thema in Form eines Aufsatzes befassen. Gute Beiträge werden in unserer Zeitschrift „auftrag“ veröffentlicht.

Während der nächsten „Woche der Begegnung“ werden Ihre Antworten in Arbeitsgruppen ausgewertet. Das Ergebnis dient dem Bundesvorstand bzw. dem Sachausschuß „Konzeption“ als Grundlage für die Erstellung eines Arbeitsheftes „Grundwerte“, das den Kreisen als Hilfe für weitere Diskussionen zugesandt wird.

Doch zunächst ist Ihre Mitarbeit gefragt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis 1. April 1987 an mich zurück.

Für Ihre Mühe und die Bereitschaft zur Mitarbeit bedanke ich mich schon jetzt recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Heinz Köpflinger

Fragen zum Thema: Grundwerte leben

1. Was verstehen Sie unter Grundwerten?
 - a) christliche
 - b) allgemeine
2. Woran erkennt man Grundwerte?
 - a) Merkmale
 - b) Was sind die Grundwerte für Sie persönlich wert?
3. Wie zeigen sich Grundwerte?
 - a) in Staat und Gesellschaft
 - b) im Beruf als Soldat
 - c) im persönlichen Bereich (Ehe und Familie)
 - d) in unserer Kirche
 - e) in der Freizeit
4. Welche Grundwerte sind besonders wichtig? (Schwerpunkte)
Welche werden Ihrer Ansicht nach vernachlässigt?
5. Wo sehen Sie Grundwerte verwirklicht? (Beispiele)
 - a) in Staat und Gesellschaft
 - b) im Beruf als Soldat
 - c) im persönlichen Bereich (Ehe und Familie)
 - d) im GKS-Kreis
 - e) in der Freizeit
6. Das Jahresthema 1987/88 der GKS lautet: Grundwerte leben
 - a) Wie interpretieren Sie dieses Thema?
 - b) Leben Grundwerte im GKS-Kreis oder lebt der Kreis entsprechend den Grundwerten?
 - c) Fühlen Sie sich von diesem Thema angesprochen?
 - d) Wie setzen Sie dieses Jahresthema in Ihrem Kreis um?
7. Sind die „Ziele und Wege der GKS“ (Auftrag Nr. 155) eine Hilfe bei der Arbeit in Ihrem GKS-Kreis? Können Sie Beispiele nennen?

Der Staat und die Grundwerte

Ein Diskussionsbeitrag der Kommission I „Politik, Verfassung, Recht“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

I. Was verstehen wir unter Grundwerten?

1 Für den einzelnen Menschen stellt alles einen Wert dar, was er erstrebt oder haben will bzw. was er sich geschaffen und erworben hat. Da jedermann seine eigenen Anlagen, seine eigenen Interessen und sein eigenes Schicksal hat, hat er dementsprechend auch seine eigenen, von denen anderer Menschen abweichenden Wertvorstellungen. Die Grundwerte dagegen bestimmen sich nicht nach der Einschätzung der einzelnen, sondern sind im Wesen des Menschen begründet. Deshalb gelten sie für jedermann, weil er Mensch ist. Ihre Verwirklichung dient nicht diesem oder jenem besonderen Interesse, sondern der Erfüllung des Sinns menschlichen Lebens. Die Grundwerte weisen den Menschen einerseits über sich hinaus und auf seinen Ursprung hin; sie stellen andererseits die Voraussetzungen und verbindlichen Orientierungspunkte für ein menschenwürdiges Leben in der Welt dar.

2 Zu den Grundwerten gehören insbesondere Liebe, Wahrheit, Schönheit, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit. Deren Bedeutung und die Weise, wie sie verwirklicht werden, sind in den verschiedenen Lebensbereichen verschieden, also z. B. im religiösen Leben anders als im politischen, im öffentlichen Leben anders als im privaten. Sie stehen nicht unverbunden nebeneinander, sondern alle Grundwerte sind Erscheinungsweisen der Humanität, durch die wir uns von allen anderen Lebewesen unterscheiden. So bilden sie einen Gesamtzusammenhang, eine Grundwerteordnung, in der jeder einzelne Wert von den anderen mitbestimmt ist. Wenn man einen von ihnen vernachlässigt oder verkennt; so hat das Rückwirkungen auf alle anderen.

II. Der Ursprung der Grundwerte und ihre Einheit im Person-Sein

3 Nach christlichem Glauben ist der Mensch Gottes Geschöpf und Ebenbild; er ist der Sünde verfallen, besitzt aber die Zusage der Erlösung. Auf diese Glaubensüberzeugung geht die Feststellung zurück, daß der Mensch Person ist. Sie ist zum Kern der sittlichen Überzeugung aller Menschen unserer Zeit geworden — auch derer, die keine Christen sind. Person-Sein heißt, daß der Mensch sein Recht auf Leben und seine Würde nicht anderen Menschen verdankt, nicht von der Gesellschaft verliehen bekommt, sondern daß er sie unveräußerlich durch sein bloßes Dasein besitzt. Daher ist er für seinesgleichen unverfügbar und gestaltet sein Leben in eigener Verantwortung. Er strebt nach Vollkommenheit, bleibt aber unvollkommen und in der Begrenztheit seiner Individualität befangen.

4 Im Person-Sein haben alle Grundwerte ihre Einheit; jeder einzelne von ihnen spiegelt die personale Natur und Würde des Menschen wider. Die Gemeinsamkeit des Person-

Erklärungen und Verlautbarungen der Kommissionen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sind Äußerungen dieser Kommissionen. Nach der Geschäftsordnung für die Kommissionen bedarf ihre Veröffentlichung der Zustimmung durch das Präsidium des ZdK.

Seins ist der Grund menschlicher Solidarität. Solidarität bezeichnet die Tatsache, daß sich der einzelne nur im Zusammenleben mit anderen als Person ausbilden kann und daß die Gesellschaft aus dieser Selbstverwirklichung ihrer Glieder hervorgeht. Solidarität bezeichnet daher aber auch unsere Verpflichtung, uns an den Grundwerten gemeinsamen Mensch-Seins zu orientieren und uns im Alltag unserem Aufeinander-Angewiesensein entsprechend zu verhalten.

III. Was ist die Aufgabe des Staates?

5 Den Staat erleben wir in der täglichen Praxis in erster Linie als allgegenwärtige Verwaltungsorganisation, die vielerlei Leistungen von uns fordert, Verbote und Gebote aufstellt; ebenso aber auch vielfältige Leistungen für den einzelnen erbringt, vorausgesetzt, daß dieser einen Anspruch darauf nachweisen kann. Schon an den Bezeichnungen vieler Ministerien der Länder und des Bundes kann man ablesen, in welchem Maße der Staat allgemeine Daseinsvorsorge betreibt, z.B. auf den Gebieten der Wirtschaft, des Verkehrs, der Ernährung, des Städtebaus und vieler sozialer Aufgaben.

6 Die eigentliche Bedeutung des Staates besteht jedoch darin, daß er die umfassende und allgemein verbindliche Ordnung darstellt, die es den Bürgern ermöglicht, auch im öffentlichen Bereich und in Bezug auf diejenigen Angelegenheiten, welche die Gesellschaft als Ganzes betreffen, so zusammenzuleben und zusammenzuwirken, wie es ihre personale Natur fordert und damit der Würde des Menschen entspricht. Nur wenn die politische Ordnung auf das Person-Sein und die Grundwerte, die sich davon ableiten, unbedingt festgelegt ist, kann es jenen Zustand des inneren Friedens geben, der die Voraussetzung für freie Entfaltung des einzelnen wie für Gerechtigkeit bildet.

IV. Die Bindung des Staates an die Grundwerte

7 Auch im Staatsleben geht es also darum, die Grundwerte zu verwirklichen. Der Staat ist nicht das Instrument zur Durchsetzung der Interessen und Zwecke der jeweiligen Mehrheit. Er ist auch kein bloß funktional zustandegekommenes Ergebnis der Machtauseinandersetzung zwischen Gruppen, Schichten oder Klassen. Er ist die Form, in der die Gesellschaft trotz aller Gegensätze, die in ihr bestehen, ihre Orientierung an den Grundsätzen der Humanität für das öffentliche Leben vergegenwärtigt und in öffentliche Praxis umsetzt. Mithin ist der Staat gerade als Träger hoheitlicher Gewalt zwar eine von der Gesellschaft unterscheidbare, nicht aber eine von ihr getrennte Instanz. Man kann ihn daher nicht von der Verantwortung für die Grundwerte entbinden und die Kompetenz dafür ausschließlich der Gesellschaft zuweisen.

8 Die verfassungsmäßige Ordnung ist nichts anderes als die institutionelle und normative Konkretion des Person-Seins und der daraus sich herleitenden Grundwerteordnung. Nicht nur die in der Verfassung verbürgten Grundrechte, sondern auch die parlamentarische Staatsform, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und viele andere Institutionen und Grundsätze der

staatlichen Ordnung dienen der Verwirklichung der personalen Natur und der Würde des Menschen im Bereich des öffentlichen, insbesondere des politischen Lebens. Speziell die Grundrechte haben den Zweck, das Verhältnis zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger bzw. seinen Gruppen im Sinne der Grundwerte zu gestalten. Denn die gemeinsame Orientierung des öffentlichen Lebens an den Grundwerten kann in zahllosen Einzelfällen des Alltags nur durchgesetzt werden, wenn sie von einer gemeinsamen Macht garantiert ist. Diese Macht muß aber ihrerseits auf die Freiheit und die Unverfügbarkeit der Person verpflichtet, der Disziplin des Rechts und der Pflicht zur Gerechtigkeit unterworfen sein.

9 Die Feststellung, daß der Staat nicht nur für die Grundwerte verantwortlich ist, sondern sie vergegenwärtigt und verwirklicht, ist keine idealistische Zutat zu den Funktionen seiner Verwaltungsorganisation und unterstellt dieser nicht eine höhere Weihe, die ihr nicht zukommt. Sie bedeutet vielmehr, daß der Staat als Verfassungsordnung wie als Verwaltungsorganisation unbedingt auf die Grundwerte festgelegt ist. Diese sind für ihn unverfügbar. Sie sind ihm absolut übergeordnet; nur soweit er sich an ihnen orientiert, entspricht er den Grundsätzen und Forderungen der Humanität.

V. Wie können sich die Grundwertvorstellungen ändern?

10 Der Mensch als Person und Sozialwesen bleibt im Kern sich stets gleich. Schwankungen unterliegen aber die Vorstellungen, die er sich von seinem Sein und Sollen macht; dabei ist er nicht vor Irrtümern geschützt. Das betrifft auch die Grundwertvorstellungen. So werden die Menschen z. B. zwar immer die Freiheit als Grundwert betrachten und erstreben: Doch wenn sich das Bild, das sie von sich haben, verändert, verändern sich auch ihre Vorstellungen von dem, was Freiheit sei und welchen Voraussetzungen sie unterliege.

11 Es gehört zu den welthistorisch bedeutsamen Errungenschaften des Christentums, die Freiheit des einzelnen Menschen nicht mehr — wie noch die Antike — bloß darin zu sehen, daß er im Rahmen einer ihm uneingeschränkt vorgegebenen Sinn- und Wertorientierung einer bestimmten Gesellschaft anderen einzelnen als Freier und Gleicher gegenübertritt. Vielmehr folgte aus der christlichen Überzeugung, daß sich jeder einzelne in seinem Gewissen unmittelbar vor dem persönlichen Gott verantworten muß, die Konsequenz, daß er prinzipiell auch von der Gesellschaft und deren gesamtsozialer Orientierung freigestellt ist. Seitdem hat Freiheit eine andere, höhere Qualität: Der Mensch ist, weil er Person ist, frei — auch dann, wenn er in unfreien Lebensverhältnissen existieren muß. Der Mensch und seine Freiheit sind in ihrem Kern nicht Produkt der Gesellschaft, sondern aus dem, was die als Personen freien Menschen einbringen, geht die Gestalt ihrer Gesellschaft hervor.

12 Die Folgerungen, die sich aus der im christlichen Glauben wurzelnden Vorstellung vom Grundwert der Freiheit für die Politik und den Staat ergeben, wurden auf dem Wege eines langen historischen Prozesses mit vielerlei Komponenten insbesondere vom Rationalismus und von der Aufklärung gezogen; sie entwickelten daraus das Konzept des mo-

dernen Verfassungsstaates. Deshalb geht unser Grundgesetz nicht von der Gesellschaft, sondern vom Einzelmenschen aus, der als Person frei ist. Der Sinn der verfassungsmäßigen Ordnung besteht darin, die ihr vorgegebene Freiheit der Person zu gewährleisten und sie auch im öffentlichen Leben zu verwirklichen, indem sie sie als gemeinsame Freiheit aller möglich macht.

13 Demgegenüber ergibt sich eine ganz andere Vorstellung vom Grundwert der Freiheit, wenn man nicht darauf abhebt, daß der Mensch, weil er Gottes Geschöpf bzw. Person ist, von vornherein frei ist, sondern darauf, daß er erst befreit werden müsse. Hier wird Freiheit im Sinne von Emanzipation verstanden; es kommt hinzu, daß man den entscheidenden Beitrag zur Befreiung nicht vom Gewissen des einzelnen, sondern von der Schaffung einer neuen Gesellschaft erwartet. Nur durch eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse werde dem einzelnen Menschen die Möglichkeit eröffnet, sich als Person zu entfalten. Das läuft aber auf eine Auslieferung des Menschen an die Organisation der Gesellschaft hinaus.

14 Das Beispiel zeigt, daß man am Grundwert „Freiheit“ festhalten kann, Freiheit jedoch einen ganz anderen Sinn bekommt, wenn sich das Menschenbild verändert, aus dem man seine Vorstellung von Freiheit ableitet. Um die Errungenschaften des modernen Verfassungsstaates zu erhalten, genügt es also nicht, allein mit Worten bestimmte Grundwerte zu bejahen, sondern es ist unerlässlich, an demjenigen Menschenbild festzuhalten, das auf die originäre Freiheit des einzelnen als Person abhebt, die für uns ihre letzte Begründung in der Gottgeschaffenheit hat. Was sich in anderen Konzepten „Freiheit“ nennt, bedeutet in Wirklichkeit einen Rückfall in Unfreiheit. Dabei besteht die besondere Gefahr solcher anderen Konzepte darin, daß ihre Andersartigkeit nicht ohne weiteres zu erkennen ist, weil sie den Inhalt der Grundwerte verändern, deren Bezeichnungen aber beibehalten.

VI. Der Staat und seine Repräsentanten sind für die Grundwerte mitverantwortlich

15 Da der moderne Verfassungsstaat die Form ist, in der die Grundwerte im öffentlichen Leben verwirklicht werden, sind der Staat und seine Repräsentanten für die Grundwerte genauso unmittelbar verantwortlich wie jeder einzelne Bürger. Die Parlamentarier und Regierenden tragen also die Mitverantwortung für die Einhaltung der Grundwerteordnung, die nach dem Willen der Bevölkerung die Gestalt des Staates bestimmt. Sie sind auf die allgemeinen und in der Verfassung rechtsverbindlich festgelegten Grundwertvorstellungen verpflichtet und dürfen ihre Macht nicht dazu benutzen, andere Wertvorstellungen durchzusetzen. Deshalb muß die kritische Frage gestellt werden: Wie gehen diejenigen, denen durch Mandat und Amt die Wahrnehmung der Alltagsaufgaben des Staates anvertraut ist, mit dem Staat um? Entsprechen sie dem Menschenbild, das den Institutionen und Normen der Verfassung zugrundeliegt und darin konkretisiert ist, oder weichen sie davon ab, verstoßen womöglich dagegen?

16 Wer regieren soll, muß sich auf eine Mehrheit stützen können. Deren Willen ist aber nicht schon der Wille des Staates. Sondern Staat ist und bleibt allein das, was auch mit dem

Willen der Minderheiten vereinbar und allen Bürgern zumindest zumutbar ist. Daher kann im Namen unseres Staates nur das gesagt und getan werden, was sich mit dem Bild vom Menschen vereinbaren läßt, welches nach dem Willen der Gesamtbevölkerung der Verfassung dieses Staates zugrundeliegt. Die Grenze des allgemein Zumutbaren ist nicht erst dann überschritten, wenn sich doktrinär orientierte Maßnahmen offenkundig nicht mehr mit dem Wortlaut der Verfassung vereinbaren lassen, sondern schon dann, wenn sich im Lande kritisches Unbehagen ausbreitet. Denn der Grundkonsens, der den Verfassungsstaat trägt, hat seine Wirklichkeit nicht in theoretischen Sätzen, sondern im sozialen Lebensduktus und in der geistig-seelischen Disposition der Bevölkerung.

17 Diese wichtigen Feststellungen werden mißachtet, wenn Parlamentarier und Regierende bewußt Entwicklungen in Gang setzen oder fördern, die von den die Verfassung tragenden Grundwertvorstellungen abweichen, um sie hernach als eine Veränderung des allgemeinen Wertkonsenses auszugeben und damit Maßnahmen zu legitimieren, die dem Konzept der Verfassung widersprechen. Eine solche Taktik wird den Grundkonsens in Gesellschaft und Staat nicht verändern, sondern zerstören.

VII. Verantwortlich für die Grundwerte sind alle Bürger und auch die Kirche

18 Unsere verfassungsmäßige Ordnung ist trotz aller institutionellen und rechtlichen Sicherungen nur solange haltbar und lebendig, wie sie von der Bevölkerung getragen wird. Der Staat kann demokratisch, rechtsstaatlich und sozial nur sein, wenn seine Bürger, an der personalen Natur des Menschen orientiert, den Willen haben, daß die Freiheit der Person, daß Recht und Gerechtigkeit ihr alltägliches Zusammenleben bestimmen sollen. Deshalb dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß ein schleichender Verfall des Grundwerteverständnisses unausweichlich die Zerstörung von Freiheit und Menschenwürde im öffentlichen Leben im Gefolge hat.

19 Auch die Kirche hat hier eine politische Verpflichtung. Ihre Aufgabe ist es, den entscheidenden Grundwert des Person-Seins in seiner letzten und tiefsten Begründung aus dem Glauben immer neu zu verkünden und seine zentrale Bedeutung für eine humane politische Ordnung in zeitgemäßer Weise bewußt zu machen.

Bonn-Bad-Godesberg, den 3. September 1976

Grundwerte leben

Paul Schulz

Wertediskussion — ein Beitrag zum Jahresthema 1987 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Leitgedanke: „Das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, es ist Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist. Und wer Christus so dient, wird von Gott anerkannt und ist bei den Menschen geachtet. Laßt uns also nach dem streben, was zum Frieden und zum Aufbau beiträgt.“ (Röm 14,17–19)

Einführung

Wenn die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sich mit dem Thema „Grundwerte“ über einen Zweijahreszeitraum beschäftigt, so kommt darin die Überprüfung der gesellschaftlichen Position des Verbandes und die Suche nach den geistig-sittlichen Grundlagen des Berufes ihrer Mitglieder zum Ausdruck. Dies ist nicht etwa erforderlich, weil die GKS den Grund unter den Füßen verliert, sondern weil nach Jahren der Übereinstimmung mit anderen kirchlichen Gruppen der Konsens über das auf unterschiedlichen Wegen zu erreichende gemeinsame Ziel — „Sicherung, Förderung und Gestaltung eines Friedens in Freiheit und Gerechtigkeit“ — verlorengeht.

Die „Orientierungsverwirrung“ (K. Klein) der säkularisierten Wohlstandsgesellschaft macht auch vor kirchlichen Gruppen nicht halt. Hier wiegt aber die Verwirrung besonders schwer, weil die Mitglieder von ihrem Verband Orientierungshilfen erwarten und in relativer Harmonie mit anderen kirchlichen Gruppen leben möchten. Die Suche nach gemeinsam anzuerkennenden und tragenden Werten scheint dabei der Suche nach dem verlorenen Paradies zu gleichen.

Der nachfolgende Aufsatz behandelt nur einen Gesichtspunkt des sehr komplexen Grundwertethemas. Die Absicht ist, über den allgemeinen Begriff Wert den Grundwerten näher zu kommen. Es soll untersucht werden, ob trotz aller natürlichen und zeitbedingten Differenzen im Wertverständnis eine weitgehende Übereinstimmung möglich, wünschenswert oder gar notwendig ist. Die Schutzbedürftigkeit der Werte, die Verantwortung des Soldaten für die Verteidigung des Grundwertes und wie diese im täglichen Soldatendienst erlebbar gemacht werden können, soll in einem späteren Aufsatz untersucht werden.

Ein Verzeichnis der verwendeten Literatur ist als Anlage beigelegt. Daran kann sich orientieren, wer sich eingehender mit dem Thema „Grundwerte“ befassen möchte.

Der Aufsatz erhebt keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, weshalb auf eine exakte Zitierung verzichtet wurde.

Werteverlust ein Krisensymptom unserer Zeit

In der Literatur zur Werte- bzw. Grundwertediskussion besteht Übereinstimmung darüber, daß sich die Menschheit in einer alles umwälzenden Krise befindet.

Die zivilisatorische Entwicklung hat verwirrende, nicht überschaubare Formen angenommen. Technik und Wissenschaft schreiten in einer Geschwindigkeit fort, die den Normalbürger zutiefst verunsichert. Der göttliche (biblische) Auftrag an den Menschen — „Macht euch die Erde untertan“ — hat zur Möglichkeit der schnellen Vernichtung der Welt durch Nuklearwaffen geführt. Die Natur ist durch die Vergiftung der Umwelt und die Fähigkeit zu einer unkontrollierten Manipulation der Erbanlagen bedroht.

Der Mensch der modernen, hochindustrialisierten Länder der westlichen Demokratien scheint sich in der Situation des Adams zu befinden, der im Paradies nach dem Apfel am Baum der Erkenntnis verlangt, um zu werden wie Gott. Adam und Eva kannten Gott noch. Aus dem Leben der aufgeklärten, säkularen Gesellschaft ist das Göttliche, das Heilige, das Übernatürliche verbannt.

Autorität und Erziehungsleitbilder werden infrage gestellt. Der Glaube an das Machbare in Politik, Wissenschaft und Technik ist verlorengegangen. Während sich die westlichen Industriegesellschaften aus dem Teufelskreis der Armut befreien konnten, hungert der größte Teil der Weltbevölkerung und lebt unterhalb des Existenzminimums.

Obwohl genügend Arbeit vorhanden ist, kann die Sozialpolitik das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen.

Kommunikationsmöglichkeiten früher unvorstellbaren Ausmaßes sowie eine tägliche Flutwelle nicht zu verarbeitender Informationen und optisch-akustischer Reize fluten auf den Menschen ein.

Der Mensch schafft Verhältnisse, denen die natürliche Veranlagung des Menschen nicht mehr gewachsen ist (K. Lorenz). Er ist nicht mehr fähig, die von ihm geschaffene Welt zu überblicken und zu begreifen. Viele Menschen sind verwirrt, weil Fortschritt nicht automatisch Wertzuwachs bedeutet. Angst macht sich breit. In seiner Suche nach Orientierung werden die gesellschaftlichen Probleme gefühlsmäßig und nach individueller Beliebbarkeit bewertet. Der eigene Standpunkt wie das persönliche Vorurteil werden zunehmend moralisch begründet. Der Mensch flieht in Ängste und Irrationalität, weil er — ohne eine Antwort zu finden — erahnt, der materielle Besitz und die Machbarkeit der Welt können nicht der eigentliche Sinn des Lebens sein.

Die Sinnfrage

Dem Armen und Bedürftigen stellt sich die Sinnfrage durch die Sorge um das tägliche Brot. Weil er und solange er danach verlangt, stellt Brot für ihn einen Wert dar. Der Mensch strebt ständig nach Werten. Was ihm wertvoll erscheint, danach verlangt er. Leben ist Wertverwirklichung. Jedoch geht es dem Menschen wohl nicht in erster Linie ums Überleben, sondern um ein sinnvolles Leben.

Welches ist der Sinn des Lebens?

Thomas von Aquin sagt in seiner Summa Theologica: „Alles was der Mensch tut, tut er um des Zieles willen.“

Das Ziel aber war in einer von Staat und Kirche geordneten Welt klar definiert und erkennbar. Noch 1958 wurde im deutschen katholischen Katechismus unter der Überschrift „Vom Reichtum unserer Berufung und unserer Aufgabe auf Erden“ auf die Frage, „Warum sind wir auf Erden?“, die klare Antwort gegeben: „Wir sind auf Erden, um Gott zu erkennen, ihn zu lieben, ihm zu dienen und einst ewig bei ihm zu leben.“

Der neue katholische Erwachsenenkatechismus von 1985 kennt zwar auch diese Sinnfrage, stellt aber zugleich fest, daß sich die Frage nach dem Sinn des Lebens für jeden Menschen anders stellt. Folglich muß jeder Mensch auch seine eigene Antwort finden, wozu ihm die Kirche wie auch andere gesellschaftliche Institutionen und Gruppen Anleitung und Hilfe anbieten können. Nach kirchlicher Auffassung ist die Antwort auf die Sinnfrage ein sich aus dem Glauben ergebender Gnadenakt.

In der Philosophie wird, vereinfacht dargestellt, der Mensch

- aus Gehorsam gegenüber dem Gebot Gottes,
- in Übereinstimmung mit dem Sein, das als solches das Gute ist,
- als Ergebnis eines sittlichen Gefühls, Sollens oder Wollens,
- als Unterwerfung unter eine Werteordnung

zum Handeln motiviert (Motivationslehre).

Bei der Begründung seines zielgerichteten Tuns spielen zahlreiche Faktoren und Beeinflussungen in der Entwicklung eines Menschen eine bedeutende Rolle. Dies sind

- die im Individuum selbst angelegten Möglichkeiten, wie Anlagen, Lernfähigkeit, Talente und Antriebskraft;
- die durch die Umgebung gebotenen Mittel, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation, kulturelle und nationale Bedingungen;
- die durch das jeweilige Alter, das bisherige Leben und die Zeitlage bedingten Möglichkeiten.

Spätestens hier muß die Frage beantwortet werden, was denn Werte eigentlich sind.

Die Wertfrage

Begriffsdefinition

Das Lexikon definiert „Wert“ allgemein als das, um dessentwillen etwas erstrebt und verwirklicht wird.

Wenn der Mensch bestimmte Dinge in der Welt haben möchte oder andere bevorzugt, so stellen sie für ihn einen Wert dar. Diese Dinge können materieller oder ideeller Natur

sein, einen Besitz oder eine Eigenschaft darstellen, Leistungen und Erfolge sein. Sie können auch eine Rangfolge oder Verbindlichkeit erhalten.

Aufgrund der zahlreichen Faktoren, die — wie im Abschnitt „Die Sinnfrage“ festgelegt — die Entwicklung des Menschen und seine Motivation zu handeln beeinflussen, ist ersichtlich, daß jeder Mensch Unterschiedliches als Wert anerkennt. Gerade aus seiner Umgebung heraus werden die Wertvorstellungen des Individuums stark von den Bezugspersonen und -gruppen geprägt. Von früh an übernimmt ein Kind die Wertvorstellungen der Eltern. Das Sich-Gleichsetzen mit einem bewunderten Erwachsenen trägt entscheidend zur Persönlichkeitsentwicklung des Menschen bei.

An der Einordnung Heranwachsender in die Gesellschaft und der Vermittlung von Werten sind zahlreiche und unterschiedliche Gruppen wie Familie, Schule, Freundeskreis, Nachbarschaft, Berufs-, Tätigkeits-, Interessengruppen und die Kulturgruppe über die Massenmedien beteiligt. Zwischen diesen Gruppen erlebt der Jugendliche auch erstmals Wertkonflikte. U.U. ist es ihm wichtiger von Freunden anerkannt zu werden, als sich nach den Werten der Eltern zu richten.

Unmittelbar verbunden mit der persönlichen Wertbevorzugung, der Motivations- und Sinnfrage hat der Mensch, seit er zu vernünftigem Denken fähig ist und in Gruppen zusammenlebt, nach dem Nützlichen, dem Guten und Bösen, dem Richtigen und Rechten gefragt. Er wollte damit den Werten eine allgemeine Gültigkeit und breite Zustimmung sichern.

Die Frage nach dem Nützlichen bezieht sich auf die materiellen Werte oder Güterwerte. Diese Art der Werte ist zunächst weder gut noch böse. Das Auto, die Nuklearwaffen, der chemische Abfall erhalten ihren ethischen Bezug erst durch den menschlichen Gebrauch. Weil ein Gut immer zum Nutzen wie zum Schaden eingesetzt werden kann, stellt der Mensch die Wertfrage nach dem Guten und Bösen.

Je mehr die sittlichen Bewertungen im Heiligen und Übernatürlichen (Transzendentalen) angesiedelt werden konnten, desto stärker wurde die Bindung des Menschen an diese Kriterien. Aus dem Glauben an den einen Gott ergaben sich daraus die 10 Gebote (Dekalog) und durch die neutestamentliche Offenbarung die weitergehenden Forderungen der Bergpredigt, vor allem das Gebot der Nächstenliebe.

Von „sittlich gut“ spricht man im christlichen Sinne, wenn Nächstenliebe (Solidarität) das Handeln bestimmt, von „sittlich schlecht“, wenn das Handeln durch Selbstsucht motiviert ist.

Da der Mensch seit jeher dem Guten Dauerhaftigkeit verleihen wollte, ergeben sich aus der Frage, was richtig und recht ist, die Verhaltensvorschriften der Normen und Gesetze.

Normen

Der Begriff Norm darf nicht mit dem des Wertes verwechselt werden.

Normen sind gesellschaftliche Verhaltensvorschriften oder allgemeine Verhaltenserwartungen, zu denen neben Gesetzesvorschriften die Gebote der Moral, der Sitte, Bräuche

oder auch bloße Konventionen gehören. Sie haben einen mehr oder weniger verbindlichen Charakter. Normen werden aus den Wertvorstellungen einer Gesellschaft oder Gruppe abgeleitet und begründet. Sie nicht zu beachten wird mit negativen Sanktionen geahndet.

Nach dem Grad der Verbindlichkeit und der bei Nichtbeachtung zu erwartenden Strafen unterscheidet man drei Gruppen von Normen, die Kann-Normen, Soll-Normen und Muß-Normen.

Kann-Normen sind relativ unverbindliche Verhaltensempfehlungen. Verstößt z.B. ein Mensch gegen die Regeln der Höflichkeit, so entsteht ihm daraus kein wesentlicher Schaden.

Soll-Normen sind Verhaltenserwartungen des gesellschaftlich-religiösen Bereichs. Verstöße gegen sie werden regelmäßig nicht strafrechtlich geahndet. Wohl können sie eine soziale Isolierung nach sich ziehen. Für gläubige Menschen ist die Ahndung von Verstößen gegen Soll-Normen Gott vorbehalten.

Der Verbindlichkeitscharakter der 10 Gebote ist bis auf das Gebot „Du sollst nicht morden“ (5. Gebot) und den Fällen der eidlichen Falschaussage (8. Gebot) zu Soll-Normen abgeschwächt worden.

Bezogen auf das 1.—4. Gebot, hat der Dekalog heute sogar nur noch Kann-Charakter.

Muß-Normen sind Rechtsvorschriften, die in einer Gesellschaft durch Gebote und Verbote definiert sind. Wer gegen diese Muß-Normen verstößt, muß mit staatsrechtlicher Verfolgung und Ahndung des Rechtsverstoßes rechnen. Muß-Normen sind Grundlage der Rechtsordnung eines Staates. Die Beachtung dieser Normen stellt sicher, daß Konflikte in der Regel gewaltfrei ausgetragen werden. Dem entsprechen die heute weit verbreiteten Protestformen der Bürgerinitiativen und Demonstrationen. Gewaltanwendungen und Krawalle im Zusammenhang mit grundgesetzlich geschützten freien Meinungsäußerungen zeigen aber, daß die Muß-Normen durch Randgruppen der Gesellschaft (Radikale, Extremisten) nicht nur infrage gestellt, sondern gezielt mißachtet und mißbraucht werden.

Die Verantwortungsfrage

Gerade die Protestbewegung begründet den bewußten Verstoß gegen die Regeln und Normen unserer Gesellschaftsordnung mit der Bergpredigt. Unter Berufung auf ihre moralische Gesinnung wird in Kauf genommen, daß die Werte und Freiheitsräume Dritter verletzt werden.

Es werden Spielregeln willkürlich aufgestellt und verletzt, ohne daß ein Schiedsrichter anerkannt wird.

Im Sinne der Bergpredigt kann nur das Leben unter Glaubensbrüdern geregelt werden, die dasselbe Ethos anerkennen, d. h. gleiche Wertvorstellungen besitzen und sich daraus erge-

bende Normen akzeptieren. „Der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim“, ist eine gesinnungsethische Einstellung.

Der in der Welt handelnde Mensch muß für die Folgen seines Handelns selber aufkommen. Er handelt verantwortungsethisch. Für den gesinnungsethisch Handelnden gelten üble Folgen als Beweis der Schlechtigkeit der Welt, der Dummheit anderer Menschen oder des Willens Gottes. Der Verantwortungsethiker dagegen rechnet mit jenen durchschnittlichen Defekten des Menschen und setzt weder Güte noch Vollkommenheit voraus. Er will die Folgen eigenen Tuns nicht auf andere abwälzen (Max Weber).

Der in und für eine Gesellschaft handelnde Mensch hat häufig, um einen guten Zweck zu erreichen, zu sittlich bedenklichen, zuweilen sogar gefährlichen Mitteln zu greifen. Die kontroversen Diskussionen um den § 218, die Abschreckungsstrategie wie auch die Aids-Problematik leiden unter diesem Dilemma. Der Entscheidungsträger kann handeln nicht unterlassen, weil er schuldig werden kann. Statt dessen muß er häufig aus zwei Übeln die Möglichkeit auswählen, die die Normen wie die materielle und ideellen Güter der Gesellschaft am besten schützt.

Eine Gesinnung, die darauf verzichtet, Recht durchzusetzen, gefährdet die Rechtsordnung. Rechtsverzicht ist auch immer Aufgabe von Frieden und Entäußerung von Menschenwürde.

Freiheit und Wertbindung

Wie weiter vorn ausgeführt wurde, müssen vielerlei Arten und Klassen von Werten unterschieden werden, die je nach Lebensgebiet und Gruppeninteressen wirtschaftlich, ästhetisch, politisch, sozial, religiös, medizinisch, psychologisch, auch soldatisch geprägt sind. Selbst Negativgruppen wie Jugendcliquen, Diebesbanden, Verbrechersyndikate und Terroristengruppen entwickeln ausgeprägte Werte und Normen.

Aus dieser Aufzählung ist ersichtlich, daß sich in einer pluralistischen Gesellschaft, die nach freiheitlichem demokratischen Prinzip funktioniert, eine Vielzahl von Wertevorstellungen entwickeln muß. Wegen abweichender, ja gegensätzlicher Auffassungen muß es zwangsläufig zu innergesellschaftlichen Konflikten kommen. Unterschiedliche Wertauffassung, Wertewandel sowie der tatsächliche oder auch nur scheinbare Werteverlust sind ein Zeichen der Freiheit, sind aber auch der Preis der Freiheit. Der freiheitliche demokratische Staat kann nicht zum Wächter der Werte bestellt werden, schon gar nicht kann er für die Definition von Werten verantwortlich gemacht werden. Er kann nur in Rechtsvorschriften fassen, was im Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Gruppen als Wert mehrheits- und konsensfähig ist. Würde der Staat von sich aus Werte festlegen, wäre das ein sicheres Zeichen für eine autoritäre oder ständische Struktur, mit der Tendenz zum Totalitarismus. Die kommunistischen Systeme praktizieren solche totalitären Verfahren, die den Mitgliedern ihrer Gesellschaft Werte und Normen vorgeben. Sie sind statische Systeme, die einen zeitgemäßen Wandel und eine Entwicklung der Werte nicht zulassen.

Die ständische Gesellschaft des Mittelalters bis hin zur industriellen Gesellschaft der Neuzeit waren ebenfalls statische Gesellschaften mit klaren Wertordnungen. Die seit etwa 1968 einsetzende Entwicklung zur post-industriellen Gesellschaft — auch die sog. politische Wende von 1982 hat in der Bundesrepublik Deutschland diese Entwicklung nicht aufgehalten — führt zu einer dynamischen Gesellschaftsform, in der die Werte einem ständigen Wandel und Interessenkonflikt ausgesetzt sind.

Der Wandel der Wertbegriffe und Einstellungen von der statischen zur dynamischen Gesellschaft ist unter „Beiträge“ (S. 25) dargestellt.

Diese Gegenüberstellung kennzeichnet idealtypische Extreme, die so in Wirklichkeit nicht vorkommen. Vielmehr durchdringen sie sich zeitgleich, wobei das Statische vom Dynamischen allmählich zurückgedängt wird. Der nur Konservative wird reaktionär und steril, der nur Progressive wird boden- und haltlos.

Die These vom ständigen Wandel der freiheitlichen Gesellschaft schließt nicht aus, daß Gruppen ihrer Zielsetzung und ihren Interessen entsprechend stärker statisch strukturiert sind und konservative Wertelemente bewahren. Da sie aber Teil der dynamischen Gesellschaft sind und ihre Mitglieder meist mehreren Gruppen angehören, holt der Wandel auch diese konservativen Gruppen früher oder später ein.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und auseinanderstrebender Auffassungen über das gesellschaftliche Ziel, trotz aller pluralistischen Werthaltungen, unterschiedlicher Gruppennormen und politischer Polarisierungen muß doch eine Übereinstimmung existieren, die es möglich macht, daß Konflikte letzten Endes doch durch Konsens gelöst, zumindest aber erträglich gemacht werden (Graf von Westphalen).

Die Grundwertfrage

Begriffsdefinition

Grundwerte stehen an der Spitze der gesellschaftlichen Wertehierarchie und werden von der Mehrheit der Gesellschaft eines Staates als verbindlich anerkannt. Sie sind der tragende Grundkonsens, das verbindliche, sittlich-ethische Fundament der Gesellschafts- und Staatsordnung, und bestimmen sich nicht nach den Interessen des Einzelnen, sondern gelten für jedermann. Im Zusammenhang bilden die Grundwerte eine Grundordnung, in der jeder Wert von den anderen mitbestimmt ist.

Die Begriffe Grundwert und Grundrecht dürfen nicht miteinander verwechselt werden, obwohl sie eng miteinander verbunden sind.

Grundwerte werden von der Überzeugung der Gesamtgesellschaft getragen. Um diesen Bestand zu verleihen und Anerkennung zu verschaffen, werden sie zu reklamierbaren Grundrechten ausgeformt, die zu schützen Aufgabe der staatlichen Gewalt ist.

Die Grundwerte sind der Sinngehalt der Grundrechte. Dies bedeutet,

- die Grundrechte garantieren die Freiheit des Einzelnen, aber bieten keine Gewähr für die positive Entfaltung dieser Freiheit.

- Die Grundwerte sind bei einem konkreten Verstoß gegen rechtliche Gebote durch die Berufung auf verletzte Grundwerte einklagbar (Graf von Westphalen).

Grundwerte eine abstrakte Leerformel?

Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland formulieren in ihren Programmen Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (CDU, CSU und SPD) bzw. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (FDP) als Grundwerte. Aber nicht die übereinstimmende Formulierung dieser drei Begriffe sichert den Grundkonsens, sondern Auslegung, Ausführung und Verknüpfung dieser Wertbegriffe. Hier ergeben sich erhebliche Differenzen. Die Praxis zeigt, daß bei der Inanspruchnahme solcher Wertvorstellungen auch gegen die in ihnen ausgesprochenen Forderungen verstoßen werden kann. Die Berufung auf die Freiheit kann zur Freiheitsgefährdung werden. Die Berufung auf das Gewissen kann jede Korrektur des eigenen Verhaltens unmöglich machen (gemeinsame Erklärung des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz). Die politischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind Leerformeln, die abstrakt, freischwebend und ideologieanfällig sind, wenn sie nicht durch verantwortungsethisch handelnde Meinungsführer der Gesellschaft mit Kraft und geistig-sittlichem Inhalt versehen werden.

„Wer Inhaber staatlicher Gewalt ist, muß davon überzeugt sein, daß es zeitübergreifende sittliche Werte und Ordnungen gibt. Das Grundgesetz ist kein Wechselrahmen mit einem der jeweiligen öffentlichen Meinung angepaßten Inhalt. . . Das Bekenntnis zu bleibenden Grundwerten bewahrt den Politiker davor, seine Entscheidungen pragmatisch und sprunghaft dem jeweiligen Aktuellen anzupassen. Es gibt heute viele Sätze, aber wenig Grundsätze. Wenn die sittlichen Grundwerte erschüttert sind, sprießen die Ideologien wie Unkraut, jene geschlossenen Systeme, die als Heilslehre unfähig sind, Kritik zu ertragen.“ (J. Höffner)

Eine klare und deutliche Aussage. Dennoch ist es schwer, über die Parteienaussagen hinaus wirkliche Grundwerte begrifflich aufzuzählen.

In der gemeinsamen Erklärung des Rates der evangelischen Kirchen in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz „Grundwerte und Gottesgebot“ werden die 10 Gebote als die Soll-Sätze bezeichnet, die sich als Anleitung zu einem menschenwürdigen Leben bewährt haben.

Kardinal Höffner spricht in der Predigt zum Friedensgottesdienst der Soldaten im Kölner Dom am 3.2.87 von den „gemeinsamen sittlich-geistigen Werten des Wahren, Guten, Schönen und Heiligen“, die auf die ganze Menschheit hingebordnet sind.

Karl Lehmann erklärt im „Versuch einer Zwischenbilanz der Grundwertediskussion“ (G. Gorschenek, Hrsg.), daß der Begriff Grundwerte in den meisten Dokumenten weniger erklärt als einfach vorausgesetzt wird. Er zählt dann als Grundwerte auf: Die Würde und Freiheit der menschlichen Person, das Recht der Freiheit, Liebe, Wahrheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Subsidiarität (Selbständigkeit der Familie gegenüber dem

Staat), elementare Rechtsgüter, ethische Grundüberzeugungen, elementare menschliche Institutionen (wie Ehe und Familie), die Rechtsordnung, der Staat und die Demokratie.

In der Veröffentlichung einer empirischen Untersuchung über die sittliche und religiöse Werteinstellung von Führungskräften in Wirtschaft und Verwaltung im bayerischen Raum (Kaufmann, Kerber, Zurlehn) „wurde den Befragten eine Vielzahl von Kärtchen mit Kurzformeln für Grundwerte vorgelegt, deren Verbindlichkeit die Befragten beurteilen sollten. In der Tabelle (s. Seite 26) wird die Reaktion auf eine Auswahl der Antwortvorgaben mitgeteilt, welche wiederum erkennen läßt, daß religiöse Gesichtspunkte kaum mehr zum allgemeinen akzeptierten Grundbestand gemeinsamer Überzeugungen gehören. Besonders auffallend ist, daß hinsichtlich „des Christentums“ die Mehrheit der Befragten urteilt, es handele sich um „keine gemeinsame Grundüberzeugung, nur das Nationalbewußtsein schneidet in dieser Hinsicht schlechter ab! Offensichtlich ist ein erheblicher Teil, auch der überzeugten Christen, sich besonders des Umstandes bewußt, daß christliche Orientierungen nicht mehr mehrheitsfähig sind.“

Muß aus diesen wenigen, dafür aber sehr unterschiedlichen Aufzählungen von Grundwerten geschlossen werden, daß eben kein Grundkonsens über gesellschaftliche Werte besteht, die von der Mehrheit der Gesellschaft unseres Staates anerkannt werden?

Oder liegt vielleicht die Rettung aus diesem Dilemma im Grundgesetz selbst?

Ein Grundwert, der alle gesellschaftlichen Werte enthält

Der zentrale Wert des Grundgesetzes (GG), auf den alle Einzelregelungen zulaufen, ist in Art. 1 Abs. 1 zu finden.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Unterstrichen wird die Bedeutung dieser Aussage dadurch, daß

- im zweiten Satz alle staatliche Gewalt im Hinblick auf die Menschenwürde in Pflicht genommen wird,
- im Abs. 2 das Bekenntnis des deutschen Volkes zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt gefolgert wird,
- im Abs. 3 Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung gebunden werden.

In diesem Art. 1 GG ist das Staatsziel, die Achtung und der Schutz der Menschenwürde, definiert, das in den Art. 2–19 spezifiziert wird, ohne daß hierdurch das Ziel eine neue Qualität erhält. Das Demokratie-, Rechtsstaat- und Bundesstaatsprinzip bezieht sich auf den Weg, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Demgegenüber erscheint das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG) als Konkretisierung der staatlichen Schutzpflicht des Art. 1 Abs. 1 GG (P. Schneider).

Durch seine Werte und Normen unterscheidet sich der Mensch von allen anderen Lebewesen. Sie machen seine Humanität aus. D. h., der Mensch verdankt sein Recht auf Leben

und seine Würde weder anderen Menschen, noch erhält er sie von der Gesellschaft verliehen. Sondern er besitzt Leben und Würde unveräußerlich durch sein bloßes Dasein. Weil das so ist, ist er für seines gleichen unverfügbar und gestaltet sein Leben in eigener Verantwortung (F. Raabe). Aufgrund seines Lebens und seiner Würde ist der Mensch Person.

Das in dem zentralen Grundwert „Menschenwürde/Personenwürde“ zum Ausdruck kommende Menschenbild ist zutiefst von der abendländischen Kultur, insbesondere vom Christentum geprägt. Auch das Zentralgebot der Nächstenliebe ist unverrückbar mit diesem Bild verbunden. Ohne Nächstenliebe ist Personenwürde nicht realisierbar.

Ergebnis und Folgerung

Als Ergebnis und um Folgerungen für ein weiteres Nachdenken über das Grundwertethema zu ziehen, wird F. Raabe zitiert, der das Verhältnis der Grundwerte zum zentralen Grundwert der Personenwürde zutreffend wie folgt beschreibt:

„Im Person-Sein haben alle Grundwerte ihren Ursprung und ihre Einheit. Jeder einzelne von ihnen spiegelt die personale Natur und Würde des Menschen wider. Von dieser Grundlage aus — aber auch nur von ihr aus — kann man sagen, daß sich das Verhältnis der Grundwerte zueinander in stetigem Wandel befindet; denn neue Bedingungen und Notwendigkeiten verändern immer wieder die Akzentsetzungen. In Zeiten äußerer Bedrohung oder wirtschaftlicher Not z. B. wird das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit zueinander anders aussehen als in Zeiten friedlicher Entwicklung. Sollen z. B. die Bürger des Staates auch in Zeiten der Not in allen gemeinsamen Angelegenheiten so zusammenleben, wie es der Würde des Menschen entspricht, so wird die ausgleichende Gerechtigkeit vor dem Recht des Einzelnen stehen müssen, verbürgte Freiheiten extensiv in Anspruch zu nehmen. Und immer wieder wird es auch Situationen geben, in denen die Ausübung bestimmter Rechte und Freiheiten überhaupt erst durch die Schaffung bestimmter Voraussetzungen möglich wird. In solchen Situationen wird es darauf ankommen, mehr Gleichheit herzustellen und ohne Gefährdung der Freiheit ein höheres Maß an Solidarität einzufordern.“

Literaturverzeichnis:

- Böckle, Franz: Werte und Normbegründung, in: Christl. Glaube in moderner Gesellschaft, Herder Freiburg 1981, Teilband 12, Seite 37—89
- Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg.: Grundwerte, Vortragszyklus 1979/1980, Schule der Bundeswehr für Innere Führung; Bonn 1980
- CDU: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit; Grundsatzprogramm der CDU, 1978
- Der Vorsitzende der Dt. Bischofskonferenz: Der Staat, Diener der Ordnung; Hrsg. Sekretariat der Dt. Bischofskonferenz, Nr. 13/1986
- Gorschenek, Günter (Hrsg.): Grundwerte in Staat und Gesellschaft; München 1977
- Institut für Militärische Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien, Lehrgruppe Politische Bildung: Wertethik I u. II, Wien 1986
- Kaufmann, Kerber, Zurlehn: Ethos und Religion bei Führungskräften: eine Studie im Auftrag des Arbeitskreises für Führungskräfte in der Wirtschaft; in der Reihe Fragen einer neuen Weltkultur, Bd. 3; München 1986
- Kerber, Walter (Hrsg.): Säkularisierung und Wertewandel, Analysen und Überlegungen zur gesellschaftlichen Situation in Europa; in der Reihe Fragen einer neuen Weltkultur, Bd. 2; München 1986
- Klein, Kurt: Sittliche Werte und politische Wirkungen — Spannungsfelder der freiheitlichen Ordnungssysteme; noch unveröffentlichtes Buchmanuskript, Erscheinen Frühjahr 1987

Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Dt. Bischofskonferenz: Grundwerte und Gottes Gebot; Gütersloh, Trier 1979
 Katholische Sozialethische Arbeitsstelle e.V. (Hrsg.): Schriftreihe: Grundwerte und Wertbewußtsein, Heft 2—5; Hamm 1978—1982
 Loenz, Konrad: Der Abbau des Menschlichen; München, Zürich 1983
 Raabe, Felix: Der Streit um Grundwerte; in: Kirche und Gesellschaft, Hrsg. Kath. Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach, Heft Nr. 37, Köln 1977
 Papst Johannes Paul II.: Entwicklung und Solidarität: zwei Schlüssel zum Frieden; zur Feier des Weltfriedenstag am 1.1.1987
 Schlafke, Winfried: Tarnfarbe Grün, Provokation und Protest als Programm; Köln 1986
 Schneider, Peter: Die Bundesrepublik Deutschland und ihr Grundgesetz; in: Deutschland, Portrait einer Nation, Bd. 2: Gesellschaft, Staat, Recht, S. 211 ff.; Gütersloh 1985
 Schrey, Heinz-Horst: Einführung in die Ethik; Wissenschaftliche Buchgesellschaft; Darmstadt 1977
 SPD: Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Juni 1986
 Westphalen, Friedrich Graf von: Diskussion um die Grundwerte: Krisensymptom oder Trendwende? in: Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Hrsg. Bund katholischer Unternehmer, Nr. 15, Köln 1979

Beiträge

Wandel der Wertbegriffe und Einstellungen von der statischen zur dynamischen Gesellschaft

Statische Gesellschaft

genaue Festlegung der Verhaltensnormen durch Sitte, Konvention und Moralvorschriften
 Hohes Ansehen der Vergangenheit Hochschätzung des Alten und der Alten (*mors maiorum*)

Begründung der Autorität in Alter und sozialem Status

Glaube an die Verbindlichkeit des organischen Gewachsenen — Welt als zu behütende Natur — Mensch = „Hirt des Seins“ (M. Heidegger)

Beharren in Gewohnheit und Bewahren des Vertrauten

Irrationale Begründung des Verhaltens in Ehrfurcht und Pietät

Rationale oder pragmatische Begründung des Verhaltens — Vorherrschaft des zweckrationalen und Nützlichkeitsdenkens

Wichtigkeit von Riten und Zeremonien

Starke gefühlsmäßige Bindung an Institutionen — „Glaube an die Heiligkeit der von jeher bestehenden Ordnungen“ (M. Weber)

Pessimistische Anthropologie bestärkt den Glauben an die Notwendigkeit sozialer Ordnungen

(Horst Schrey, Einführung in die Ethik, Darmstadt 1977, S. 149)

Dynamische Gesellschaft

Bedeutungslosigkeit von Sitte und Brauchtum — Unwirksamkeit von Moralvorschriften
 Kein Verhältnis zur Geschichte — Abwertung des Alten als des Altmodischen und Überholten — Hochschätzung des Neuen und der Jugend

Ablehnung von Autorität als „autoritär“ — Sachkenntnis und Intelligenz als einzige Legitimation von Autorität

Glaube an die Mach- und Planbarkeit aller Dinge

Technisches Verhältnis zur Welt Mensch = Veränderer der Dinge (*homo faber*)

Streben nach Neuem und Fortschritt — Futurologische Ausrichtung

Negatives Verhältnis zu Riten und Zeremonien — Abtöten durch Lächerlichkeit („Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren!“)

Schwache Gefühlsbindung an Institutionen — Zweifel an der Gültigkeit bestehender Ordnungen — Keine Achtung vor dem Gesetz — Anwachsen der Kriminalität

Optimistische Anthropologie mit starkem Glauben an die Perfektibilität des einzelnen und der Gesellschaft

Auf diesen Kärtchen stehen Aussagen, die uns in einer anderen Studie von Führungskräften als gemeinsame Überzeugung oder Grundwerte genannt wurden. Wie würden Sie persönlich diese beurteilen?

	Das wird allgemein als verbindlich akzeptiert	Da sagt keiner etwas dagegen, aber es sind nur Lippen- bekenntnisse	Darüber sind die Meinungen geteilt, das ist keine allen ge- meinsame Grund- überzeugung
	%	%	%
Rechtsstaat und Demokratie	63	17	20
Freiheits- und Menschenrechte	56	27	17
Erhaltenswürdigkeit der Natur	52	34	14
Schutz des Lebens	47	22	31
sozialer Friede	43	38	19
Leistung und Leistungsbereitschaft	37	18	45
Liebe, Treue und Verlässlichkeit	37	38	25
die zehn Gebote	32	32	36
Verantwortung gegenüber der nächsten Generation	30	45	26
soziale Gerechtigkeit/sozialer Ausgleich	27	45	27
Individualismus	25	28	46
Nationalbewußtsein	22	20	58
Nächstenliebe	20	59	21
das Christentum	20	23	56
Solidarität aller Bürger	11	49	39

(Franz Xaver Kaufmann: Bewußtseins-Struktur: Empirische Vermessung religiöser und ethischer Einstellungen; in: Kaufmann, Kerber, Zurlehn S. 72)

Zeichen der Zeit

Wilhelm Lehmstämpfer

Wer nach Zeichen der Zeit sucht, muß sich mit den Verhältnissen befassen, in denen die Menschen leben.

Ohne Zeichen kann der Mensch nicht sein; sie bieten ihm Orientierung und Wegweisung. Oft verlangt der Mensch vergeblich nach einem Zeichen.

Auch zu Lebzeiten des Gottessohnes und Zeit seines Wirkens auf Erden haben die, die ihm folgen, aber auch jene, die sich gegen ihn stellen, wiederholt nach Zeichen gerufen. Jesu gibt Zeichen, verweigert aber auch ein Zeichen, als er scheinheilig darum angegangen wird: Bei Mk. 8,11–13 heißt es in diesem Zusammenhang: „Da kamen die Pharisäer und begannen ein Streitgespräch mit ihm; sie forderten von ihm ein Zeichen vom Himmel, um ihn auf die Probe zu stellen. Da seufzte er tief auf und sagte: Was fordert diese Generation ein Zeichen? Amen, das sage ich euch: Dieser Generation wird niemals ein Zeichen gegeben werden. Und er verließ sie, stieg in das Boot und fuhr ans andere Ufer.“

Die großen Wunder, die Jesu wirkt, nennt der Evangelist Johannes „Zeichen“. In seinen Evangelien kann man sieben zählen: Das Weinwunder von Kana (2,1–12), die Heilung des Beamtensohnes (4,46–54), die Heilung des Kranken am Betesda-Teich (5,1–9), die große Speisung (6,1–15), der Gang Jesu auf dem Wasser (6,16–11), auch wenn nicht ausdrücklich als „Zeichen“ benannt, die Heilung des Blinden (9,1–7) und die Auferstehung des Lazarus (Kap.11).

Jesu Zeichen bestärken die einen in ihrem Glauben an ihn und seine göttliche Sendung, anderen sind sie Hoffnung auf materielle Vorteile. Diesen sagt er: „Ihr sucht mich nicht, weil ihr Zeichen gesehen habt, sondern weil ihr von den Broten gegessen habt und satt geworden seid. Müht euch nicht ab für die Speise, die verderbt, sondern für die Speise, die für das ewige Leben bleibt und die der Menschensohn euch geben wird (Joh. 6,26–27). Denn ihn hat Gott, der Vater, mit seinem Siegel beglaubigt.

Auf ihre Frage, was sie tun müssen, um die Werke Gottes zu vollbringen, antwortet Jesu: „Das ist das Werk Gottes, daß ihr an den glaubt, den er gesandt hat“ (ebd.). Als sie ihm entgegen: „Welches Zeichen tust du, damit wir es sehen und glauben?“ (ebd.), offenbart er sich.

Jesu Zeichen sind von unvergänglichem Wert; sie schaffen das Fundament für das Christentum und die gesamte abendländische Kultur.

Papst Johannes XXIII. spricht von Zeichen der Zeit in seiner Bulle „*Humanae salutis*“ (über das Heil der Menschen), mit der er am Weihnachtstag 1961 das 2. Vatikanum einberuft. Besonders breiten Raum widmet der Papst dem Komplex „Zeichen der Zeit“ in seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“ (Friede auf Erden) vom 11. April 1963.

„Wir machen uns die Aufforderung Jesu zu eigen“, schreibt Johannes XXIII., „daß wir die Zeichen der Zeit erkennen sollen (Mt. 16,4), und es scheint uns, als ob mitten in der tief-

sten Dunkelheit schon einige Vorzeichen zu erblicken sind, die eine Wende zum Guten für die Kirche und Menschheit ankündigen.“

Die Zeichen der Zeit zu erkennen, sieht die Kirche als einen ihr immanenten Auftrag. „Um diesen ihren Auftrag durchzuführen“, verzeichnet die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, „obliegt der Kirche allzeit die Pflicht, die Zeichen der Zeit zu erforschen und im Licht des Evangeliums zu deuten. So kann sie dann in einer Weise, die jeder Generation jeweils entspricht, auf die ewigen Fragen des Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis der beiden zueinander antworten. Es gilt also die Welt, in der wir leben, ihre Erwartungen, Tendenzen und charakteristischen Züge, die oft geradezu dramatisch erscheinen, zu erkennen und zu verstehen“ (Gaudium et spes, Art. 4). Dabei ist auch das Volk Gottes gefordert.

Eine sich wandelnde Welt

hat in den letzten Jahrhunderten Verhältnisse geschaffen, die in jüngster Zeit z. T. dramatische Züge angenommen hat.

Am Beginn der Neuzeit steht das gedruckte Wort. Nicht lange danach gelingt es, die genaue Zeit zu messen. In den letzten zwei Generationen erlernt der Mensch den Umgang mit Motoren. Erst in den jüngsten Generationen zeigt sich, wie die Masse der Bevölkerung vom Land in die Städte zur Industrie oder in den Dienstleistungsbereich überwechselt.

Zur gleichen Zeit ist die Weltbevölkerung explosionsartig gewachsen. Um 1960 zählt die Welt 141 Städte mit mehr als einer Million Einwohnern. Um 1900 bewegt sich die Einwohnerzahl Europas noch um 401 Millionen und die Asiens um 937 Millionen. 1966 beträgt sie in Europa bereits 628 und in Asien 1922 Millionen. Inzwischen wächst die Weltbevölkerung weiter.

Ähnlich wuchs und wächst die Geschwindigkeit, mit der die Menschen sich fortbewegen. Ende des 19. Jahrhunderts ist eine Geschwindigkeit von 100 km/h keine Seltenheit mehr. Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, im Zeitalter des Autos und der Flugzeuge steigern sich die Geschwindigkeiten um das Vier- bis Zwölffache; im Zeitalter der Raumfahrt gewinnen die Geschwindigkeiten atemberaubende Züge. Das Weltall wird mit mehr als 24000 km/h durchheilt, der Mond fast spielerisch erreicht.

Inmitten dieses Wandels, der ja immer noch andauert, steht einsam der Mensch. Der Einfluss, den dieser Prozeß auf ihn ausübt, ist vielschichtig.

Das gedruckte Wort

begünstigt die Kommunikation, fördert die Bildung und kritisches Denken, erleichtert den Zugang zu Wissenschaft und Technik. Nicht von ungefähr fällt in den Beginn der sogenannten Neuzeit um 1500 n. Chr. die Auflösung der christlichen Einheit im Westen, hebt verstärkt kritisches Denken an, greift Skeptizismus um sich.

Die Gegenwart wird durch die rasante Entwicklung der Naturwissenschaft und der Technik entscheidend geprägt. Die Wirkweise der Dinge wird ständig gegenwärtiger und erleichtert der Technik die Lösung fast aller praktischen Probleme.

Eisenbahn, Auto und Flugzeug verhelfen dem Menschen zu einer nie dagewesenen Mobilität. Fernste Fernen rücken einander näher, die Erdteile und ihre Bewohner begegnen und ergänzen einander. Doch ist die Kommunikation nicht mehr allein auf Begegnung beschränkt, sondern gewinnt unaufhörlich neue Dimensionen durch die Entwicklung modernster Medienvielfalt.

Mobilität und Kommunikation

zeitigen die bedeutendsten Wirkungen der wissenschaftlichen und technischen Umwälzungen; sie bedingen geistigen und materiellen Fortschritt. „Im Gegensatz zu jenen“, erklärt Richard P. Mc Brian, „die vor 50 oder 50000 Jahren vor uns lebten, können die meisten Menschen in den ökonomisch fortgeschrittenen und politisch liberalen Ländern der Welt mit jenen materiellen Gütern rechnen, die früher die ständige Bemühung und ängstliche Sorge aller Menschen war: ausreichende Nahrung, komfortable Wohnung, ergiebige Arbeit, notwendige Medikamente, die Möglichkeit der Freiheit. Wir haben das geschaffen, was einige Philosophen einen ‚Meta-Kosmos‘ genannt haben, eine ‚Zugabe‘ zu jenen letztlich von Gott geschenkten Erträgen der Natur. Wir haben dem Rohstoff Welt eine Gestalt verliehen, die außerhalb seiner ursprünglichen Gestalt liegt. Kommunikation ermöglicht uns zu erfahren, wo und wie unsere materiellen Bedürfnisse gestillt werden können. Mobilität ermöglicht uns, Zugang zu diesen Gütern zu finden oder sie durch andere zu erwerben.“⁽¹⁾

Geistiger Fortschritt

läßt sich daran messen, daß aus einer Vielzahl von Meinungen und einem breiten Wertespektrum geschöpft werden kann, daß die Wahl des Lebensstils erleichtert wird, daß der Sinn der menschlichen Existenz klarer wird; daß Bildung dazu beiträgt, vor Illusionen und Fehlentschlüssen zu bewahren, die auf ungenügenden oder falschen Informationen beruhen, vor Langeweile und Einseitigkeit zu schützen, die Hörigkeit gegenüber dem Sichtbaren und Greifbaren zu verhüten, aber flexibel zu bleiben.

Richard P. Mc Brian urteilt: „Kommunikation ermöglicht uns, unser enges, persönliches Universum menschlicher Erfahrung auszuweiten, indem sie uns mit Menschen, Institutionen und wissenschaftlichen Entdeckungen konfrontiert, die unsere Wertskala und unsere Entwicklungsmöglichkeiten ausweitet. Mobilität ermöglicht uns, Menschen und Institutionen kennenzulernen, die uns ebenfalls zur gegenseitigen Bereicherung kennen lernen.“⁽²⁾

Positives und auch Negatives

kennzeichnen diesen Fortschritt. Materieller und geistiger Fortschritt ist eben nicht ohne Ambivalenz. Einerseits steht den wenigen, die im Reichtum leben, eine Vielzahl derer ge-

genüber, die ihr Leben in Dürftigkeit und größter Armut fristen. Andererseits haben der materielle und geistige Fortschritt den Reichen fast unlösbare Probleme beschert: den Rüstungswettlauf, internationale Konflikte, Wirtschaftskrisen, Zerstörung der Umwelt, Terrorismus, Ablehnung aller spirituellen Werte u. a. mehr.

Viele Menschen glauben die Kontrolle über ihr eigenes Leben zu verlieren, sehen sich getäuscht und manipuliert, in ihrer Freiheit und ihren persönlichen Rechten eingeschränkt.

Dank des Bildungsfortschritts wird es aber auch wiederum möglich, die Negativa auszumachen und mit entsprechenden geistigen und materiellen Mitteln aufzufangen. „Erziehung“, erläutert Mc Brian, „erweitert aber auch unseren sozialen Horizont, indem sie zeigt, daß ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Strukturen und Modelle nicht so bleiben müssen, wie sie jetzt sind oder einst waren. Der Einsatz für die Gleichberechtigung der Frau und der ethnischen Minderheiten ist eine unmittelbare Folge dieser Entdeckung.

Hier lassen sich aber auch Gegenbewegungen feststellen. Genauso wie wir wieder die Realität unserer Abhängigkeit voneinander erkennen, kommt es uns zu Bewußtsein, daß wir in einer Zeit starker nationaler und internationaler Konflikte leben. Es gibt ein erschreckendes Anwachsen der abscheulichen Verbrechen, besonders gegen das werdende Leben oder gegen alte Menschen, und wachsenden Druck gegen die Integrität und den Zusammenhalt der Familien. Schließlich bereichert die Bildung unseren politischen Horizont, indem sie unseren Blick schärft für den Mißbrauch der Macht, sei es auf der Linken in den verschiedenen Befreiungsbewegungen, von denen einige die Gewalt als ein normales Mittel für den Wandel der Verhältnisse einsetzen; sei es auf der Rechten in verschiedenen autoritären Bewegungen oder bei totalitären Regierungen.“³⁾

Religion und Kirche

bleiben von der sich wandelnden Welt nicht unberührt. Seit dem Beginn der Neuzeit haben sich tiefgreifende Wandlungen vollzogen, die zur Schwächung des christlichen Glaubens und zur Verwirrung in den sittlichen Werten geführt haben.

„Die frühe Neuzeit“, schreibt Martin Schmidt, „bedeutete für alle Kirchen des christlichen Abendlandes eine schwere Erschütterung nicht nur ihres institutionellen Gefüges, sondern ihres grundlegenden Wertsystems. Politik, Philosophie als grundsätzlich freies Nachdenken über die Welt und ihren Sinn, Einzelwissenschaft und ihre Anwendung in Geschichtsforschung und Technik wurden beherrschende Mächte. Nicht mehr Gott und seine unverbrüchliche Ordnung, sondern der Mensch und seine Möglichkeiten bestimmten die Fragestellung. Darum wurde die Frage nach der Wahrheit zunehmend von der Frage der Nützlichkeit abgelöst.“⁴⁾

Die Auswirkungen der Aufklärung, der französischen Revolution, der technisch-industriellen Revolution, des Marxismus und des Liberalismus haben darüber hinaus dazu beigetragen, daß die schweren Erschütterungen zum Teil noch heute nachklingen. Die indu-

strielle Revolution zeitigt zwar wirtschaftliche Erfolge und gebiert laufend technische Neuerungen, doch nicht immer nur zum Wohl des Menschen, sondern auch zu seinem Nachteil.

Die Minderbegünstigten umwirbt der Marxismus, verheißt ihnen Wohlstand und Glück über den Weg des Klassenkampfes.

Der Überfluß an Gütern und Diensten

fördert Konsum- und Anspruchsdenken mit all seinen Problemen.

Seit der Aufklärung hat sich mehr und mehr die Meinung verbreitet, daß alle Lebensbereiche wissenschaftlich erfaßt und bearbeitet werden müßten. Bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1982 betont Josef Kardinal Höffner in seinem Eröffnungsreferat in diesem Zusammenhang: „Man spricht von der ‚Allgegenwärtigkeit der Wissenschaft im gesamten System der Industriekultur‘ (Hans Freyer): in Technik, Wirtschaft, Rechtspflege, Medizin, Pädagogik, Sozialversicherung, Verkehrswesen, Kriegswesen usw. Die ‚Verwissenschaftlichung aller Praxis‘ ist . . . mit einer erstaunlichen Wissenschaftsgläubigkeit verbunden. Man glaubt, der Mensch vermöge mit Hilfe der Wissenschaft die Welt intellektuell und praktisch im Dreiklang: Wissenschaft—Technik—Wirtschaft beherrschen zu können. Das ‚rechnende Denken‘ hat sich weithin auch der Human- und Sozialwissenschaften bemächtigt und die Meinung aufkommen lassen, alles sei beliebig verfügbar. Aber die Wissenschaft ist nicht die einzige Gestalt des Geistigen. Älter als das Denken in Begriffen ist das Erkennen in Bildern und Symbolen.“⁵⁾

Emanzipation und Befreiung

Wenige Worte werden in jüngster Vergangenheit wie auch in der Gegenwart so oft und vieldeutig gebraucht wie die Worte Emanzipation und Befreiung. Was unter Emanzipation zur Zeit der französischen Revolution, wo ihre Wurzeln liegen, verstanden wurde, lehrt die Geschichte dieser Revolution. Sie wurde zum Muster ähnlich grausamer Befreiungsbewegungen in gegenwärtiger Zeit. Was sich sonst noch dahinter verbirgt, ist leicht beschrieben: „Befreiung von sogenannten Zwängen; frei sein von Obrigkeit, von Moral, Kirche, Familie u. a. mehr.“ „Der moderne Mensch“, hat Bischof Hengsbach einmal geschrieben, „versteht unter Emanzipation die totale Unabhängigkeit. Er will unabhängig sein von jedweder Obrigkeit und Autorität, auch von Gott.“⁶⁾

Säkularismus

Industrialisierung, Verstädterung und Verwissenschaftlichung haben einen anderen Prozeß mit in die Wege geleitet, der unter dem Begriff „Säkularismus“ geläufig ist. Dieser Prozeß dauert an, was er umfaßt, hat Josef Kardinal Höffner wie folgt definiert: Säkularismus bedeutet „das Absolutsetzen der irdischen Werte im Sinne einer innerweltlichen Heilshoffnung, mag es nun der Glaube an die technokratisch vorangetriebene Wohlstandssteigerung oder die Hoffnung auf das kommende sozialistische Reich der Freiheit sein. Gott

wird gleichsam aus der Schöpfung verdrängt. Der Säkularismus führt überall, wohin er — aus Europa kommend — vordringt, zur Krise der Religionen, auch der Stammesreligionen, zur Verunsicherung der sittlichen Werte und zur Erschütterung der Ehe und Familie.⁴⁷⁾

„Nicht nur die Kirche“, schreibt Renate Köcher, „sondern wesentliche Bestandteile der christlichen Religion kollidierten mit dem Wandel der Wertvorstellungen, der 1968 seinen Ausgang nahm. Die wachsende Ablehnung fester Normen, das übergeordnete Ziel individueller Entfaltung und die entsprechend sinkende Bereitschaft, eigene Wünsche zugunsten anderer zurückzustecken, das zunehmende Bedürfnis nach Lebensgenuß hier und jetzt — all dies mußte sich hart an einer Weltanschauung stoßen, die auf den Gedanken des Opfers, der Askese, der Orientierung an den Interessen der anderen und die Anerkennung einer festen sittlichen Ordnung gründet. Unausweichlich gehörte die Religion zu den hauptbetroffenen Bereichen.“⁴⁸⁾

Josef Kardinal Höffner unterstreicht in diesem Zusammenhang: „Die gegenwärtige Krise der Kirche ist ... weithin durch das Einbrechen der säkularisierten Welt in die Kirche, vor allem in der Form einer maßlosen Emanzipation, des Subjektivismus, des Horizontalismus, des Verharmlosens der Sünde zum ‚abweichenden Verhalten‘ und des Kommunismus bedingt, wenn auch hinter diesem Verhalten ein gestörtes Verhalten zu Gott steht. Besonders der Traditionsbruch der Jahre 1969—1973 hat sich verhängnisvoll ausgewirkt. Eine schwere Lebenskrise ist über unser Volk gekommen. Mehr Särge als Wiegen, jährlich 130000 Ehescheidungen, das massenhafte Umbringen ungeborener Kinder, Alkoholismus, Drogensucht, Krise der sittlichen Vorstellungen usw. Auf die Frage, wie das nichteheliche Zusammenleben von Männern und Frauen zu beurteilen ist, sagten 1967 65 Prozent der 18- bis 21jährigen Frauen: ‚Das geht zu weit.‘ 1973 waren es nur noch zwei Prozent.“⁴⁹⁾

Dennoch sieht der Kardinal auch Hoffnungsvolles: „Die Menschen sind nachdenklicher geworden. Sie haben erkannt, daß wir in vielen Bereichen an unüberschreitbare Grenzen gekommen sind: Grenze des Machens, Grenze des Fortschritts, Grenze des Überlebens in einer von der Selbstzerstörung bedrohten Welt.“⁵⁰⁾

Was die Religion anlangt, erkennt auch Renate Köcher, Mitarbeiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, positive Zeichen. Sie stellt jedoch einschränkend fest: „Eine Stärkung der Religion setzt jedoch voraus, daß das weitgehend zerstörte religiöse Kommunikationssystem wieder aufgebaut und erneuert wird.“

Der unmittelbare Kontakt der Kirche zu der Mehrheit ihrer Mitglieder ist unterbrochen; die Schulen räumen der Religion nur geringen Stellenwert ein; die Elternhäuser haben sich von der Aufgabe der religiösen Erziehung weitgehend zurückgezogen; die Medien widmen zwar der Institution Kirche viel Aufmerksamkeit, scheinen aber eigentümlich ungeeignet für die Darstellung und Vermittlung religiöser Aussagen. Der Glaube läuft Gefahr, in unserer Gesellschaft unsichtbar und sprachlos zu werden.⁵¹⁾

Ansprüche und Ängste

beeinflussen das Leben der Menschen.

Die meisten erheben Anspruch auf, zuvörderst, den Erhalt bzw. eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Unmittelbar danach folgt der Anspruch auf eine gute Gesundheit. Ansprüche anderer Art umfassen den Erhalt des Friedens, des sicheren Arbeitsplatzes, auf Geld und Besitz, ja sogar auf Glück.

Ängste kreisen vorrangig um das Problem der Arbeitslosigkeit, die Friedenssicherung, Mißbrauch der Macht, Gewalt und Unterdrückung, Zerstörung der Umwelt, unüberwindbare Krankheiten und die Ungewißheit der Zukunft.

Nicht alles kommt von ungefähr, manches hat seinen Ursprung im menschlichen Tun. „Ohne die strafrechtliche Lockerung“, hebt Josef Kardinal Höffner hervor, „wäre z. B. das nichteheliche Zusammenleben nicht fast so selbstverständlich geworden, wie es heute vielfach der Fall ist. Ähnliches gilt vom Lebensschutz des ungeborenen Kindes.“¹²⁾

Daß auch die Liberalisierung der Sexualmoral unübersehbare Folgen mit sich gebracht hat, beweist die Gegenwart.

Zeichen der Zeit sind Wirklichkeiten, die zur Beachtung und Reflexion zwingen. Man muß sich mit ihnen auseinandersetzen, wenn man Sinn und Ziel seines Daseins nicht aus den Augen verlieren will.

Anmerkungen:

- 1) Richard P. Mc Brian: Was Katholiken glauben, S. 81, Styria Verlag 1982
- 2) ebd.
- 3) ebd.
- 4) S.R. Kottje und B. Moeller: Ökumenische Kirchengeschichte 3, Kaiser-Grünwald, Mainz 1974
- 5) Josef Kardinal Höffner: Dimensionen der Zukunft, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1982
- 6) Bischof Franz Hengsbach: Was gilt?, Verlag Wort und Werk GmbH, Essen 1974
- 7) „Dimensionen der Zukunft“
- 8) Fr. Renate Köcher: Krise oder Verfall der Religion? In: „Die christliche Familie“, Nr. 13 v. 23.3.86, Essen
- 9) Interview mit der Zeitung „Die Welt“, 23.12.1980
- 10) ebd.
- 11) „Die christliche Familie“, Nr. 13 v. 23.3.1986
- 12) Josef Kardinal Höffner: Der Staat — Diener der Ordnung, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1986

Werte in der demokratischen Gesellschaft

Überlegungen zur Wortediskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Karl-Wilhelm Becker

Seit dem Beginn der politischen Wende in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982 — Übergang des Kanzleramtes von Helmut Schmidt an Helmut Kohl — ist die Diskussion über die Werte in unserer pluralistischen Gesellschaft zu einem zentralen Thema unserer Zeit geworden. Zunächst stellt sich für diese Überlegungen die Frage nach den Werten, ihren Inhalten und wie wir sie heute noch verstehen. Werte vornehmlich in ethischer Hinsicht sind eine besondere Seite der Subjekt-Objekt-Beziehungen, in der sich die Bedeutung von Objekten, Ereignissen, Prozessen und Qualitäten für das Leben der Menschen ausdrückt. In unserem gesellschaftlichen Leben tritt das Wertproblem in zwei Formen auf. Einmal als Wert im Sinne von bestimmten materiellen und geistigen Gütern, von Eigenschaften gesellschaftlicher Verhältnisse und Ereignisse, von ästhetischen und moralischen Eigenschaften und anderen Persönlichkeitsqualitäten und zweitens in der Form von Idealen, Leitbildern und Prinzipien menschlichen Verhaltens. In der Geschichte der abendländischen Philosophie und Kultur hat es zahlreiche Versuche gegeben, die Werte im Sinne der Ideenwelt Platons zu einem ideellen „Reich der Werte“ zu verselbständigen.

Die Philosophie ist das Streben des menschlichen Geistes, die letzten Zusammenhänge des Seins und die gültigen Werte und damit die Grundsätze der Lebensführung und Daseinsgestaltung zu erkennen. Im Ziel ist die Philosophie mit der Religion verwandt, sofern diese eine Sinndeutung des Seienden erstrebt, sowie auch mit anderen Bemühungen um „Weltanschauung“. Wegen ihrer befruchtenden Wirkung auf Dichtung, Religion, Erziehung, politische Ideenbildung und andere Bereiche ist die Philosophie eine der großen Geistes- und für den Einzelnen eine der wichtigsten Bildungsmächte. Hierbei geht es jedoch auch immer wieder um die Werte unseres Lebens und unseres Daseins. Diese Werte spielen als Zielpunkte und Leitideen eine sehr große Rolle für die Orientierung des menschlichen Handelns, Denkens und Fühlens. Hierzu zählen auch die Ethik, die Moral und die Tugenden.

Als eine spezielle Disziplin der Philosophie ist die Ethik relativ jungen Datums. Ihr Begründer ist Aristoteles. Er hat als erster den Versuch unternommen, die vielfältigen ethischen Probleme seiner Zeit philosophisch zu verarbeiten und die Formen und Bedingungen moralischen Verhaltens und Strebens zu analysieren. Der Name „Ethik“ ist wahrscheinlich erst im Zusammenhang mit der Einteilung der philosophischen Schriften des Aristoteles entstanden. Seitdem ist der Name zur Bezeichnung philosophischer Untersuchungen zur Moral beibehalten worden. Er ist grundsätzlich gleichbedeutend mit dem später aufkommenden Namen Moralphilosophie — lateinisch: philosophiae pars moralis —, auch wenn die verschiedenen Richtungen mehr diesen, andere dagegen mehr jenen bevorzugt haben. Im antiken Griechenland war es vor allem Demokrit, der sich in stärkerem Maße ethischen Fragen zuwandte. Protagoras erklärte, daß der Mensch das Maß aller Dinge sei. Jeder, nicht bloß die Besitzenden und Herrschenden, sei befähigt, die Tugenden

zu erlernen. In der sogenannten Sophistik leuchtete zuerst in der philosophischen Ethik die Idee von der Gleichheit der Menschen auf. Mit Sokrates beginnt in der Geschichte der Philosophie die direkte Hinwendung zu den Problemen des Menschen und damit auch der Ethik. Sein Ausgangspunkt bildet die Auffassung, daß wahre Moral an die Anerkennung eines geistigen Prinzips im Menschen und in der Natur gebunden sei.

Große Verdienste um die Entwicklung des antiken Denkens erwarb sich Epikur. Er setzte in der Philosophie die materialistische Linie Demokrits fort und übte eine leidenschaftliche Kritik an der Philosophie Platons, der die Werte verselbständigen wollte. Als höchstes Gut des menschlichen Lebens betrachtete er die Glückseligkeit — die Ataraxie —, die er als Gemütsruhe, als Ruhe der Seele verstand und höher bewertete als das Streben nach Lust und Genuß. Die Grundelemente dieser Ataraxie sind nach Epikur Freisein von körperlichem Schmerz, Furchtlosigkeit vor den Göttern, vor dem Schicksal, dem Tod, Freundschaft und geistige Genüsse. Die mittelalterlichen Theologen entwickelten die Ethik nicht als selbständigen Teil der Philosophie. Seit dem 2. Jahrhundert nach Chr. wurde die griechische Philosophie in den Dienst der Aufgabe gestellt, die Glaubensinhalte des Christentums zur Theologie zu systematisieren und sie gegen den heidnischen Neuplatonismus sowie gegen andere religiöse Lehren, die sich ebenfalls mit philosophischen Mitteln formulierten, zu verteidigen. Große Philosophen waren die Kirchenväter Klemens von Alexandria, Gregor von Nyssa, Augustinus und Thomas von Aquino.

Das 18. Jahrhundert hat bis zur Gegenwart alle bisher vorkommenden philosophischen Richtungen — und damit auch die Ethik — wieder neu aufleben lassen und neue hinzugefügt.

In Deutschland fand das progressive ethische Denken im 18. und 19. Jahrhundert seinen besonderen Ausdruck. Hierfür stehen die Werke von Lessing, Herder, Schiller und Goethe. Die ethischen Ansichten dieser Persönlichkeiten sind in solchen hervorragenden literarischen Werken dargelegt wie Herders Briefe zur Beförderung der Humanität, Lessings Nathan der Weise, Schillers Dramen Die Räuber, Kabale und Liebe u. a. sowie besonders in Goethes Werken, deren Krönung der Faust ist. In ihren literarischen Werken vertraten sie leidenschaftlich das Recht der Persönlichkeit auf Freiheit und Glück auf unserer Erde. Sie waren kämpferische Verfechter des Humanismus-Gedankens und einer optimistischen Geschichtsauffassung. Kommt der heutige Pessimismus und Werteverfall in unserer Gesellschaft unter Umständen auch daher, daß auf unseren Gymnasien fast nichts mehr von Herder, Lessing, Schiller oder Goethe gelesen wird? Großen Raum nehmen die Fragen der Ethik in den Werken Kants ein. Nach Kant haben die Begriffe der Moral ihren Ursprung in der „praktischen Vernunft“ des Menschen, in der sie unabhängig von jedweden konkreten Interesse a priori — ohne weiteres — enthalten sind. Für das Gebiet der Moral gilt, daß nichts als ein Wert gelten kann, für das es in einer Gesellschaft kein reales Bedürfnis gibt. Die Moral hat vor allem die Regelung der Beziehungen von Persönlichkeiten und Gemeinschaft zum Inhalt. Moralische Werte sind ihrem allgemeinen Wesen nach ebenfalls ein im gesellschaftlichen Bewußtsein fixierter Ausdruck für die Bedeutung, die bestimmte Erscheinungen in der Gesellschaft für die Entwicklung des Menschen für die Ge-

meinschaft haben. Die moralischen Werte betreffen Erscheinungen, Prozesse und Eigenschaften, die von wesentlicher Bedeutung für die Regelung der Verhältnisse von Menschen und Gemeinschaft sind. Sie verlangen eine bewußt verantwortungsvolle Entscheidung. Sie beziehen sich auf das Handeln, Denken und Fühlen des einzelnen Menschen.

Die Tugend ist eine bestimmte, habituelle — gewohnheitsmäßige — sittliche Haltung. Die schon im Altertum aufgestellten — natürlichen — Haupt-Tugenden sind Weisheit, Gerechtigkeit, Starkmut und Mäßigkeit. Sie werden durch Orientierung an Vorbildern und ununterbrochene Selbsterziehung erreicht. Die durch Gnade erweckten — übernatürlichen — Tugenden sind nach christlicher Lehre Glaube, Hoffnung und Liebe. Diese Einteilung finden wir in 1 Kor. 13, wobei Paulus betont, daß die Liebe das Größte sei. Die moderne Relativierung der Moral z.B. durch Nietzsches Ableitung derselben als Selbstschutz der Lebensschwäche und die naturalistische Psychologie haben den Begriff der Tugend zeitweise verdunkelt. Der Philosoph Professor Max Scheler — 1874 bis 1928 — entwarf auf der Grundlage der Phänomenologie — eine Lehre die nur das Äußere, das, was zutage tritt, anerkennen will — eine Wertphilosophie — „materielle Wertethik“ — und eine Religionsphilosophie. In seinem wandlungsreichen Denken sind das Problem der Person und das Verhältnis von Geist und Leben die durchgehenden Motive. Dadurch wurden die Tugenden für unsere Zeit „rehabilitiert“. Die „materielle Wertethik“ zeigt uns aber auch ganz deutlich, wie eng Wert und Tugend miteinander verbunden sind. Dies gilt auch für die Moral.

Die Problematik unserer Zeit besteht darin, daß sich unsere Gesellschaft mit den Werten und in diesen Werten nicht mehr zurechtfindet. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland mitten im Wertewandel. Heute kann uns keiner sagen, in welche Richtung diese Entwicklung geht — sie kann positiv oder negativ verlaufen. Wir sollten jedoch sehr aufmerksame Beobachter sein, da ein negativer Ablauf die Grundlage unserer Gesellschaft und unsere im abendländischen Sinne gewachsene Kultur unwiderruflich zerstören kann. Dies ginge an die Existenz unseres Volkes.

In diesem Zusammenhang darf man und kann man nicht die Rolle unserer Sprache außer acht lassen, die diese beim Wandel unserer Werte spielt. In unseren Tagen werden die tragenden Werte und Prinzipien unserer gewachsenen Industriekultur stark angefochten. Leistungsprinzip, Rationalität sowie wissenschaftlicher und technischer Fortschritt werden immer wieder in Frage gestellt. Eine „asketische Weltzivilisation“, so fordert man, sollte die westliche Industriekultur der letzten 150 Jahre ablösen. Kulturpessimismus steht auf jeder Tagesordnung. Die Kritik an unserer Industriekultur opponiert grundsätzlich gegen die Fundamente dieser Kultur: gegen Wachstum, Leistung, Veränderung und Mobilität. Sie bezieht Position gegen unsere Leistungsgesellschaft. Sie berührt und gefährdet damit die Grundlagen unserer Industriegesellschaft schlechthin. Damit wird auch unser Staat gefährdet, der auf diesem Wege völlig verändert werden soll.

Ganz deutlich sehen wir diese Entwicklung in der derzeitigen Diskussion über das Leistungsprinzip. In der vorindustriellen ständischen Welt gab es das Leistungsprinzip fast

nur am Rande. Heute spielt Leistung im Aufbau unserer freiheitlichen sozialen Ordnung eine sehr große Rolle. Je bedeutsamer ihre Rolle, desto umstrittener wird sie. Eine Rückbewegung zu quasi-ständischen Autonomien und Immunitäten — Selbstverwaltung und Unempfänglichkeit — zeigt sich fast überall.

Großbetriebe, Großverbände und Gewerkschaften entwickeln heute eigene autonome Strukturen, die in Teilbereichen fast schon in herrschaftsähnliche Funktionen hineinwachsen. Es sei nur an die Tarifautonomie und an die Mitbestimmung erinnert. Auch in unseren Schulen und Hochschulen wird das Leistungsprinzip aufgeweicht. Einwände gegen Notengebung, die publikumswirksame, aber auch durch Wiederholung nicht richtiger werdende Parole „fördern, nicht auslesen“, das Losverfahren im Zulassungsrecht an unseren Universitäten und auch der Ruf nach gleicher Förderung — unabhängig von Begabung und Anstrengung des einzelnen — zeugen davon. Diese Tendenzen zeigen sich auch in unserer Arbeitswelt. Hier herrscht jedoch — im Unterschied zum Bildungswesen — eine erheblich schwierigere Dialektik. Die Arbeit wird durch Technik humanisiert. Die Entlastung des Menschen von körperlicher Arbeit und entwürdigender Fron ist dank einem universellen Einsatz von Energie und Technik weit vorangeschritten. Eine generelle Verweigerung von Energie und Technik — wie manche sie in der Bundesrepublik fordern — würde zuerst die Humanisierung der Arbeitswelt treffen und den Sozialstaat vernichten. Die fortschreitende Entlastung der Menschen von Arbeit hinterläßt sehr oft Langeweile und Sinnleere. Die Langeweile — nach Allensbach von 35 % unserer Bevölkerung empfunden — ist ein Zeichen von Persönlichkeitsschwäche und Passivität. Langeweile — nach Ernst Jünger „verdünnter Schmerz“ — geht einher — so Noelle-Neumann — mit abnehmender Lebensfreude. Das unvermittelte Gegenüber von Arbeit und Freizeit wird in unserer Gesellschaft offensichtlich den Wünschen vieler Menschen nicht mehr gerecht. Chancen und Raum für Selbstverwirklichung außerhalb der Arbeit haben zugenommen. Dies hat zwangsläufig die Arbeitsmoral verändert. Es ist mehr als paradox, daß heute ein großer Teil echter Arbeit — und dazu noch völlig freiwillig — gerade in der Freizeit erbracht wird. Und es sind nicht nur Aussteiger in Landkommunen, die ihr Glück gerade in dem suchen, was man einmal im Jargon des Klassenkampfes „knechtliche Arbeit“ nannte — im Säen, Ernten, Mahlen, Backen, Sägen, Pferdestriegeln und Melken. Von der Schwarzarbeit in unserer Gesellschaft ganz zu schweigen.

Die Sprache ist ein zuverlässiges Barometer für den Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte standen im Zeichen einer sprachlichen und sozialen Ausgleichs- und Egalisierungstendenz, verbunden mit einem Abbau von rollen- und schichtenspezifischen Sondersprachen. Hier zeigte sich die sozialgeschichtliche Entwicklung, die einerseits durch soziale Nivellierung, andererseits durch Rangerhöhung bisher sozial zurückstehender Tätigkeiten und Positionen in der Gesellschaft gekennzeichnet war. Die Skala Magd, Dienstmädchen, Hausgehilfin, Hausangestellte und Hausassistentin ist dafür ebenso ein Beispiel wie die oft beschriebene und belächelte Verwandlung der Putzfrau in die Raumpflegerin, des Blumenbinders in den Floristen, des Briefträgers in den Postfacharbeiter und des Fensterputzers in den Glas- und Gebäude-

reiniger. Statusunterschiede wurden so sprachlich nach oben nivelliert. Diese Tendenz wirkt hinein in die Gesellschaftssprache unserer Tage mit ihren Renommier- und Verbrämungseuphemismen. Die Wohnung wird so zur Residenz, die Tankstelle zum Service-Center, der Blumenladen zum Floristen-Shop, der Friseur zum Hairstylisten, der Handelsreisende zum Repräsentanten, der Medikamentenvertreter zum Pharmareferenten; und wer erkennt in der Ökotrophologin die früher so begehrte Hauswirtschafterin?

Zu Beginn der 60er Jahre traten dann neue Sprachmuster auf. Waren noch die Erhard-Ära und ihre auf der Idee eines tragfähigen Konsenses aller beruhende „formierte Gesellschaft“ oder auch noch die Kiesinger-Ära mit der Vorstellung einer „konzertierten Aktion“ noch von Harmonisierungsdanken geprägt, so waren in der Brandt-Ära die Harmonisierungsbegriffe der politischen Sprache eigentlich nur noch in der Außenpolitik zu erkennen. Innenpolitisch hatte die Reformpolitik eine fundamentale Sprachenwende vorgenommen. Demokratisierung der Gesellschaft und die Verwirklichung der sozialen Demokratie waren die neuen Zauberformeln. Nach der Pervertierung des Staatsbegriffs durch die Nationalsozialisten war es ein leichtes, den Hegelschen Dualismus von Staat und Gesellschaft in ein Primat der Gesellschaft umzukehren. Die militante Ausdehnung des Begriffs Gesellschaft auf die gesamte Breite des politischen Lebens und der progressive Ausfall des Begriffs Staat — das war wohl die bedeutsamste Verschiebung des politischen Sprachgebrauchs in den 60er Jahren.

Der bis dahin gültige Staatsbegriff wurde aus der Sprache der Politik in die politische Fachsprache verbannt und durch den schematischen Gesellschaftsbegriff ersetzt. Organisatorische, technische, ja paramilitärische Kampfbegriffe drangen in die politische Sprache ein, die ein Spiegelbild des neuerstarkten Voluntarismus — die Lehre, nach der alles leben vom Willen ausgeht — und Aktionismus — ein Bestreben, das Bewußtsein der Menschen oder bestehende Zustände durch provozierende und revolutionäre Aktionen zu verändern — darstellt. Hier finden wir auch das berühmte-berüchtigte „Umfunktionieren“, das „Verunsichern“ und das „Umpolen“ von Sozialisationsmustern. Werte wurden „hinterfragt“. Die Antworten wurden ganz schnell gegeben: Betroffenheit, Emanzipation und „Freiräume“ als Muster eines neuen negatorischen — ablehnenden, verneinenden — Freiheitsverständnisses. Gleichheit war nun auf einmal nicht mehr Gleichheit vor dem Gesetz, sondern wurde stereotyp zur Gleichheit der materiellen Lebensbedingungen aller in der Gesellschaft denaturiert und damit praktisch seiner wahren Natur beraubt. Die Familie wurde zur Sozialisationsagentur und Eltern zu bloßen Bezugspersonen herabgestuft. Aus den Arbeitnehmern wurden in marxistischem Klassenkampfdenken die Lohnabhängigen. Nach Recht und Gesetz verurteilte Terroristen werden auch heute noch zu „politischen Gefangenen“, der Strafvollzug bei inhaftierten Terroristen wird als „Isolationsfolter“ denunziert. Makabre „Bekennerbriefe“ nach schrecklichen Morden sollen offensichtlich von einem besonderen Mut zum Töten zeugen. Die Mörder werden sogar zu „Freiheitskämpfern“ hochstilisiert. Die rechtsstaatlichen Bemühungen, den Staatsdienst vor Verfassungsfeinden zu bewahren, werden diffamiert mit dem demagogischen Kampfbegriff „Berufsverbot“. Hat man heute bereits vergessen, daß Adolf Hitler seinen Kampf gegen die Repu-

blik von Weimar erst richtig führen konnte, als er Regierungsrat bei der Vertretung des Landes Braunschweig in Berlin wurde? Dies sollte doch jedem zu denken geben, der sich mit diesen Problemen auseinandersetzt. An dieser Stelle sollten die Begriffe „Plutonium-Wirtschaft“ und „Krieg der Sterne“ nicht übersehen werden. Auch diese Worte sind eine Diffamierung des wahren Sachverhaltes und stellen die Fakten auf den Kopf. Als Schlagworte sind sie jedoch eingängig und regen auch nicht zum Nachdenken an.

Im Jahre 1969 führte Johan Galtung den Begriff der strukturellen Gewalt in die Diskussion um die Dritte Welt ein. Dies war einer der folgenschwersten Einbrüche in die Sprache und die Wertaussagen unserer Gesellschaft. Strukturelle Gewalt wurde nun zum Synonym — gleichbedeutend für Abhängigkeitsverhältnisse jeder Art. Damit wurde auch die Gegengewalt legitimiert. Der jahrelange Konsens aller Demokraten in der Ablehnung von Gewalt begann damit in der Bundesrepublik Deutschland abzubrockeln. Von nun an galt die Unterscheidung zwischen legitimer staatlicher Gewalt — in Form von Rechtsprechung Polizei und Militär — und illegitimer Gewaltanwendung — unrechtmäßiger Gewalt — nicht mehr. Richter, Lehrer, Polizei und Unternehmer waren auf einmal Organe struktureller Gewalt, gegen die „Gegengewalt“ als legitim erklärt wurde. Der Gewaltbegriff spaltete sich aber auch noch ideologisch auf in „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“. Hinzu kam ein „pseudolegalisierender Revolutionsbegriff“, der sehr spitzfindig zwischen systemimmanenten und systemüberwindenden Reformen unterschied und damit jede Revolution zu verschleiern suchte. Nur so konnte die Kulturrevolution in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Fuß fassen. Brachiale Gewalt wurde als legitim verharmlost und der Begriff Widerstand als Kampfansage gegen Rechtsstaat und Demokratie eindeutig mißbraucht. Diese Formulierung ist nach meiner Auffassung eine völlige Pervertierung des Begriffes Widerstand und eine offene Verhöhnung des „Aufstandes des Gewissens“ gegen Hitler und die Diktatur des NS-Regimes. Die Widerstandskämpfer im Dritten Reich machen auch heute noch deutlich, daß alle ihr persönliches Leben dem Geist der Freiheit und des Rechtes unterordneten. Generalmajor Henning von Tresckow sprach davon, daß jeder das Nessusgewand — nach dem vergifteten Gewand des Herakles in der griechischen Sage, eine verderbenbringende Gabe — anziehen müsse, der am Widerstand gegen Hitler teilnehmen wolle. Der heutige „Widerstand“ bringt — wenn es hoch kommt — eine Vernehmung bei der Polizei und ein gutes Bild in den jeweiligen Fernsehnachrichten ein. Beim heutigen Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten von Terror sprechen kann nur derjenige, der von der Geheimen Staatspolizei der Nazis überhaupt keine Ahnung hat. Die Einführung des Begriffes „Widerstand“ in die heutige politische Diskussion, der in seinem Wesen gegen den Rechtsstaat und die freiheitliche Demokratie gerichtet ist, hat in unserer Gesellschaft den Boden für Gewaltanwendung vorbereitet. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, daß heute politische Gruppierungen den Verteidigungshaushalt als Kriegskasse, den Dienst an der Waffe als Kriegsdienst und unsere Volkszählung als Volksverhör verunglimpfen. Mit diesen Sprachformeln werden unsere richtigen Werte völlig verändert und in Frage gestellt. Die hierbei ebenfalls betriebene Strategie der dialektischen — spitzfindigen — Sprachumwertung verdrängt alte Realitäten

und drängt neue auf. Positive Begriffe unserer Sprache werden durch negative Zusätze abgewertet: Professor Marcuses „repressive (unterdrückende) Toleranz“ ist ein Musterbeispiel für diese Entwicklung. Negative Begriffe werden positiv bewertet, so Professor Dorothee Sölles „kreativer (schöpferischer) Haß“. Die Friedensbewegung hat — sinnigerweise — ihren Jargon zum großen Teil der militärischen Drillsprache entnommen. Wir finden hier unter anderem die Begriffe Kampf für den Frieden, Widerstand, Mahnwachen, Besetzung, Blockade und „Menschenkettens“. Derartige Formulierungen sind meiner Meinung nach keine Botschaften des Friedens mehr. Durch vernebelte Wahl der Worte werden die Randzonen der Aussagen noch unschärfer gemacht. Man spricht von „gewaltloser Blockade“ und „friedlicher Besetzung“. Hat man wirklich bei uns völlig vergessen, daß Hitler nach dem damaligen Sprachgebrauch die Tschechoslowakei ebenfalls „friedlich besetzte“ bei seinem Einmarsch nach Prag im Jahre 1939. Sind wir auch geschichtlich so unwissend und kurzsichtig geworden?

Die Behandlung unserer geschichtlichen Vergangenheit in unserer Zeit ist ebenfalls ein Zeichen unserer derzeitigen Wertvorstellungen. Als der führende Kölner Historiker Professor Andreas Hillgruber im Frühjahr 1986 die sachlich richtige Feststellung traf, daß 1944/45 der Versuch, die damalige deutsche Ostfront vor der anstürmenden Roten Armee zu halten, zwar den Krieg verlängerte, aber zugleich Millionen deutscher Zivilisten das Überleben und die Flucht ermöglicht habe, war das für alle, die damals an der Ostfront da gewesen waren und das gewaltige Elend und die große Not der riesigen Flüchtlingsströme miterlebten, nichts Besonderes. Sie bekamen nach meiner Auffassung eine schon längst fällige subjektiv-ethische Berechtigung ihres damaligen Durchhaltens attestiert. Um so erstaunter mußte man — und das ging weit über den Kreis der Betroffenen hinaus — sein, als der Frankfurter Philosoph Professor Jürgen Habermas in einem Zeitungsbeitrag — in der „Zeit“ vom 11. Juli 1986 — nicht nur Professor Hillgruber, sondern mit ihm noch mindestens drei weitere Historiker — die Professoren Ernst Nolte, Klaus Hildebrand und Michael Stürmer — bezichtigte, in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung eine „Wende“ herbeiführen zu wollen. Damit sollten die Untaten des Dritten Reiches verteidigt werden. Der hieraus entstandene Streit muß als eine fundamentale Auseinandersetzung über wissenschaftliche, politische und ethische Grundwerte verstanden werden. Professor Habermas erhob in seinem Artikel den Vorwurf, in der deutschen Zeitgeschichtswissenschaft gebe es „apologetische (rechtfertigende) Tendenzen“. Auch der jüngste Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel schloß sich diesem Vorwurf an und bezeichnete in einem Fernsehinterview die von Habermas vor allem angegriffenen seriösen Historiker ohne Prüfung der Behauptung als „Viererbunde.“

Derartige „apologetische Tendenzen“ wären ohne Zweifel in der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsschreibung ein Anlaß zu größter Beunruhigung — wie jede Verteidigung der NS-Diktatur. Diese von Habermas behauptete Tendenz gibt es jedoch zum Glück nicht in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat sie erfunden, und diejenigen, die ihm — natürlich immer mit dem Wort „kritisch“ auf den Lippen — unkritisch folgen, machen sich nicht die Mühe, sich über den derzeitigen wissenschaftlichen Diskussionsstand in unserer Ge-

sellschaft zu informieren. Hier wird geurteilt, ohne die Bücher der angegriffenen Wissenschaftler auch nur einigermaßen zu lesen oder überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Vorurteile lassen sich jedoch am besten ohne ausreichende Sachkenntnis erhalten. Habermas selbst und nicht wenige, die ihm bei dieser Aussage folgen, interessieren sich nach meiner Meinung weniger für die geschichtswissenschaftliche Problematik, sondern lassen sich bei ihren Aussagen von politischen Motiven leiten. Sie alle wollen auf eine tatsächlich nicht existierende, aber für sie vermeintliche „Wendehistorie“ aufmerksam machen.

Derartige — durch nichts gerechtfertigte — schwerwiegende Anklagen können für die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland sehr fatale Folgen haben. Welche Beunruhigung schon die unbewiesene Behauptung „apologetischer Tendenzen“ im Ausland hervorrufen muß, interessiert die Betroffenen nicht. Sie profitieren alle von dem leider von manchen Intellektuellen in Anspruch genommenen Privileg, unverantwortlich handeln zu können. Kontroversen sind in der Wissenschaft völlig normal und müssen es sein. Verleumdungen und Fälschungen hingegen sollten nicht zum Stil wissenschaftlicher Auseinandersetzungen gehören, auch wenn einige sensationshungrige Journalisten sich dafür mehr interessieren und engagieren als für wissenschaftliche Fragen. Gefälschte „Hitler-Tagebücher“ lassen die Setzmaschinen rotieren, die Entwicklung der wissenschaftlichen Hitlerforschung verfolgen nur wenige und dann unter Umständen sogar auch noch falsch — wenigstens in der Interpretation. Das wäre leicht zu ertragen, würden nicht allzu viele meinen, in der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung beliebig dilettieren zu können. Berechtigter- und logischerweise aber besitzt die Beurteilung der NS-Diktatur eine Schlüsselstellung für das historisch-politische Bewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland. Wandlungen in der Beurteilung dieser Epoche der deutschen Geschichte werden deshalb oft als Seismograph für unsere politische Kultur gedeutet. Bei jedem wissenschaftlich analysierten historischen Themenkomplex gibt es wissenschaftliche Fortschritte, Veränderungen der Fragestellungen, Erweiterungen und Differenzierungen unseres Kenntnisstandes — dies gilt auch für die NS-Diktatur. Wäre es hier anders, dann könnte man künftige Forschung unterlassen und die damit beschäftigten umschulen. Das „Dritte Reich“ ist zwar auch ein Thema öffentlicher Diskussion und Konstituens (Bestandteil) des antitotalitären Selbstverständnisses und damit der Wertevorstellung in der Bundesrepublik, zunächst aber und ganz fundamental ein Thema der Wissenschaft, die inzwischen eine Fülle von Einsichten erbracht hat, über die Einigkeit unter den Experten besteht. Dieser Teil wissenschaftlicher Ergebnisse ist kein Gegenstand der Diskussion, sondern der Aneignung von erarbeitetem Wissen. Über unbestreitbare Fakten diskutiert kein wissenschaftlich arbeitender Historiker, sondern allein über ihre Ein- und Zuordnung sowie ihre Erklärung. Aber auch dies ist kein Gegenstand beliebiger Überzeugung, sondern eine rein sachgemäße wissenschaftliche Argumentation. Der Versuch von Habermas, ein bestimmtes Geschichtsbild über die deutsche Geschichte nach 1933 aus gesellschaftspolitischen Motiven festzuschreiben, ist ein Mißverständnis des pluralistischen Charakters der bundesrepublikanischen Wissenschaft. Hier wird aber auch — und das sollte man vor allen Dingen nicht übersehen — das grundgesetzliche Gebot der Wissenschaftsfreiheit mißachtet.

Professor Habermas übersieht in diesem Zusammenhang einen schon seit Beginn der sechziger Jahre offensichtlichen Wandel der zeitgeschichtlichen Fragestellung zu diesem Thema. Ernst Noltes bahnbrechendes Werk „Der Faschismus in seiner Epoche“ (1963) hat den Weg für eine geschichtswissenschaftliche Verwendung des Terminus Faschismus freigegeben. Er begrenzt ihn epochal und definiert ihn komparatistisch (vergleichbar) im europäischen Kontext, d. h. im Zusammenhang. Er interpretiert Faschismus und Nationalsozialismus als Antwort auf eine andere totalitäre Ideologie, die des Bolschewismus und seiner Revolution von 1917. Der inflationären politischen Verwendung eines vom konkreten historischen Epochengehalts entleerten Faschismus-Begriffs, der entweder dogmatisch im Sinne des Marxismus-Leninismus verengt oder zum wohlfeilen agitatorischen Schlagwort gegen beliebig viele und unterschiedliche Gegner verkommen war, schob Nolte innerhalb der Wissenschaft damit einen Riegel vor. Leider macht die Politik von dieser einwandfreien wissenschaftlichen Aussage fast keinen Gebrauch. Es ist eine Frage der Ethik und der Werte, wenn heute noch in Reden und Aufsätzen in der Bundesrepublik die Begriffe „Nationalsozialismus“ und „Faschismus“ falsch verwandt werden.

Erst 23 Jahre nach der Veröffentlichung entdeckte Habermas diese Noltesche Grundkonzeption und fühlte sich — wenn auch verspätet — alarmiert. Es mußte sich nach seiner Auffassung hier zweifellos um ein Signal der vermeintlichen „Wende“ handeln. Auch Noltes Versuch, durch die Suche nach Analogien — Ähnlichkeiten — das ungeheuerliche Verbrechen des Judenmordes aus dem Selbstverständnis der NS-Führung zu erfassen, ist ja keineswegs eine Entschuldigung, sondern ein Erklärungsversuch. Zu ihm gehört das unbestreitbare Faktum, daß die NS-Ideologie essentiell (wesentlich) antibolschewistisch war. In ihr wurde das erklärte Ziel einer kommunistisch-bolschewistischen Weltrevolution mit der vermeintlichen Bedrohung durch eine angebliche „jüdische Weltverschwörung“ verquickt. Auch solche Verschwörungstheorien entschuldigen den Massenmord an unschuldigen Menschen nicht. Auch die Erklärung von Chaim Weizmann, dem damaligen Chef der Jewish Agency — die keine Kriegserklärung im völkerrechtlichen Sinne sein konnte — entschuldigt diese ungeheuren und schweren Verbrechen nicht. Aber eine sachliche Analyse selbst muß auch den irrationalen Fanatismus mit rationalen Kategorien zu erklären versuchen, wenn sie wissenschaftlichen Kriterien standhalten soll. Hierin liegt aber auch das ständige Ungenügen an solchen Interpretationen. Und ebenso enthält der Hinweis auf vorausgegangene politisch-ideologisch motivierte Massenmorde der stalinistischen Sowjetunion oder in anderen Staaten bis in die letzten Jahre hinein keine Verharmlosung des Nationalsozialismus, sondern ein Faktum — eine Tatsache.

Man sollte aber auch heute wissenschaftlich erhärtete Tatsachen — auch wenn sie irgendwelchen politischen Gruppierungen nicht gefallen — nicht übersehen oder in Frage stellen. Am 7. April 1935 hatte die Sowjetregierung in einem der „barbarischsten Gesetze“ des 20. Jahrhunderts Kindern von 12 Jahren an dieselbe Strafe wie Erwachsenen — einschließ- lich der Todesstrafe — angedroht. Es kam zu Selbstmordwellen unter den von aller Welt verlassen Kindern der Erschossenen oder Verhafteten. Den Untersuchungen Conquests — Conquest, The Great Terror, S. 525 ff. — zufolge, der alle erreichbaren Daten

sorgfältig analysierte, befanden sich zwischen 1936 und 1950 in den sowjetischen Konzentrationslagern im Jahresdurchschnitt 8 Millionen Menschen unter völlig unerträglichen Bedingungen, von denen jeweils 10 %, das heißt 800 000 Menschen jährlich — insgesamt also 12 Millionen Menschen — starben. Zu diesen 12 Millionen Opfern Stalins wurden zur Amtszeit Ezovs als Volkskommissar des Inneren, das war während der großen Säuberung — der Ezvoscina — zusätzlich eine Million Menschen liquidiert. Zu diesen 13 Millionen Opfern Stalins sind 3,5 Millionen Landbewohner hinzuzurechnen, die während der Zwangskollektivierung zugrunde gingen, sowie 3,5 Millionen sogenannter Kulaken, die in die russischen Konzentrationslager deportiert wurden und ebenfalls so gut wie alle ums Leben kamen. Conquest gelangt in seinen Untersuchungen zu dem Schluß, daß zwischen 1930 und 1950 mindestens 20 Millionen Menschen den Ausrottungsmaßnahmen in der Sowjetunion zum Opfer gefallen sind, darunter wahrscheinlich auch viele Juden. Diese Gesamtzahl ist jedoch — wie der Autor betont — eher zu niedrig als zu hoch gegriffen und kann wahrscheinlich um 10 Millionen weiterer Opfer — also insgesamt 30 Millionen getöteter Menschen — erhöht werden. Diese Tatsachen der europäischen Geschichte werden jedoch bis heute — bewußt oder unbewußt — völlig verdrängt. Nach meiner Meinung ist es einfach unverständlich, diese 30 Millionen Morde in der UdSSR aus dem Bewußtsein zu verdrängen.

Es muß an dieser Stelle noch einmal festgehalten werden, daß die Aussagen von Nolte keine Entschuldigung für die NS-Verbrechen sind. Im strengen Sinne sind die Verbrechen singulär (vereinzelt) — das ist eine Banalität. Trotzdem sind Vergleiche möglich. Aber gerade hier läßt Professor Habermas sein politisches Motiv erkennen und mißt Verbrechen mit zweierlei Maß. Gegen Nolte wendet er unter anderem ein, er vergleiche den Massenmord an Juden mit der — so wörtlich — „Vertreibung der Kulaken durch Stalin“. Bei dieser vermeintlichen „Vertreibung“ handelt es sich tatsächlich nicht „nur“ um Deportationen, sondern — wie vorstehend bereits ausgeführt wurde — um einen durch die Staatspartei der Sowjetunion organisierten Massenmord, der besonderen Liquidierungskommandos übertragen wurde. Diese Ermordeten waren Bauern, die auf dem XV. Parteitag der KPdSU zu „Ausbeutern und Volksfeinden“ erklärt wurden. Jeder kritische Leser sieht, was hier und wer hier verharmlost wird. Der durch die kommunistische Ideologie motivierte Mord gilt Habermas als „Vertreibung“ und sichert sich so schon sprachlich die Unvereinbarkeit. Mit dieser Form der Geschichtsklitterung kann man sich allerdings jeglicher Analogie entziehen — auch wenn dies auf Kosten von Wert, Ethik und Moral geht. Wir alle müssen unsere geschichtliche Vergangenheit voll und ganz in sachlicher Form aufarbeiten und bewältigen. Dies darf jedoch nicht zu Lasten unserer abendländisch-christlichen und humanitären Wertvorstellungen geschehen. Auch nicht durch eine durchsichtige fehlerhafte Interpretation unserer jüngsten Vergangenheit, die zur Zeit von den verschiedensten Kreisen betrieben wird.

Hierzu gehört auch die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, die völkerrechtswidrig war. Die Haager Landkriegsordnung war im zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42—56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetz-

ten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen. Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibung, die von den Nationalsozialisten durchgeführt wurde, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der bekannte US-Völkerrechtler Alfred-Maurice de Zayas stellt in seinen „Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten“ im Jahre 1986 fest: „Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum“ — so der Autor — „stellen die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.“ Und wenn Hillgruber auf Grund inzwischen zugänglich gewordener britischer Akten zu dem Schluß kommt, daß die Zerstörung des Deutschen Reiches auf alliierter Seite schon vor Bekanntwerden des Massenmordes an den Juden geplant war — und dieser damit das Ende des Reiches nicht erklärt —, ist das ein Faktum, das der Historiker nicht einfach ignorieren kann.

Hierbei darf auch nicht übersehen werden, daß das Prinzip der Zwangsumsiedlung der Deutschen im Osten direkt nach dem Münchener Abkommen — also noch vor Kriegsbeginn — von dem tschechischen Exilpolitiker Eduard Benesch befürwortet und im Laufe des Krieges in seinen Gesprächen mit Stalin, Churchill und Roosevelt zu einem wesentlichen Kriegsziel aufgebaut wurde. Auch diese Entwicklung kann nicht im Zusammenhang mit den verbrecherischen Morden der damaligen Machthaber des Dritten Reiches gesehen werden, wie dies wiederholt geschieht. Diese Ziele waren im Prinzip schon vor dem Kriege festgelegt. Nachdem das Prinzip der Zwangsumsiedlung Volksdeutscher — „illoyale Minderheiten“ — von den damaligen Alliierten akzeptiert worden war, wurde es im Zusammenhang mit der geplanten Westverschiebung des polnischen Staates auch auf die Reichsdeutschen, die keine Minderheit waren, in den östlichen Provinzen Deutschlands ausgedehnt. Auf der Konferenz von Teheran — Nov.—Dez. 1943 — führte Stalins Forderung, Polen östlich der Curzon-Linie zu annektieren, zur Entscheidung, Polen im Westen auf Kosten Deutschlands zu entschädigen. Mit der territorialen Entschädigung war auch der Plan zur Aussiedlung der einheimischen deutschen Bevölkerung verbunden, ohne daß sich direkte Bezüge zu den nationalsozialistischen Vertreibungspraktiken im Osten feststellen lassen. Flucht, Vertreibung und Verschleppung haben über zwei Millionen unschuldiger Opfer das Leben gekostet — und dies zum Teil quasi als Friedensmaßnahme bzw. nach der deutschen Kapitulation. Unsere Wert- und ethischen Maßstäbe verlangen geradezu, daß dieses Ereignis von unserer Gesellschaft und von der ganzen Welt zur Kenntnis genommen wird — ohne Polemik und ohne Vorwurf der Aufrechnung —, da es ein historisches Faktum ist. Von einer Million Verschleppter aus den deutschen Ostgebieten überlebten nur 55 %. Hier ist die anglo-amerikanische Mitverantwortung gut belegbar, denn Churchill und Roosevelt akzeptierten am 11. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta das Prinzip, wonach deutsche Zwangsarbeit als Kriegsentschädigung zugelassen wurde.

Durch diesen gemeinsamen Beschluß, der ebenfalls von Stalin unterzeichnet wurde, wurden Volksdeutsche aus Rumänien, Jugoslawien und Ungarn und Reichsdeutsche aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien — Männer wie Frauen — zur Sklavenarbeit in die Sowjetunion verschleppt, gewissermaßen als „lebende Reparationen“. Der Verfasser dieser Arbeit ist der Auffassung, daß zum Wert einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft die Wahrheit gehört — auch in der eigenen Geschichte. Hier sollte aus diesem Grunde noch einmal aus der Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg zitiert werden: Die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Unsere Werte und Ethik werden auch dadurch in Mißkredit gebracht, daß man immer mehr die Wissenschaft zur Desinformation der Öffentlichkeit benutzt und mißbraucht. Immer mehr berufen sich Politiker aller Parteien auf Forschungsergebnisse der Wissenschaft und hierbei insbesondere auf Ergebnisse der Sozialforschung. Diese Berufung auf Wissenschaft und Forschung sind nach meiner Meinung überwiegend eine Desinformation der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Es gibt in der Bundesrepublik genügend Beispiele für diese Art der Desinformation und für eine größer werdende Leichtfertigkeit als Stil der Politik unserer Tage. Hier sind fast alle Arten der Wissenschaft angesprochen — von der Zoologie bis hin zur Atomforschung.

An dieser Stelle sei eine Desinformation aus der Sozialforschung — stellvertretend für viele andere — vorgestellt. Am 16. April 1985 stellte der damalige nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, auf einer Pressekonferenz einen Untersuchungsbericht der Professoren F. Sack und B. Willenbacher von der TU Hannover vor. Deren Untersuchungen — so Minister Farthmann — hätten jetzt ergeben, daß Gewalt in der Familie ein Problem von hoher Dringlichkeit sei. Die „Rheinische Post“ in Düsseldorf widmete dieser Pressekonferenz am 17. April — wie verschiedene andere Tageszeitungen auch — großen Raum. Zwar vermöge — so die „Rheinische Post“ — die Untersuchung nur wenig Licht in das Dunkel der „heimlichen Gewalt daheim“ zu bringen. Aber: Dennoch läßt sich erkennen, daß neue Initiativen notwendig sind, um vor allen von Ehepartnern gepeinigten Frauen zu unterstützen. Nach der Untersuchung seien geschiedene Frauen gefragt worden, von denen etwa die Hälfte aussagte, in ihrer Ehe sei es zu gewalttätigen Konflikten gekommen. Bei Bewohnerinnen von Frauenheimen lag der Anteil bei 60%. Minister Farthmann zog aus der Untersuchung den Schluß, „daß Frauenhäuser eine unverzichtbare soziale Aufgabe übernommen haben. Deshalb werde das Land ihre Arbeit weiter unterstützen.“

Nachdem die Journalisten nachgefragt hatten, stellte das Ministerium den Untersuchungsbericht in Kurzfassung — 57 Seiten — zur Verfügung. Hier zeigte sich jedoch, daß der Minister mit alten Befunden eine aktuelle Meldung bewirkte. Die Untersuchung fand zu Beginn des Jahres 1980 in Köln statt. In Wirklichkeit hatten die Professoren Sack und Willenbacher die Geschiedenen eines Kölner Amtsgerichtes während der ersten Hälfte des Jahres 1980 auf Gewalttaten hin befragen wollen. 2000 Personen hatte man angeschrie-

ben, 171 hatten geantwortet. Man darf also diesen Bericht als Grundlage von Hochrechnungen getrost vergessen. Nur wenn man wegläßt, daß es sich bei den 171 um eine Selbstauswahl von weit weniger als zehn Prozent der Befragten handelt, gibt es die Horrervision, in der Hälfte aller Scheidungen habe es vorher Gewalttaten gegeben. In der Pressemitteilung fehlt auch jeglicher Verweis, daß hier im Jahre 1985 Daten aus 1980 vorgestellt wurden. Ohne die beiden Weglassungen — Zahl der eigentlich angeschriebenen Personen und Zeitpunkt der Datenerfassung — wäre Minister Farthmann mit Sicherheit nicht in die Schlagzeilen der Presse gekommen. Hier stellt sich die Frage, wie der Minister in seinem Vortrag vor der Presse seine ohnehin irreführende Mitteilung um die zitierfähigen 400 000 Gewalttaten erweitern konnte. Er erwähnte bei dieser Pressekonferenz eine andere von ihm veranlaßte psychologische Untersuchung über das Gewaltphänomen in Familien, nach der Gewalt ein häufiges Begleitelement des Familienlebens sei. Weitere insistierende Nachfragen beim Ministerium ergaben dann nach Monaten die Quelle dieser Behauptung. Christian Büttner und andere hatten mit dem reißerischen Titel „Wenn Liebe zuschlägt“ eine Arbeit veröffentlicht, die sie in der Forschungsgruppe „Politische Psychologie/Friedenserziehung“ der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung anfertigten. Was immer dort an Zahlen mitgeteilt wurde, bezog sich ebenfalls auf den Arbeitszeitraum 1980. Hierbei handelt es sich jedoch zum größten Teil nicht um eigene Untersuchungen, sondern um Auswertung von Literatur und Zeitungsmeldungen. Eine solche Wiedergabe einer Zeitungsmeldung ist die Quelle für die Behauptung, daß es 400 000 Gewalttaten an Kindern in der Familie gebe. Eine Suche nach der Quelle dieser Zahl ergab eine Notiz in einer Zeitschrift des Deutschen Kinderschutzbundes aus dem Jahre 1980, derzufolge Antje Huber — damals Familienministerin in Bonn — bei einem Besuch im Kinderschutzzentrum in Berlin als Spannweite der Unsicherheit über das Ausmaß der Kindesmißhandlungen Schätzungen zwischen 30 000 bis 400 000 genannt habe.

Hier wird nach meiner Auffassung Wissenschaft eindeutig mißbraucht. Jahreszahlen werden verdreht, Bezugsgrößen werden nicht genannt. Affirmativ wird eine Zahl, die von allen vorherigen Quellen als eine bloße Vermutung ohne jede Begründung erwähnt wird, benutzt, um ein uninteressantes Ergebnis einer unsachlich durchgeführten Forschung auf aktuell relevant aufzupolieren. Dies alles geschieht aus rein politischen Erwägungen — kein gutes Zeichen für Werte und Ethik in unserer Gesellschaft.

Genauso unwissenschaftlich wird in der Diskussion um und über die Tierversuche verfahren. Dafür ist u. a. der CSU-Bundestagsabgeordnete und Historiker Dr. Günter Müller ein guter Beleg. Er begründete im Münchener Teil der „Süddeutschen Zeitung“ am 19. Mai 1985 die Notwendigkeit eines neuen Tierschutzrechtes, das über den damaligen Entwurf der Bundesregierung hinausgehen sollte, mit den nachstehend aufgeführten beiden Quellen. Im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft vom 19. September 1984 hatte Müller nachgelesen, daß Rückschlüsse von Tierversuchen auf den Menschen „nur begrenzt möglich sind.“ Zum anderen hatte Dr. Müller im „Bild der Wissenschaft“ gelesen und dabei den Eindruck gewonnen, daß es einen verbreiteten Mißbrauch von Tierversuchen gebe. Ausgestattet mit einem derartigen Wissen, empfiehlt Dr. Müller dem bedeuten-

den Fachmann für Veterinärmedizin, Professor Brendel, doch einmal „Bild der Wissenschaft“ zu lesen, um sich auf den neuesten Stand wissenschaftlicher Erkenntnis zu bringen. Eine Sottise (Albernheit, Dummheit) — aber auch eine elementare Unkenntnis darüber, wie ein seriöser Fachwissenschaftler seine Arbeit betreibt.

Hier zeigt sich ganz deutlich, daß in der Politik Leichtfertigkeit kein Hinderungsgrund für parlamentarische Erfolge ist. Die Wissenschaft hat keine Lobby, die sie gegen Affekte schützen kann, die durch Tagesenten in den Medien angeheizt werden. Hier werden doch Aussagen wissenschaftlicher Außenseiter gegen die einhellige Meinung der Fachleute und wider alle Plausibilität zur Grundlage gemacht für grundlegende politische Entscheidungen. Diese Entwicklung hat uns bereits großen gesellschaftlichen Schaden gebracht und die Werte, Ethik und Moral unserer Gesellschaft ad absurdum geführt. Dies ist der Preis dafür, daß wenige Wissenschaftler im Namen der Wissenschaft parteiisch für politische und andere ideologische Streitfragen verwendbar werden oder diese selbst befördern. Bei uns zeichnet sich eine Machtverschiebung zuungunsten der politischen Realität und Sachkenntnis zugunsten eines Polittheaters ab, in dem sich die deformierte Denkweise der Generation von 1968 mit ihren absurden Forderungen durchsetzen will. Das heutige Parteiensystem ist offensichtlich nicht in der Lage, einer seiner Hauptaufgaben gerecht zu werden, unsinnige Gedanken in unserer Gesellschaft zu filtern, bevor diese zu Grundlagen parlamentarischer Verfahren im Deutschen Bundestag werden.

Wie absurd Werte und Ethik in unserer Gesellschaft teilweise auf den Kopf gestellt werden, zeigt ein Urteil des Amtsgerichtes München. Im Namen des Volkes schrieb der Münchner Amtsrichter Herbert Rosendorfer — der sich als Schriftsteller und Autor von Fernsehkrimis („Tatort“ und „Der Alte“) in der Bundesrepublik einen Namen gemacht hat — unter dem Aktenzeichen 24 C 3200/83 folgende Urteilsbegründung: „Es ist sogar zu überlegen“, befand der Jurist in der Entscheidung über einen banalen Verkehrsunfall, „ob das Leben eines Igels nicht wertvoller ist, als das Leben eines Menschen.“ Mit dieser extrem tierliebenden und zugleich menschenfeindlichen Belehrung verdonnerte der Richter Rosendorfer einen Autofahrer, die Kosten seiner Karambolage zu bezahlen. Der Blechschaden in Höhe von 1176 DM war entstanden, nachdem der Unfallgegner wegen eines Igels plötzlich gebremst hatte. Der Hintermann fuhr auf und weigerte sich, die finanziellen Folgen zu tragen.

Die Wertvorstellungen der Tierschützer in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht immer einfach zu verstehen. Gefährlich wird es jedoch, wenn wir auf politisch gefährliche Emotionalisierungen des Tierschutzes treffen. Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, der Münchner Rechtsanwalt Dr. Grasmüller, hat nach meiner Meinung den Tierschutz in gefährlicher Weise emotionalisiert. Schlimmer noch, er rückt das berechtigte Bemühen um wirksamen Tierschutz in die unheilvolle Nähe von Antisemitismus und Rassismus. So schreibt er in dem Vorwort für eine Neuauflage des erstmals 1925 veröffentlichten Buches „Tierschutz und Kultur“ von Manfred Kyber unter Herausstellung seiner Eigenschaft als Tierschutzpräsident, man habe den Kyber-Text „original aus der Erstaus-

gabe von 1925 übernommen, da die inhaltlichen Aussagen nach wie vor hochaktuell sind“. Grasmüller fordert dann: „Dieses Buch müßte jedem, nicht nur dem Tier- oder Naturschützer, zur Pflichtlektüre übergeben werden. . . Es wird die Zeit kommen, wo man Politiker, Industrielle und Mitmenschen zur Verantwortung ziehen muß, weil sie in den vergangenen Jahren der Tierwelt gegenüber gewissenlos gehandelt haben.“

Wohin gehen nun die Gedankengänge des Verfassers von „Tierschutz und Kultur“? Einige Kostproben sind da sehr interessant. Kyber behauptet, „jüdisches Schächten“ sei eine schwere Tierquälerei, und fährt dann fort: „Es ist wohl ohne weiteres begreiflich, wenn sich die deutsche Bevölkerung gegen diese Scheußlichkeiten wendet und ihre bedingungslose Abstellung fordert. Ethik und nationale Würde verlangen das.“ Kyber lehnt es ab, „daß wir uns den rituellen Gesetzen einer fremden Rasse in Deutschland fügen sollen, wenn sie in so offenkundiger Weise mit unserem Sittlichkeitsempfinden in Widerspruch stehen, wie das Schächten. . . Verbeugungen vor jüdischem Kapital können wir an maßgeblichen Stellen nicht dulden.“ Geschehe dies weiter, so könne „Antisemitismus nicht wundern“. „Die Juden sollten sich warnen lassen. Sympathien und Antipathien lassen sich amtlich nicht festlegen, und das Gesetz wird, sehr zum Schaden des Ganzen, die Juden einmal nicht schützen können, wenn sie nicht einsichtig genug sind, das sittliche Empfinden in Deutschland nicht zu berücksichtigen.“

In der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Tierschutzgesetz hat Herr Dr. Grasmüller diesen Aussagen, von denen das Buch von Kyber im Vorwort wimmelt, noch hinzugefügt: „In der letzten Zeit aber ist diese Art betäubungslosen Tötens zu einer Unsitte bei den islamischen Staatsangehörigen geworden, weil sie, obwohl der Koran eine solche Art der Tötung nicht vorschreibt. . . lebend gekaufte Tiere ohne Betäubung töten.“ Und: „Um dem Verzehr von Tieren Einhalt zu gebieten, die zu den höherwertigen Lebewesen zählen, wie zum Beispiel Hunde und Katzen, und um zu verhindern, daß Gastarbeiter ihre lokalen Gebräuche in der Bundesrepublik weiter ausdehnen“, — der Verzehr von Igel ist insbesondere bei Italienern und Türken weit verbreitet — „bedarf das Tierschutzgesetz hier eine klare Aussage.“

Wer einen guten Tierschutz in unserer Gesellschaft will, muß ihn von derartigen Gedankengängen freihalten. Nichts ist gefährlicher für die Idee des Tierschutzes, als wenn er sich mit Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß und Rassenhaß verbündet. Wenn der Tierschutz unduldsam und blind wird — auch gegenüber dem Bemühen der Landwirtschaft, durch moderne Produktionsmethoden den entsetzlichen Hunger in unserer Welt zu bekämpfen — und wenn der Tierschutz radikalisiert und von den Ergebnissen der Tierhaltung- und Tierzuchtforschung losgelöst als dogmatische politische Bewegung betrieben wird, dann kann er eine sehr menschenverachtende Gefährlichkeit gewinnen, die wir alle nicht mehr wollen. Hiervor kann nur eindringlich gewarnt werden.

Wenn man so die Werte in unserer Gesellschaft setzt, dann ist es kein Wunder mehr, wenn ein Rechtsanwalt eine für meine Begriffe rechtswidrige Tat von selbsternannten Tierschützern als rechtmäßig bezeichnet. So geschehen von Rechtsanwalt Dr. Eisenhart

von Loeper in einem Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung, der am 3. Oktober 1986 veröffentlicht wurde. Es geht hierbei um eine Aktion sogenannter „autonomer Tierschützer“, die aus einer Farm im Großraum München 180 Biberratten „befreit“ hatten. In seinem Leserbrief führt Herr von Loeper u. a. aus: „Wer andererseits die Nutrias aus der Qual befreit (wie es zunächst auch das Bestreben der Staatsanwaltschaft war — nach einer Strafanzeige, die allerdings eingestellt wurde —), begeht deshalb noch keinesfalls ‚Rechtsbruch‘. Die Tierbefreiung kann vielmehr als ‚rechtfertigender Notstand‘ nach § 34 StGB gesetzmäßig sein, wenn bei einer gegenwärtigen Gefahr für die Tiere ‚das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt‘ und die ‚Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden‘.

Wer sich als Treuhänder der Tiere und ihrer Lebensbedürfnisse versteht, muß angesichts des groben Versagens staatlicher Stellen eine gezielte Befreiung der Tiere grundsätzlich als gerechtfertigten Akt der Nothilfe gutheißen. Grundlegende Rechte der Tiere auf Leben nach ihrer Art dürfen nicht anhaltend mit Füßen getreten werden. Im übrigen geht es auch um notstandsfähige Rechtsgüter der Allgemeinheit, nämlich um die sittliche Ordnung in den Beziehungen zwischen Mensch und Tier als soziales Anliegen.“ Soweit der Brief von Rechtsanwalt von Loeper. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß dem Züchter dieser Tiere durch diese „Befreiungsaktion“ ein Schaden von rund 96 000 DM entstanden ist.

Eine Wertdiskussion in unserer Gesellschaft ist sehr umfassend, wenn man die vorstehenden Aussagen analysiert und quantifiziert. Sie muß aber auf jeden Fall geführt werden und auch so schnell wie möglich. In unserer Gesellschaft wird die hier aufgezeigte Entwicklung noch nicht so deutlich gesehen und auch ihre Einflüsse zum Teil übersehen. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem mehr als merkwürdigen Zustand, wenn man feststellt, daß ihr der saure Regen wichtiger ist als eine Million Alkoholiker oder das Leben des ungeborenen Kindes. Hierbei geht es um Wert und Würde des Lebens — auch des ungeborenen menschlichen Kindes. Die moderne Biologie hat eindeutig nachgewiesen, daß es kein vormenschliches Stadium des Embryos im Mutterleib gibt. Sein Leben hängt zwar von dem der Mutter ab, ist aber ein eigenes Leben und zwar dasselbe wie nach der Geburt. Der Embryo ist kein Organ des Körpers der Mutter. Diese Feststellungen beruhen nicht auf vorgefaßten theologischen oder weltanschaulichen Meinungen. Es handelt sich vielmehr um eine Tatsache, daß von der Empfängnis an eigenes menschliches Leben da ist. Die Frühentwicklung des menschlichen Embryos ist keine Vorstufe zum Menschen. Diese Erkenntnis ist längst Allgemeingut der Biologen. „Von allen Wissenschaften unbestritten, ist die befruchtete Eizelle artspezifisches, unverwechselbares menschliches Leben. Alle typischen Merkmale körperlicher wie geistiger Art sind in einem Gensatz gleichsam programmiert.“ (Prof. Dr. Hermann Hepp) So erklärte auch der 56. Deutsche Juristentag im September 1986: „Mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle entsteht menschliches Leben, das kontinuierlichen Entwicklungsprozeß ohne entscheidende qualitative Zäsuren nimmt.“ Und weiter heißt es in dieser Entwicklung: „Bereits in diesem Zeitpunkt setzt der Schutz der Verfassung — Artikel 1 Absatz 1 und Art. 2 Absatz 2 GG — ein, und

zwar unabhängig von der Art der Zeugung und davon, ob die Entwicklung innerhalb oder außerhalb des Mutterleibes stattfindet.“

Unser Grundgesetz hat in diesem Zusammenhang „ein Stück allgemeiner Ethik — jene Wahrheiten und Maximen des vernünftigen Zusammenlebens, die die amerikanische Verfassung ‚selfevident‘ nennt — in Recht umgesetzt.“ (Prof. Dr. Hans Maier) Dieser wertmäßige und ethische Grundkonsens ist auch heute noch in unserer Gesellschaft gültig. Nach wie vor steht Schwangerschaftsabbruch unter Strafe. Das geltende Recht sieht lediglich vor, daß unter bestimmten Bedingungen von Strafe abgesehen werden kann. Diese wichtige Tatsache wird jedoch heute leider immer wieder verwischt. Die juristische Unterscheidung von rechtswidrig, aber nicht strafbar, wird oft in der Bundesrepublik Deutschland in ein Recht auf Abtreibung umgefälscht. Wird so schon der Anspruch des Gesetzes, ungeborenes Leben zu schützen und zu erhalten, im Kern verfehlt, so wird seine Schutzwirkung durch vielfältige Formen des Mißbrauchs weitgehend aufgehoben. Hierbei muß festgehalten werden, daß zur Zeit über 80% aller statistisch erfaßten Abtreibungen mit einer schweren Notlage begründet werden.

Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern dürfen einer dauernden Mißachtung des Gesetzes und der bindenden Rechtsauslegung des Bundesverfassungsgerichts nicht untätig zusehen. Neben mancherlei Maßnahmen, die dringend geboten sind, muß wenigstens auch eine genauere Umschreibung der sogenannten Notlagenindikation in Angriff genommen werden, die den einschlägigen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird. Dieses Gericht hat in seinem Urteil von 1975 verlangt, daß bei einer schweren Notlage der Konflikt derart sein muß, daß er den anderen im § 218 StGB vorgesehenen Indikationsfällen — wie medizinische, eugenische und kriminologische Indikation — in seiner Schwere entspricht. Gegen diesen Grundsatz wird nach meiner Meinung zur Zeit ständig in einem erschreckenden Ausmaß verstoßen. Gegenwärtig werden bei über 200 000 Abtreibungen im Jahr mehr als drei Viertel — über 150 000 — mit einer allgemeinen Notlage begründet. Hier müssen Regierung und Parlament handeln. Eine Gesellschaft, die sich über die Tötung von Jahr für Jahr über 200 000 ungeborenen Kindern nicht mehr empört, verliert an Werten, Ethik und Moral.

Gemeinsame Werte verbinden uns auch in Europa zu einem gemeinsamen Schicksal. Der freiheitliche Westen ist aufgerufen und aufgefordert, diese Werte im Ernstfall zu verteidigen. Unsere Freiheit ist ein so kostbares Gut, daß wir sie mit allen Mitteln, die wir zur Verfügung haben, sichern und bewahren müssen. Deshalb sind wir Mitglied der Nato, und deshalb haben wir am 12. November 1955 die Bundeswehr aufgestellt. Einen eingehenden Bericht hierzu haben wir in der Arbeit „Streitkräfte in der Demokratie — Gedanken zum Verhältnis Bundeswehr, Staat und Gesellschaft“, Auftrag Nr. 160, Dezember 1986, auf Seite 33 ff., veröffentlicht. Von großer Bedeutung ist, daß die Diskussion über die Sicherheitspolitik in unserer Gesellschaft versachlicht werden konnte. Alle Umfragen bestätigen, daß die Zustimmung unserer Bevölkerung zum Friedensdienst der Bundeswehr und des Bündnisses gestiegen ist. 87 Prozent glauben, daß die Bundeswehr den Frieden sicherer macht — 1985 waren es 86 Prozent. Auch 1986 ist eine stabile Mehrheit der

Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland für die Mitgliedschaft in der Nato, und zwar 88 Prozent. Im Jahre 1985 waren es 87 Prozent. Die Zustimmung zur Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland ist unvermindert groß — 81 Prozent glauben, daß die US-Truppen den Frieden in Europa sicherer machen. Wir alle wissen, daß wir Sicherheit nicht zum Nulltarif bekommen werden und daß Recht und Freiheit nicht ohne Verteidigung dieser Werte erhalten werden können. Die Verteidigung der Abendländischen Kultur ist eine sehr bedeutsame Grundlage unserer philosophisch-ethischen Welt. Wir finden hier bei Platon — 427—347 v. Chr. —, einem Schüler von Sokrates, die „Politeia“ (ursprünglich das Zusammenleben in der Gemeinschaft), die aufgrund eines ebenso wichtigen wie lapidaren Lehrplans bzw. „Curriculums“ für „Wehrmänner“, „Wächter“ oder Soldaten besticht. Sie verteidigen, schützen den Staat und seine Bürger, bekämpfen jedweden Angreifer und wissen, daß ihre Aufgabe des Wehrwesens dem Wohl der gesamten Polis, dem Stadtstaat, dient. Hierzu müssen sie — so Platon — freilich erst sowohl theoretisch als auch praktisch erzogen werden; Mut, ja Tapferkeit, körperliche Stärke, List und scharfe, geschulte Sinne erst sowie eine besondere Erziehung machen den Bürger der Polis zum Soldaten. An dieser Stelle verweist Platon auf Gymnastik und Musik. Gymnastik stählt den Körper, Musik mit Literatur und Religion bildet das Pendant, das Korrektiv für Geist und Psyche. Bemerkenswert an Platons „Lehrplan für soldatische Erziehung“ erscheint uns, wie sehr er darauf abhebt, die Krieger oder Wächter auch philosophisch und damit auch lernfähig und lernbegierig zu erziehen, just qua Gymnastik und Musik — aber nicht nur durch sie. Denn schließlich führte nach den Denkvorstellungen von Sokrates und Platon die Erziehung allgemein zur Erkenntnis der Ideen, zur Ideenschau: nämlich der Gerechtigkeit, der Gutheit und der Schöngutheit — Kalokagathie — von kalos (schön) und agathos (gut); das Idealbild des adligen Menschen —, den Grundlagen unserer abendländischen Werte.

Diese Aussagen Platons vom bewaffneten Staatsschutz — wahrgenommen von ausgesuchten, gezielt ausgebildeten und raffiniert erzogenen Soldaten — waren durchaus nicht Überlegungen eines in kosmischen Höhen spekulierenden Denkers. Seine Denkarbeit wurde vielmehr in der abendländischen Tradition fortgeführt und weitergedacht. Ein kulturhistorisch relativ unbekannter Denker wie Vegetius — Ende des 4. Jahrhunderts n. Chr. —, wohl wissend um die menschliche Aggressionslust und durchstrukturierte Kriegsfähigkeit, wies darauf hin, daß sich der Einzelne wie das Staatsgebilde vorbeugend eines unbedingten Schutzes versichern mußten. Sein bis heute bekannter Ausspruch hierzu heißt: „Qui desiderat pacem, praeparet bellum“ — wer den Frieden wünscht, bereite den Krieg vor —, in unseren Tagen verkürzt aus „si vis pacem, para bellum“ — wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor. Ernst zu nehmender als Vegetius sind bis heute zwei geschlossene staats-theoretische Modelle: die „Utopia“ von Thomas Morus, dem Lordkanzler des Königreichs England — 1478 bis 1535 — und der „Sonnenstaat“ — Civitas solis — des Tommaso Campanella — 1568 bis 1639. Der in Kalabrien geborene Dominikanermönch verfaßte schon früh Schriften, in denen er die gesellschaftlichen Verhältnisse seiner Heimat, des Königreichs Neapel, angriff. Über die qualifizierte und entschlossene Vertei-

digungsbereitschaft seines Sonnenstaates führte Campanella aus: „Wenn auch niemals Kriege geführt werden sollten, so üben sie sich nichtsdestoweniger in der Kriegskunst. Die höchste Tugend ist die Furchtlosigkeit in der Verteidigung.“ Thomas Morus charakterisiert in seiner Staats-Utopie die Wehrmänner oder Soldaten als „Männer von erprobter Tapferkeit, weil ein von Natur Furchtsamer nichts Ordentliches leistet.“ Des weiteren fährt er fort: „Die Utopier verabscheuen den Krieg als etwas Bestialisches; sie üben sich aber beständig im Kriegshandwerk und rufen nur dann zu den Waffen, wenn es heißt, die Grenzen zu schützen oder Feinde, die in das Gebiet ihrer Freunde eingedrungen sind, zu vertreiben. Mit den vorstehend genannten Autoritäten staatsphilosophischer Reflexionen ist die abendländische Tradition, die dem Soldaten eine nicht wegzudiskutierende, staatsnotwendige Position im gesellschaftlichen Gemeinwesen zuerkennt, durchaus nicht erschöpft. Grundbefund ihrer Staatsmodelle war jedoch uneingeschränkt, daß jeder Mensch als „animal social“, als „zoon politikon“ — nach Aristoteles: Der Mensch ist von Natur ein politisches Wesen und dadurch mitverantwortlich für die Gemeinschaft — auf den organisierten Staatsschutz nach außen angewiesen sei. Eremiten, Kartäusermönche und Robinsonaden waren von diesen Überlegungen ausgeschlossen. Interessant sind gerade deshalb die philosophischen Staatslehrer der Neuzeit, wenn sie sich im Vorfeld dieser Reflexionen zur Grundproblematik des Soldatseins und der Friedens- und Verteidigungsfähigkeit von Mensch und Staat äußern. So hat Fichte in seiner achten Rede an die deutsche Nation mit Blick auf die Tugend der Tapferkeit postuliert: „Sodann muß sie es sein, die den Staat darin regiert, daß sie ihm einen höheren Zweck setzt, denn den gewöhnlichen der Erhaltung des inneren Friedens, des Eigentums, der Persönlichen Freiheit, des Lebens und des Wohlseins aller. Für diesen höheren Zweck allein und in keiner anderen Absicht bringt der Staat seine bewaffnete Macht zusammen.“

Auch der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel — 1770 bis 1831 — trat in seiner Gymnasialrede vom 14. 9. 1810 uneingeschränkt für die Staats- und Volksverteidigung ein. In dem Passus über die „militärische Übungen der Oberklasse des Gymnasiums“ führte er aus: „Schon als Bildungsmittel ist dieser Unterricht sehr wichtig. Diese Übungen, schnell aufzufassen, mit seinem Sinne gegenwärtig zu seyn, das Befohlene, ohne sich erst hin und her zu bedenken, auf der Stelle mit Präcision auszurichten, ist das direkte Mittel gegen die Trägheit und Zerstreuung des Geistes, die sich Zeit nimmt, bis sie das gehörte in den Sinn hineingehen läßt, und noch mehr Zeit, bis sie wieder herausgeht, und das halb Gefaßte halb ausrichtet. Es hat sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß junge Leute, die sonst zum Auffassen, zur Gegenwart des Sinnes gebildet sind, sie mögen angreifen was sie wollen, sich schnell darin finden, und rasche Fortschritte machen.“ Den unmittelbaren Wert militärischer Übungen erblickt Hegel jedoch in der Praxisbezogenheit der Aufgabenbewältigung, zumal sie bewies, daß der Mensch — sonst überwiegend theoretisch fixiert — auch durch unmittelbare Problembewältigung erlernen könne, wozu rein theoretisches, buchstabengläubiges Wissen nicht befähige. Er untermauert diese Grundeinsicht mit dem klassischen Zitat: „Nihil humani a me alienum puto“ — nichts Menschliches ist mir fremd —, und er folgert weiter, dieses Wort habe nicht nur in moralischer, sondern auch in techni-

scher und wissenschaftlicher „Beziehung seine volle Bedeutung.“ Den tragenden Sinn militärischer Übungen sieht er in der Notwendigkeit, daß der Staat verteidigt werden müsse. Dies sei eine Pflicht aller Bürger.

Heute gibt es neben slogan- oder paroleartigen Attacken wider das Soldatsein — „Bringt den Christen die Bibel“ oder „Jesus lebt!“ — den viel ernster zu nehmenden Vorwurf überzeugter Christen, den unmittelbaren Verweis auf das fünfte der Zehn Gebote „Morde nicht!“ bzw. „Du sollst nicht töten!“ Dieser Vorwurf gegen den Soldatenberuf ignoriert die mittlerweile dreißigjährige Geschichte unserer Bundeswehr. Kein einziger Soldat ist während dieser Zeit in staatsverteidigender Absicht genötigt worden, einen Gegner zu erschießen. Genau das Gegenteil ist eingetreten — viele Bundeswehrsoldaten starben in Erfüllung ihres Auftrages oder wurden verletzt.

Alle Attacken gegen den Soldatenberuf verkennen völlig, daß der Soldat zunächst einmal sehr gut ausgebildet werden muß, um überleben und kämpfen zu können. Dies geschieht mit dem Impetus, allein wegen der abschreckenden Existenz der Armee nicht kämpfen zu müssen. Deshalb kann man sich oft bei der Anhörung jener Christen, die unsere Soldaten permanent verurteilen, des Eindrucks nicht erwehren, daß sie Christus an Strenge überbieten wollen. Immerhin hat Jesus einen Soldaten — den Hauptmann von Kapharnaum (Mt. 8,5; Joh. 4,46—53) mit dem dringlichen Ersuchen um die Heilung seines Dieners angehört und dem Kranken geholfen.

Aber nicht nur Jesus, auch Martin Luther verdamnte, verketzerte oder geißelte den Soldaten an sich nicht. In seiner fast völlig unbekannten Schrift „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können“ nahm er 1526 zu dieser uralten Frage Stellung. Sein Plazet lautet: Wenn ich dem Kriegeramt zusehe, wie es die Bösen straft, die Unrechten würgt und solchen Jammer anrichtet, scheint es gar ein unchristliches Werk zu sein und allerdings wider die christliche Liebe; sehe ich aber an, wie es die Frommen schützt, Weib und Kind, Haus und Hof, Gut und Ehre und Frieden damit erhält und bewahrt, so findet sich's, wie köstlich und göttlich das Werk ist, und merke, daß es auch ein Bein oder Hand abhaut, auf daß der ganze Leib nicht vergehe. Denn wo das Schwert nicht wehrte und Frieden hielte, so müßte alles durch Unfriede verderben, was in der Welt ist.“ Damit zeigte Luther deutlich auf, daß auch die Soldaten zur Kirchengemeinde — zur Christenheit — gehören. Er sieht auch die Seelennöte des Soldaten, der sein Land und dessen Bürger verteidigen will.

Wir sollten an dieser Stelle festhalten, daß der über zweieinhalb Jahrtausende währenden abendländischen Geistesgeschichte nahezu alle Denker von Rang — von Platon bis Hegel — die Position des Soldaten als Mitbürger im Staate sowie die Verteidigungsfähigkeit eines Landes kompromißlos in ihren Staatslehren — und somit auch in ihren Wertauffassungen und ihren ethischen Vorstellungen — festgeschrieben haben. Dies einfach deshalb, weil sowohl Platon als auch der skeptische Hegel eine „Weltregierung“ wegen der ewigen Egoismen der Völker in weiter Ferne wähten. Dieser Zustand hat sich — trotz aller politischen Fortschritte — bis heute nicht geändert. Damit ruht das notwendige Selbstverständnis des Bürgers in Uniform mit seinem Auftrag auf einer staatsphilosophisch kaum

in Frage zu stellenden dauerhaften Tradition. Theorielose, moderate Einzeiler wie: „Entweder wir schaffen die Rüstung ab — oder die Rüstung schafft uns ab“, „Frieden schaffen — ohne Waffen“, „Lieber rot als tot“ oder „Make love — not war!“ werden damit gegenstandslos.

Unsere Kinder erhalten ihre Wertvorstellungen außerhalb der Familie und zuerst in der Schule. Hier haben jedoch die „Bildungsreformen“ der letzten Jahre die Werte und die Tradition des deutschen Bildungswesens sehr in Frage gestellt. Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung liegt in den sechziger Jahren. Damals hat man sich die von amerikanischen Psychologen stammende Überzeugung zu eigen gemacht, wonach jedes Kind in den Händen geschickter Fachleute „begabbar“ gemacht werden könnte. Zusätzlich zu diesem technokratischen trat dann noch ein gesellschaftsverändernder Aspekt, der seine stärkste Ausprägung — die „Kritische Pädagogik“ — unter der Federführung von Ludwig von Friedeburg in Hessen fand. Heute kämpfen fast alle sozialdemokratisch geführten Bundesländer mit allen Mitteln gegen das Weiterbestehen unserer Gymnasien, die dazu in der Lage sind, unseren Kindern die traditionellen Werte unserer Gesellschaft zu vermitteln. Wie weit hier gegangen wird und mit welchen Mitteln die Gegner des Gymnasiums vorgehen, zeigt die nachstehende Ausführung des Leiters des Referates Bildungspolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Rolf Jüngermann. Er bezeichnet das heutige Gymnasium als „schmarotzende Schulform unseres Bildungswesens“. In einem Interview antwortete er auf die Frage, wie er auf dem Hintergrund des „ungebrochenen Trends zum Gymnasium“ die Verwirklichung einer einheitlichen Sekundarstufe einschätzte, mit folgenden Worten: „Das Gymnasium als der Kern des dreigliedrigen Schulwesens wird von der politischen Rechten mit Klauen und Zähnen verteidigt, weil es der Garant für den Erhalt des Bildungsprivilegs der Reichen ist und weil es — allen Modernisierungsversuchen trotzend — seinen Absolventen weiterhin eine Art aristokratische Weihe durch lebensferne Erziehung garantiert. Das Gymnasium bildet den Kern des Problems. Es ist sozusagen die schmarotzende Schulform unseres Bildungswesens, der es gestattet wird, die etwas schwierigeren Aufgaben auf die anderen Schulformen abzuwälzen. Auf diese Weise belastet und behindert die Schulform Gymnasium in jeder Form, ja sogar jede Modernisierung unseres Schulwesens aufs nachhaltigste. Der Preis für diesen Zustand wird außerordentlich hoch sein. Noch liegen die Rechnungen nicht auf dem Tisch. Wir werden uns ganz ohne Zweifel angesichts der rasanten Weiterentwicklung der Produktivkräfte nicht ungestraft diesen feudalen Grundzug unseres Bildungswesens leisten können. Feudal nicht nur hinsichtlich der Privilegien von blauem Blut — wie gesagt —, auch hinsichtlich des Selbstverständnisses und des Verhältnisses zu anwendungs- und praxisbezogenen Aufgaben!“ Hier wird nach meiner Auffassung Klassenkampf vorexerziert, wobei die Werte auf der Strecke bleiben, die unsere Schule vermitteln soll. Niemand bedenkt die Folgen einer derartigen Entwicklung für unsere Gesellschaft und den Staat. Mit „Wert“ sollen wir nur etwas Allgemeines und Dauerhaftes bezeichnen. Allgemein im Sinne von bedeutsam für Weltansicht und Lebensverständnis — und dauerhaft über eine einzelne Erfahrung, eine Zeitstimme oder eine Mode hinaus. Werte werden hier verstanden als Sinn-

und Deutungsorientierungen, welche die Perspektive bestimmen, mit der Menschen ihren Alltag erleben. Aus der Wertorientierung wird verständlich, was Menschen als wichtig ansehen, was ihnen ein Problem wird und was für sie als Lösung des Problems in Betracht kommt. Hier hat es in den letzten Jahrzehnten einen allgemeinen Wertewandel gegeben, aber die meisten der neuen Lehren können so, wie sie uns vorgetragen werden, nicht stimmen. Gewandelt hat sich allgemein die relative Bedeutung verschiedener Lebensbereiche — ungeachtet der persönlichen Präferenzen der Individuen heute. Gewandelt hat sich die Bedeutung einzelner Institutionen, von denen hier besonders hervorzuheben sind Medien, Politik, Kirche, Wissenschaft und Kultur. Und vielleicht gewandelt hat sich die Art, wie sich der Mensch als Teil unserer Gesellschaft in diesen Wandlungen einrichtet — bis jetzt jedenfalls nicht mit einer flächendeckenden Übereinstimmung in den Werten. Heute haben wir ein pluralistisches Nebeneinander verschiedener Wertorientierungen, die an die Stelle eines Grundkonsens traditioneller Werte traten. Hierbei kann es sich — obwohl wir dies wahrscheinlich noch nicht ganz erfaßt haben — um einen Kulturkampf zwischen konkurrierenden Welt- und Wertdeutungen handeln, bei dem wir alle gefordert sind.

Professor Dr. Kurt Biedenkopf führt zur Änderung unserer kulturellen Werte in seinem Buch „Die neue Sicht der Dinge — Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung“ aus: „Sie sind Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels des Denkens, der Wahrnehmung und der Werte, die auf einer besonderen Sicht der Wirklichkeit beruhen. Ändert sich die Sicht der Wirklichkeit, so ändern sich auch die Formen ihrer Wahrnehmung und die Bewertung des Wahrgenommenen. Der ‚Wertewandel‘ ist damit vor allem Ausdruck einer neuen ‚Bewertung‘ der Dinge und der Formen unseres gesellschaftlichen Lebens. Aus der heutigen Sicht der Dinge wird er als ‚Werteverfall‘, als wachsende Unruhe und Bedrohung empfunden. Zum Teil ist dies berechtigt. Der Wertewandel kann auch Ausdruck eines Wertezersfalls sein. Vielfach deutet sich in ihm aber auch die neue Sicht der Dinge an, eine Suche der Menschen nach Orientierung, nachdem sie von der traditionellen ‚Wertelandskarte‘ auf ihrem Weg durch eine veränderte Wirklichkeit zunehmend im Stich gelassen werden.“ Hierbei sollte jedoch festgehalten werden, daß sich nicht der Mensch ändern muß, sondern die Strukturen, in denen er lebt und die er geschaffen hat, sollten sich den gewandelten Bedingungen anpassen. Es geht heute um die sachlich richtige Erkenntnis und Erneuerung unserer Werte in Staat und Gesellschaft — in Politik, Wirtschaft und Kultur. Wir alle aber könnten uns, aus unserer Geschichte lernend, doch auch wieder einmal an die immer noch so verpönte preußische Pflichtauffassung erinnern, deren Werte jetzt noch unbestritten sind. Wir müssen eine neue, aber sachlich richtige Werteskala für Staat und Gesellschaft finden, um unsere Gemeinschaft zu erhalten. Der römische Historiker Sallust — 86 bis 35 v. Chr. — formulierte es in seiner „Jugurtha“ (10) folgendermaßen: „Concordia parvae res crescunt, discordia maximae dilabuntur“ (durch die Eintracht wächst das Kleine, durch die Zwietracht zerfällt das Größte). Wir brauchen in Staat und Gesellschaft wieder die Eintracht unserer Wertvorstellungen, um auch im Jahre 2000 bestehen zu können.

Quellen:

- Kurt Biedenkopf, Die neue Sicht der Gesellschaft — Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, München, 1985.
- Büchmann, Geflügelte Worte, München/Zürich, 1959.
- Robert Conquest, The Great Terror, Stalin's Purge in the Thirties, London, 1969.
- G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, in Hegel, Studienausgabe 2, Frankfurt am Main und Hamburg.
- Martin Luther, Ob die Kriegsleute auch in seligem Stande sein können (1526), in: Deutsche Meisterprosa, Braunschweig und Berlin, 1913.
- Platon, Der Staat, in Hauptwerke, Stuttgart, 1965.
- Peter Wecker, Das Verständnis des Soldaten in den philosophischen Staatslehren des Abendlandes, Ludwigsburg, 1983.
- Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Alfred-Maurice de Zayas, Stuttgart, 1986.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4, Der Angriff auf die Sowjetunion, Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg, Stuttgart, 1983.
- Das Leben des ungeborenen Kindes — zur aktuellen politischen Diskussion, herausgeber: Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Nr. 48, Bonn, November 1986.
- Der Kleine Brockhaus, Zweiter Band, Wiesbaden, 1952.
- Die Marx Brothers — eine Geschichte des Sozialismus, von Karl Hoche, München, 1983.
- Deutschland-Union Dienst, Nr. 231, 36. Jahrgang, Bonn, 1982.
- Die rote Inquisition. Die Geschichte der sowjetischen Sicherheitsdienste, von Borys Lewytskyj, Frankfurt am Mai, 1967.
- Gute Nachricht für Sie — NT 68 — Die Berichte, Briefe und Zeugnisse des Neuen Testaments im heutigen Deutsch, Stuttgart, 1967.
- Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, herausgegeben von Georg Klaus und Manfred Buhr, Reinbeck, bei Hamburg, 1972.
- Mehr Recht für Tiere, Herausgeber: Klaus Franke, Spiegel-Buch, Reinbeck bei Hamburg.
- Tierbefreiung kann gesetzmäßig sein, aus: Briefe an die Süddeutsche Zeitung, von Dr. Eisenhart von Loeper, 3. Oktober 1986.
- Wörterbuch der Soziologie, Herausgeber: Wilhelm Bernsdorf, Frankfurt am Main, 1972.
- Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Andreas Hillgruber, Berlin, 1986.

Einführung in das Thema Grundwerte

Willy Trost

Nach vielen, langen und engagierten Diskussionen hat die GKS sich darauf verständigt, in allen ihren Gliederungen die Grundwerte als übergreifendes Thema aufzugreifen und zu erarbeiten. Wir wollen in einem ersten Schritt 1987 besprechen: „Unser Einsatz für die Grundwerte — gelegen oder ungelegen“.

Dazu müssen wir uns achkundig machen und überlegen, was sind für uns, für jeden einzelnen „Grund“-Werte? Was erkenne ich als Grundwert an? Was ist meine „Werte“-Folge der Grundwerte?

Wir müssen überlegen und uns an der Frage orientieren, ob wir unsere Freiheit recht nutzen und Grundwerte wie Wahrheit, Liebe, Hoffnung gerecht in unserer Familie, dem sol-datischen Leben und der Gesellschaft, Staat und Kirche leben, verwirklichen und ermöglichen.

Als ersten Schritt werden wir das Thema bei der Woche der Begegnung grundlegend bearbeiten. In zwei Referaten werden uns Prälat Bocklet zum Thema „Unser Einsatz für die Grundwerte — gelegen oder ungelegen“ und während der Zentralen Versammlung der Leiter des von-Galen-Hauses zum Thema „Grundwerte im Wandel der Geschichte“ und im Leben des Kardinals von Galen vortragen.

Nachfolgend gebe ich einige kurze Informationen zum Gesamtkomplex Grundwerte, wie ich sie aus verschiedenen Quellen zusammengestellt habe.

Grundwerte — Grundrechte

1. Definition und Entwicklung

Menschenrechte sind die angeborenen, unveräußerlichen Rechte und Freiheiten, die dem einzelnen unabhängig von staatlicher Verleihung kraft seines Menschseins zustehen. Die Menschenrechte werden in den modernen Verfassungen als Grundrechte gewährleistet. So auch in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland im Artikel 1 GG. Der Schutz der Menschenrechte ist auch Ziel der Vereinten Nationen. Die am 10. 12. 1948 beschlossene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthält dazu rechtlich nicht verbindliche Erklärungen, die Umwandlung in ein internationales Abkommen ist noch nicht erreicht. Die Mitglieder des Europarates haben dagegen 1950 in Rom die europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten abgeschlossen. Sie trat mit dem Protokoll von 1952 in Kraft. In der Bundesrepublik Deutschland gilt sie gemäß Gesetz vom 7. 8. 1952.

Menschenwürde ist der Anspruch des Menschen, als Träger geistig-sittlicher Werte geachtet zu werden. Nach Artikel 1, Absatz 1 GG ist die Menschenwürde unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Die praktische Bedeutung dieser Grundgesetzbestimmung tritt jedoch hinter den spezielleren Grundrechten zurück.

Geschichtlich: Die Geschichte der Grundrechte läßt sich verfolgen von der Magna Charta über die Französische Revolution bis zum heutigen Grundgesetz.

Magna Charta (Libertatum), übersetzt „Der große Freibrief“: am 15.6.1215 von Adel und Geistlichkeit dem König Johann II. von England abgerungene und 1217 endgültig vereinbarter Freiheitsbrief. Er ist die verbrieftete Einschränkung der absoluten Königsgewalt, Verbriefung der Rechte der Städte, des Adels und der Geistlichkeit. Die Magna Charta garantierte die persönliche Freiheit und den persönlichen Besitz gegen willkürliche Einsperrung und Vermögensberatung.

Petition of Rights (Bittschrift um Recht): Es ist eine Beschwerde des Unterhauses am 17.3.1628 gegen den Mißbrauch der königlichen Gewalt, insbesondere die ungesetzliche Besteuerung und Verhaftung, Einquartierung und das Standrecht. Vom englischen König am 1.6.1628 anerkannt, ist dies eines der Grundgesetze der englischen Freiheitsrechte.

Habeas-Corpus-Akte, das englische Staatsgrundgesetz von 1679: Die verhaftende Behörde muß auf Antrag die Person (Corpus) des Gefangenen dem Gericht übergeben (Habeas) und den Grund der Verhaftung nennen. Das Gericht muß dann innerhalb von drei Tagen den Haftgrund prüfen und den Gefangenen ggf. freilassen und entschädigen. Diese Akte gilt auch heute noch unter anderem in Großbritannien und den USA.

Bill of Rights oder auch Declaration of Rights (Erklärung der Rechte) von 1689: englisches Staatsgrundgesetz. In 13 Artikeln werden Bürgschaften gegen Mißbräuche der königlichen Gewalt aufgeführt. Die Anerkennung des (neuen) damaligen Königs Wilhelms von Oranien wurde von seiner Annahme der Bill of Rights abhängig gemacht.

Französische Revolution: In der Déclaration des Droits de l'homme et du citoyen vom 26.8.1789 wird festgelegt das Recht auf den gesetzlichen Richter, Schutz gegen willkürliche Verhaftung, Garantie des Eigentums und das Widerstandsrecht der Untertanen, also der Bürger. 1801 schuf dann Napoleon den „Code Civil“. In 5 neuen Gesetzbüchern wurden die Errungenschaften der Revolution zusammengefaßt.

Die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 legte erstmalig die Grundrechte des deutschen Volkes fest.

In der deutschen Reichsverfassung von 1919 werden eigentliche und uneigentliche Grundrechte festgelegt. Die eigentlichen Grundrechte sind dabei Gleichheit und Freiheit der Einzelperson, persönliche Unverletzlichkeit, Schutz der Wohnung, Brief- und Postgeheimnis, Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit, Schutz der Familie und der Jugend, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis, Petitionsrecht, Gewissensfreiheit und freie Religionsausübung, Freiheit der Wissenschaft und Kunst, Schutz des Privateigentums, des Erbrechtes und der Vertragsfreiheit.

Zu den uneigentlichen Grundrechten gehörten Recht auf Arbeitsbeschaffung, Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Koalitionsfreiheit, Mitbestimmung in der Wirtschaft.

Festgelegt wurden in der deutschen Reichsverfassung auch Grundpflichten: Erziehungs-, Schul- u. Ehrenämterpflicht sowie Pflicht zur Leistung persönlicher Dienste für Staat und Gemeinde, Pflicht, zu den öffentlichen Lasten beizutragen.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind in den Artikeln 1—19 die Grundrechte festgehalten. Sie setzen sich zusammen aus den Freiheits-, Gleichheits-, Persönlichkeits-, Eltern-, Berufs-, Schutz- und Vereinigungsrechten.

2. *Der Staat und die Grundwerte*

Zur damaligen öffentlichen Diskussion wurde ein Diskussionsbeitrag der Kommission I des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 3. September 1976 veröffentlicht. In ihm wurden u.a. folgende Aussagen gemacht:

Die *Grundwerte* sind im Wesen des Menschen begründet. Sie gelten für jedermann, weil er Mensch ist. Ihre Verwirklichung dient der Erfüllung des Sinns des menschlichen Lebens. Zu den Grundwerten gehören insbesondere Liebe, Wahrheit, Schönheit, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit. Deren Bedeutung und die Weise, wie sie verwirklicht werden, sind in den verschiedenen Lebensbereichen auch verschieden. Alle Grundwerte sind Erscheinungsweisen der Humanität, sie bilden einen Gesamtzusammenhang, eine Grundwertordnung, in der jeder einzelne Wert von den anderen mitbestimmt ist.

Person sein heißt, daß der Mensch sein Recht auf Leben und seine Würde nicht anderen Menschen verdankt, sondern daß er sie unveräußerlich durch sein bloßes Dasein besitzt. Im Personsein haben alle Grundwerte ihre Einheit. Die Gemeinschaft des Personseins ist der *Grund menschlicher Solidarität*. Solidarität bezeichnet, daß sich der einzelne nur im Zusammenleben mit anderen als Person ausbilden kann. Solidarität bezeichnet auch unsere Verpflichtung, uns an den Grundwerten gemeinsamen Menschseins zu orientieren und entsprechend zu verhalten.

Die *Aufgabe und Bedeutung des Staates* besteht darin, daß er die umfassende und allgemein verbindliche Ordnung darstellt, die es den Bürgern ermöglicht, so zusammenzuleben und zusammenzuwirken, wie es ihre personale Natur fordert und damit der Würde des Menschen entspricht.

Der Staat ist gerade als Träger hoheitlicher Gewalt zwar eine von der Gesellschaft unterscheidbare, nicht aber von ihr getrennte Instanz. Er kann daher nicht von der Verantwortung für die Grundwerte entbunden werden und kann die Kompetenz dafür nicht ausschließlich der Gesellschaft zuweisen. Die in der Verfassung verbürgten Grundrechte dienen der Verwirklichung der personalen Natur und der Würde des Menschen. Grundrechte haben den Zweck, das Verhältnis zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger bzw. seinen Gruppen im Sinne der Grundwerte zu gestalten. Macht muß aber auf die Freiheit und Verfügbarkeit der Person verpflichtet, der Disziplin des Rechts und der Pflicht zur Gerechtigkeit unterworfen sein. Der Staat ist als Verfassungsordnung wie als Verwaltungsorganisation unbedingt auf die Grundwerte festgelegt. Diese sind für ihn unverfügbar. Sie sind ihm absolut übergeordnet.

Der Staat und seine Repräsentanten sind für die Grundwerte genauso unmittelbar verantwortlich wie jeder einzelne Bürger. Parlamentarier und Regierende sind auf die allgemeinen und in der Verfassung rechtsverbindlich festgelegten Grundwertvorstellungen verpflichtet.

Die Vorstellungen unterliegen Schwankungen, die sich der Mensch von seinem Sein und Sollen macht. Dies betrifft auch die Grundwertvorstellungen. So werden die Menschen zwar immer die Freiheit als Grundwert betrachten und erstreben: wenn sich das Bild, das sie von sich haben, verändert, verändern sich auch ihre Vorstellungen von dem, was Freiheit sei und welchen Voraussetzungen sie unterliegt. Aus der christlichen Überzeugung folgert, daß sich jeder einzelne in seinem Gewissen unmittelbar vor dem persönlichen Gott verantworten muß. Unser Grundgesetz geht nicht von der Gesellschaft, sondern vom Einzelmenschen aus, der als Person frei ist.

Verantwortlich für die Grundwerte sind alle Bürger und auch die Kirche. Unsere verfassungsmäßige Ordnung ist trotz aller institutionellen und rechtlichen Sicherungen nur so lange haltbar und lebendig, wie sie von der Bevölkerung getragen wird. Der Staat kann demokratisch, rechtsstaatlich und sozial nur sein, wenn seine Bürger, an der personalen Natur des Menschen orientiert, den Willen haben, daß die Freiheit der Person, daß Recht und Gerechtigkeit ihr alltägliches Zusammenleben bestimmen sollen. Deshalb dürfen wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein schleichender Verfall des Grundwertverständnisses unausweichlich die Zerstörung von Freiheit und Menschenwürde im öffentlichen Leben im Gefolge hat.

Grundwerte in der Theologie

Die theologische Bestimmung der Grundwerte als Hintergrundinformation und zum Verständnis kirchlicher Aussagen, erläutert nach dem „Handbuch theologischer Grundbegriffe“ von Heinrich Fries, Kösel Verlag, 1962.

Einführung

Der Mensch ist biblisch nie nur Ding oder Teil einer Species. Er ist durch ein einmaliges, unwiderrufliches Wort „bei seinem Namen“ gerufen worden. Der Anruf durch Gott ist gleichsam seine „personale Bestimmung“. Der Mensch steht von Anfang an in unvertretbarer Verantwortlichkeit und bleibt immer im Dialog mit Gott.

Alles Recht wird von Gott hergeleitet. „Ich bin der Herr, dein Gott, der dich aus Ägypten geführt hat“, der Wille Gottes ist die absolut gültige Norm.

Der Wesensaufbau des Menschen ist gekennzeichnet durch die Hauptmomente Leib, Seele und Geist als lediglich verschiedene Aspekte der einen personalen Wesenswirklichkeit des Menschen. Grundvoraussetzung des personalen Existenzvollzuges ist die Freiheit des Menschen.

Freiheit ist freie Selbsttätigkeit, echte Spontaneität oder Freiwilligkeit, immer aus der Gnade, also im Mitwirken als dem Mitvollzug des göttlichen Wirkens. Freiheit ist biblisch

Selbstbestimmung, personale Entscheidung, nicht einfach Wahlvermögen oder Willkür und Selbstherrlichkeit.

Liebe: Hauptformen: geschlechtliche Liebe, „Sexus“, seelische Liebe, „Eros“, reine oder personale Liebe, „Agape“.

Gottesliebe ist wahrer Gottesdienst. Gottes Liebe mitvollziehen, mit ihm alle und alles mitlieben dürfen.

Gottes- und Nächstenliebe stehen in innigem Zusammenhang. Die Agape stiftet zwischen den Menschen echte Gemeinschaft, die die persönliche Freiheit nicht einschränkt oder gar aufhebt, sie vielmehr erst ermöglicht und erfüllt.

Liebe ist eine Grundkraft des Menschen schlechthin, der eigentlichste, ganzheitliche Vollzug seines Wesens, seines Seins. Während Sexus und Eros immer durch konkretes Gut bestimmt sind, das sie begehren oder auch anderen wünschen, kann die personale Liebe davon absehen. Sie bezieht sich auf das Sein des Geliebten, hat als Voraussetzung die *Würde der Person*. Die Agape ist also Selbsthingabe und Selbsterfüllung in einem. In ihr klingen Gottes-, Nächsten- und Selbstliebe zusammen. Die Agape ist die Antriebskraft und das Gestaltungsprinzip des gesamten Weltgeschehens, der Schöpfungs- und der Heilsgeschichte.

Wahrheit: Die transzendente Wahrheit als Offenbarkeit von Sein und Geist, der Gegensatz ist nicht Falschheit, sondern Nichtwissen.

Die vollkommene Wahrheit als zweites Prinzip ist das Ziel, das der Form nach in jeder wahren Antwort auf eine Frage, also in jedweder Erkenntnis, erreicht wird.

Die Wahrheit des Urteils ergibt sich durch im logischen Gebilde dargestellten Sachverhalt, der mit dem wirklich bestehenden Sachverhalt übereinstimmt.

Als Lüge hat die Unwahrheit nicht nur den Charakter der Verfehlung (Irrtum), sondern der Zerstörung.

Wenn Wahrheit Gott zugesprochen wird, dann in der Bedeutung von Zuverlässigkeit, Festigkeit, Verlässlichkeit und Treue.

Die Stellungnahme des Menschen ist immer sittlich qualifiziert. „Wer die Wahrheit tut, kommt an das Licht, damit seine Werke offenbar werden, denn sie sind in Gott getan“ (Jo. 3,21). Wer die Gebote Jesu Christi nicht hält, ist ein Lügner, und die Wahrheit ist nicht in ihm (1 Jo. 2,4).

Freiheit: Die Freiheit ist eine Wesensbestimmung des Menschen. Ihre wesentlichen Bedingungen sind: Freiheit von Zwang oder Nötigung, Freiheit der Spontaneität, Freiheit der Indifferenz, der unentschiedenen, gleichgewichtigen Möglichkeiten, Freiheit des Urteils, Freiheit zum Guten und die Freiheit als „Selbstursächlichkeit“, d. h. Bejahung der „frei gewollten Handlung“.

Die Freiheit ist nicht auf die Entscheidung zwischen Gut und Böse eingeschränkt, da es auch die Möglichkeit der Wahl zwischen dem „Guten und Besseren“ gibt. — Freiheit gehört zum personalen Leben des Menschen. Freiheit ist das *Recht* der uneingeschränkten Entfaltung des Individuums und der Gemeinschaft. Freiheit ist das Wurzelvermögen des Menschen und damit das „Vermögen zur Totalität“. Freiheit ist immer Selbstvollzug des

gegenständlich wählenden Menschen in Hinsicht auf einen Gesamtvollzug, eine Gesamtverfügung seines Daseins vor Gott.

Friede: Nach Thomas von Aquin, die von allen und allem erstrebte Ordnungsruhe, die für den Menschen im geordneten Zusammenleben auf dem Boden der Gerechtigkeit besteht.

Der Christ kann wie Franz von Assisi der Gewaltlosigkeit das Wort reden, ohne die Sache des Friedens aufs Spiel zu setzen, und wie Pascal für die Notwendigkeit gewaltsamer Friedenssicherung eintreten, ohne die Reinheit des Prinzips aufzugeben. Seinem innersten und ungebrochenen Wesen nach gehört der Friede Christi der künftigen Weltzeit an.

Gerechtigkeit: Biblisch Gerechtigkeit und Rechtfertigung, Gerechtigkeit ist auch Tugend. Die Gottesgerechtigkeit ist das stets dynamisch ausgerichtete Handeln des gnädigen Gottes, das stets auch die durch das Kreuz Jesu dem Menschen gnadenhaft geschenkte Gerechtigkeit selbst mitmeint.

Gott ist und erweist, der Mensch empfängt sie und ist so und nicht anders, als der Gerechtfertigte, gerecht.

Der Gerechte ist und bleibt nur gerecht, wenn und insofern er sich im Glauben an Jesus Christus der rechtfertigenden Gnade des Kreuzes je neu anheimgibt. —

Gerechtigkeit als Tugend ist die Haltung kraft deren einer standhaften und beständigen Willens einem jeden sein Recht zuerkennt (Thomas von Aquin). Gerechtheit heißt: da anerkennen, wo man nicht lieben kann; den anderen in seinem Anderssein bestätigen und ihm zu dem zu verhelfen, was ihm zusteht.

Als Grundformen der Gerechtigkeit gelten: die Tauschgerechtigkeit, auch ausgleichende oder Vertragsgerechtigkeit, welche das Verhältnis der einzelnen untereinander regelt; die zuteilende Gerechtigkeit, die das Verhältnis des Gemeinwesens als solches zu den einzelnen ordnet, die seine Glieder sind; die Gesetzesgerechtigkeit, die Norm des Verhältnisses der einzelnen zum sozialen Ganzen.

Die Tauschgerechtigkeit wird von Thomas von Aquin als „Wiederherstellung“ bezeichnet, weil in einem unendlichen Vorgang des ständigen Ausgleiches immer neu die gestörte Ordnung zu verwirklichen sei.

Auf die zuteilende Gerechtigkeit ist vor allem derjenige verpflichtet, der in irgendeinem Sinn Macht und Vollmacht besitzt; sie ist die Gerechtigkeit dessen, der das Gemeinwohl zu verwalten hat, sei es im Staat, in der Familie, in der Schule, im Betrieb, in den Streitkräften usw.

Die zuteilende Gerechtigkeit besteht darin, daß den einzelnen das ihnen von seiten des sozialen Ganzen Zustehende, d.h. der ihnen gebührende Anteil, wirklich ungeschmälert gegeben werde. Aber auch der einzelne ist verpflichtet als Mitglied des Gemeinwesens.

Er kann und muß gerecht sein vor allem dadurch, daß er ausdrücklich einverstanden ist mit dem, was von seiten der Gewalt im wahren Interesse des sozialen Ganzen verfügt worden ist.

Die Gesetzesgerechtigkeit betrifft die Verpflichtung des einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen, ihr sind primär die sozialen Akte zugeordnet, z. B. die Entrichtung von Steu-

ern, die Ableistung des Dienstes, die Beteiligung an der Wahl oder auch die politische Tätigkeit der zur Führung des Gemeinwesens Berufenen. —

Die Erfüllung der Rechtspflichten kann erzwungen werden. Erzwungung aber setzt Macht voraus. Macht hat von Natur her den Sinn, die Gerechtigkeit zu hüten. Wird Macht aber mißbraucht, indem der geborene „Hüter der Gerechtigkeit“ selbst die Gerechtigkeit verletzt, dann geschieht unhemmbar Unrecht. Letztlich gibt es nur eines, wodurch der faktisch Mächtige daran gehindert werden kann, in der Weise der Unterdrückung, Schmälerung, Begünstigung usw. Unrecht zu tun. Dieses eine ist seine eigene Gerechtigkeit. Es kommt also darauf an, daß die faktisch Mächtigen zugleich gerecht sind.

Die kirchlichen Aussagen

Zusammengefaßt im Buch des Hechter-Verlages „Glaube und Kirche im Dialog mit der Welt von heute“, hat Professor Karl Forster sich zum Bereich Grundwerte und Gottes Gebot geäußert. In einem besonderen Kapitel seines Buches beschreibt er die Entstehung der Diskussion um die Grundwerte, die 1979 unter anderem zu gemeinsamen Erklärungen der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland zu den Grundwerten und Gottesgebot führte.

Man ist geneigt, als Grundwerte die im Grundgesetz genannten Grundrechte in erster Linie ins Auge zu fassen. Das Grundgesetz erklärt in Artikel 1 die Würde des Menschen für unantastbar und kodifiziert zu ihrer Sicherung in einer Reihe von Bestimmungen einzelne Grundrechte, z.B. Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Glaubens-, Gewissens-, Bekenntnisfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs-, Vereinsfreiheit, Brief- und Postgeheimnis, Freizügigkeit, freie Berufswahl. Zu bedenken sind dabei auch die sogenannten institutionellen Garantien, die verfassungsrechtliche Garantie gewisser Grundeinrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft und der staatlichen Verbände. Das Grundgesetz schützt so etwa Ehe und Familie, Mutterschaft und Kindschaft, Religionsunterricht und Religionsgemeinschaften, Eigentum und Erbrecht, Staatsangehörigkeit und Berufsbeamtentum.

Wenn diese Aufzählungen geprüft werden, erkennt man sogleich, daß es sich um eine Auswahl von Rechten handelt, die allgemein anerkannt werden, die aber eine tiefere, im individuellen und sozialen Sein des Menschen liegende Wurzel haben. Jedem Recht muß ein Wert, jedem Wert eine Wahrheit und Wirklichkeit zugrunde liegen, wenn das ganze Rechts- und Wertgefüge nicht bloßer Positivismus und Relativismus bleiben soll. Durch die Kodifizierung der Grundrechte ist auch nicht ihre fundamentale Anerkennung gewährleistet, die vor Umgehungs-, Einschränkungs- oder Abänderungsversuchen bewahrt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat hier bedeutsame Sicherungen eingebaut, die Beschränkungen eines Grundrechtes äußerst schwierig machen. Es wird aber auch deutlich, daß die Grundrechte unteilbar sind. Mit anderen Worten gesagt: Man kann nicht gleichzeitig für das Grundrecht der freien Meinungsäußerung oder für das Recht der Pressefreiheit eintreten und zugleich die grundgesetzlich geschützte Wirklichkeit von Ehe und Familie systematisch und fortgesetzt untergraben.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß jedem Recht, im besonderen aber auch den Grundrechten, eine fundamentale Pflicht oder Verantwortung entspricht.

In den siebziger Jahren begannen die politischen Parteien, sich um die Grundwerte der Gesellschaft und des politischen Handelns zu bemühen. Ab 1977 trat eine Arbeitsgruppe der Kirchen zusammen, um eine gemeinsame Aussage zu bedeutsamen Teilbereichen der Grundwertproblematik zu erarbeiten. Sie stand sehr schnell vor der Frage, vor der auch wir stehen: Was versteht man unter Grundwerten? Wie verhalten sich die Grundwerte zu dem, was eine christliche Kirche zu verkünden hat? Mit solchen Fragen muß man an das Thema herangehen, jede Bearbeitung erfordert viel Zeit und die gründliche Behandlung auch einzelner Fragen.

Es wäre einfacher gewesen, eine christliche Aussage zum Verständnis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erarbeiten. Der gemeinsamen Erklärung der Kirchen lag aber die Überzeugung zugrunde, daß die Grundwertediskussion der politischen Parteien auf mehr hinweist als nur auf eine gewisse Verlegenheit in der Beantwortung der von der jungen Generation drängend gestellten Fragen.

Das in den siebziger Jahren einsetzende Interesse der politischen Parteien an Grundwerten ist ein noch heute für die Entwicklung unserer Gesellschaft bedeutsamer Vorgang. Es wird dabei wesentlich zum Ausdruck gebracht, daß eine wertfreie Staats- und Gesellschaftsordnung, ein wertfreies politisches Handeln nicht möglich sind. Die Diskussion zeigte aber auch, wie eng den Parteien und vor allem dem freiheitlichen Rechtsstaat für eine Begründung von normierenden Werten die Grenzen gezogen sind. Die Dringlichkeit der Wertfragen, die Begründungsnot politischer Instanzen, die Beobachtung eines Schwindens und einer Verlagerung im Wertkonsens der Gesellschaft, nicht zuletzt wohl auch die kirchliche Kritik an der Aushöhlung des staatlichen Schutzes für fundamentale Werte haben auf politischer Seite die Neigung begünstigt, den gesellschaftlichen Kräften, insbesondere den Kirchen, eine nahezu ausschließliche Kompetenz in den Fragen der Werte zuzuschreiben. Dabei wird insbesondere die Verantwortung des Staates auf den rechtlichen Schutz der Möglichkeit zur freien Wertverwirklichung der Bürger beschränkt. Wenn diese Tendenz auch keineswegs ausdrücklich vertreten wird, scheint doch der Höhepunkt des Interesses der Parteien an der Frage der Grundwerte überschritten zu sein. Die Frage nach grundlegenden Orientierungen des menschlichen Zusammenlebens, nach dem Sinn menschlicher Leistung und politischen Handelns ist damit aber nicht erledigt.

Kirchen wollen und dürfen aber nicht eine Alleinzuständigkeit für die Begründung und für das Bewußtsein von Werten tragen. Der Eindruck einer Entlastung des Staates und der Gesellschaft von Wertfragen wäre eine böse Täuschung aller. Die Kirchen können andererseits auch nicht den Staat oder die ganze Gesellschaft für sittliche Forderungen in Anspruch nehmen, die Menschen außerhalb der christlichen Kirchen nicht einsehbar oder zugänglich sind. Das herausgeforderte Zeugnis der Christen und der Kirchen darf nicht darauf verzichten, grundlegende ethische Normen als mahnenden und einladenden Beitrag in das Bemühen um den ethischen Grundkonsens der Gesellschaft einzubringen. Dies umfaßt auch die ethische Mahnung an die politisch Verantwortlichen und an den Staat.

Das Verhältnis der Kirche zu den Grundsatzaussagen der Parteien ist nicht begründet in einer vollen Identität der Grundwertekonzepte. Das ergibt sich schon daraus, daß es der Kirche letztlich um die möglichst unverfälschte Vermittlung des Glaubens und der aus ihm gewonnenen Erkenntnisse geht. Diese für den Theologen verbindliche Orientierung kann aber im politischen Handeln durchaus mehrere Lösungswege zulassen.

Grundwerte in einer weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft sind für den Christen durchaus von seiner gläubigen Grundanschauung der Welt, der Geschichte und des eigenen Lebens getragen.

Die normativen Inhalte der Grundwerte gewinnen aus der geschichtlichen Situation Profil. In diesem Sinne wird eine Grundwerteskala der mittelalterlichen Gesellschaft anders aussehen als eine Grundwerteskala unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Von Grundwerten muß aber erwartet werden, daß sie durch die Kraft ihres vernünftigen Einleuchtens normierende Steuerungsfaktoren der geschichtlichen Entwicklung werden, Fehlentwicklungen korrigieren, Verstöße gegen das allgemein Akzeptierte verhindern, Verlässlichkeit im Zusammenleben der Menschen gegen alle kollektive oder individuelle Willkür sichern.

Die gemeinsame Schrift, die vom Rat der EKD und von der Deutschen Bischofskonferenz im Juli 1979 herausgegeben wurde, orientiert sich an den 10 Geboten, damit an einem Text des Alten Testaments, der nach neutestamentlichem Verständnis eine entscheidende Bedeutung in der Disposition des Glaubens auf Christus hin hat. Die meist knapp formulierten Aktualisierungen der einzelnen Gebote in der Erklärung sollen selbst keineswegs eine alle Aktualität ausschöpfende, sondern vielmehr eine exemplarische Bedeutung haben. Sie wollen zur Auslegung in konkreten Situationen ermutigen.

Fundstellen

1. Professor Karl Forster, 1958, 1979.
2. Grundwerte und Gottesgebot. Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, 1979.
3. Handbuch theologischer Grundbegriffe, von Heinrich Fries, Kösel Verlag, 1962.

Kinder sind mehr als das Echo unserer Träume

Daß wir Kinder haben, stellt uns mitten hinein
in das Licht zwischen Himmel und Erde.

Beide Beine hineingestemmt
in das Erdreich unseres Lebens,
die Träume aber hoch hinaus
wie unendliche Segel in ewige Weiten. —

Kinder sind mehr als Verschmelzung
der Liebe von „du“ und „ich“
mehr als das Echo unserer Träume —

Immer wieder ein Aufbruch ins Unbekannte,
Vorstoß in Räume, die wir mit unseren Sinnen
heute nur ahnen.

Hans Bahrs

Kirche

Ein Priester und Seelsorger von säkularer Bedeutung

Zur Seligsprechung von P. Rupert Mayer SJ

Lothar Groppe

Nicht nur für die katholische Kirche und den Jesuitenorden, sondern auch für Militärseelsorge und Armee ist die Seligsprechung P. Rupert Mayers Anlaß zu großer Freude, zugleich aber auch Ansporn, seinem unermüdlichen Engagement und seiner Unerschrockenheit nachzueifern.

Wer war Rupert Mayer? Man hat ihn bisweilen den Kapuziner unter den Jesuiten genannt. Aber solche Vergleiche verkennen letztlich die Vielfalt und Bandbreite der Charaktere, wie sie gewiß nicht nur, aber wohl doch ganz besonders dem Orden des hl. Ignatius eigen sind. Schon die ersten Jesuiten unterschieden sich bei gleichem Ideal, dem sie zustrebten, wesentlich voneinander. Man vergleiche nur den doch recht nüchtern wirkenden Ignatius mit dem Feuerkopf Fanz Xaver. Genauso unterschiedlich waren spätere Jesuitengenerationen, nicht nur unter den zahlreichen Heiligen und Seligen der Gesellschaft Jesu, sondern auch unter dem gewöhnlichen Fußvolk. So wie sich heute die einzelnen Jesuiten schon rein äußerlich unterscheiden, wobei die Farbtöne der Anzüge oder Talare vom Tiefschwarz der Kolkragen über das unscheinbare Grau der armen Kirchenmäuse bis hin zur bunten Vielfalt der Paradiesvögel schwanken, so auch in der inneren Verfassung. Da sind diejenigen, die mehr oder weniger am Überlieferten festhalten (wollen) und von denen, die sich für fortschrittlich halten, gern stockkonservativ gescholten werden. Jene, die als ein wenig mittelalterlich gelten, halten wiederum die sogenannten Progressiven eher für modisch denn modern.

Wenn man P. Rupert Mayer einordnen wollte, so stellt man bei ihm sehr „konservative“ Züge fest, wie etwa aus seinem Briefstil ersichtlich ist, zugleich aber eine Aufgeschlossenheit für eine zeitgerechte, moderne Seelsorge, wie man sie lange nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil oft erst sehr mühsam zu verwirklichen sucht.

Das Sonntagskind Rupert wurde am 23.1.1876 als zweiter Sohn einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie in Stuttgart geboren. Vier weitere Geschwister folgten nach. Bei aller Frömmigkeit waren die Eltern im besten Sinne des Wortes modern und für alles gute Neue aufgeschlossen. Sie erzogen ihre Kinder zur Selbständigkeit und ließen ihnen viel Freiraum zur eigenständigen Entfaltung. Rupert Mayer schrieb später über sein Elternhaus: „Der liebe Gott hat es mit mir sehr gut gemeint, denn er hat mir eine wunderschöne Jugend gegeben. So schön und freudig, wie es wohl selten Kindern beschieden sein kann, nach all dem, was ich im Laufe meines Lebens als Priester in Familien schon gesehen habe.“¹⁾

Rupert war von jeher zarter Gesundheit, dabei aber ein tüchtiger Sportler. Schon sehr früh lernte er schwimmen, fechten und reiten. Die ersten Gymnasialjahre verbrachte er in

Stuttgart. Als 16jähriger wechselt er nach Ravensburg über, wo er auch Abitur machte. In Ravensburg kam er mit mehreren ehemaligen Jesuitenschülern aus Feldkirch zusammen, die in Deutschland Abitur machen mußten, da die österreichische Matura bei uns nicht anerkannt wurde. So wurde er mit der Gedankenwelt des Jesuitenordens vertraut und beschloß nach Exerzitien, sich der Gesellschaft Jesu anzuschließen. Freilich waren seine Eltern mit diesem Vorhaben nicht einverstanden. Sie schlugen ihm vor, zunächst einmal in seiner Heimatdiözese Rottenburg Weltpriester zu werden und dann seinen weiteren Lebensweg noch einmal zu überdenken. Rupert ließ sich darauf ein und hat dies später auch nie bereut.

Zunächst studierte er in Fribourg, wechselte dann aber nach München und schließlich Tübingen über. An den Universitäten schloß er sich jeweils katholischen Verbindungen an. Die großzügige finanzielle Unterstützung seiner Eltern ermöglichte es ihm auch während seiner Studien, dem geliebten Reitsport zu huldigen. Er brachte es darin zu solcher Meisterschaft, daß bei einem Schaulaufen in Tübingen ein anwesender Kavallerieoffizier begeistert ausrief: „Der soll nicht Theologe, sondern Kunstreiter werden.“ Später galt P. Mayer als bester Reiter seiner Division, zu einer Zeit, als die Truppe noch viele Pferde und entsprechend zahlreiche Reiter hatte. Rupert Mayer hatte einen großen Freundeskreis, den er für ein Leben aus dem Glauben zu gewinnen suchte.

Trotz seines Fleißes fiel die theologische Abschlußprüfung infolge seiner Nervosität und mangelnden Selbstbewußtseins nicht so aus, wie er es erhofft hatte. In seiner Beurteilung beim Eintritt ins Priesterseminar heißt es: „Talent mittel, Fleiß lobenswert, Verhalten musterhaft.“

Am 2. Mai 1899 wurde Rupert Mayer durch den berühmten Rottenburger Bischof Keppeler, einen Freund der Familie, zum Priester geweiht. Sein Primizprediger schloß mit den Worten:

„Mögen Sie am Ende Ihres Lebens sagen können: Durch meine Schuld ist niemand verlorengegangen. Ich habe mich der Armen und Verlassenen mit besonderer Liebe angenommen. . . . Ich habe zu den Kranken meine Schritte gelenkt, so oft ich konnte. Es war mir kein Weg zu weit und keine Stunde zu unbequem bei Tag und bei Nacht. Ich habe die Gnaden ausgespendet, die mir anvertraut waren. Ich habe nie gebunden, wo ich lossprechen konnte. Ich habe nie losgesprochen, wo ich binden sollte. Ich habe nie geschwiegen, wo ich reden sollte. Ich habe nie geredet, wo ich schweigen sollte. Menschenfurcht war nie von Einfluß auf mein Tun und Lassen. Mein ganzes Streben ging dahin, zu tun, wozu ich von Gott gesandt worden bin.“²⁾ Wohl kaum jemals dürften die Worte einer Primizpredigt besser in Erfüllung gegangen sein als bei Rupert Mayer.

Nach einjähriger Vikarszeit bat er um Aufnahme in den Jesuitenorden. Nun war dieser damals durch Reichsgesetz verboten, und die Jesuiten waren 1872 als „Reichsfeinde“ ausgewiesen worden. Aber dies focht den jungen Vikar nicht an. Zwar hatte er zunächst Bedenken wegen seiner eher durchschnittlichen Begabung. Doch sein Seelenführer sagte ihm, für die geistigen Anforderungen des Ordens genüge ein gesunder Menschenverstand.

Das lag ganz auf der Linie des hl. Ignatius, dessen Stärke auch nicht gerade die Wissenschaft war und der das Wort prägte: „Lieber ein gesunder Esel als ein kranker Löwe.“ Sein Pfarrer stellte ihm das Zeugnis aus, daß „sein Verhalten und sein Wirken während seiner Verwendung in Spaichingen alles Lob verdienen“.³⁾ Begreiflicher Weise ließ ihn Bischof Keppler nur ungern gehen. Der Jesuitenkandidat trat in Tisis/Vorarlberg ins Noviziat ein. Nach dem ersten Jahr wurde er zur Vervollständigung der Studien nach Valkenburg in den Niederlanden geschickt, wohin das Studienhaus der deutschen Jesuiten nach der Ausweisung aus Deutschland verlegt worden war. P. Mayer tat sich mit der abstrakten Philosophie recht schwer. Auch hatte er ziemlichen Bammel vor der ersten Predigt vor den Mitbrüdern, die für gewöhnlich den armen Opfern auf der Kanzel weit weniger Vergnügen bereitet als ein kritischer Zuhörer.

Nach Absolvierung des Tertiats wurde er nach einem kurzen Zwischenspiel als Gehilfe des Novizenmeisters Volksmissionar beim damals berühmten P. Aschenbrenner. Dieser hatte lange in den USA und in England gewirkt und war nicht nur ein wesentlich deftigerer Typ aus dem Bayerischen Wald, sondern auch 34 Jahre älter als P. Mayer. So konnte es nicht ausbleiben, daß Meister und Geselle nicht immer derselben Meinung waren. Wohl darauf spielte P. Mayer besonders bei seinem 40jährigen Priesterjubiläum an, als er von einer „Kette von Kampf und Auseinandersetzungen“ sprach. Dennoch blieb er seinem älteren Mitbruder stets dankbar.

1912 wurde Rupert Mayer nach München versetzt, der Stadt, in der er am längsten gewirkt und die ihn auch am meisten geprägt hat. Er sollte sich der Zuwanderer annehmen, die in einer Stärke von durchschnittlich 23 000 im Jahr in die Landeshauptstadt kamen. Sie sollten in der Großstadt eine neue Heimat finden und auch religiös verwurzeln. München hatte damals 569 000 Einwohner, von denen nominell 490 000 katholisch, 87 000 evangelisch, 11 000 jüdisch und 9 200 ohne Bekenntnis waren.⁴⁾

1911 beim deutschen Katholikentag in Mainz hat es der junge Speyerer Bischof Faulhaber in einer programmatischen Predigt als echte und drängende Zeitaufgabe bezeichnet, die Arbeiterwelt zurückzueroben. Er bezeichnete dies als „die dornenvollste Aufgabe der modernen Seelsorge und die eigentliche Sorge unserer Seelsorge. Auch wenn der Arbeiter im günstigsten Fall den Sonntagsgottesdienst besucht, kann die halbstündige Predigt unmöglich ein volles Gegengewicht bilden gegen das tägliche Lesen einer kirchenfeindlichen Zeitung und gegen das stündliche Hören der gehässigsten Angriffe auf den Glauben seiner Jugend. Wir müssen also außerhalb der Sonntagspredigt die Arbeiter sammeln, die Gesamtmelten schulen und die Geschulten als Vertrauensmänner an die Werbearbeit schicken.“⁵⁾

Schaut man in unsere Gegenwart, dann sieht man, daß sich die Probleme ein wenig verschoben, im Grunde aber nicht verändert haben. An eine halbstündige Predigt ist heute ohnehin nicht zu denken. Selbst sogenannte gute Katholiken huldigen weitgehend dem Grundsatz, daß der Pfarrer über alles predigen dürfe, nur nicht über 10 Minuten. Dabei ist der religiöse Wissensstand im Durchschnitt minimal bis katastrophal. Ein erfahrener Seelsorger formulierte das einmal so: „Erwarten wir nicht zu viel religiöses Wissen von unse-

ren Gläubigen, aber gar nichts von den Gebildeten.“ Hinzu kommt dann noch der Einfluß der Massenmedien und nicht weniger Theologen, die ihren vornehmsten Auftrag darin erblickten, die Kirche und ihre Lehre zu „hinterfragen.“

Mit nüchternem Blick setzte P. Mayer — auch aus heutiger Sicht — bei seiner Arbeit die richtigen Akzente. Dabei gab es für diese Art der Seelsorge noch keinerlei Vorbild. Da über ¾ der zugezogenen Katholiken Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Dienstmädchen waren — der Rest setzte sich aus Lehrlingen, Lehrmädchen und Kaufleuten zusammen, dagegen gab es kaum Beamte und Rentner —, suchte er seine Mitarbeiter unter den religiös eingestellten Arbeitern und Arbeiterinnen. In regelmäßigen Schulungen bereitete er sie auf Hausbesuche vor. Allmonatlich wurden die Einsätze besprochen, diskutiert und dann die nächsten Besuche vorbereitet. P. Mayer ging selber unermüdlich Tag für Tag, besonders am späten Nachmittag und am Abend, von Tür zu Tür. Er verschickte keine gedruckten Einladungen, sondern ließ bei seinen Hausbesuchen einen kleinen kirchlichen Führer Münchens, mit den Anschriften der damals 30 Pfarreien, den Gottesdienstzeiten, aber auch Angaben über Wohnungs- und Arbeitsamt zurück. Mit den Neubürgern besprach er ihre Sorgen und Nöte, erkundigte sich nach ihren Erwartungen am Arbeitsplatz usw.

Seine seelsorgerische Pionierarbeit war schon sehr bald über München hinaus bekannt geworden. Deshalb lud man ihn ein, anderen Seelsorgern seine Erfahrungen mit der Großstadtseelsorge zu vermitteln. Hierzu wurde der Deutsche Katholikentag 1913 in Metz ausgewählt. Nach einem Bericht der „Münchner Post“ vom 23. 8. 1913 sagte er dort: „Bei der Frage der Neueinwanderung in die Stadt steht für die katholische Kirche ein Lebensinteresse auf dem Spiel. Es handelt sich um das Seelenheil von Zehntausenden, ja Hunderttausenden. Nach kurzer Zeit ist die größere Zahl der in die Stadt Eingewanderten in religiösen Dingen zum mindesten furchtbar gleichgültig geworden. Der Hebel zur Besserung muß auf dem Land angesetzt werden. Hier ist der springende Punkt. Wenn die Leute nicht vorbereitet in die Stadt kommen, dann ist hier die Mühe zum größten Teil umsonst. Aufklärung der ländlichen Bevölkerung über die wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Gefahren der Stadt durch die Presse und die Organisationen tut not.“

Angesichts des steigenden Materialismus um die Jahrhundertwende erkannten einige Priester in München die Notwendigkeit der Förderung und Entfaltung der Familien. Msgr. Carl Walterbach, Anton Pichlmair und P. Rupert Mayer fanden sich zusammen und gründeten die „Schwestern von der hl. Familie“. P. Mayer wurde und blieb bis zu seinem Tod ihr Spiritual. Die Schwestern sollten Heime für erwerbstätige Frauen und Mädchen leiten. Ihnen blieb der Selige zeitlebens in besonderer Anhänglichkeit verbunden, und seinen geistlichen Unterweisungen verdanken wir manch wertvollen Gedanken. Immer wieder betonte er, „alles Harte und Abstoßende in eine lebenswürdige Art umzuformen, um die Menschen für Christus zu gewinnen und die Religion den Menschen lebenswert zu machen. . . Wo die Liebe eine untergeordnete Rolle spielt, da müßte man von einem Abfall vom Christentum sprechen. . .“

Es ist oft schwierig, von den Höhepunkten eines Priesterlebens zu sprechen, denn Gott hat andere Maßstäbe als wir Menschen. Bei P. Rupert Mayer ist dies besonders schwer. Dennoch muß man sagen, daß die Ereignisse des ersten Weltkrieges in seinem Leben eine ganz herausragende Rolle spielen. Der Selige war im besten Sinn des Wortes Patriot, und vielleicht kommt seiner Seligsprechung auch unter dieser Rücksicht eine providentielle Bedeutung zu. Die Vaterlandsliebe ist ja kein Relikt sogenannter Konservativer, sondern das II. Vaticanum betont nachdrücklich: „Die Staatsbürger sollen eine hochherzige und treue Vaterlandsliebe pflegen.“ (Gaudium et spes, Nr. 75)

Am 23. August 1914 brachte das „Wochenblatt für die katholischen Gemeinden Münchens“ die Nachricht, daß sich 95 deutsche Jesuiten aus Valkenburg für den Militärdienst zur Verfügung gestellt hätten: „Sie sind zugleich mit den anderen katholischen Geistlichen ins Sanitätspersonal eingereiht worden. Sie trugen das sonst verbannte Ordenskleid und wurden überall, wo sie sich zeigten, mit Ovationen überschüttet.“ Auch P. Mayer meldete sich sofort zur Feldseelsorge. Zunächst fand er im Feldlazarett Nr. 2 des I. Bayerischen Armeekorps Verwendung. Für gewöhnlich hielt er die Gottesdienste, Andachten usw. in den Kirchen der Orte, wo sie sich gerade befanden, aber „ausnahmsweise auf dem Felde zu Pferde“, wie er in einem Brief schrieb. Dies dürfte wohl nur für die Predigt gelten, denn bei der hl. Messe wäre es wohl doch ein wenig kompliziert geworden. Sehr bald hatte er seine alte Fertigkeit im Reiten wiedererlangt.

Gewöhnlich hielt er am Sonntag und einmal werktags Gottesdienst mit Predigt, zelebrierte aber täglich privat, wenn keine Feldmesse angesetzt war. Zu Beginn des Jahres 1915 wurde er Divisionspfarrer der 8. Bayerischen Reservedivision. Ende Januar 1915 kam er zum Fronteinsatz in die Vogesen. Wo immer Menschen seine Hilfe brauchten, war er zur Stelle. Seine zahlreichen Gottesdienste mit kurzer Predigt waren stets gut besucht. Nach dem Urteil des Generalvikars des Feldpropstes, des späteren Regensburger Bischofs Buchberger, war er „in seiner priesterlichen Haltung und seinem unermüdlichen Wirken eine lebendige Apologie des Priestertums und der Kirche für unsere Soldaten, die mit größter Liebe und Verehrung an ihm hingen“. Nach Buchberger war in der ganzen Division kein Name so bekannt und geschätzt wie der P. Mayers.⁶⁾

Dabei war der Selige keineswegs ein blinder Draufgänger. Ihn leitete vielmehr das Bewußtsein, daß die ihm anvertrauten Soldaten in Gefahr waren und seine seelsorgerliche Hilfe brauchten. Als eines Tages ein Schwerverwundeter nach hinten getragen wurde, setzte mörderisches Feuer ein. Die Sanitäter stürzten in das nächste Granatloch, um sich in Sicherheit zu bringen. Da hörte man die kläglichen Hilferufe des Verwundeten. P. Mayer legte sich behutsam über ihn und sagte: „Sei ruhig, Kamerad, wenn's einen trifft, trifft's mich zuerst.“

Am 12. Dezember 1915 rief der Divisionskommandeur an und teilte P. Mayer mit, daß ihm als erstem Soldaten der deutschen Armee das E.K. I. verliehen worden sei. Der evangelische General hatte es schon Monate zuvor beantragt und die Verleihung gegen heftigen Widerstand durchgesetzt. Man hatte „höheren Orts“ Bedenken, einem katholischen

Geistlichen, noch dazu einem Jesuiten, diesen Orden zu verleihen. Erst 1917 durften die Ordensmitglieder wieder nach Deutschland zurückkehren. P. Mayer freute sich aufrichtig über die Auszeichnung und schrieb nach Hause: „Es soll dies mein Christkindchen sein. Auch mein Orden wird sich freuen.“⁷⁾

Bei aller übernatürlichen Haltung, die ihn gleichsam imprägniert hatte, blieb P. Mayer doch im besten Sinn des Wortes natürlich, wußte eine gute Zigarre zu schätzen und ritt leidenschaftlich gern.

Die Zeit des Stellungskrieges im Winter 1916 nutzte er eifrig für die Einzelseelsorge. Sonntags hielt er jetzt acht Gottesdienste, montags zwei bis drei. Mit seiner Truppe machte er die Schlacht an der Somme mit, die entsetzliche Verluste brachte. Der bekannte Arzt-Dichter Hans Carossa schildert in „Führung und Geleit“, das 1940 erschien — also zu einer Zeit, da P. Mayer schon im Gefängnis gesessen hatte, welch tiefen Eindruck der Divisionspfarrer Mayer auf ihn gemacht habe. In ihm habe er eine Verbindung von Priester- und Soldatentum erfahren, die ihm in so geistig-natürlicher Form neu gewesen sei (S. 113f.).

Der spätere Staatssekretär Hans Ritter von Lex, der ihn als Kompanieführer an der Somme erlebte, sagt in der Rückschau über den Seligen: „Er war ein Mann, der aus echten vaterländischen Empfindungen heraus unsere soldatische Verpflichtung, für das Vaterland einzutreten, erkannte und sie uns nahebrachte. . . Ich kann mich erinnern, daß er immer wieder gesagt hat, was ein echter bayerischer Soldat ist, der weiß eben auch, was er seinem Herrgott schuldig ist. . . Fern von jedem Chauvinismus hat er aber trotzdem immer wieder die Soldaten zur vaterländischen Pflicht angehalten.“⁸⁾ Neben den beiden Eisernen Kreuzen erhielt P. Rupert Mayer noch mehrere andere Tapferkeitsauszeichnungen.

Im Herbst 1916 wurde die Division nach Rumänien verlegt. Auch hier war P. Mayer unermüdlich bei Tag und Nacht unterwegs, um Gottesdienste zu halten, Verwundete zu trösten und die Sakramente zu spenden. In Rumänien wurde er auch so schwer verwundet, daß sein linkes Bein amputiert werden mußte. Der ihn versorgte, war Dr. Hans Carossa. Der evangelische Divisionskommandeur, Generalleutnant v. Stein, schrieb an das Münchner Ordinariat: „Die Division verliert durch die Verwundung des Herrn Pater Rupert Mayer einen Seelsorger im vollsten Sinn des Wortes. Unermüdlich tätig, stets am Platze, so Not am Mann war, immer das richtige Wort des Trostes, der Ermahnung, der Aufrichtung findend, hat er dem Heer. . . außerordentlich große Dienste geleistet. Bei Offizieren und Mannschaften gleich hoch geachtet und beliebt, bedauern wir alle, daß er von uns scheiden muß.“ („Kölnische Volkszeitung“, 17. 1. 1917, „Ein mutiger Jesuit“)

Der Regimentskommandeur des 19. Bayerischen IR bezeichnete ihn im Tagesbefehl vom 20. 1. 1917 als „seltenen Mann von unvergleichlicher Pflichterfüllung und Tapferkeit, unermüdlicher Aufopferung und Nächstenliebe“.⁹⁾ Nach seiner Genesung kehrte P. Mayer im November 1917 nach München zurück. Inzwischen war dort der ehemalige bayerische Feldpropst, Michael Faulhaber, Erzbischof geworden. Zur gleichen Zeit wurde dort Erzbischof Eugenio Pacelli Nuntius am bayerischen Königshof und suchte die Friedensbemü-

hungen des Hl. Stuhls tatkräftig zu unterstützen. Die Stadt wurde nach dem Zusammenbruch 1918 zum Zentrum sich heftig befehlender politischer und weltanschaulicher Richtungen. Der bekannte amerikanische Diplomat Robert Murphy war damals Generalkonsul in der Stadt und schreibt in seinen Erinnerungen „Diplomat unter Kriegern“ (S. 24):

„Nirgendwo sonst in Europa enthüllten sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft jenes turbulenten Erdteils mit größerer Dramatik als in München.“ P. Mayer setzte sein ganzes Prestige ein, um zum Frieden aufzurufen. Er studierte die Zeitungen und die politischen Programme, ging in die Versammlungen und scheute sich nicht, auch bei den Radikalen das Wort zu ergreifen. So erlebte ihn dort auch der später als „Ochsensepp“ bekanntgewordene Dr. Josef Müller. In einer Kirchenfunksendung zum 20. Todestag P. Mayers wies er darauf hin, daß dieser insbesondere die jüngere Generation nach Ende des 1. Weltkriegs erreicht habe. Stets habe er vom religiösen Standpunkt aus zu aktuellen Gegenwartsfragen mutig Stellung genommen.¹⁰⁾ Sein Mut wurde auch von seinen Gegnern anerkannt. Dabei prüfte sich P. Mayer immer wieder selbst, ob es notwendig sei, vor oft fanatischen Zuhörern das Wort zu ergreifen. Aber da er der Überzeugung war, unter den Anwesenden befänden sich zahlreiche Suchende, sah er es als seine Pflicht an, sich zu Wort zu melden und den kirchlichen Standpunkt zu vertreten. Später, vor dem Sondergericht in München, 1937, erläuterte er nochmals seine Gründe für seinen Einsatz bei politischen und weltanschaulichen Versammlungen. Spaß gemacht habe ihm dies keineswegs. Aber um der Ratlosen und Unentschlossenen willen habe er es immer wieder auf sich genommen, trotz Anfeindungen und wüsten Beschimpfungen seinen Mann zu stehen. Dabei ging es ihm nie um Politik. Bei einer solchen Versammlung war er 1919 auch mit Hitler zusammengetroffen. Unmittelbar nach ihm ergriff dieser das Wort. Nachdem der Pfarrer den Kommunismus vom religiösen Standpunkt aus bekämpft habe, wolle er das nun vom politischen Standpunkt aus tun. Hitler machte auf P. Mayer den Eindruck eines außergewöhnlich tüchtigen Volksredners. Dennoch machte er sich über ihn keinerlei Illusionen. In seinen Aufzeichnungen heißt es: „Hitler übertrieb in seinen Ausführungen ständig, scheute auch vor Unwahrheiten nicht zurück. . . Er war immer der Mann, um den sich alles drehen mußte. . . Dies alles bestärkte mich in der Auffassung, daß man es bei Hitler mit einem Hysteriker reinsten Wassers zu tun hat.“¹¹⁾

Hitler schickte übrigens P. Rupert Mayer zum 25jährigen Priesterjubiläum ein persönliches Glückwunschschreiben, was allerdings dessen Urteil über ihn nicht im mindesten beeinflusste.

1923 sprach der Selige auf einer Versammlung der NSDAP, wo ausnahmsweise eine Diskussion zugelassen war. Das Thema hieß: „Kann ein Katholik Nationalsozialist sein?“ Zunächst wurde der inzwischen schon berühmte Seelsorger stürmisch begrüßt. Doch er warnte vor voreiligem Beifall. Er verwahrte sich dagegen, daß die Bibel als „Judenbuch“ aus der Schule verbannt werden solle, und betonte, daß nicht der Nutzen des Vaterlandes letzter Maßstab für Gut und Böse sein könne. Schließlich ließ ihn der Versammlungsleiter, Hermann Esser, Redakteur des „Völkischen Beobachters“, später Staatsminister und

gewissermaßen „Erfinder“ der Bezeichnung „Führer“, mit Gewalt aus dem Saal entfernen.¹²⁾

In P. Mayers Leben waren Religion und Liebe zum Vaterland eine harmonische Verbindung eingegangen: „Das Wichtigste ist, daß wir Gott lieben! Ein Mensch, der Gott liebt, ist schon aus diesem Grund gewissenhaft in seiner Arbeit; er liebt seine Heimat; er liebt seinen Nächsten; er ist treu seinem Vaterland.“¹³⁾

Am 8. November 1921 hatte Kardinal Faulhaber Rupert Mayer zum Präses der Marianischen Männerkongregation ernannt. Die neue Aufgabe war für ihn wie geschaffen. Er konnte seine reiche Seelsorgeerfahrung in seine neue Aufgabe einbringen. Schon als er sich um die Neubürger Münchens kümmerte, hatte er auf enge Zusammenarbeit von Priestern und Laien gesetzt. Während seiner Zeit als Präses nahm die Kongregation einen starken Aufschwung. Seine Sodalen informierten ihn über die wichtigsten Ereignisse, sagten ihm, worauf es in der augenblicklichen Situation bei der Glaubensverkündung besonders ankomme, kurz, es war eine ideale Zusammenarbeit zwischen Seelsorger und Laien, wie sie stets wünschenswert war und ist, wie sie allerdings nur allzu selten anzutreffen ist.

Weil der Tourismus immer mehr zunahm, führte P. Rupert Mayer nach langen Überlegungen und gründlichen Vorbereitungen mit seinen Männern auch in den verschiedenen Pfarreien Münchens die Bahnhofsgottesdienste ein — es gab ja noch nicht die Möglichkeit der Sonntagsvorabendmesse. Am 15. 8. 1925 fand der erste Bahnhofsgottesdienst statt, der lange zuvor angekündigt worden war. Auf Plakaten wurden die „Heiligen Messen mit Ansprache und Volksgesang für Reisende und Ausflügler“ für 03.20; 04.05; 05.20; 05.55 und 06.35 Uhr angekündigt. Die beiden ersten Gottesdienste hielt P. Mayer selbst. Dabei hatte er an Samstagen meist den ganzen Nachmittag bis 21.00 oder 21.30 Uhr in St. Michael Beichte gehört. In 5-Minuten-Ansprachen suchte er die wichtigsten Grundfragen des Glaubens zu vermitteln. Gleich von Anfang an waren die Gottesdienste außerordentlich gut besucht. Im ersten Jahr zählte man 130 Gottesdienste mit 13797 Besuchern. 1934/35 wurde die Höchstzahl an Gottesdiensten und Besuchern erreicht: 384 hl. Messen mit über 75000 Teilnehmern. 1937, nach der Verurteilung P. Mayers, wurden diese Gottesdienste verboten und konnten erst wieder nach dem Krieg aufgenommen werden.

Wenn man schon Schwerpunkte in der Lebensgeschichte des Seligen hervorheben will, dann ist es sicher sein Wirken im Dienst der Caritas. Von dieser Tätigkeit her erhielt er den Ehrentitel eines 15. Nothelfers. Ohne seine allseits bekannte Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe hätten seine Predigten wohl kaum einen derartigen Zuspruch erfahren. Denn wie sein langjähriger Mitarbeiter und späterer Nachfolger P. Anton Koerbling betont, war er „nicht der Meister der Beredsamkeit, nicht originell in seinem Stil wie ein Abraham a Santa Clara; kein tiefeschürfender Dogmatiker oder geistreicher Problematiker. Ganz schlicht und einfach und trotzdem ein ganz großer Prediger.“¹⁴⁾

Seit seiner Jugend im wohlhabenden Elternhaus, über die Zeit als Vikar in Spaichingen, als Volksmissionar und Militärpfarrer bis zu seiner Zeit als Kongregationspräses zieht sich wie ein roter Faden durch sein Leben das Bestreben, den Menschen geistliche Wegweisung

und materielle Hilfe zu geben. Schon von der aufgewendeten Zeit her nahmen die Sprechstunden in St. Michael den größten Raum ein. Er hatte oft über 50, ja bis zu 60 und 70 Besucher am Tag. Die große Kartei der Münchner Caritas vermerkt bei über einem Drittel ihrer 70 000 „Fälle“, daß sie von P. Mayer bearbeitet wurden.

Trotz seiner vielfältigen Aufgaben saß P. Rupert Mayer von allen Mitbrüdern in St. Michael am längsten im Beichtstuhl. Er war als welterfahrener, gütiger Beichtvater bekannt und verehrt. Eine Zeitlang war auch Nuntius Pacelli unter seinen Beichtkindern. Dieser sagte eines Tages zu Schwester Pasqualina: „P. Rupert Mayer gibt einmal einen schönen Jesuitenheiligen.“¹⁵⁾ Viele Welt- und Ordenspriester hatten ihn zum Seelenführer gewählt. Dabei bereitete ihm das stundenlange Sitzen im Beichtstuhl bei seiner schweren Verwundung nicht nur starke Schmerzen, sondern wurde für ihn nach seinem eigenen Geständnis zur richtigen Tortur.

Nach Hitlers Machtergreifung setzte sich P. Mayer furchtlos für viele ein, die in Not geraten oder verhaftet worden waren. Dabei drang er bis zu den höchsten Stellen vor. Es läßt sich heute nicht mehr genau feststellen, wie erfolgreich seine Bemühungen waren. Immerhin schrieb ihm Himmler persönlich wegen eines Häftlings, für den sich der Selige eingesetzt hatte.¹⁶⁾ 1935 begann — trotz des Konkordats — der Kampf der Nazis gegen die Konfessionsschule. Sie sollte durch die „Deutsche Gemeinschaftsschule“ völlig verdrängt werden. Gelegentlich einer Versammlung über die neue Schule wurde P. Mayer das erste Mal festgesetzt, allerdings nach einigen Stunden wieder freigelassen. Erhebliche Zwischenfälle gab es auch bei der behördlich genehmigten Caritas-Sammlung am 18. Mai 1935. Die Partei gab Parolen aus, wie: „Keinen Pfennig für die Devisenschieber“, „Wer gibt, ist ein Volksverräter“ usw. Nach zahlreichen Ausschreitungen, Überfällen auf Sammler usw. wurde die Sammlung bereits mittags polizeilich verboten. Kardinal Faulhaber schickte ein Protesttelegramm an den „Führer und Reichskanzler“ — aber es erfolgte keinerlei Reaktion. Es ist ganz nützlich, sich dieser Vorfälle zu erinnern, wenn man die Haltung der Kirche während des Dritten Reiches gerecht beurteilen will. Immerhin war der Kardinal nicht irgendetwas. Die Maßnahmen gegen die Kirche häuften sich. Seelsorger und deren Predigten wurden oft systematisch überwacht, ganz besonders die von P. Mayer. Am 7. Mai 1936 wurde er von der Staatsanwaltschaft München dienstlich vorgeladen. Seine Äußerungen seien bisweilen staatsfeindlich, er führe eine aufreizende Sprache. Er würde sich in seinen Predigten mit Politik befassen, und das ging heute nicht mehr. P. Mayer erwiderte, er hätte zu politischen Fragen stets nur aus religiöser Sicht Stellung genommen, und das sei seine Gewissenspflicht. Wenn staatliche Organe die Kirche, Bischöfe und Priester angriffen, müsse er sie öffentlich verteidigen. Da das ewige Heil vieler Menschen auf dem Spiel stehe, müsse er eine deutliche Sprache führen. Auf die Vorhaltung des Staatsanwalts, andere Priester würden sich nicht so äußern, erwiderte er, das müsse jeder mit seinem Gewissen ausmachen und an die Rechenschaft denken, die er einst vor Gott ablegen müsse. Nach Verwarnung wurde er entlassen. Aber nunmehr war er fest im Visier der Staatsgewalt. Allein im Oktober 1936 wurden acht seiner Predigten überwacht. Die Berichte gingen an die Gestapo. Aber P. Mayer ließ sich weder beirren noch einschüchtern. Wie er in

seinen Lebenserinnerungen schrieb, spürte er, daß er nicht mehr lange Zeit zum Predigen und Sprechen haben würde.¹⁷⁾ Am 28. Mai 1937 kam die Weisung der Gestapo, daß er seine Predigtstätigkeit auf St. Michael beschränken müsse. Im übrigen habe er Predigtverbot. P. Rösch, P. Meyers Provinzial, der später selber in Haft war, beriet sich über die neue Lage. Er kam zur Überzeugung, daß es Aufgabe des Ordens sei, der Kirche und den Gläubigen in dieser Zeit besonders zur Seite zu stehen. Wenn P. Mayer daher bereit wäre, gegen das ausdrückliche Verbot dennoch weiter zu predigen, danke ihm der Orden dafür und für alles, was er hierfür auf sich zu nehmen bereit sei. Der Kardinal stellte sich hinter diese Entscheidung. Er protestierte beim Kirchenminister gegen das Predigtverbot, das gegen das Konkordat verstoße und durch nichts begründet sei. Kerrl ließ erwidern, der Staat werde sich schon durchzusetzen wissen.¹⁸⁾ Am 5. Juni 1937 wurde P. Mayer verhaftet. Die Nachricht ging wie ein Lauffeuer durch München und wurde amtlich von den Kanzeln verkündet. Überall betete man für ihn. Der Provinzial ging sofort zur Gestapo. Diese machte das Angebot, P. Mayer sofort freizulassen, wenn er sich an das Predigtverbot halte. Es gab einen regelrechten Kuhhandel. Schließlich erklärte sich die Gestapo sogar bereit, daß P. Mayer in allen Kirchen Münchens predigen dürfe, nur nicht außerhalb. Der Provinzial erbat sich Bedenkzeit und besprach sich mit dem Kardinal. Man kam zur Erkenntnis, hier dürfe es keinen Kompromiß geben. Das Ordinariat ließ von den Kanzeln verkünden: „Die Kirche kann ein Recht des Staates, einem Geistlichen, der die im Reichskonkordat geforderten Voraussetzungen erfüllt, ein auch nur teilweises Predigtverbot aufzuerlegen, nie und nimmer anerkennen. Ein solches Verbot würde letztlich zu einer völligen Lahmlegung der Seelsorge führen, von der das Predigtamt einen wesentlichen Teil bildet. Es wäre unvereinbar mit der im Konkordat gewährleisteten Freiheit der Kirche.“¹⁹⁾

Beim Prozeß vor dem Sondergericht in München am 22. und 23. Juli 1937 hatte P. Mayer zwei hervorragende, unerschrockene Verteidiger. Dr. Warmuth und Dr. Bandorf. Beide strichen die großen Verdienste des Angeklagten für Volk und Vaterland heraus. Dr. Bandorf hatte P. Mayer selber im Krieg als Kompanieführer erlebt. Er würdigte den Seligen als „Priester und Seelsorger von säkularer Bedeutung“, dessen Leben „Gottesdienst und Dienst am Vaterland“ sei. Dr. Warmuth betonte, daß alle Äußerungen P. Mayers „Akte religiöser Notwehr“ seien.²⁰⁾ Kardinal Faulhaber hatte am 4. Juli seine berühmte „Flammenzeichen“-Predigt gehalten, die im In- und Ausland stärkste Beachtung fand. Mit dem Protest des Kardinals war auch die Absicht verbunden, die Zuhörer von Protestaktionen gegen die Verhaftung Mayers abzuhalten. Denn nichts wäre der Gestapo willkommener gewesen, als „mit Gummiknütteln und Verhaftungen, mit Ausstellungen und Entlassungen vorzugehen gegen die verhaßten Katholiken, die heute mehr gehaßt und verfolgt werden als die Bolschewiken“.²¹⁾

Die Anwälte rechneten mit einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren. Die Indizien deuteten klar darauf hin, daß es auf jeden Fall zu einer Verurteilung kommen sollte. Gewiß unterschied sich die Verhandlung grundsätzlich von der Prozeßführung eines Roland Freislers. Man trug offensichtlich der Popularität des Angeklagten Rechnung. Auch hatte man vor dem hochdekorierten Schwerkriegsbeschädigten Respekt. So war das Urteil für Sonderge-

richte sehr milde. P. Mayer wurde am 23. 7. wegen fortgesetzten Vergehens gegen den Kanzelparagraphen in Tateinheit mit fortgesetztem Vergehen gegen den Heimtückeparagraphen zu 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, verurteilt. Der Provinzial bemühte sich um die sofortige Freilassung P. Mayers. Dieser hatte unmittelbar vor Prozeßbeginn eine Erklärung unterschrieben, die Dr. Warmuth und Dr. Bandorf mit Zustimmung von P. Rösch entworfen hatten. Darin wiederholte der Selige zwar, wie in einer ersten Erklärung vom 9. Juni 1937, daß er die Kirche und ihre Glaubens- und Sittenlehre weiterhin verteidigen werde, aber mit dem Zusatz, daß er die staatlichen Gesetze achten und auch, wie bisher, zur Treue zum Staat auffordern werde. Trotz seines Temperaments werde er sich bemühen, auch in der Form den gesetzlichen Vorschriften gerecht zu werden. P. Rösch sagte der Gestapo zu, daß P. Mayer 7 Wochen nicht predigen werde. Kardinal Faulhaber wandte sich an Kardinalstaatssekretär Pacelli. Dieser richtete eine offizielle Note an den Vatikan-Botschafter, unter Berufung auf das Konkordat. Aber dieser Schritt hatte keinerlei Erfolg.

Mitte Dezember 1937 erhielt P. Mayer von seinem Provinzial die Erlaubnis, wieder zu predigen. Der Selige hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, bei Einhaltung des Predigtverbots könnte das gläubige Volk an ihm irre werden. Am 3. Januar schlug die Polizei zu. P. Mayer wurde erneut verhaftet. Auf Anordnung des Reichsjustizministers mußte er seine Gefängnisstrafe antreten und kam in das Gefängnis Landsberg. Anlässlich des „Anschlusses“ der „Ostmark“ wurde am 5. 5. 38 eine Amnestie wirksam, die auch P. Mayer die Freiheit wiederbrachte. Aber es gab für ihn eine herbe Enttäuschung: Kardinal und Provinzial waren der Überzeugung, daß eine Wiederaufnahme der Predigtstätigkeit zur sofortigen Wiederverhaftung führen würde. Deshalb erhielt P. Mayer die Weisung, vorerst nicht mehr zu predigen. Dies war für ihn eine harte Gehorsamsprobe. Aber als echter Jesuit sagte er schweren Herzens sein Ja. Nach einer Erholungspause widmete er sich verstärkt der Einzelseelsorge. Am 3. November 1939 wurde er im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Königspartei vor die Gestapo geladen. Ein führendes Mitglied hatte bei der Verhaftung erklärt, P. Mayer hätte seinem Ansinnen, ihn für seine Sache zu gewinnen, rundweg abgelehnt. Zwar gab die Gestapo zu, daß P. Mayers Haltung korrekt gewesen sei, wollte aber dennoch Namen von Leuten haben, die der Königspartei zuneigten. P. Mayer lehnte ab, weil dies in den Bereich des Seelsorgegeheimnisses falle. Sogar der Kardinal wurde eingeschaltet. Er bestätigte das Schweigerecht des Seelsorgers, das durch das Konkordat geschützt sei. Ob ein solcher Fall vorliege, könne nur der Seelsorger selber entscheiden.²²⁾ Schließlich wurde P. Mayer mitgeteilt, daß er verhaftet sei. Nach einem ausführlichen Bericht der Gestapo an Himmler, ordnete dieser am 28. 11. 39 an, P. Mayer auf Dauer des Krieges in Schutzhaft zu nehmen. Als Schwerkriegsbeschädigter solle er aber eine bessere Zelle erhalten. So wurde der Selige in den Gefängnisstrakt des KZ Sachsenhausen-Oranienburg gebracht. Seine Haftbedingungen waren gewiß nicht mit denen eines „gewöhnlichen“ Häftlings zu vergleichen. Dennoch waren die Monate im KZ für den unermüdlichen Seelsorger eine äußerst schwere Belastung. Bischof Graf von Preysing, der den Pater seit Jahrzehnten kannte und schätzte, erwirkte ihm die Zelebrationserlaubnis.

Dies war für den Seligen ein großer Trost. Dennoch verschlechterte sich sein Gesundheitszustand derart, daß man befürchtete, er könne im KZ sterben und man hätte so einen Märtyrer geschaffen. Deshalb ordnete Himmler seine Verbannung in ein Kloster an. Das Münchner Ordinariat mußte garantieren, daß P. Mayer Ettal nicht verlassen, keine Beichten hören, außer seinen nächsten Angehörigen und Mitbrüdern sowie seiner Ärztin keinen Besuch empfangen und sich vor allem nicht politisch betätigen dürfe. Die Mönche nahmen den Seligen liebevoll auf. Nach einigen Wochen war er wieder gesundheitlich auf der Höhe. Im Kloster wurde er bereits zu seiner dortigen Zeit als Heiliger betrachtet. Die Jahre seines Zwangsaufenthaltes in Ettal ließen ihn innerlich noch weiter reifen. Am 6. Mai 1945 schlug für ihn die Stunde der Befreiung. Am Fest Christi Himmelfahrt hielt er seine einzige Predigt in Ettal. Jedermann erwartete eine Abrechnung mit dem Unrechtsregime, aber der Selige forderte seine Zuhörer auf, das erlittene Unrecht zu verzeihen. Er warnte vor Gefühlen der Rache und des Hasses und forderte zur Feindesliebe auf. Hierüber predigte er immer wieder in den Monaten bis zu seinem Tod. Am 11. Mai holte ihn der neue Münchner Polizeipräsident mit seinem Auto in Ettal ab. Der erste Weg ging zum Kardinal. Dann ging es nach St. Michael. Schnell sprach es sich in München herum: P. Mayer ist wieder da. Zu seiner ersten Predigt in St. Ludwig erschien auch der Kardinal.

Die furchtbare Not in der weitgehend zerstörten Stadt forderte P. Mayers restlosen Einsatz. Er nahm seine Predigtstätigkeit wieder auf und auch seine Sprechstunden. Es ging um Hilfe bei in jenen Tagen recht häufigen, auch willkürlichen Verhaftungen, um Besorgung von Arbeitsplätzen, Behebung der Wohnungsnot usw. Bis in die Nacht hinein diktierte er Briefe an die Militärregierung, an die verschiedensten Ämter bis hin zu Ministern und zum Ministerpräsidenten. Aber mehr und mehr machte sich eine zunehmende Schwäche bemerkbar. Deshalb bat P. Mayer den Kardinal um Entpflichtung vom Amt des Kongregationspräses. Nur schweren Herzens und mit Worten höchster Anerkennung für seine jahrzehntelange segensreiche Tätigkeit entsprach Kardinal Faulhaber dieser Bitte.

In den wenigen Wochen, die ihm noch verblieben, stand P. Mayer seinem Nachfolger, der lange sein Mitarbeiter gewesen war, treu zur Seite. Und dann kam Allerheiligen. Noch einmal wollte der Selige seinen Hörern das Geheimnis der Eucharistie als Kraftquell des religiösen Lebens erschließen: „... es ist der Herr... der Herr... der Herr...“ Ein Gehirnschlag raubte ihm das Bewußtsein. Aufrecht stand er am Altar. Sehr schnell ging in München das Wort um: „P. Mayer ist nie umgefallen in seinem Leben, auch in seinem Sterben nicht.“ Um 11.10 Uhr stellte der Arzt den Tod fest. Radio München meldete: „Unser P. Mayer ist tot.“

Beim Abendgottesdienst sagte sein Oberer: „Er hat allen Menschen Gutes getan. Damit ist alles gesagt.“

Tausende nahmen bis zum Tag seiner Beerdigung von ihm Abschied, rührten Medaillen, Bilder und Rosenkränze an seinem Leichnam an. Am 4. November wurde P. Rupert Mayer in Anwesenheit der höchsten Vertreter von Kirche, dem Land Bayern und der Stadt München auf dem Ordensfriedhof in Pullach beigesetzt, bis er seine letzte Ruhestätte in

der Unterkirche des Bürgersaals, im Herzen Münchens, fand. Bis 1975 gab es bereits über 35 000 schriftlich abgegebene Gebetserhörungen.²³⁾

Am 3. Mai d.J. wird Papst Johannes Paul II. P. Rupert Mayer in München, der Stadt, für die er sich buchstäblich verzehrt hat, seligsprechen.

Heilige sind Zeichen göttlicher Gnade und Auserwählung, Wegweiser zur Vollkommenheit. Und wenn es auch nicht wenige Heilige gibt, die uns nur sehr schwer zugänglich sind, so gehört der selige P. Rupert Mayer zu denen, die nicht nur in Bann zu schlagen vermögen, sondern auch ermutigen können, sich ganz an Gott hinzugeben, um Gottes willen immer wieder den Einsatz für die Menschen zu wagen. Gerade in einer Zeit religiöser Gleichgültigkeit und der vielberedeten Staatsverdrossenheit kann er uns lehren, Gott zu geben, was Gottes ist, aber auch dem Kaiser nicht zu verweigern, was des Kaisers ist.

Anmerkungen:

- 1) Wilhelm Sandfuchs, P. Rupert Mayer, Würzburg 1981, S. 10
- 2) Sandfuchs, a.a.O., S. 23
- 3) Sandfuchs, a.a.O., S. 28
- 4) Sandfuchs, a.a.O., S. 38
- 5) Sandfuchs, a.a.O., S. 38
- 6) Sandfuchs, a.a.O., S. 54
- 7) Sandfuchs, a.a.O., S. 57
- 8) Sandfuchs, a.a.O., S. 60
- 9) Sandfuchs, a.a.O., S. 65
- 10) Sandfuchs, a.a.O., S. 77
- 11) Sandfuchs, a.a.O., S. 93
- 12) Otto Gritschneider, Bayerische Staatszeitung, 6.2.1987, S. 3
- 13) Christian Feldmann, Die Wahrheit muß gesagt werden, Freiburg 1987, S. 24
- 14) P. Anton Koerbling, P. Rupert Mayer S.J. und die Militärseelsorge, Militärseelsorge 2/1958, S. 104
- 15) Paul Riesterer SJ, Rupert Mayer, Manuskript, Pullach 1985, S. 9
- 16) Sandfuchs, a.a.O., S. 117
- 17) Sandfuchs, a.a.O., S. 137
- 18) Sandfuchs, a.a.O., S. 138 ff.
- 19) Sandfuchs, a.a.O., S. 144
- 20) Zum Prozeß vgl. Otto Gritschneider, Pater Rupert Mayer vor dem Sondergericht, München 1974, passim; Ludwig Volk SJ, Pater Rupert Mayer vor der NS-Justiz, Stimmen der Zeit, Heft 1/1975; Sandfuchs, a.a.O., S. 156 f.
- 21) Ludwig Volk SJ, StdZ, 1/1976, S. 13
- 22) Sandfuchs, a.a.O., S. 202 ff.
- 23) Anton Koerbling/Paul Riesterer, Pater Rupert Mayer, München ³1980, S. 153

Vom Soldaten zum Diakon

Karl Heinz Waap

Immer wieder werde ich gefragt, wie ich als Soldat zu dem Entschluß, Diakon zu werden, gekommen bin. Ich will versuchen die lange Geschichte kurz zu schildern.

Es war keine Erleuchtung, sondern mehr eine Entwicklung, bei der mein Familienleben, mein militärischer Einsatz auf verschiedenen Dienstposten, meine Tätigkeiten in der Militärseelsorge sowie in der örtlichen zivilen Seelsorge bestimmend waren.

Viele Menschen haben daran Anteil gehabt und mich positiv beeinflusst. Entscheidend war aber letztlich etwas, was in mir selbst lebendig wurde und mich auf diesen Weg gebracht hat.

Angefangen hat alles mit meiner Ehe. Frau und Kinder waren katholisch, ich evangelisch. Wir gingen zusammen in die katholische Kirche. 16 Jahre nach meiner Heirat konvertierte ich 1973 zum katholischen Glauben. Gespräche mit den Militärgeistlichen, innerliches Auseinandersetzen mit mir selbst und ein intensives Bemühen um ein Verständnis des katholischen Glaubens waren vorausgegangen.

Es blieb nicht nur bei einem förmlichen Vollzug des Wechsels von einer Kirche zur anderen. Mein Wunsch war es, aktiv in der Militärseelsorge mitzuarbeiten. In Herrn Pfarrer Lutz, dem damaligen Standortpfarrer, fand ich einen Geistlichen, der mir die Möglichkeit dazu im „Beratenden Ausschuß“, dem Vorläufer des Pfarrgemeinderates, dessen Vorsitzender ich mehrere Jahre war, und in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, deren Sprecher ich ebenfalls lange sein durfte, gab. Die Arbeit in der Gemeinschaft der Katholischen Soldaten im Standort, aber auch im Wehrbereich und auf Bundesebene, die Brüderlichkeit, die hier überall spürbar war, vom Bischof bis zum Delegierten, hat mich immer tief beeindruckt. Nicht zu vergessen die Wallfahrten nach Lourdes und Rom und die Teilnahme an den Katholikentagen.

Als Angehöriger des Pfarrgemeinderates beim Katholischen Standortpfarrer sollte ich Bindeglied sein zum zivilen Pfarrgemeinderat St. Nikolaus in Bad Reichenhall. Ich dachte an eine stille Tätigkeit, mehr im Hintergrund bleibend. Vermutlich hat es nicht so sein sollen. Ich wurde zum Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates gewählt, trotz meiner Bedenken. Es war eine Herausforderung. Ich habe sie angenommen, weil niemand zur damaligen Zeit dieses Amt übernehmen wollte. Für mich als Soldaten galt, auch wenn du es noch nicht kannst, du gibst dir Mühe und versuchst es. Es war der richtige Entschluß. Ich habe nur gewonnen. Innerlich zunächst aufgeregt, wurde ich Lektor und Kommunionausteiler. Diesen Dienst habe ich dann mit großer Freude auch bei den Standortgottesdiensten in Uniform ausgeübt, oft zum Erstaunen der vielen Soldaten: ein Hauptmann als Kommunionausteiler?

Nach fast 30 Dienstjahren bin ich mit Ablauf des 31. März 1986 in den Ruhestand getreten. Standorte waren Ellwangen, Koblenz, Berchtesgaden und Bad Reichenhall; Dienstposten: Gruppenführer, Zugführer, Kompanietruppführer, Kompaniefeldwebel und von

1971 bis 1986 S1-Offizier der Gebirgsjägerbrigade 23. Auf allen Dienstposten hatte ich mit Menschen zu tun; besonders als Kompaniefeldwebel, mehr noch als Personaloffizier, viel mit den Problemen, Sorgen und Nöten der Soldaten. Zusammen mit dem Truppenarzt, dem Standortpfarrer und der Sozialarbeiterin habe ich versucht, den jungen Soldaten, aber auch manchem älteren zu helfen, oft schwankend zwischen menschlichem Verständnis, der Bereitschaft zu helfen und militärischer Notwendigkeit.

1981 faßte ich den Entschluß, die Ausbildung zum Diakon zu beginnen. Er war das Ergebnis aller kirchlichen Tätigkeiten, meiner Arbeit als Soldat und einer inneren Stimme, die mich dazu drängte.

Ein langer Weg, wenn ich auf 5 Jahre zurückblicke:

- Fernkurs Theologie: Grund- und Aufbaukurs mit Studienwochenenden und Wochen; Prüfungen
- Praktisches Jahr in der zivilen Pfarrei (in der Freizeit/im Urlaub)
- monatliche Zusammenkünfte der Bewerber in einem Diakonatskreis
- vierteljährliche Ausbildungswochenenden und jährliche Ausbildungswochen
- Probepredigten
- Beauftragung mit dem Lektorat, Akolythat; Gespräch mit dem Herrn Kardinal; dem Generalvikar
- Exerzitien
- Weihe zum Diakon (14. 12. 1986)

Schwierig war es, alles miteinander in Einklang zu bringen; Familie, Beruf und Diakonausbildung. Zur Verfügung stand nur die Freizeit und der Erholungsurlaub.

Ich habe es geschafft mit Gottes Hilfe, Beharrlichkeit, Geduld und einer inneren Einstellung, die ich bekommen habe, weil ich Soldat war und dabei erkannt habe, wie notwendig es ist, den Menschen zu helfen und Zeit für sie zu haben. Meine Liebe zur Kirche hat ebenfalls wesentlich dazu beigetragen.

Auch die Frage, was ein Diakon zu tun hat und was er darf, will ich beantworten mit nachfolgender Übersicht:

1. *Caritativ-soziale Gemeindearbeit:*

Bildung und Schulung von Helferkreisen, Jugendarbeit, Ministrantenbetreuung, Bildung von Familienkreisen und Gesprächsrunden, Taufgespräche, Trauungsvorbereitung, Alten- und Krankenbetreuung.

2. *Verkündigung:*

Predigt, Jugend- und Erwachsenenbildung, außerschulische Sakramentenvorbereitung.

3. *Liturgische Dienste:*

Diakonsdienst bei der Eucharistiefeier, Vorbereitung und Gestaltung von Kinder- und Schülergottesdiensten, Feier von Wortgottesdiensten und Andachten, Gestaltung des

Stundengebetes (Laudes und Vesper) in der Gemeinde, feierliche Taufspendung, Beerdigungen, Trauungsassistent.

Wissenwert ist noch, daß zu unterscheiden ist zwischen einem hauptberuflichen und einen nebenberuflichen Diakon. Der hauptberufliche Diakon erhält Gehalt und hat neben den oben aufgeführten Tätigkeiten noch Religionsunterricht zu geben. Die nebenberuflichen Diakone, zu denen auch ich gehöre, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung. Viel wichtiger ist für mich die Freude, am Dienst vor Gott in dieser Form teilhaben zu können.

Wir wünschen unserem Diakon Gottes reichen Segen

Die Redaktion

Dir, Gott, sei Lob und Dank!

Wir brechen dich bedacht,
du, Brot, aus guter Erde —
gewachsen einst als Korn,
gemahlen und gebacken.
So vieler Menschen Fleiß
hat dich hervorgebracht.
Daß uns die Gnade werde,
kein Krumen geh verlorn!

Dir, Gott, sei Lob und Dank!

Hans Bahrs

Lebendige Pfarrgemeinderäte — aktive Verbände

Franz Hengsbach*

Vor einem Jahr haben sich einige von Ihnen entschlossen, die Ortsvereinigung des Katholischen Akademikerverbandes in Oberhausen neu zu gründen. Inzwischen haben fast 100 katholische Akademiker dieser Stadt ihren Beitritt zum Verband erklärt. Sicherlich für den Anfang eine erfreuliche Zahl

Sie schauen nun auf das erste Jahr Ihrer gemeinsamen Arbeit zurück und möchten in diesem Gottesdienst Gott dafür danken, daß der Start zur Neugründung des Katholischen Akademikerverbandes gelungen ist. Mehr noch möchten Sie Gott bitten, daß in der katholischen Akademikerschaft Ihrer Stadt die Bereitschaft und die Einsatzfreude erhalten bleibe und noch wachsen möge, das neu begonnene Werk durchzutragen und zu größerer Entfaltung zu bringen. 100 katholische Akademiker, das ist gewiß keine geringe Zahl, aber gemessen an den Hunderten katholischer Akademiker, die in Oberhausen wohnen, ist es eben doch nur ein Anfang. Sie erwarten darum auch in diesem Gottesdienst ein ermunterndes Wort Ihres Bischofs.

Lassen Sie mich aber zuvor eines Mannes gedenken, der Ihrem Anliegen vom ersten Augenblick an aufgeschlossen und hilfsbereit gegenüberstand, des so plötzlich verstorbenen Stadtdechanten Gregor Rehne. Er nahm Ihr Anliegen sogleich auf und erklärte sich ganz selbstverständlich bereit, Ihre Arbeit als Geistlicher Beirat der Ortsvereinigung zu begleiten, zu unterstützen und zu fördern. Sein unerwarteter Tod war darum auch für Ihre junge Neugründung ein schwerer Schlag. Wir wollen seiner in Dankbarkeit und christlicher Fürbitte gedenken.

Warum brauchen wir in unserer Kirche Verbände? Genügt es nicht, wenn wir uns um lebendige Gemeinden bemühen? Diese Fragen mag sich mancher von Ihnen schon gestellt haben oder immer noch stellen, wenn er unter vielen Belastungen und Verpflichtungen leidet, denen er nur schwer nachkommen kann, und sich darum scheut, noch weitere Verpflichtungen zu übernehmen.

Zwei Antworten lassen sich auf diese Fragen geben.

Die erste Antwort:

Gerade, wenn wir lebendige Gemeinden, ein lebendiges Bistum und eine lebendige Kirche wollen, sind auf der Grundlage von Berufsaufgaben oder Bildungsinteressen Zusammenschlüsse in Gruppen, Gemeinschaften und Verbänden wichtig. Am Beispiel der Pfarrgemeinde läßt sich das ganz einfach aufzeigen:

Die Männerseelsorge in einer Gemeinde ist weitgehend gewährleistet, wenn sie von einer einsatzbereiten KAB oder Kolpingsfamilie mitgetragen wird;

* Diese Predigt hielt der Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, in der Pfarrkirche St. Marien, Oberhausen, am 11. Januar 1987 anlässlich der Neugründung der Ortsgemeinschaft des Katholischen Akademikerverbandes.

viele Aufgaben pastoraler und caritativer Art sind mit Erfolg zu lösen, wo es eine gute Frauengemeinschaft gibt;

um die Zukunft einer Gemeinde braucht man keine Sorge zu haben, wenn die jungen Menschen in Jugendgruppen zusammenstehen und sich gemeinsam — aus ihrem Glauben und ihrer Zugehörigkeit zur Pfarrei — für die Aufgaben im Leben bereiten.

Die genannten Beispiele ließen sich um viele vermehren.

Die zweite Antwort:

Wenn schon den Gruppen und Gemeinschaften im Innenbereich der Kirche — im Leben der Gemeinde — eine so große Bedeutung zukommt, dann gilt dies in höherem Maße für ihren Dienst nach außen, für den Dienst der Kirche *in* der Welt und *an* der Welt. Wir leben weltanschaulich in einer liberalen pluralistischen Gesellschaft und politisch in einem freiheitlich demokratischen Staat. Im Ringen der verschiedensten Kräfte und Weltanschauungen miteinander muß eine gemeinsame Grundlage gefunden werden, auf der ein menschenwürdiges Leben und Zusammenleben möglich ist. Vor allem muß immer wieder neu um den Grundkonsens in den ethischen und sittlichen Fragen gerungen werden, die für die Grundlagen unseres Lebens von entscheidender Bedeutung sind, und dann ebenso um die Verwirklichung dieser Normen in der Gesetzgebung und im Alltag.

In dieser unserer Gesellschaft bestehen Gruppen verschiedenster Art, die sich unter weltanschaulichen, politischen, beruflichen und persönlichen Interessenlagen zusammenfinden und ihre Auffassungen und Anliegen durchzusetzen suchen.

Hier kommt es darauf an, daß auch unsere christlichen Auffassungen eingebracht und vertreten werden, und zwar hier nicht in Pluralität, sondern in Einheit. Wie notwendig das ist, spüren wir sogleich mit aller Deutlichkeit, wenn wir auf die Fragen schauen, um die gerade heute in unserer Gesellschaft gerungen wird. Da geht es um die Würde und den Wert menschlichen Lebens und die Grenzen menschlicher Verfügbarkeit über dieses Leben, um schwere Fragen wie die, ob der Mensch alles darf, was er inzwischen infolge der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung alles kann, sowie um Fragen des Umgangs mit unserem Lebensraum, unserer Natur, die für uns Christen Gottes Schöpfung ist.

Dieses Einbringen unserer christlichen Grundsätze, die aus den Geboten Gottes und der Lehre der Kirche erwachsen, in das Zusammenleben der Menschen, ist in erster Linie Aufgabe der Laien in der Kirche. Sie müssen zumal ihren Sachverstand bei der Lösung der genannten Fragen miteinbringen.

In unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, in der neben dem Gewicht der Argumente auch das Gesetz der Zahl eine Rolle spielt, können wir Christen unsere Stimme nur zu Gehör bringen, wenn wir unsere Sache gemeinsam vertreten. Darum haben wir Verbände notwendig und darum ist unsere persönliche Mitarbeit in den Verbänden wichtig, abgesehen davon, daß wir selbst durch die Verbandsarbeit und Mitarbeit gefördert werden.

Ein kurzer Blick in die Geschichte der Kirche in unserem Vaterland in den letzten 150 Jahren zeigt uns mit aller Deutlichkeit, welche Bedeutung unsere Vereinigungen und Verbände für die Entwicklung und für die Wirksamkeit der Kirche in der Welt haben. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts befand sich die Kirche in einer äußerst desolaten Lage. Ihr Besitz wurde ihr in der Säkularisation genommen und ihr äußerer Einfluß zerschlagen. Der Zeitgeist war von der Aufklärung und einem kirchenfeindlichen Liberalismus geprägt. Wenn die Kirche sich aus dieser Lage trotz etwa der Kölner Wirren und des Kulturkampfes neu gestärkt erheben konnte, dann war das in erheblichem Maß die Frucht des Zusammenschlusses katholischer Laien in katholischen Verbänden. Der Katholische Volksverein in Mönchengladbach, das Kolpingwerk, die Katholische Arbeiterbewegung und die Christlichen Gewerkschaften, die Katholischen Korporationen und die politischen Aktivitäten von Katholiken seien hier wenigstens in Erinnerung gebracht. Das Gefühl und der Ruf katholischer Inferiorität wurde immer mehr überwunden.

Im Zuge dieser Entwicklung schlossen sich im Jahr 1913 schon bestehende katholische Akademikervereine, so u. a. die Vereinigungen von Essen und Duisburg, zum Katholischen Akademikerverband zusammen. Der Vorsitzende der Essener Vereinigung, Landgerichtsdirektor Dr. Laarmann, war 1908 auf dem Katholikentag in Düsseldorf der entscheidende Vorkämpfer für diesen Zusammenschluß.

Nach dem ersten Weltkrieg zählte der Katholische Akademikerverband 180 Ortsvereinigungen mit 16000 Mitgliedern. In allen Städten unseres Ruhrgebiets, des heutigen Bistums, wurden Ortsvereinigungen gegründet. Auf der Gelsenkirchener Tagung des Verbandes im Jahr 1929 konnte Bischof Dr. Caspar Klein von Paderborn ein Sendschreiben Pius XI. bekanntgeben, das wohl eine der größten Anerkennungen war, die einem deutschen kirchlichen Verband durch Rom gegeben wurde. Darin heißt es: „Der Verband wird zunächst und vor allem dafür sorgen, bei seinen Mitgliedern die Kenntnis der katholischen Wahrheit zu vermehren und zu vertiefen. . . . Sodann wird er immer mehr Fühlung nehmen mit den drängenden Gegenwartsproblemen des katholischen Lebens, wie, um Beispiele zu nennen, die Beziehungen von Kirche und Gesellschaft, die Verteidigung der christlichen Familie und der sittlichen Grundsätze im öffentlichen Leben und die Verteidigung der Rechte der Religion in Erziehung und öffentlichem Unterricht.“

Was der Heilige Vater in diesem Schreiben an Aufgaben aufzählt, gilt heute mindestens ebenso, wenn nicht noch mehr. Wir brauchen darum starke Verbände, damit die Kirche bei der Erfüllung ihres Weltdienstes wirksam werden kann, im sozialen wie im beruflichen Raum, im wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Diejenigen von uns, die in diesen Bereichen unsere christliche Auffassung vertreten, müssen sich von vielen beauftragt und getragen wissen, damit ihre Stimme nicht überhört werden kann.

Der Tag der Neugründung der Ortsvereinigung Oberhausen des Katholischen Akademikerverbandes ist für uns ein Tag der Freude. Der K.A.V. lebt nun wenigstens in vier Stadtdekanaten unseres Bistums, außer in Oberhausen, in Essen, Mülheim und Gladbeck. Ich möchte wünschen und hoffen, daß das Beispiel von Oberhausen auch von katholischen

Akademikern in den anderen Stadtdekanaten verstanden wird. Was in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg möglich war — Ortsvereinigungen in allen Städten des Ruhrgebiets — sollte heute nicht unmöglich sein. Es kommt auf die Initiative einiger mutiger Frauen und Männer an.

Der katholische Akademikerverband nennt als Aufgabe des Verbandes das Apostolat des Geistes. Da wir heute das Fest der Taufe unseres Herrn feiern, möchte ich wünschen, daß in uns Wirklichkeit werde, was wir im Tagesgebet der hl. Messe soeben gebetet haben: „Allmächtiger, ewiger Gott, bei der Taufe im Jordan kam der Heilige Geist auf unseren Herrn Jesus Christus herab Gib, daß auch wir als deine Kinder aus der Fülle dieses Geistes leben. Darum bitten wir durch Jesus Christus, unseren Herrn.“

Mit brennender Sorge — Nachtrag

In meiner Darstellung „Gedanken zum 50. Jahrestag der Enzyklika Mit brennender Sorge“ in Heft 161/162 hat sich bezüglich der Zielrichtung der Enzyklika eine Ungenauigkeit eingeschlichen.

Es muß verdeutlicht werden, daß zwar der Inhalt der päpstlichen Verlautbarung alle menschenverachtenden Regime und Diktaturen anging, daß aber die spezielle Zielrichtung Deutschland war. Außerdem war der Wortlaut nicht *schriftlich* zu bekommen.

Dazu nachfolgende Einzelheiten:

- Die Enzyklika ist als einzige im Originaltext in deutscher Sprache abgefaßt und zur Vorlesung von den Kanzeln bestimmt gewesen.
- Der Entwurf von Kardinal Faulhaber — von mehreren deutschen Bischöfen angeregt — wurde von Kardinalstaatssekretär Pacelli und Papst Pius XI. im Hinblick auf die deutschen Vertragsbrüche teilweise noch verschärft.
- Per Kurier erhielt der Apostolische Nuntius in Berlin 26 Abzüge direkt aus Rom.
- In Rom unterließ man die Veröffentlichung so lange, bis alle Bistümer auf sicherstem Weg genügend Exemplare zur Vervielfältigung bereit hatten.
- Nachdem man 300 000 Exemplare erstellt hatte, erfolgte am Palmsonntag 1937 die Verlesung von den Kanzeln.

Der Hinweis auf die „Vergötterung“ der Staatsform, den Staat oder die Träger der Staatsgewalt (Partei) galt und gilt auch für andere totalitäre Staaten.

Es muß auch noch nachgetragen werden, daß die Enzyklika vom 14. März 1937 datiert, aber erst veröffentlicht wurde, als man sicher war, daß sie in den 11 500 Pfarrkirchen am Palmsonntag — 21. März 1937 — auch verlesen werden konnte.

Da eine Reihe von Exemplaren beschlagnahmt wurde, reichten die restlichen Exemplare gerade aus, die Verlesung von den Kanzeln, die Information der Geistlichen, der Ordensangehörigen und einiger Laien zu sichern.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß am 19. März 1937 die Enzyklika „Divini redemptoris“ veröffentlicht wurde. Diese — wie üblich in lateinischer Sprache abgefaßt — befaßte sich mit den gottesleugnerischen Thesen des Kommunismus. Damit war diese Verlautbarung ein päpstliches Lehrschreiben.

Beide Enzykliken ergeben den vollkommenen Gegensatz zwischen Christentum und der Lehre vom Menschenbild wie es Kommunismus und Nationalsozialismus gelehrt haben bzw. lehren.

Nicht unbeachtet bleiben darf, daß bereits am 29. Juni 1931 Papst Pius XI. in der Enzyklika „Non abbiamo bisogno“ in langen und scharfen Passagen das faschistische Regime in Italien gebrandmarkt hat.

Es wurde jedoch nicht das gesamte Programm des Faschismus abgelehnt, sondern nur die Passagen, die bedeuteten, daß der Staat sozusagen den ganzen Menschen — hier ging es vorwiegend um die Jugend — beanspruchen wolle.

Nimmt man alle drei Enzykliken zusammen, dann erkennt man den Grundsatz der kirchlichen Sicht vom Menschen und die von den jeweiligen Machthabern angestrebten Einschränkungen bzw. Auslöschungen und auch die jeweils „dosierten“ speziellen Zielrichtungen.

Sie sind ein Zeugnis für den Anspruch der Kirche, in Gottes Auftrag für den Menschen da zu sein.

H.F.

Frieden — Freiheit — Verteidigung

Gedanken zur Wehrdienstpflicht und zur Verweigerung aus Gewissensgründen

Gustav C. Liebig*

Zur Einführung

Mit dieser Betrachtung soll ein Beitrag zu einem Thema geleistet werden, das in unserem Lande alljährlich immer wieder neue Aktualität erfährt. Sie richtet sich in erster Linie an die jüngere Generation. Sie soll dem interessierten Leser, der sich mit dieser Frage und der ihr innewohnenden Problematik beschäftigt, Orientierungsmöglichkeiten und Anhaltspunkte für seine Auffassung und Beurteilung bieten. Entscheidungen im Kleinen wie im Großen setzen Wissen und Kenntnis über das voraus, worüber befunden werden soll. Dazu gehören die Gesamtschau der Dinge sowie die Einordnung in einen größeren Zusammenhang. Denn es geht schließlich darum, auch in der Welt von heute, persönliche Wertmaßstäbe und Vorstellungen des einzelnen mit der Verantwortung und Verpflichtung des Gemeinwesens in Übereinstimmung zu bringen. Dieser kontinuierliche Vorgang ist für unseren demokratisch verfaßten Rechtsstaat deshalb über alle Maßen wichtig, weil die Bürger dieser Staat sind, den sie verantworten hinsichtlich seiner Staatsidee, seiner Ziele und praktischen Politik.

Gedanken zur Wehrdienstpflicht und zur Verweigerung aus Gewissensgründen

Zuvor: Der Begriff „Gewissen“ kommt sprachlich von „Wissen“. Das bedeutet und fordert, daß zu einer Gewissensentscheidung das „Wissen um die Dinge“ gehört. Eine Gewissensentscheidung bedarf einer sittlichen und sachlichen Rationale. Sie muß auch von denen respektiert werden können, die von einer Gewissensentscheidung mittel- oder unmittelbar betroffen werden.

I. Aspekte der Friedenssicherung

Die Frage der Friedenssicherung in unserem Lande kann nicht erörtert werden, ohne daß die jüngere Geschichte unseres Landes in das Gesamtbild der heutigen Lage eingeordnet wird. Die Katastrophe unseres alten Reiches im 20. Jahrhundert, der Kollaps Mitteleuropas und dessen Folgewirkungen in der ganzen Welt, das Wissen um die Ursachen für diesen „Dammbruch“ müssen unabweisbar Grundlagen einer Gewissensentscheidung sein. Zum anderen ist es unverzichtbar, unsere christlich-ethischen und verfassungsmäßigen Grundrechte und Grundwerte einer freiheitlich-demokratischen Lebensform in ihrer ganzen Tiefe zu erfassen und totalitären Staatsregimen, Gegner jeglicher Freiheit und Selbstentfal-

* Diese Betrachtung vom Stellvertreter Befehlshaber Flotte, Konteradmiral Gustav Liebig, ist gleichlautend in der Truppenpraxis 2/87, Verlag Offene Worte, Austr. 19, 5300 Bonn 2 und 4900 Herford, Postfach 2352 (z. Hd. Frau Hebel) abgedruckt.

tung, wertend gegenüberzustellen; dies in nüchterner, realistischer Betrachtungsweise, an Tatsachen und vorherrschenden Bedingungen orientiert, ohne die grundlegenden Unterschiede beider Staatsformen zu verwischen.

Friedenssicherung ist Politik; sie ist das Ziel aller Politik, jedenfalls in unserem Verständnis. Sie ist nach innen wie nach außen gerichtet. Der Erhalt der Freiheit ist das höchste Ziel sowohl im staatlichen als auch im individuellen Rahmen. „*Libertas optima rerum* — die Freiheit ist der Güter höchstes“! Friede ohne Freiheit ist ein Widerspruch in sich. Freiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung für den Frieden.

„Die Freiheit gibt es nicht vor dem Frieden, aber auch nicht nach ihm: Frieden und Freiheit sind unauflöslich miteinander verbunden. Sie voneinander trennen heißt der Erpressung des Totalitarismus erliegen und am Ende das eine wie das andere verlieren.“ (Octavio Paz, 1983)

Die Politik der Friedenssicherung wird in heutiger Zeit durch zwei besondere Umstände in erster Linie gekennzeichnet: Die westlichen Demokratien werden durch ein *totalitäres Staatengebilde bedroht*, die Sowjetunion mit ihren Warschauer-Pakt-Staaten; angesichts der atomaren Hochrüstung sind zum anderen *Abrüstung und Rüstungskontrolle* ein außerordentlich schwierig zu bewältigendes Problem, vornehmlich wegen der unzureichenden Verifizierungs-, d. h. Kontrollmöglichkeiten.

Die Sowjetunion hat das Ziel einer Weltrevolution auch nach Ende des 2. Weltkrieges nicht aus dem Auge verloren; sie hat diesem Ziel niemals abgeschworen. Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht in all diesen Fragen, haben wir in erster Linie den Tatsachen ins Auge zu sehen und diesen ganz nüchtern Rechnung zu tragen. Die expansive sowjetische Weltrevolution hat eine ideologisch-kommunistische und eine machtpolitische Komponente. Und wer es noch nicht gemerkt hat: Die Auseinandersetzung bzw. die Abwehr der sowjetischen ideologischen und machtpolitischen Expansionen findet seit Jahrzehnten in unserem Bereich Mitteleuropas und in anderen Teilen der Welt täglich und vor Ort statt.

Aber lassen wir die Tatsachen für sich sprechen (die in Vergessenheit zu geraten drohen in der jüngeren Generation): Unmittelbarer Hegemonial- bzw. Territorialgewinn aus dem 2. Weltkrieg waren für die Sowjetunion „nur“ Mitteldeutschland mit Teilen Ostdeutschlands und Ostpolens. Aber dann wurden durch interne Revolutionen entschlossener Minderheiten, von Moskau gesteuert, die Tschechoslowakei, Polen (mit Ostdeutschland), Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien zu sowjetischen Satellitenstaaten gemacht. 1953 wälzten sowjetische Panzer den Volksaufstand vom 17. Juni in der DDR nieder und zerschlugen 1956 einen Aufstand ungarischer Freiheitskämpfer gegen das kommunistische Regime. 1968 wurde der sog. „Prager Frühling“ durch Besetzung des Landes mit Waffengewalt erstickt. 1979 rückte die Rote Armee in das militärisch wehrlose und neutrale Afghanistan ein. Weltweit unterstützt die Sowjetunion überall dort Revolutionsbewegungen, wo sich Rebellen zur kommunistischen Ideologie Moskauer Prägung bekennen: Ko-

rea, Kuba, Angola, Äthiopien, Vietnam, Kambodscha, Laos und Nicaragua — um nur einige herausragende Beispiel zu nennen.

Die Berliner Mauer, die innerdeutschen Grenzverhaue und -befestigungen sprechen für sich und eine deutliche Sprache, die nur gehört und verstanden werden will.

Die kommunistische ideologische und machtpolitische Offensive findet — z. T. langfristig angelegt — auf allen Ebenen statt. Als Beispiel hierfür soll auch die von der Sowjetführung seit etwa 20 Jahren gern benutzte Formel von der „friedlichen Koexistenz der Völker mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen“ gelten. Diese Formel wird nur vor dem Hintergrund der kommunistischen Ideologie und „Phraseologie“ verständlich. Denn „Koexistenz“ bedeutet nicht wie in unserem Verständnis eine allmähliche Verringerung der Konflikte bis zu ihrer endgültigen Beseitigung mit anschließender Zusammenarbeit unter den verschiedenen Gesellschaftssystemen. „Koexistenz“ ist vielmehr nach kommunistischer Sprachregelung und Definition eine Sonderform des Klassenkampfes, eine besondere Kampfführung auf dem Wege zur großen Revolution. Propaganda, Desinformation, neue Sprachschöpfungen sind wirksame Mittel der Politik totalitärer Staaten, die von diesen brutal und zielgerichtet gegenüber offenen, demokratischen Gesellschaftsformen eingesetzt werden.

Zur Illustration dessen, was wir heute auch in unserem Lande feststellen können, ein Wort von Friedrich Nietzsche, das in erschreckend klarer, hellseherischer Voraussicht bloßlegt, um was es eigentlich geht:

„Im 20. Jahrhundert werden diejenigen in einer Gesellschaft die eigentliche Macht ausüben, die fähig sind, ihre Sprachregelung in der Gesellschaft durchzusetzen. Dann ist die Wahl der Begriffe und der Sprache kein Nebenkriegsschauplatz, sondern dann wird der Kampf um die Sprache zur entscheidenden Schlacht.“

Die NATO ist die Allianz der westlichen freiheitlich-demokratischen Staaten zur Abwehr der sowjetischen Expansion, die ich vorstehend erläutert habe. Während nach dem Kriege die alliierten Westmächte abrüsteten, rüstete die Sowjetunion weiterhin gewaltig auf. Dieser Umstand sowie die bereits erwähnte Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches machten die Bildung des Bündnisses erforderlich mit dem Ziel, der sowjetischen Expansion Einhalt zu gebieten und Frieden und Freiheit der einzelnen Bündnisländer (besonders der gefährdeten in Europa) zu garantieren. Man muß einfach wissen und zur Kenntnis nehmen, daß — während die Westmächte sich noch verwundert die Augen rieben — die Sowjetunion innerhalb weniger Jahre den Rang einer Supermacht durch eine gewaltige atomare und konventionelle Aufrüstung erlangte.

Diese Entwicklung führte Mitte der 60er Jahre zur Änderung der NATO-Strategie von der „massiven Vergeltung“ zur „flexiblen Reaktion“ und der sog. Strategie der Abschreckung. Noch bis Mitte der 70er Jahre konnte von einem ungefähren atomaren Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten ausgegangen werden. Die starke Überlegenheit der Sowjetunion bzw. des Warschauer Paktes im konventionellen Bereich mußte im Rahmen der nuklearen Abschreckung zusätzlich mit den strategischen und taktischen Atom-

waffen der USA kompensiert werden. Nicht geringe Teile unserer jüngeren Generation — abgesehen von denjenigen, die es bewußt nicht zur Kenntnis nehmen wollen — konnten offenbar nicht davon überzeugt werden, daß es die Sowjetunion war, die ab Mitte der 70er Jahre (während der Entspannungsphase!) mit den eurostrategischen Mittelstreckenatomraketen (SS 20 etc.) eine neue Komponente einführte. Dadurch wurde das bis dahin ungefähre atomare Gleichgewicht zuungunsten der NATO schnell verändert. Diese stürmische Entwicklung mit der Folge eines zunehmenden Ungleichgewichts forderte Ende der 70er Jahre die Initiative des Bundeskanzlers Schmidt zur Herbeiführung des NATO-Doppelbeschlusses heraus. Durch die Art und Weise, wie in unserem Lande viele Diskussionen durchgeführt werden, ist es wohl auch nicht allen Bürgern klargeworden, daß es hier im wahrsten Sinne des Wortes um eine *Existenzfrage der Bundesrepublik Deutschland* gegangen ist. Denn die Gefahr der politischen Erpreßbarkeit durch eurostrategische Waffen, gegen die kein probates Gegenmittel vorhanden war, stand ante portas. Der Doppelbeschluß der NATO aus dem Jahre 1979, der die Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missiles auf westeuropäischen NATO-Territorien in einer Gesamtzahl von 572 Gefechtsköpfen einerseits und auf der anderen Seite das Angebot von Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen vorsieht, wird die Reaktionsfähigkeit der Allianz im eurostrategischen Bereich wieder einigermaßen herstellen und das Gleichgewicht wieder annähernd austarieren.

Ich erwähne dies alles, um noch einmal vor Augen zu führen, wie sich vor zeitgeschichtlichem Hintergrund die Dinge in unserem Lebensraum ergeben haben. Der Rückblick auf die historischen Ereignisse, verbunden mit einer wachsenden Beurteilungsfähigkeit für damalige Entwicklungen und Zusammenhänge, eine nüchterne Sicht für Ursache und Wirkungen sowie deren Einflüsse auf die gegenwärtigen Gegebenheiten sind m.E. unverzichtbare Voraussetzungen für Gewissensentscheidungen, die nicht nur einen selbst, sondern ja auch andere, d.h. die ganze Gemeinschaft betreffen.

Aus der Betrachtung und Beurteilung dessen, was war, was heute ist und was morgen sein sollte, lernen wir folgendes:

— *Der Umgang mit totalitären Staaten — und das bezeugen die Erfahrungen besonders in unserem eigenen Lande — unterliegt spezifischen Merkmalen. Es ist eine Lebensfrage, daß man genau weiß und sich diese Erkenntnis auch erhält, mit wem man es zu tun hat: nämlich mit einer totalitären Macht, der Freiheit und Menschenwürde nichts bedeuten; die, ohne auf eine öffentliche Meinung Rücksicht nehmen zu müssen, ihre ideologischen und machtpolitischen Ziele brutal und rücksichtslos durchsetzt; die trotz mancher „schöner“ und verbrämter Worte (Koexistenz) alle Mittel einsetzt, verdeckt und offen, die dem Ziele der machtpolitischen und ideologischen Expansion dienlich sind.*

— *Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, d.h. mit der kommunistischen Ideologie und ihrem machtpolitischen Expansionismus, ist in vollem Gange. Diese Tatsache ist von eminent wichtiger Bedeutung für jeden, der sich mit Gewissensentscheidungen befaßt, die für unser Land von Bedeutung sind. Der „Wettkampf der Systeme“, wie das Ost-West-Verhältnis des öfteren seitens Moskau apostrophiert wird, findet auf allen Ebenen und in*

allen Bereichen statt, wie bereits erwähnt, auf der politischen, der militärpolitischen/militärischen, der psychologischen und der gesellschaftlichen.

— Diese durch Fakten nachweisbare Lage und Beurteilung macht deutlich und fordert, daß im Umgang mit totalitären Mächten *höchste Wachsamkeit* geboten ist. Jeder, der sehen kann und will, der kann erkennen, daß die Sowjetunion der „Sklavenhalter Osteuropas“ ist; ihre Blickrichtung ist West, Schwerpunkt Deutschland. Regierungen und Parlamente demokratischer Staaten haben im Gegensatz zu totalitären Strukturen ein zeitlich begrenztes Mandat ihres Volkssouveräns. Wir haben zu erkennen, daß es das stetige Ziel der Sowjetunion ist, dieses Mandat durch Propaganda, Desinformation und Infiltration zu beeinflussen, zu schwächen, zu usurpieren. Dessen muß sich ein jeder Staatsbürger bewußt sein, der sich vor einer Gewissensentscheidung sieht, die nicht nur ihn, sondern auch das Wohl und Wehe des Ganzen angeht.

— Der Umgang mit totalitären Staaten lehrt uns aber auch, daß Wachsamkeit nicht ausreicht, sondern *Verteidigungsbereitschaft* erforderlich ist, d.h. der Wille und die Bereitschaft der Bevölkerung, für die äußere Sicherheit unseres Staates, für die Landesverteidigung, einzustehen. Das demokratisch herbeigeführte Votum muß stark genug sein, um der Regierung ein entschiedenes Handeln auf sicherheitspolitischem Gebiet zu ermöglichen. Dieser sittlichen, an das Gemeinwohl gebundenen Verpflichtung sollte sich im Sinne unserer Verfassung prinzipiell *kein* Staatsbürger entziehen dürfen. (Beispiel Schweiz, wo Wehrdienstverweigerer kurzum im Gefängnis landen und das Wahlrecht verlieren! In dieser alten, wehrhaften Demokratie gibt es keine verfassungsrechtlich verankerte Gewissensentscheidung, sondern ausschließlich die *Pflicht* zur Heimatverteidigung!)

— Die Erfahrung aus vergangenen 40 Jahren beweist, daß das Atlantische Bündnis in der Lage gewesen ist, den *Frieden in Freiheit in Westeuropa zu gewährleisten*. Trotz allen Gezeters um Kriegsgefahr und „atomaren Holocaust“ ist dies *eine Tatsache*, an der die Bundeswehr kraft ihres verfassungsmäßigen Verteidigungsauftrages einen substantiellen Anteil hat. Die *Präsenz der Streitkräfte* und ihre friedenssichernde Rolle im Rahmen der Strategie der NATO waren *unverzichtbare Voraussetzungen für 40 Jahre Frieden*. Das ungefähre Gleichgewicht der Kräfte wirkt stabilisierend, d.h. friedenssichernd. Schwäche bzw. ein Machtvakuum — auch dies Lehren aus der Geschichte — sind einladend für totalitäre Staaten, zumal sie sich in unmittelbarer Nachbarschaft befinden, und führen in regelmäßiger Gesetzmäßigkeit in Unfreiheit und Knechtschaft.

II. Aspekte aus staatsbürgerlich-politischer Sicht

Der Staat hat die Verfassungspflicht, seine Integrität und damit den Schutz seiner Bürger zu gewährleisten. Dieses „Schutzamt des Staates“ betrifft die Integrität der einzelnen Person sowie des Staatsvolkes gegenüber einer Bedrohung von außen. Unsere Verfassung garantiert unseren Staatsbürgern den Schutz der Grundrechte sowie den Erhalt unserer freiheitlichen Grund- und Rechtsordnung. Dieser Verfassungsauftrag ist vom Staatsvolk gewollt und aufgegeben. Unser Staatsvolk tritt in seiner Gesamtheit dafür ein. Diese Ver-

pflichtung des Staates bedeutet gleichsam für jeden Staatsbürger, verfassungsgemäß zu handeln. Dies ist nicht nur eine staatsbürgerliche Pflicht, so wie es das Grundgesetz will, es ist auch eine sittliche Pflicht und Aufgabe des einzelnen gegenüber dem Ganzen. Der im Sinne unserer Verfassung verantwortungsbewußte Staatsbürger stellt sich dieser Pflicht, aus der ihm gleichzeitig und konsequenterweise Rechte erwachsen, die in unserem Grundgesetz verbriefte sind.

Höchstes menschliches Gut und Grundrecht ist die Freiheit. Dies ist meine ganz persönliche Auffassung und tiefe Überzeugung. Nach Gott ist die Freiheit das Maß aller Dinge. Das menschliche Dasein findet — wie ich glaube — seinen höchsten sittlichen Ausdruck in dem Zusammenleben in Freiheit, für Freiheit und in der freiwilligen Hinnahme von Einschränkungen der individuellen Freiheit des einzelnen dort, wo diese zu Lasten anderer gehen könnte. Kurzum: Von dem verantwortungsbewußten Bürger unseres Staates muß erwartet werden, daß er um diese grundlegenden Zusammenhänge weiß und sich deshalb den vom Grundgesetz auferlegten Pflichten stellt.

Unsere Verfassung will, nach all dem, was unser Volk und Vaterland in der Vergangenheit an Erfahrungen durchlitten hat, eine „wehrhafte Demokratie“. Sie steht für das Recht, den Willen und die Fähigkeit zur Selbstverteidigung und Selbstbestimmung. Im Abschnitt I. „Friedenssicherung“ habe ich einige generelle Überlegungen angesprochen. Hervorzuheben ist aber doch, daß unsere Grundwerte und Grundrechte, wie Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, Freizügigkeit, Selbstbestimmung, freie Meinungsäußerung etc., nicht etwa wohlfeile Güter sind, die einfach so zu haben sind. Man muß für sie mit allen Konsequenzen eintreten wollen. Ich beziehe mich mit Absicht hierbei auf den „verantwortungsbewußten“ Staatsbürger. Im Prinzip kann der Bürger gerechterweise einen Anspruch auf unsere Grundrechte nur dann erheben oder ableiten, wenn er auch bereit ist, sich mit den Grundwerten unserer Gesellschaft voll zu identifizieren und für beides einzustehen. Was für den einzelnen gilt, gilt auch für den Staat und umgekehrt. Dieser muß das absichern, was seine Verfassung ihm vorgibt. Aus diesem Verfassungsauftrag resultiert die Pflicht für den einzelnen Staatsbürger.

Zum Schutz gegenüber einer Bedrohung von außen bedient sich unser Staat der Präsenz von Streitkräften. Deren Verfassungsauftrag ist auf Verteidigung, *ausschließlich auf Verteidigung* gegen Androhung von Gewalt durch einen anderen Staat, festgelegt. Und weil unser Gesetzgeber der Auffassung war und ist, daß die Sicherung unserer staatlichen Integrität und unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, unserer Grundrechte, unserer Familien, unserer selbstgewählten Lebenswohnhöhen, unseres Selbstbestimmungsrechts, unserer Meinungsvielfalt, der Pluralität unserer Gesellschaft, unserer Schwachen und Kinder, unseres politischen Wollens und unserer Gestaltungsfreiheit nicht nur eine Aufgabe und Pflicht einzelner sein kann, hat er die *allgemeine Wehrpflicht* eingeführt.

Die allgemeine Wehrpflicht fordert schlicht von jedem einzelnen wehrfähigen Mann, seinen Beitrag zur Sicherung und Gewährleistung des Ganzen zu leisten. Es ist dies nach meiner Überzeugung nicht nur eine staatsbürgerliche Pflicht, sondern im höheren Sinne eine

sittliche. Dieser haben sich divergierende persönliche Meinungen oder Auffassungen z.B. in tages- oder parteipolitischen Fragen bzw. Regierungsprogrammen u.ä. unterzuordnen.

Es ist gelebte Freiheit in unserem Staate, wenn unsere Verfassung eine Ausnahme zuläßt: die Verweigerung aus Gewissensgründen. Für diesen Fall ist der Ersatzdienst vorgesehen. Aber man beachte die feinen Unterschiede, die in der engagierten Diskussion durch neue Begriffe oftmals kaschiert bzw. manipuliert werden: Der Wehrdienst ist eine *Pflicht*, daher allgemeine Wehrpflicht; das andere, der *Ersatzdienst*, ist ein Ersatz für diese Pflicht. Es ist also unrichtig und verfälscht den Willen des Gesetzgebers, wenn neuerdings mehrfach von einer „Zivildienstpflicht“ gesprochen wird. Das höherwertige, das von der Verfassung gewollte Engagement des Staatsbürgers, ist die *Wehrpflicht*. Der Ersatzdienst ist also nicht etwa eine gleichwertige Leistung für den Staat, sondern der *Wehrpflicht* als deren „Ersatz“ eindeutig nachgeordnet.

Ohne der Diskussion aus christlich-ethischer Sicht vorgreifen zu wollen, möchte ich gleich hier vermerken, daß „die Sache mit dem Gewissen“ verführerisch ist bzw. wirken kann. Um zu erläutern, was ich mit aller Deutlichkeit anspreche, ein Zitat von Landesbischof i.R. Helmut Claß, Stuttgart:

„In unserer Gesellschaft gibt es kein übereinstimmendes Verständnis von Gewissen. Man mag das bedauern, ... das erleichtert die Definition ‚Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen‘ natürlich nicht. Darüber hinaus wird man auch fragen müssen, inwieweit ein Volk insbesondere in Krisenzeiten regierbar ist, dessen Gesellschaft nicht wenigstens einen minimalen Grundkonsens in elementaren geistig-sittlichen Fragen kennt und anerkennt.

Gewissen hat mit ‚Wissen‘ zu tun. Wo sich das Gewissen meldet, gibt es sich kund als Mitwisser...

Gewissen ist eine abhängige Größe. Abhängig, wie nachgewiesen werden kann, von Erbanlage und Umwelt, von der Erziehung und von den Wertmaßstäben, die einem Menschen vermittelt worden sind. Gewissen ist also weder die Stimme Gottes noch sonst irgendeine letzte Instanz, die aus sich selbst heraus zwischen Gut und Böse unterscheiden könnte. Hier soll sich niemand etwas vormachen. Das Gewissen gibt keineswegs immer eindeutig Weisungen. Es ist nicht irrtumsfrei. In seinen Inhalten ist es offensichtlich wandelbar. Überspitzt ausgedrückt: Es gibt so viele Gewissensmeinungen, wie es Menschen gibt.

Das Gewissen ist also keine Konstante. ... Daher muß der Staat Unterschiede im Gewissensverständnis anerkennen und in seinem Handeln achten. ... Gewissen darf nicht dem Erkenntnisvorbehalt eines Außenstehenden unterworfen werden. ...

Ich füge allerdings hinzu: Das Grundrecht auf Gewissensfreiheit ist kein Freibrief für bequeme Auswege. Nur wer über die Sache orientiert ist, das Für und Wider erörtert hat, nur wer sich mit den Aussagen der Bibel auseinandergesetzt hat, hat als evangelischer Christ das moralische Recht, sich auf sein Gewissen zu berufen, einerlei, zu welcher Konsequenz er gelangt. Christen müssen redlicherweise anerkennen, daß es auch ein irrendes Gewissen gibt. ...“

(Zitiert nach „... und wage es, Soldat zu sein“. Ein Arbeitsbuch, herausgegeben vom ev. Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn, 1980.)

Anhand dieses Zitats möchte ich nur deutlich machen und in Bezug auf unsere spezielle Frage hier herausheben, daß die Gewissensentscheidung gegen den Wehrdienst mit der Waffe sich nicht orientieren darf an relevanten zeitpolitischen Auffassungen, herrschenden Mähtekonstellationen und vorhandenen Rüstungspotentialen etc., sondern vielmehr gebunden ist an eine religiöse, sittliche Norm, die heute vielleicht schwerer festzustellen bzw. zu definieren ist, aber ihre übergeordnete Bedeutung als Basis für die gesellschaftliche Wertordnung unseres christlichen Abendlandes besitzt. So verstehen wir, daß dies kein Spielfeld für leichtfertige Opportunisten ist! In aller Konsequenz handelt es sich hier um eine Lebensfrage unserer Nation. Was wäre, wenn die Mehrzahl mit ihrem Gewissen leichtfertig umginge!

Aus den vorstehenden Erörterungen gewinnt der verantwortungsbewußte Staatsbürger Erkenntnisse:

— Das Schutzamt des Staates gebietet die Verteidigungsfähigkeit gegen jegliche Bedrohung von außen.

— Die Verteidigungsbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland muß von unseren Staatsbürgern und von allen tragenden gesellschaftspolitischen Kräften als gemeinsame Aufgabe aufgefaßt werden. Ausdruck der Bereitschaft zur Verteidigung ist die allgemeine Wehrpflicht. Diese Pflicht ist der Beitrag eines jeden wehrfähigen Bürgers zur Sicherung unseres Landes. Der Ersatzdienst ist eine Ausnahme von der Pflicht, nicht etwa die gleichwertige Regel.

— Unser Grundgesetz fordert eine „wehrhafte“ Demokratie, in der die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung und die Grundrechte verwirklicht werden können. Diesem Verfassungsauftrag dient als Instrumentarium u. a. die Bundeswehr, die den Verteidigungswillen der Gesamtheit unserer Bevölkerung repräsentiert und deren Auftrag auf die Verteidigung ausschließlich festgelegt ist.

— Die in manchen Fällen gewiß nicht einfache Frage der Gewissensentscheidung *gegen* die verfassungsmäßige Pflicht, der Sicherheit unsers Landes mit der Waffe zu dienen, liegt tief im christlichen Glauben begründet, setzt eine intensive Auseinandersetzung mit unseren sittlichen Normen und das Verständnis christlicher Grundsätze voraus und wirkt auch überzeugend auf die betroffenen Mitbürger durch eine gleichermaßen konsequente christliche Lebensführung nach den Geboten Gottes.

— Ich rechne es nicht nur zur Pflicht, sondern es ist auch die Würde eines wehrfähigen Mannes, wenn er seinen Verpflichtungen gegenüber Staat und Gesellschaft — so wie es das Grundgesetz vorsieht und auferlegt — in vollem Maße nachkommt, d. h. unser Gemeinwesen „wehrhaft“ schützen zu wollen.

— Auch diese Bereitschaft hat für den verantwortungsbewußten Staatsbürger in heutiger Zeit durchaus den Rang einer Gewissensentscheidung. Diese Haltung garantiert denjenigen, die nach ernsthafter Prüfung anders entscheiden, die Freiheit, nach ihrem *besten* Ge-

wissen zu handeln. Sie genießen den vollen Schutz der Verfassung; andererseits darf aber nicht geduldet werden, daß diese Gewissensproblematik von Opportunisten bzw. „bequemen Gewissensträgern“ besetzt und dominiert wird.

III. Christlich-ethische Aspekte

„Das Schwert soll kein Christ für sich und seine Sache führen oder anrufen; dagegen für einen anderen kann und soll er es führen und anrufen, damit dem bösen Wesen gesteuert und Recht-schaffenheit geschützt wird.“ (Martin Luther)

„Wir Christen sind, gleichviel in welchem Beruf, der Welt den Dienst des Friedens schuldig. Wir haben bisweilen den Frieden Gottes mißverstanden und gemeint, er sei das Geschenk für unser Herz und unser Gewissen. Das ist er auch. Aber wo dieser Frieden Gottes von einem Menschen angenommen wird, muß raktiv werden für den Frieden in der Welt, also aktiv gegen den Unfrieden, gegen das Unrecht, gegen jede Gewalt von Haß, gegen Diskriminierung.“ (Bischof Hermann Kunst)

Mit diesen beiden Zitaten wende ich mich nun der augenscheinlich weitaus schwierigeren Frage der christlich-ethisch-moralischen Verantwortung des Christen zu, in der, wie mir klar ist, die Sache auf den Punkt gebracht werden muß. Wir alle wissen, wie kontrovers, mit welcher Heftigkeit und emotionsgeladen die sog. Friedensdiskussion in der Öffentlichkeit, aber auch in internen Zirkeln geführt wurde und wird. Diese Diskussionen, vor allen Dingen in Kirchenkreisen mit großer Ausstrahlung, sind wichtig und müssen ernst genommen werden. Sie haben maßgeblichen Einfluß auf das, was zukünftig in unserem Lande vorgehen wird.

Da, wo diese Fragen des Friedens vor allem in der jüngeren Generation gestellt werden, müssen sie erörtert werden. Die ältere Generation, noch geprägt durch die Ereignisse jün-ster Vergangenheit, darf sich hier nicht aus ihrer Verantwortung stellen; auch dies ist eine christliche Pflicht, die zudem auf die Zukunft gerichtet ist. Bei dem Ringen um diese exi-stentiellen Fragen unsers Staates und unserer Gesellschaft darf aber das gemeinsame Ziel, nämlich „Frieden in Freiheit“ zu erhalten, nicht vordergründiger Argumentation halber aus dem Auge verloren werden. Politisch wie christlich bedingte Grundtatsachen müssen bei aller Pluralität unserer demokratischen Gesellschaft anerkannt bleiben und den gemei-samen Plafond bilden, der die durchaus auch kontroverse Diskussion trägt. Sonst gerät die Diskussion ins Irrationale und erweist sich als untauglich für das praktisch Notwendige. Sie führte auf gefährliche Wege. Daher haben wir allen Anlaß, nicht etwa beiseite zu ste-hen, sondern uns wo immer möglich zu beteiligen.

Daher müssen wir besorgt sein, daß es „falsche Propheten“ in unserem Lande gibt, die ins-besondere die Jugend um sich versammeln und in anmaßender (scheinbarer) Kompetenz Verwirrung und Angst verbreiten. Sie sagen „Fürchtet euch!“ Jesus Christus aber verkün-det die Botschaft „Fürchtet euch nicht!“ Sie interpretieren die Bergpredigt als politische Handlungsanweisung. Indem sie so tun, haben sie den Heiland gründlich mißverstanden und stellen seine Verkündigungen in den Dienst einer profanen Diesseits-Theologie. Diese

„falschen Propheten“ wissen vielleicht nicht, was sie in letzter Konsequenz anrichten und bewirken könnten, hätten sie mit ihren vordergründigen, manchmal fadenscheinigen Thesen und Argumenten durchschlagenden Erfolg. Denn die Gefahr für den Frieden und für die Freiheit in unserer europäischen Region durch einen totalitären, atheistisch-kommunistischen Machtstaat erfordert auch aus christlich-ethischer Sicht eine verantwortungsbewußte, nüchterne Sicht sowie mit Blick auf die herrschenden Bedingungen und nackten Tatsachen eine Reaktion mit Augenmaß. In dieser Weise haben die beiden großen Kirchen mit ihrer Autorität reagiert, trotz mancher Irritationen, die in der komplexen Natur der Sache liegen.

Denn die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments gibt andere Weisungen, als die Parolen der Pazifisten und „bedingungslos Friedensbewegten“ uns glauben machen wollen. Nach christlichem Verständnis des Alten und Neuen Testaments ist es legitim, der Gewalt notfalls mit Gewalt zum Schutz von Leben und Gut entgegenzutreten; ja, es ist ein Gebot! Auch aus christlicher Sicht ergibt sich für den Staat der sittliche Auftrag, für die Sicherheit seiner Bürger gegenüber jedweder Androhung oder Anwendung von Gewalt Sorge zu tragen; dies als christliche Pflicht und Verantwortung, gegeben durch das „Schutzamt“.

„Keiner Staatsführung ist es von Gott erlaubt, tatenlos zuzusehen, wenn Gewalttäter immer mehr ohne Risiko ihre Absichten durchsetzen. Die Bereitschaft, notfalls das eigene Leben dafür einzusetzen, daß die brutale Gewalt nicht die Überhand gewinnt, gehört zu den radikalen Forderungen der Liebe Gottes.“ (Akademiedirektor Eberhard Müller in „Sicherung des Friedens“, herausgegeben vom ev. Kirchenamt der Bundeswehr in Bonn).

Ich bitte um Verständnis und Nachsicht, wenn ich zur Verdeutlichung dieser vielschichtigen Problematik die offiziellen Positionen der beiden großen christlichen Kirchen aufführe. Dies nicht etwa, um mir die Argumentation zu erleichtern; doch halte ich das Zitat von kirchlichen Stellungnahmen um der Sache willen für angemessener, als mit meinen eigenen Worten zu versuchen wiederzugeben, was in dieser Frage kompetentere, mit geistlicher Verantwortung und Autorität ausgestattete Repräsentanten/Gremien festgestellt haben. Ich kann auf die kirchliche Autorität für meine Argumentation nicht verzichten.

Papst Johannes Paul II., 1982:

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als Ziel an sich, sondern als Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden. Um jedoch den Frieden sicherzustellen, ist es unerläßlich, daß man sich nicht mit einem Minimum zufrieden gibt, das immer von einer wirklichen Explosionsgefahr belastet ist.“

In ihrem Wort zum Frieden unter dem Titel „Gerechtigkeit schafft Frieden“ stellt die Deutsche Bischofskonferenz dann 1983 fest:

„Die Diskussion über Sicherung des Friedens in Freiheit ist heute weitgehend auf militärische Strategien und Rüstungsfragen eingeengt. So entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, Frie-

denspolitik sei vor allem militärische Sicherheitspolitik. Demgegenüber kann nicht genug betont werden, daß die Politik des Friedens viel umfassender ist als das Bemühen um seine bloße Sicherung. Hier sehen wir uns vor allem... zwei drohenden Gefahren gegenüber: der Bedrohung der Freiheit von Nationen und deren Bürgern durch totalitäre Systeme, die in ihrem Herrschaftsbereich elementare Menschenrechte außer acht lassen und die außerdem versucht sein könnten, ihre Macht zur Expansion oder zur politischen Einflußnahme und Erpressung zu nutzen; zum anderen der Bedrohung durch eine Rüstungseskalation mit einer ungeheuren Anhäufung nuklearer und konventioneller Waffen, die eines Tages, wie viele fürchten, in die Katastrophe eines Krieges führen könnte. Beiden Gefahren ist gleichzeitig zu begegnen, und zwar vor allem mit politischen Mitteln. Gegenüber der anhaltenden Bedrohung durch totalitäre Systeme bleibt der Bürger zur Verteidigung eines Friedens aufgerufen, der durch die Achtung der Menschenwürde und durch konkrete Freiheiten bestimmt wird. Diese Verteidigung ist nicht allein und nicht in erster Linie Sache der Sicherheitspolitik und eines militärischen Beitrages. Sie erfordert vor allem eine ständige politische, geistige und moralisch-konstruktive und sich auf die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung besinnende Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, und sie braucht als verlässliche Basis das Wissen um den friedensfördernden Charakter von Recht und Verfassung und das Bekenntnis zu ihnen.“

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) hat sich ihrerseits klar und eindeutig zu den sog. „Heidelberger Thesen“ bekannt. Die Heidelberger These Nr. 8 lautet:

„Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.

Verzichtet die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegelt. Wir können nur glauben, daß derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Vorauswissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistet, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verlorengingen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht. Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges... Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerikas voraussetzen muß. Dies allein braucht die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muß. Uns erscheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken bestehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der

Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muß nur unbedingt feststehen, daß sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und daß nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.“

Mit diesen Stellungnahmen der beiden christlichen Kirchen ist das ganze Spektrum der Problematik umrissen. Es scheint, daß wir in der Tat vor einem fürchterlichen Dilemma stehen. Eberhard Müller sagt (a.a.O.) „Es ist dem Christen aber nicht erlaubt, sich angesichts solcher Schrecken einfach tot zu stellen. Auch die Bereitschaft, lieber jedes Martyrium durch ein ungerechtes Gewaltregime auf sich zu nehmen, muß hinter der Frage zurücktreten, wie solch eine Menschheitskatastrophe verhindert werden kann.“

Es ist u. a. das Kreuz der Menschheit, daß Atomwaffen erfunden wurden und in unsere Welt getreten sind. Aber wer weiß und wer kann vorausahnen, was uns in anderen Lebensbereichen noch alles erwartet? Der Menschheit sind so manche Kreuze auferlegt worden! Äußert sich hier nicht die Ohnmacht, der die Menschheit seit ihrer Erschaffung ausgesetzt ist, das uns innewohnende Böse zu bewältigen und auszumerzen? Sind wir inzwischen zu überheblich und zu arrogant geworden, indem wir als Sünder vor dem Herrn so tun, als könnten wir von anderen Menschen nur Gutes erwarten? Ein Blick zurück in Blut und Elend der Menschheitsgeschichte bietet doch ein Bild, das zu nüchternem Realismus zwingt und uns der Gnade Gottes anheimstellen muß. Die Nuklearwaffe und viele andere technologische Fortschritte sind Tatsachen in unserem modernen technischen Zeitalter; sie sind ebensowenig wegzudiskutieren, wie damals die Erfindung des Schießpulvers rückgängig gemacht werden konnte. Erinnern wir uns beispielsweise noch der „Geißel oder Strafe Gottes“: die Pestepidemien des ausgehenden Mittelalters? Ich kann mir nicht helfen, angesichts des nun einmal gegebenen Tatbestandes wäre eine hysterische Reaktion und eine Lähmung des Selbstbehauptungswillens die ungeeignetste, nämlich eine hilflose Antwort. Ist das christlich? Sind wir in die Sklaverei verdammt?

Angesichts der technischen Möglichkeiten, den ganzen Erdball zu verheeren — was übrigens auch durch andere Mittel möglich wäre als durch nukleare allein —, sind in erster Linie ein klarer, nüchterner Blick für die vorhandenen Gegebenheiten, für die Forderungen einer sicheren Zukunft, sind Verstand und Vernunft geboten. Es widerspricht nach meiner Auffassung nicht christlicher Ethik, mit den nun einmal in Menschenhand befindlichen Atomwaffen zu leben, d. h. sie unter Kontrolle zu halten; allerdings mit dem Ziel, sie als politisches Mittel zu verstehen und sie in der Welt baldmöglichst entbehrlich zu machen.

Die Nuklearwaffe ist einerseits eine Vernichtungswaffe, mit der wir hinsichtlich unserer Sicherheitsbedürfnisse in eine neue Dimension des Schreckens eintreten. Andererseits sichert sie aber auch unseren Frieden in Freiheit, wie die letzten 40 Jahre beweisen. Es ist auch unredlich, in der Diskussion immer wieder Ursache und Wirkung miteinander zu verwechseln bzw. in ihrer Bedeutung umzudrehen. Die Waffe an sich, die Rüstung, ist nicht das eigentlich Böse; die Menschen und der Drang zur Zwietracht unter ihnen, zur

Mißgunst, zum Neid, sind das Böse; Nuklearwaffen und Rüstung sind dessen Folge, sind Ergebnis unseliger menschlicher Eigenschaften. So kann es zuerst doch nur darum gehen, die Zwietracht unter den Menschen und Staaten zu überwinden, Vertrauen zu bilden und in dessen Gefolge die Rüstung zu reduzieren in einem Maße, das verantwortbar, d. h. kontrollierbar ist.

In einer verantwortungsvollen Politik, die das Gleichgewicht der Kräfte wahren muß, unseren Sicherheitsbedürfnissen gerecht bleibt, die vom Willen und der Bestimmung geprägt ist, das Gute für den Menschen zu erreichen — dies auch in Zusammenarbeit mit totalitären Staaten unter Abbau von Spannungen und Rüstung —, in dieser einzig möglichen Alternative für ein auf diese Ziele ausgerichtetes Streben kann ich keine Bedenken aus christlich-ethischer Sicht erkennen bzw. ableiten. Es ist gewiß *nicht christlicher*, den Kopf angesichts dieser Lage in den Sand zu stecken und hilfesuchend den Offenbarungseid zu leisten. Hilfe durch wen? Etwa durch den Atheisten in der unmittelbaren Nachbarschaft? Soll dies unsere Zukunft sein, die gottgewollte Bestimmung unsere Kinder?

Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Forderung in unserer Zeit gerade andersherum lautet: Nämlich die Voraussetzungen für eine Politik zu schaffen und zu erhalten, die das bewahrt und beschützt, was uns teuer ist. Und dies sind die demokratische Struktur und Grundordnung unsers Staates, das Leben nach christlich-ethischen Wertvorstellungen sowie schließlich die innere staatliche Stabilität als eine der wesentlichen Voraussetzungen der inneren und äußeren Sicherheit.

Aus diesen Erwägungen komme ich zu dem Schluß, daß die Verteidigungsbereitschaft eines Landes und seiner Bevölkerung auch in der heutigen Zeit trotz der Mächtekonstellationen und der vorhandenen Vernichtungswaffen aus christlich-ethischer Sicht keine grundsätzlich andere Qualität erfährt als ehemals und daher die angemessene bewaffnete Abwehrbereitschaft keinem christlich-ethischen Zweifel unterliegt. Ebenso stelle ich für den „Verweigerer aus Gewissensgründen“ fest, daß seine Argumente gleichermaßen keine grundsätzlichen Veränderungen erfahren, aber mit dem bewußt angefügten, wichtigen Zusatz, daß er *nicht* für sich in Anspruch nehmen darf, *etwa christlicher zu handeln* als sein Bruder, der sich dem Wehrdienst gerade aus christlich-ethischer Begründung und Verpflichtung stellt.

Ich möchte letzteren Gedanken aufnehmen und die Betrachtung mit dem Ev. Militärbischof Dr. Sigo Lehming weiterführen, der auf die Frage, ob Wehrdienstleistende und Verweigerer aus biblischer Sicht eigentlich gleichwertig seien, wie folgt antwortet:

„Ich darf nicht urteilen. Der eine wie der andere steht völlig gleich vor Gott: der Christ, der Soldat wird, um dem Frieden zu dienen, und der Christ, der den Dienst mit der Waffe verweigert aus dem gleichen Grund. Schlimm ist, wenn sich Christen auf die eine oder andere Seite schlagen, ohne selbst die Tiefe der Gewissensentscheidung durchgemacht zu haben... Seine Entscheidung muß dann die sein, daß er den Wehrdienst leistet, oder die, daß er den Wehrdienst verweigert. Das muß er in seinem Gewissen ausmachen. Und er wird sich, wie jeder andere junge Christ auch, in seinem Gewissen nur daran zu orientieren haben, was der Zielvor-

gabe Gottes an ihn, nämlich dem Frieden zu dienen und Gewalt zu verhindern, am ehesten dient. Da hilft kein „Es steht geschrieben“. Denn die letzten Anweisungen für das Gewissen stehen an keiner Wand und in keinem Buch. So muß er sich auch sagen lassen, daß er die Konsequenzen seiner Entscheidung zu verantworten hat.

Oder anders gesagt: Ist der Frieden im Jahre 1980 und unter den gegebenen Umständen eher dadurch zu sichern, daß sich Christen an der Bereitschaft zur Verteidigung beteiligen und damit den Politikern gerade auch in unserem Lande den Handlungs- und Verhandlungsspielraum zu Frieden und Abrüstung geben? Oder gefährdet eine solche Bereitschaft zur Verteidigung eher den Frieden und die Abrüstungsbemühungen? Wäre ich heute in der Situation eines jungen Christen und stünde vor dieser Entscheidung, hätte ich also alles abzuwägen, was ich glaube, weiß und verstehe, dann käme ich zu dem Ergebnis, daß es unter den heutigen Bedingungen dem Frieden mehr dient, wenn man Soldat in der Bundeswehr ist. Eine konsequente Entscheidung der jungen Christen gegen die Bundeswehr führte nämlich zu einer bedenklichen, den Frieden ernsthaft bedrohenden Instabilität in Mitteleuropa. Ich betone: Das wäre meine persönliche Entscheidung. Und ich müßte hoffen und beten, daß ich mich dabei nicht geirrt habe. In den Heidelberger Thesen heißt es: „Es muß nicht jeder dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut.“ Und das heißt wohl, daß nicht nur ich hoffen und beten müßte, mich nicht geirrt zu haben. Das muß jeder, wie immer er sich auch entscheidet.“

(idea-Interview mit Ev. Militärbischof Dr. Sigo Lehming, 27. 5. 1980, zitiert aus „Streit um den Frieden“, Hrsg. Ev. Kirchenamt der Bundeswehr, Bonn 1981)

In meiner ganzen, engagierten Überzeugung stehe ich hinter dem, was Militärbischof Dr. Lehming hier so klar und mutig zum Ausdruck bringt.

Aus der vorstehenden Erörterung ist es unter Berufung auf die zitierten Zeugnisse erlaubt, folgende Schlüsse zu ziehen:

— Die christliche, moraltheologisch-ethische Sicht verbietet mitnichten den bewaffneten Schutz von Leben und Gut des Nächsten gegen Androhung oder Anwendung von Gewalt — vielmehr gebietet sie ihn, „damit dem bösen Wesen gesteuert und die Rechtschaffenheit geschützt wird.“ (Luther)

— Das bewaffnete Schutzamt oder Schwertamt des Staates ist nach der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments legitim und als Gebot abzuleiten. Allerdings: „Nur zur Verhinderung bewaffneter Gewaltakte, nicht zur Durchsetzung eigener Interessen oder Überzeugungen sind Waffenträger legitim.“ (Eberhard Müller a.a.O.)

— Das Gewissen ist eine vielfältige, von allgemein anerkannten sittlich-ethischen Normen und Zielvorgaben beeinflusste und von individuell gesetzten Wertmaßstäben bestimmte Größe; also keine Konstante. Eine Gewissensentscheidung gegen den Wehrdienst, der ausschließlich der Ausübung des Schutzamtes des Staates dient, ist aus der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments nicht zwingend herzuleiten.

Eine derartig höchst persönliche, ernsthaft getroffene und persönlich (d. h. nicht im Kollektiv) zu verantwortende Entscheidung genießt allen gebotenen Respekt. Ihre Ernsthaft-

tigkeit sollte darüber hinaus durch eine gleichermaßen christliche und moralische Konsequenz auch in anderen Bereichen des täglichen Lebens deutlich werden.

— Waffengleichheit ist friedensfördernd. Ein Gleichgewicht der Kräfte, auch angesichts der Vernichtungskraft von Nuklearwaffen, dient auch im christlichen Sinne dem Frieden mehr als ein Ungleichgewicht, das beispielsweise durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen bewirkt und ein destabilisierendes Machtvakuum entstehen lassen würde. Christliche Kategorien und Moralbegriffe verlangen nicht, sich angesichts waffendrohender Gewalt und der Möglichkeit politischer Erpressung waffenlos zu machen, d. h. in letzter Konsequenz, sich in Unfreiheit und Knechtschaft zu begeben.

— In diesem Sinne erfährt die „Strategie der Abschreckung“, die im Prinzip so alt wie die Menschheit ist, ihre Rechtfertigung. Im modernen, heutigen Zeitalter muß sie gekoppelt sein — auch darüber gibt es angesichts der Vernichtungskraft nuklearer Waffen keinen Zweifel — an den politischen Willen und die Zielsetzung, die sich gegenüberstehenden Rüstungspotentiale gemeinsam auf ein immer geringeres Niveau zu reduzieren; d. h., „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“

— Der Mensch ist schuldig und sündig; er wird sich immer wieder schuldig machen. Auch der Gewissensentscheidende ist nicht irrtumsfrei. Der praktizierende Christ, auf die Gnade Gottes und auf seine Vergebung vertrauend, kann sich getrösteten Gewissens auch in der heutigen Situation für den friedenssichernden Dienst in den Streitkräften unseres Landes entscheiden.

— Angesichts des ausschließlich auf Verteidigung festgelegten Verfassungsauftrages der Bundeswehr wird es dem Bürger, der sich unserer freiheitlich-demokratischen Lebensgemeinschaft und der Sicherung ihres Fortbestandes verpflichtet fühlt, ungleich leichter fallen, seine Entscheidung gegenüber sich und seinen Mitbürgern sachlich und ethisch auf der Grundlage der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments zu begründen. Denn er ist bereit, für Land und Volk gegen androhende Waffengewalt oder Erpressung einzutreten; auch für diejenigen, die sich versagen; wissend, daß er schuldig werden kann; vertrauend auf Gottes Hand und Vergebung.

IV. *Schlußbemerkungen*

Um jeder Möglichkeit einer falschen Interpretation meiner Absicht entgegenzuhalten, möchte ich den folgenden abschließenden Bemerkungen vorausschicken, daß ich nicht etwa einer „neuen Kreuzzugsideologie“ das Wort rede. Kriege waren und wären in einer heute technisch gegebenen Dimension so schrecklich, verheerend und katastrophal, daß allein der Selbsterhaltungstrieb der Menschen sie für alle Zukunft *ausschließen muß*. Es geht hier ausschließlich um die Bewahrung unseres demokratisch verfaßten Gemeinwesens, seiner freiheitlichen Grundwerte und -rechte vor einer Gefahr, der wir mit angemessenen, gleichwertigen Mitteln entgegenzutreten in der Lage sein müssen.

1. Unser Staatswesen verfehlte seinen Verfassungsauftrag und im christlich-ethischen Verständnis seinen Sinn, wäre es nicht auf das *höhere Staatsziel* verpflichtet, die Würde des

Menschen zu schützen. Dieser Grundsatz hat an Gültigkeit auch in heutiger Zeit nicht verloren.

Unser Grundgesetz formuliert dies im Artikel 1 (1) so:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

2. Eine der Grundvoraussetzungen für das Streben im Sinne dieses gemeinsamen Staatszieles ist die „Souveränität“ unseres Staates, die durch das Staatsvolk getragen wird. Nur der souveräne Staat hat die Freiheit, seine Geschicke nach eigenem Ermessen, nach dem Willen der Mehrheit der ihm anvertrauten Staatsbürger, zu lenken.

3. Die andere Grundvoraussetzung ist die Bereitschaft der Staatsbürger, die Souveränität, d. h. die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit, ihres Landes gegen jedwede Bedrohung zu sichern und notfalls mit „bewaffneter Gegenmacht“ zu schützen. Auch diese Voraussetzung zur *Selbstverteidigung* muß für unser Land gemäß unserem Grundgesetz täglich erfüllt werden.

In der Welt, in der wir leben, bedeutet das in knapper Einfachheit ausgedrückt:

Wo der Wille zur Selbstverteidigung, zum Schutz der Würde des Menschen und unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Lebensform nicht mehr aufgebracht wird, gehen Souveränität und Staatsziel verloren.

4. Das Recht auf *Wehrdienstverweigerung* ist in unserer Verfassung geschützt; es mag auch für den einzelnen aus christlich-ethischer Sicht zu begründen sein. Garantiert werden kann es aber nur dann, wenn die Souveränität des Staates und dessen Verteidigungsfähigkeit durch die Verteidigungsbereitschaft der großen Mehrheit der Staatsbürger als Ganzes gegeben ist.

Dies nämlich ist der tatsächliche Sachverhalt, der in aller Konsequenz zu Ende gedacht werden muß:

Das Recht auf Wehrdienstverweigerung kann nur solange in Anspruch genommen und verwirklicht werden, als es in einem intakten Staate durch den *Wehrdienst anderer* geschützt wird. Die Möglichkeit zur Verweigerung steht und fällt also mit der Bereitschaft der großen Mehrheit unseres Volkes, für dieses Recht mit einzustehen, d. h. sich der Wehrpflicht zu unterziehen.

5. Unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede anlässlich des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr am 12. November 1985 in Bonn:

„Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan. Der Rechtsstaat ist ein zivilisierter Staat, der kein Faustrecht zuläßt, sondern den Frieden des Bürgers im Innern schützt. Er würde seine eigenen Grundsätze verraten, wollte er nach außen dem Recht des Stärkeren weichen.“

Wer einseitige Abrüstung verlangt, verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit dem der gewählten politischen Führung. Der einzelne kann den Dienst mit der Waffe verweigern, wenn sein Gewissen es ihm vorschreibt. Wer aber für das Gemeinwesen im ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Bürgern den Schutz nicht verweigern. Er darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.

Unsere Verfassung bestimmt nicht nur die Wehrpflicht. Sie gibt auch das Recht zur Verweigerung des Dienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen. Wer davon Gebrauch macht, darf Respekt für seine ernste Gewissensentscheidung erwarten, so wie die Gemeinschaft Ernsthaftigkeit bei seiner Entscheidung erwarten darf. . . Aber auch der Wehrdienstleistende läßt sich von seinem Gewissen leiten. Er macht den äußeren Schutz unseres Rechts- und Sozialstaates, unserer Freiheit erst möglich, zu denen alle unsere Grundrechte gehören, unter ihnen das Recht zur Verweigerung aus Gewissensgründen.“

Quod erat demonstrandum!

„Militärseelsorge und Bundeswehr sind Partner“

In der gemeinsamen Verantwortung für den Menschen steht, wer als Christ Soldat ist und als Soldat Christ bleibt.

Manfred Wörner*

Zum 30jährigen Bestehen des Militärseelsorgevertrages beglückwünsche ich Sie, die Vertreter der evangelischen Kirche, ebenso wie uns, die Vertreter des Staates. Ich tue dies aus Überzeugung und aus innerer Verbundenheit. Dieser Vertrag ist für beide Seiten, für Staat und Kirche, ein geschichtliches Ereignis von großer Tragweite.

Staat und Kirche, verschieden in Auftrag und Ziel, leben am besten in wechselseitiger Unabhängigkeit. Weder ist der Staat der Gehilfe der Kirchen, noch dürfen die Kirchen Diener des Staates sein. Beide allerdings tragen ihre jeweils eigene Verantwortung für den Menschen. Dieser gemeinsamen Verantwortung genügen beide am besten in recht verstandener Partnerschaft. Genau dies ist die Grundlage des Militärseelsorgevertrages: Die gemeinsame Verantwortung von Staat und Kirche für den Menschen und Christen, der Soldat ist, und für den Soldaten, der auch in seinem Dienst Christ bleibt. Weil zu den Grundrechten unserer Verfassung ganz wesentlich die Freiheit des Glaubens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses gehört, garantiert der Staat dieses Recht auch seinen Soldaten, die besondere Pflichten für diesen Staat und seine Bürger übernehmen. Die Kirche aber macht es möglich, daß dem Anspruch des Soldaten auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung unter den besonderen Verhältnissen des militärischen Dienstes Rechnung getragen wird.

Nur wenige Berufe fordern ja so sehr den ganzen Menschen, konfrontieren ihn so sehr mit den Grenzsituationen des menschlichen Lebens wie der des Soldaten. Gewiß, der erste und wichtigste Auftrag der Soldaten der Bundeswehr besteht darin, dem Frieden zu dienen und die Freiheit und die Menschenrechte, seine eigenen, die seiner Familie und die seines Volkes, zu schützen. Daraus bezieht der Dienst des Soldaten seine sittliche Rechtfertigung.

Dennoch: Der Soldat muß im Ernstfall bereit sein, nicht nur sein eigenes Leben einzusetzen; er trägt auch Verantwortung für Leben und häufig genug Sterben ihm unterstellter Soldaten. Die letzte Konsequenz des Verteidigungsfalles, die Anwendung seiner Waffen gegen Menschen, fordert ihn in seinem Gewissen bis zum letzten Grund. Nukleare Waffen verschärfen noch die existentiellen Gewissensfragen, die ihm gestellt sind, und die Konflikte, die er lösen oder doch wenigstens aushalten muß. Eine solche Situation, das darf ich als meine persönliche Meinung sagen, kann nur bestehen, wer sich im Glauben gehalten und an Werte gebunden weiß. Ich wiederhole, was ich anderenorts einmal gesagt

* Rede des Bundesministers der Verteidigung Dr. Manfred Wörner anlässlich des 30. Jahrestages der Unterzeichnung des Militärseelsorgevertrages mit der evangelischen Kirche in Deutschland am 24. Februar 1987 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg.

habe: Kein anderer Beruf bedarf so sehr der ethischen Fundierung, der Orientierung an Werten und der Rechtfertigung aus dem Glauben wie der des Soldaten, zumal des militärischen Führers.

Um diesen Auftrag wirklich erfüllen zu können, muß die Militärseelsorge unabhängig von staatlichen Weisungen sein. Darum wird ja auch der Militärbischof von seiner Kirche ernannt und steht in keinem Dienstverhältnis zum Staat. Auch unsere Militärgeistlichen sind von staatlichen Weisungen unabhängig. Dies entspricht der Praxis und ist nicht nur Theorie, wie alle Militärgeistlichen jedem kritischen Beobachter und Fragenden gerne versichern werden. Die Militärgeistlichen tragen keine Uniform — sie tragen nur einen Schutzanzug, wenn sie mit unseren und ihren Soldaten die Schwierigkeiten des Lebens im Felde teilen. Sie dienen nur auf Zeit und kehren eines Tages in ihre Landeskirche zurück. Eine Militärkirche gibt es nicht — und das ist gut so. Es ist gut, daß die Kirche in der Bundeswehr und unter den Soldaten präsent ist — aber es ist ebenso wichtig, daß die Militärseelsorge ihre enge Verbindung zu ihrer Mutterkirche behält und sich weder selbst isoliert noch aus dieser Mutterkirche ausgrenzen läßt.

Es ist nicht die Aufgabe des Militärgeistlichen, den Auftrag des Soldaten zu rechtfertigen — auch wenn er sich mit den sich daraus ergebenden Problemen beschäftigen muß. Dafür brauchen und mißbrauchen wir ihn nicht. Das ist Aufgabe des Staates, und das heißt, der politischen und der militärischen Führung. Wofür wir den Militärgeistlichen, besser, wofür ihn der Soldat braucht, das ist als Seelsorger, als Verkünder wie als Helfer und Berater, dem er sich in seinen persönlichen und existentiellen Problemen anvertrauen kann, der ihm Wege weist, die über den Tag hinaus von Bedeutung sind, und der ihm auch unter schwierigen Verhältnissen Kraft und Halt gibt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, aus innerster Überzeugung unseren Militärgeistlichen von ganzem Herzen zu danken, den ehemaligen und den jetzigen. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie diesen wichtigen und schweren Dienst immer wieder auf sich nehmen, und dafür, wie Sie dies tun. Dieser Dienst wird von der Truppe gern und dankbar angenommen. Es ist den Landeskirchen hoch anzurechnen, daß sie die Notwendigkeit dieses Dienstes für unsere Soldaten erkennen und immer wieder durch die Entsendung von Pfarrern möglich machen — und ich bin sehr dankbar, daß das auch in Zukunft so bleibt.

Großen Wert lege ich auch darauf, daß die Kirchen den lebenskundlichen Unterricht, den sie dankenswerterweise übernommen haben, auch weiterhin regelmäßig durchführen. Gerade heute ist es wichtig, daß der Soldat sich intensiv mit Sinnfragen auseinandersetzt. Die jungen Soldaten haben Fragen — Fragen, die sie selbst betreffen, aber auch Fragen nach den Werten der Gemeinschaft, für die sie ihren Dienst leisten.

Deshalb wird Militärseelsorge auch weiterhin an den Bildungseinrichtungen der Streitkräfte ihren Beitrag einbringen, an den Universitäten der Bundeswehr, an der Führungsakademie, am Sozialwissenschaftlichen Institut wie am Zentrum Innere Führung.

Was vor 30 Jahren als Versuch, um nicht zu sagen als Experiment, gewagt wurde, von weitsichtigen Männern der Kirche und des Staates, das hat sich in der täglichen Praxis bewährt — so sehr, daß ich mir die Militärseelsorge nicht mehr wegdenken könnte.

Lassen Sie mich hier auch ganz offen einige Dinge ansprechen, die mir nicht gefallen. Ich bedaure es, daß es Gruppen in der evangelischen Kirche gibt, die eine Auflösung der Militärseelsorge fordern. Ihre Argumente reichen von der Behauptung, die Militärseelsorger seien Handlanger des Staates und Komplizen einer ethisch nicht mehr legitimierbaren Abschreckungsdoktrin, bis zum absurden Vorwurf, die Militargeistlichen förderten durch ihren Dienst am Soldaten die Bereitschaft zum Kriege oder die Militarisation der Gesellschaft. Wie falsch und ungerecht diese Argumente sind, weiß jeder, der die Praxis der Militärseelsorge in unseren Streitkräften kennt. Bei vielen dieser Kritiker hat man allerdings den Eindruck, daß Ideologie und der Hang zur Politisierung auch der Theologie die schlichte Kenntnis der Fakten völlig ersetzen. Ihnen antworte ich mit den Worten unseres Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, „daß nämlich die Kirchen sich doch nicht den Menschen verschließen dürfen, die einer menschlich-ethischen Grenzsituation ausgesetzt sind und in ihr ausharren müssen. Man mag, man muß um die Sicherheitspolitik streiten, aber doch nicht dadurch, daß man ausgerechnet den Soldaten die Seelsorge verweigert.“

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, eine andere Sorge offen auszusprechen, die mich nicht nur als Bundesminister der Verteidigung, sondern auch als Glied der evangelischen Kirche und als früherer Reservist dieser Bundeswehr immer stärker bedrückt. Daß ein Christ Soldat sein kann, wird heute aus Kreisen der evangelischen Kirche — mir scheint, zunehmend — in Frage gestellt. Die Heidelberger These, daß „die Kirche... die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“ müsse, wird als hinfällig angesehen. Die Ablehnung des Dienstes bei der Bundeswehr wird als die für einen Christen ethisch bessere, ja geforderte Haltung dargestellt. Soldaten in Uniform werden nicht getraut, Pfarrer und Gremien in der Kirche rufen die jungen Menschen zur Kriegsdienstverweigerung auf, die Soldaten werden aus ihrer Kirche ausgegrenzt.

Das sind zum Glück, wie ich ausdrücklich betone, noch Einzelfälle, nicht repräsentativ für die evangelische Kirche oder ihre Leitungsgremien. Dahinter aber steckt ein Trend, der sich nicht nur in den Kirchen, sondern auch in Teilen unserer Gesellschaft verstärkt bemerkbar macht. Man verkürzt die Widersprüche und Spannungen, die in der Welt bestehen, auf die Existenz von Soldaten und Waffen und auf den sogenannten Rüstungsautomatismus. Man verwechselt Ursachen und Folgen. Ich lasse nicht davon ab, dies in aller Deutlichkeit anzuprangern, wo immer Gelegenheit dazu besteht, und ich fordere Sie alle auf, dies auch Ihrerseits zu tun. Nicht die Soldaten und die Waffen sind ja die Ursachen der Spannung, sondern der Widerspruch zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen der Gewährung von Menschenrechten und ihrer Verweigerung, ja Unterdrückung. Vergessen wird, daß nur der Frieden wirklicher und dauerhafter Frieden ist, der auf Freiheit und Gerechtigkeit beruht.

Lassen Sie mich hierzu, ohne Ihre Zeit zu lange in Anspruch zu nehmen, einiges Bemerkenswerthes aus der Rede des jüngsten Friedenspreisträgers des deutschen Buchhandels zitieren, eines Mannes, eines Polen, der in seinem Leben die Probleme des Zusammenhangs zwischen Frieden und Freiheit in vielfacher Weise erleben oder, besser, erleiden mußte.

Wladyslaw Bartoszewski sagte am 5. Oktober 1986:

„Nie wurde in Europa so viel wie heute vom Frieden gesprochen, von der Notwendigkeit des Friedens, von der Verteidigung des Friedens, von der Friedensliebe. Manchmal drängt sich die Angst auf, daß in der Flut von Äußerungen und Deklarationen, Beschwörungen und Parolen zu diesem Thema der wahre — also der tiefere — Sinn des eigentlichen Begriffes verlorengeht. Es entsteht geradezu der Verdacht, daß es in vielen Fällen mehr um eigene Ruhe und Bequemlichkeit geht als um den Frieden und daß der Begriff des Friedens ein Gegenstand der Manipulation geworden ist. Wir bedienen uns seiner immer häufiger, aber wir denken immer seltener über die Bedingungen nach, die zu erfüllen sind, um Frieden zu einem gemeinsamen Begriff für die gesamte zivilisierte Menschheit zu machen.“

Dann zitiert Bartoszewski Karl Jaspers:

„Erstens: Kein äußerer Friede ist ohne den inneren Frieden der Menschen zu halten. Zweitens: Friede ist allein durch Freiheit. Drittens: Freiheit ist allein durch Wahrheit.“ Bartoszewski fährt dann fort: „Und ganz eindeutig: Erst die Freiheit, dann der Frieden in der Welt! . . . Darum wohl hat die Sache des Friedens für mich ein besonderes Gewicht. Aber aus demselben Grund ist sie für mich auch untrennbar von der Sache der Freiheit des einzelnen Menschen und verschiedener Gruppen, von Glaubensfreiheit und Weltanschauungsfreiheit, von der Freiheit in der Wahl des Ortes und der Form des Lebens, der Wahl des politischen und wirtschaftlichen Systems, von der Freiheit des Wortes und dem Frei-sein von Angst. . . . Letztlich führt sich der Frieden zurück auf die Achtung der unverletzlichen Menschenrechte — *opus iustitiae pax* —, während der Krieg aus der Verletzung dieser Rechte entsteht und noch größere derartige Verletzungen nach sich zieht.“

Ich habe dies in aller Ausführlichkeit zitiert, weil ich Anlaß habe, diese Weisheit in Erinnerung zu rufen. Ich möchte hoffen und wünschen, daß in unseren Kirchen nicht vergessen wird, daß die Nächstenliebe auch den Schutz des Schwachen und seiner Rechte, den Einsatz für die Freiheit und die Menschenrechte, den Widerstand gegen den Gebrauch militärischer Macht zum Zwecke der Unterdrückung und der Expansion — daß die Nächstenliebe dies alles fordert. Wenn die Kirchen dies vergessen sollten, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich Soldaten fragen, ob hier nicht gelegentlich die Politik die Bibel verdrängt hat, ob wirklich noch Platz für Soldaten in einer solchen Kirche wäre.

Damit wir uns richtig verstehen: Ich halte den Austritt aus der Kirche als Reaktion darauf für falsch. Vielmehr sollten Soldaten ihr Recht und ihre Einflußmöglichkeiten als Glieder ihrer Kirche entschiedener nutzen; das allein ist die richtige Antwort darauf.

Aber ich appelliere an all jene, die es angeht, mit den Worten der Synode vom 11. März 1955, die heute aktueller sind als damals:

„Wir bitten in allem Ernst die Pfarrer als Diener des göttlichen Wortes, bei solchem Tun ihr Amt zu bedenken und nicht durch Vermischung göttlicher und menschlicher Rede falsches Ärgernis zu geben.“

Ich danke der evangelischen wie auch der katholischen Militärseelsorge dafür, daß sie solchen Bestrebungen in den Kirchen immer öffentlich und deutlich entgegengetreten ist. Viele von denen, die hier anwesend sind, haben dies getan und werden es weiter tun. Sie tun dies im übrigen nicht nur im Interesse der Soldaten, nicht nur im Interesse unseres Staates, sondern auch im Interesse ihrer eigenen, unserer eigenen Kirche.

In einer Welt, die immer noch gekennzeichnet ist von Unvollkommenheit, von innerer und äußerer Friedlosigkeit und von Machtmißbrauch, haben unsere Soldaten über drei Jahrzehnte entscheidenden Anteil daran, daß uns Krieg und Unfreiheit erspart blieben. Mit dem Frieden und der Freiheit haben sie auch das Recht freier Verkündigung und freier Religionsausübung geschützt. Ihr Dienst, der Dienst unserer Soldaten genauso wie der zivilen Mitarbeiter unserer Bundeswehr, gilt auch künftig dem Frieden und einem Leben in Freiheit. Daher kann, das ist meine Meinung und die Meinung dieser Bundesregierung, auch ein Christ im nuklearen Zeitalter in der Bundesrepublik Deutschland getrost ein Gewissens Soldat sein.

Ich wünsche Ihnen, den Militärseelsorgern und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, und uns allen bei unserem Dienst — so verschieden er auch sein mag — auch künftig Gottes Segen und Frieden für unser Land.

Gesellschaft

Kann der Affe eine qualitativen „Sprung“ tun?

(aus einer Predigt von Kardinal Albino Luciani, dem späteren Papst Johannes Paul I.)

Erzählt mir nicht, ihr wäret nicht sicher, ob Gott existiert, weil ihr ihn nie gesehen habt. Auch euren Urgroßvater habt ihr nie gesehen, und doch seid ihr sicher, daß es ihn gegeben hat. Sagt mir nicht, die Welt und ihr selbst wäret das Produkt einer ewigen Materie, die ganz von allein entstanden sei, die zuerst noch formlos und chaotisch war, dann nach und nach immer mehr Gestalt gewonnen und im Lauf der Jahrhunderte sich immer höher entwickelt hätte. Nicht einmal ein winziger weißer Punkt auf einer kleinen schwarzen Tafel entsteht von allein. Warum sollte eine so ungeheuer vielfältige Welt vor Milliarden Jahren plötzlich und „spontan“ aus dem Nichts entstanden sein?

Kann denn einer, der gar nicht existiert, „spontan“ etwas hervorbringen? Die Bienen arbeiten schwer, und sie haben bis heute die Art des Bienenstocks, wie sie ihn schon zur Zeit der ägyptischen Pharaonen bauten, nicht um einen Millimeter verändert. Wie hätte denn der Affe, wie ich es in einem marxistischen Text gelesen habe, aus sich heraus einen solchen qualitativen „Sprung“ bewerkstelligen sollen, daß er vom Affen zum Menschen wurde? Und wie sollte die Materie, auch wenn man sie als ewig ansieht, alles erklären?

Die Bibel sagt: „Töricht waren alle Menschen, die... beim Anblick der Werke (dieser Welt) den Meister nicht erkannten“ (Weish 13,1). Und bei Tolstoj lesen wir: „Eines schönen Tages hört ein Wilder auf, an seinen hölzernen Gott zu glauben. Was bedeutet das? Nicht, daß Gott nicht existiert, sondern daß er kein hölzerner Gott ist.“ – „Wir sind aber keine Wilden, wir sind gebildete Menschen!“ hat man mir daraufhin entgegengehalten. Und ich gab zur Antwort: „Bei vielen Gebildeten ist es so: Je mehr sie an Wissen gewinnen, desto mehr wächst auch ihr Glaube.“ Der berühmte Insektenforscher Fabricius hat zum Beispiel geschrieben: „Ich glaube nicht an Gott, ich sehe ihn!“ Und außerdem: Die Wissenschaftler entdecken zwar die Gesetze und Kräfte der Natur, aber sie bringen sie keineswegs hervor. Eustachio Rudio und William Harvey haben um 1600 an der Universität von Padua den Blutkreislauf entdeckt. Aber wer hat sich diesen Kreislauf ausgedacht und ihn in Gang gesetzt? Schreibt ruhig die Namen von Rudio und Harvey in goldenen Lettern in das Verzeichnis der großen Männer, aber löscht mir darin den Namen Gottes nicht aus, der dieses wunderbare Kreislaufsystem sich ausgedacht und geschaffen hat und es in seiner Funktion erhält!

Ärger (ärger) mit Kondomen!?

AIDS ist der Horror der Menschen von heute. In wenigen Monaten ist es gelungen, fast panische Angst unter die Menschen zu bringen.

Was ist aber an der Sache dran?

Zunächst einmal handelt es sich um eine echte Krankheit, die durch einen Virus übertragen wird. Man kennt inzwischen zwei Arten: AIDS I und AIDS II. Nach aller Erfahrung wird es aber noch weitere Untergruppen geben. Außerdem sind Varianten denkbar.

Eine Infektion mit diesem Virus führt nach einer gewissen Zeit in der Mehrzahl zu einem frühen Tod. Ein durchschlagendes Allheilmittel gibt es noch nicht. Wenn auch gewisse Gruppen (Homosexuelle, Prostituierte, Fixer usw.) besonders gefährdet sind, so kann aber dennoch jeder Normalbürger auf irgendeinem Wege angesteckt werden und selbst anstecken.

Damit wird die Frage nach den Übertragungswegen wichtig. Geht man den Möglichkeiten nach, dann kann man nachfolgende Möglichkeiten ausschließen:

- Die Benutzung öffentlicher und privater Toiletten ist gefahrlos.
- Tassen, Eßbestecke usw. sind, sofern sie normal gereinigt werden, keine Übertragungsträger.
- Mückenstiche sind harmlos.
- Küsse und Umarmungen sind nicht ansteckend, sofern man nicht einen so intensiven Austausch pflegt, daß Blut zu Blut kommt bzw. Speichel in großem Umfang ausgetauscht wird.
- Inzwischen ist in Deutschland auch die Bluttransfusion ohne Risiko.
- Alle äußeren Zärtlichkeiten, bei denen nicht blutende Wunden aufeinanderkommen, sind keine Ansteckungsmöglichkeit.

Hauptgefahrenquellen aber sind der Geschlechtsverkehr und die Drogensucht. Hier gibt es nun eine Menge Praktiken, die besonders gefährlich sind. So ist eben von Natur her der homosexuelle Verkehr von häufigen Rißwunden begleitet. Und auch da, wo Mann und Frau zu besonderen Liebesformen finden, die mit Verletzung verbunden sind, ist Ansteckung nicht auszuschließen.

Bei den Drogensüchtigen ist die mit dem Gebrauch verbundene Unreinlichkeit und ist zwangsläufige Blutberührung ein Gefahrenherd.

Ebenso ist auch die heute vielfach geübte Unsitte der Tätowierung eine Möglichkeit, sich zu infizieren. Nicht zuletzt aber ist die Prostitution eine Gefahr der Ansteckung.

Abhilfen

Nun gehen gutmeinende Politiker, Gesundheitsberater und Praktiker von einer einfachen — zu einfachen — Überlegung aus. Da die Hauptgefahrenquelle der Geschlechtsver-

kehr ist, braucht man nur einen einfachen Schutz, sozusagen eine dünne Trennwand und alles ist gut. Dazu bieten sich die seit dem Altertum bekannten Kondome an.

So startet man z. Z. eine Werbung für diesen Schutz.

Damit aber werden zwei Kriterien nicht beachtet. Wie die vorausgeführte Aufstellung zeigt, schützen Kondome nur zum Teil. Auch die heutigen — von der Industrie gepriesenen — Ausführungen halten gewissen sexuellen Praktiken nicht stand. Zum anderen wird den Menschen sozusagen amtlich — gestattet? — empfohlen? — macht: weiter so!! Ihr braucht euch nur zu schützen. Und dann wird es mit Kondomen ärger getrieben als vorher.

Das generelle Problem liegt aber auf einer ganz anderen Ebene — auf der Ebene der Humanität. Man braucht nicht jenen das Wort zu reden, die von einer Strafe Gottes durch eine neue Geißel sprechen. Aber man kann nicht ausschließen, daß diese schlimme Krankheit eine Warnung ist. Sie soll den Menschen zeigen, daß man nicht alles darf, was man kann bzw. zu können glaubt. Und eine der Verirrungen der neuen Zeit ist doch, daß man glaubt, die Sexualität als Sache, als reine Lustbefriedigung, ja als notwendige Lust erleben zu müssen.

Weise Männer — und Frauen — haben schon immer gewarnt, daß das Lusterlebnis ohne Liebe, ohne geistigseelische Bindung zu Frustationen und Neurosen führt. Und wenn heute die Wartezimmer der Psychotherapeuten so voll sind, dann ist sicherlich in der Sucht, hemmungslos den Trieb auszuleben, eine der Ursachen seelischer Schäden zu suchen.

Wer einen anderen Menschen liebt, wird immer wieder erkennen, daß Liebe auch verzichten heißt. Und Verzicht hat noch nie das Glück geschmälert.

Es ist zur eingestandenen, teilweise prahlerisch verherrlichten Unsitte geworden, einen anderen Menschen für sein Bedürfnis zu gebrauchen und dann zu vergessen. Das gilt ebenso für die männlichen Sexualprotze wie für die Emanzen — „mein Bauch gehört mir“ —, die einfach übersehen oder gar vernichten, was den Genuß durch Folgen beeinträchtigt.

Liebe ist nicht machbar, Liebe kann nur geschenkt werden. Und mit der Abkehr von der Liebe und der Hinwendung zum Genuß, wo und wie er sich bietet, begann die Promiskuität, der wechselnde Geschlechtsverkehr einschließlich seiner — aus welchen Gründen auch immer — heute so lauthals propagierten Freiheiten zur Homosexualität und zur lesbischen „Liebe“.

Dieser Weg ist ein Irrweg der Menschen, und er bringt Gefahren für Seele und Leib. Hat man bisher die Seelenschäden übersehen, der Leibschaden wird nun deutlicher erkennbar.

Aus rein menschlichen Gründen muß also die Bekämpfung von AIDS dort ansetzen, wo die Ursache liegt. Die totale Freizügigkeit ist die Ursache, der Glaube an Lustgewinn ohne Bindung.

Es wird immer deutlicher, mit dem hemmungslosen Gebrauch von Pille und sonstigen technischen Mitteln wird das Leben nicht reicher. Im Gegenteil, an irgendeiner Stelle steht das Unheil in Form von Abtreibung — als Tötung oder gar als Mord — oder als seelisches Leid und nicht zuletzt auch als körperliche Krankheit.

Es wird also höchste Zeit, zur Umkehr aufzufordern. Die Warnungen der Kirche (*Humanae vitae*) sind nicht Hirngespinnste weltfremder Theologen, sondern aus tiefster Liebe zum Mitmenschen geäußerte Meinungen.

Dazu braucht man heute nicht zu begründen, daß durch Appelle an Vernunft und ethische Werte ein großer Teil der Menschen nicht erreicht wird. Mit dem Aufruf, zum Schutz nur Kondome zu benutzen, wird es bald Ärger geben. Dann nämlich, wenn sich die Seuche dennoch weiter ausbreitet. Wenn die ersten 100 000 in Deutschland an dieser Seuche gestorben sind, dann wird das Volk nach „wirklichen“ Heilmitteln schreien. Dann aber läuft man Gefahr in Maßlosigkeiten zu verfallen.

Daher sollte man nicht solange warten. Man muß den Weg der geistigen Erneuerung aufzeigen, nicht nur als Verfechter einer religiös bezogenen Aussage, sondern als jemand, der aus Liebe zum Mitmenschen auf die Chancen der gezügelten Sexualität hinweist. Und wenn man dazu noch auf die Werte von Liebe und Treue verweisen kann, so tut man mehr als mit der Propagierung eines vordergründigen Schutzmittels.

Vielleicht ist es dann auch noch möglich, den Menschen zu erklären, daß sie als Geschöpfe auch eine Verantwortung vor ihrem Schöpfer haben. Hier ist das Feld der kundigen Laien, den Mitmenschen zu helfen und über den Ärger mit den Kondomen zu verhindern, daß es mit einer solchen Empfehlung *allein* nur ärger wird.

In den Bereich der Mitmenschlichkeit gehört selbstverständlich auch, daß den Kranken Hilfe — seelisch und körperlich — zuteil wird, und zwar in einer menschlichen Art und Weise. Über die Schuld können wir als fehlerhafte Menschen nicht richten.

H.F.

Über die Osterhasen

Eine Betrachtung

Es ist müßig zu meditieren, woher die Osterhasen kommen, solange Meister Lampe in der Vorstellungswelt unserer Kinder im vorschulpflichtigen Alter eine so ungebrochene Bedeutung besitzt. Es hat zwar zu allen Zeiten, seit die Hasenfamilie in so nahe Beziehung zum Osterfest gerückt ist, nicht an Versuchen allzu ernsthafter Geister gefehlt, die Osterhasen aus dieser engen Bindung an das größte Fest der Christenheit zu verbannen. Aber sie sind alle gescheitert. So können wir zur Freude hoffentlich noch vieler nachwachsender Generationen von Kindern hoffen, daß ihnen der Osterhase als liebenswürdiger Begleiter ihrer Osterfreuden erhalten bleibt und sie auch hier und dort noch wirkliche Hasen auf unseren Feldern sehen können.

Die Germanen und auch die Christen kannten bis in das Mittelalter hinein den Osterhasen nicht. Aus dem mythologischen Bereich gibt es im Gegensatz zu anderen Osterbräuchen auch keinen Anhaltspunkt für seine Existenz. Aber dann ist plötzlich ausgerechnet in einer medizinischen Abhandlung des Jahres 1682 von ihm die Rede. Sie liegt heute wohlverwahrt in der Universitätsbibliothek in Gießen. Man erfährt darin etwas von sogenannten Haseneiern, die zu der Zeit schon, also vor mehr als 300 Jahren, für die Kinder von Osterhasen in mehreren deutschen Landschaften, so in Westfalen, der Pfalz und im Elsaß, versteckt worden sein sollen. Mediziner betrachten diese Berichte allerdings mit Skepsis und raten zur Vorsicht, denn es seien keine Augenzeugen dafür nachweisbar, daß die Ostereier wirklich von den Hasen persönlich versteckt worden sein.

Wie dem auch sei, jedes Jahr zu Ostern geht abermals die Mär von freundlichen Osterhasen um, die mancherlei Überraschungen verstecken, und Millionen Kinder haben ihre große Freude daran.

Hans Bahrs

Aus GKS und PGR

Wehrbereich II

Emil Kladiwa

Zum dritten Mal feierte die Katholische Militärseelsorge und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich II 1987 den Weltfriedenstag.

Im Dom zu Hildesheim, zelebrierte der Bischof der Diözese Hildesheim, Dr. Josef Homeyer vor über 900 Soldaten der Bundeswehr und geladenen Gästen einen Soldatengottesdienst. Mitzelebranten waren deutsche und niederländische Militärfarrer sowie Oberpfarrer im Bundesgrenzschutz Johannes Seves, Stadtdechant von Hildesheim, Dechant Carl-Heinz Schulz, Diözesanmännerseelsorger der Diözese Hildesheim, Pfarrer Adolf Pohner, und der Propst von Braunschweig, Wolfram Trojok. Eingeladen zur Feier des Weltfriedenstages 1987 hatte der Katholische Wehrbereichsdekan II, MD Prälat Dr. Eduard Quiter, und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich II, Soldaten der Bundeswehr, Angehörige der Polizei und des Bundesgrenzschutzes sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Bereiches aus dem Raum Hildesheim, Braunschweig, Hannover und Northeim.

Seine mahnende und aussagekräftige Predigt, stellte Bischof Dr. Josef Homeyer unter das Thema: „Du hast den Menschen in seiner Würde wunderbar erschaffen“.

Der ausdrucksvolle Gottesdienst wurde mitgestaltet vom Pfarrgemeinderat und dem GKS-Kreis Hildesheim sowie dem Domorganisten und dem Bläserkreis des Gymnasiums Josephinum. Nach dem Soldatengottesdienst fand in den Räumen des Generalvikariats der Diözese Hildesheim für alle Teilnehmer am Gottesdienst ein Empfang statt.

Redner bei diesem Empfang waren der Katholische Wehrbereichsdekan II, MD Prälat Dr. Quiter, Frau Bürgermeisterin Feise aus Hildesheim, der Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Helge Hansen, der Geschäftsführer der GKS im Wehrbereich II, OTL a.D. R. Emil Kladiwa, und das Schlußwort hatte der Bischof der Diözese Hildesheim, Dr. Josef Homeyer.

Er sagte, die vereinzelt von Katholiken geäußerte Meinung, der Dienst des Soldaten sei moralisch bedenklich oder gar unmoralisch, und Kriegsdienstverweigerung sei heute eine ethisch gebotene Handlungsweise, könne nicht unwidersprochen bleiben. Solche Stimmen sprächen nicht für die katholische Kirche, meinte der Bischof.

Homeyer betonte, die deutschen Bischöfe stünden nach wie vor dazu, daß der Dienst des Soldaten unverzichtbar und ethisch gerechtfertigt sei, solange die Sicherheitspolitik „ethisch zulässige, ja verpflichtende Ziele“ verfolge. Dies hätten die Bischöfe 1983 in ihrem Wort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ zum Ausdruck gebracht. Er sähe, sagte Homeyer, keinen Anlaß anzunehmen, daß die Sicherheitspolitik „unseres Landes“ sich in den letzten Jahren grundlegend verändert hätte.

Beim anschließenden Erbseneintopf-Essen, vorzüglich und schmackhaft von den Köchen des Sanitätsbataillon 1 zubereitet, gab es noch viel gute Gespräche und einen anregenden Meinungsaustausch.

Bischof Dr. Josef Homeyer wurde gebeten, auch im Jahr 1988 die Feier des Weltfriedenstages in nun schon fast gewohnter Weise zu ermöglichen und den Soldatengottesdienst zu zelebrieren.

WAS ERWARTET ein Standortpfarrer eigentlich von seinem Pfarrgemeinderat? Das war die zentrale Frage, die der katholische Standortpfarrer WAHN, Militärdekan Freericks, der Arbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan III, die vom 13.—15. Februar 1987 in St. Meinolf tagte, am Freitagabend beantworten wollte.

Dekan Freericks gibt auf diese Frage eine umfassende Antwort: Er sieht für den Pfarrgemeinderat mehrere Schwerpunkte: Zunächst ist da die Arbeit mit den Soldatenfamilien, von der Information über gemeinsame Veranstaltungen bis hin zu sozialen Aktionen, z. B. für die Dritte Welt.

Dann muß der PGR sich einbringen: im Dienst am Standort — Flagge zeigen ist gefragt —, im Gottesdienst und schließlich, fast selbstverständlich für jeden (?), als Mensch unter Menschen. Dekan Freericks' Dank galt denen, die „sich mit uns suchend auf dem Weg des Glaubens begeben haben und immer wieder da sind, wo wir einander brauchen“.

Leider mußte Wehrbereichsdekan Hermann-Josef Kusen feststellen, daß längst nicht jeder Pfarrgemeinderat einen Standortpfarrer hat, der ihn auf diese Weise fordert.

Es gibt im Wehrbereich III immer noch mehrere Vakanzen und keine Hoffnung, die leeren Stellen in absehbarer Zeit zu besetzen.

Der Samstagvormittag war mit Schwerpunkt der „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi gewidmet. In dieser Erklärung wird die Verweigerung des Kriegsdienstes als sittlich geboten dargestellt. Welch ein Wandel in 30 Jahren: In seiner Weihnachtsbotschaft 1956 bezeichnete Papst Pius XII. die Kriegsdienstverweigerung noch als für Christen unmöglich. Und heute das!

Nicht nur die Kirche wird brüskiert, die auch heute eine andere Lehrmeinung vertritt, vielmehr ist der Soldat be- und getroffen: Er wird ausgegrenzt, quasi zum Sünder gestempelt; denn wer diesem so aufgestellten Gebot nicht folgt, muß ja in Sünde leben. Daß die Soldaten dieses nicht unbeantwortet lassen können, liegt auf der Hand.

Im weiteren Verlauf des Samstag kam dann auch die GKS zu ihrem Recht, deren Wehrbereichskonferenz wie immer gleichzeitig mit der Arbeitskonferenz stattfand. Der Sprecher im Wehrbereich III, OTL Karl-Heinz Tenschert, wies insbesondere auf einige Veranstaltungen/Seminare der GKS hin.

Ein Seminar der Thomas-Morus-Akademie, Bensberg, soll sich z. B. mit der ethischen Legitimation der Abschreckung beschäftigen, gleichzeitig stellte er das Thema der diesjährigen „Woche der Begegnung“ vor. Die Delegierten der Wehrbereiche, die von der Arbeitskonferenz gewählt wurden, sollen sich im April in Stapelfeld (bei Cloppenburg) dem Thema: Grundwerte leben — Unser Einsatz für die Grundwerte — gelegen oder ungelegen? widmen. Diesmal sollten sich die einzelnen Teilnehmer schon frühzeitig zur Thematik und ihrer Gestaltung äußern können. Anregungen nahm OTL Tenschert gern entgegen.

Weitere Themen der Arbeitskonferenz waren der Papstbesuch Anfang Mai, an dem auch die Soldaten mit ihren Familien teilnehmen können und sollten, der Versorgungsschutz bei Teilnahme von Soldaten an Veranstaltungen kirchlicher Gremien, der abschließend

noch nicht geklärt ist und deren Durchführung auf Schwierigkeiten stoßen wird; schließlich die Familienferien mit der Militärseelsorge. Hier kann jedem nur ans Herz gelegt werden, sich nicht nur rechtzeitig anzumelden (die Termine liegen Anfang November), sondern auch zur Vorsicht ein Ersatzziel anzugeben.

Abschluß der Arbeitskonferenz war ein Vortrag von Militärdekan Kusen über das achte Gebot und seine Bedeutung für unser tägliches Leben, an den sich eine lebhaft Diskus-sion anschloß. Festgestellt wurde eine starke wechselseitige Beziehung, ja Bedingung von Wahrhaftigkeit und Vertrauen, aber auch daß ein Zuviel an Wahrheit genauso schädigend wirken kann wie ein Zuwenig. Interessant schließlich, daß im Laufe der Diskussion das Sakrament der Buße gewissermaßen in den Mittelpunkt rückte.

Freyung

„Glockengeläut gehört nun zum Kasernenton“

Franz Pauli

Ein für eine Kaserne wohl ziemlich untypisches Bauwerk wurde vor kurzem eingeweiht: Der Glockenturm in der Kaserne „Am Goldenen Steig“ soll christliches Symbol sein und an die Säumerglocken erinnern.

Das ist wohl einmalig im ganzen Wehrbereich VI, freute sich Militärpfarrer Hable, als er in der Kaserne „Am Goldenen Steig“ ein ganz besonderes Bauwerk einweihen konnte: einen Glockenturm. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat diese Idee des Komman-deurs von Krockows verwirklicht.

Nicht nur aus den Kirchtürmen der Kreisstadt wird künftig Glockengeläut zu hören sein. Mitten in der Kaserne „Am Goldenen Steig“ steht nämlich ein Glockenturm, der künftig zu besonderen Anlässen Geläut hören lassen und die Soldaten zu Gebet und Gottesdienst zusammenrufen soll. Im Rahmen eines Standortgottesdienstes, der auch das feierliche Ge-löbnis der Rekruten einleitete, wurde der Glockenturm durch Militärpfarrer Hable und den evangelischen Pfarrer Denk feierlich eingeweiht.

Der Gottesdienst fand trotz heftigen Schneefalls im Freien vor dem neuen Glockenturm statt, der neben dem Gedenkstein für die verstorbenen Kameraden erbaut wurde. Die Glocke solle, so Hable, sich von einem Alarmsignal, einer Sirene oder einem anderen aku-stischen Signal dadurch unterscheiden, daß sie einen Ruf Gottes darstellt. Dieser Ruf sei Mahnung und Trost zugleich.

Es wäre schön, so der Militärpfarrer, wenn die Glocke, die im Holzturm nach allen Sei-ten sichtbar ist und noch nostalgisch per Strick in Bewegung gesetzt wird, einen festen Platz im Alltag des Kasernenlebens bekommen würde. Nicht nur zu besonderen Anlässen wie Standortgottesdienste, Volkstrauertag oder Weltfriedenstag solle sie geläutet werden, sondern auch Zwölf-Uhr-Läuten und Abendläuten sollten Tradition des Freyunger Batail-lons werden.

Die wohl in unserem Raum einmalige Idee, innerhalb einer Kaserne einen Glockenturm zu erbauen, stammt von Kommandeur Ulrich Graf von Krockow. Er mißt der Glocke zweierlei Bedeutung bei. Zum einen solle sie als christliches Symbol für die gläubigen Sol-

daten da sein und diese zum Gebet rufen. Zum anderen solle sie aber auch an den Namen der Kaserne erinnern: „Am Goldenen Steig“. Bei den Säumern hatten nämlich Glocken auch die Aufgabe, durch akustische Signale den rechten Weg auf der Wanderung durch den Bayerischen Wald zu weisen.

Die Ausführung dieser Idee hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten unter Federführung ihres Freyunger Sprechers, Hauptfeldwebel Vierlinger, übernommen. Die Bauplanung lag bei Oberfeldwebel Kammermeier, unter der Führung von Hauptfeldwebel Platen zimmerten Soldaten der 5. Kompanie den hölzernen Glockenturm fachgerecht zusammen.

Mainz

Gemeinsam mit den Angehörigen der amerikanischen und französischen Streitkräfte feierte die Militärgemeinde in Mainz den Weltfriedenstag in der Pfarrkirche Sankt Alban. In seiner Predigt wies Bischof Lehmann darauf hin, daß Streitkräfte nicht im Widerspruch zur Bergpredigt stünden. In einer Welt, in der Gewalt herrsche, sei auch der Soldat ein Friedensstifter, da er Krieg verhindern helfe. Bischof Lehmann warnte davor, nur im persönlichen Umfeld nach Frieden streben zu wollen. Das Motto des Weltfriedentages „Entwicklung und Solidarität — zwei Schlüssel zum Frieden“ mahne, die Probleme in der Dritten Welt nicht zu übersehen. In den anschließenden Fürbitten wurde denn auch appelliert, „Überschüsse abzugeben“ und „Lasten mitzutragen“ zugunsten der Menschen, die in Hunger, Elend, Krieg und Arbeitslosigkeit leben. Es konzelebrierten Militärpfarrer Dr. Prassel, der französische Aumonier en Chef Dubernard, der Geistliche Rat Pfarrer Nöll, Kaplan Swiatek, Militärdekan Prälat Hubert Bittorf und der amerikanische Chaplain Bomba.

Bonn

Informationsdefizite abbauen

Elke A. Fettweis

„Friedenserziehung in der Sowjetunion“ lautete das Thema des Vortrags, zu dem die GKS Kreis Bonn ihre Mitglieder und Freunde — besonders auch die Jugendlichen — eingeladen hatte.

Nach der Messe, die zum Gedächtnis an den im Dezember des vergangenen Jahres verstorbenen Oberstarzt Dr. Leo Salten zelebriert wurde, erwartete die Gäste ein überaus interessanter Vortrag.

Die Referentin, Elsa Seeher, wußte ihre Zuhörer zum einen durch das aktuelle Thema und ihr großes Wissen, zum anderen aber auch durch ihre rhetorischen Fähigkeiten zu „fesseln“.

Elsa Seeher ist gebürtige Tschechoslowakin, spricht mehrere Sprachen, darunter auch Russisch, und studierte Slavistik. Sie arbeitete unter anderem als Übersetzerin für das Bundespresseamt und begleitet seit 1973 russische Gäste der Bundesregierung bei deren Besuch

in der Bundesrepublik. Seit 1975 betreut sie sowohl russische Fachleute für Jugendarbeit auf der Fahrt durch Deutschland als auch umgekehrt deutsche durch die Sowjetunion. Mehrmals im Jahr bereist sie die Sowjetunion und verdankt ihren Sprachkenntnissen den direkten Kontakt besonders auch zur russischen Bevölkerung. Aussagen, Meinungen, Verlautbarungen in Zeitungen, Literatur, Kino u.ä. bleiben ihr nicht verborgen, sondern werden aufmerksam verfolgt.

Gleich zu Beginn ihres Vortrags machte sie auf die verschiedenen Definitionen von Begriffen wie „Frieden“ oder „Demokratie“ aufmerksam. So bedeute Friedenserziehung in Rußland Erziehung zur Bereitschaft, das Vaterland zu verteidigen, die Pflege des Geschichtsbewußtseins (besonders das stete Erinnern an den zweiten Weltkrieg) und die Erziehung zur Sehnsucht nach Frieden, indem die Angst vor dem Krieg bewußt geschürt werde. Es sei eine gesellschaftliche Aufgabe, die Kinder zu dieser Art von Frieden zu erziehen. Daran seien alle beteiligt: Elternhaus, Schule, Jugendbewegungen etc.

Wie auch alles andere vom Staat gelenkt werde, so gebe es in der Sowjetunion auch Jugendarbeit lediglich auf staatlicher Ebene. So auch die paramilitärische Erziehung, die GTO. Diese Abkürzung heißt übersetzt etwa „bereit zur Verteidigung“. Hier werden Jungen und Mädchen ab dem zehnten Lebensjahr — in verschiedene Altersklassen eingeteilt — „ertüchtigt“. Ab dem sechzehnten Lebensjahr beinhalte diese Ausbildung auch Schießübungen. Die Losung, unter der die Altersklasse der 28- bis 35jährigen Frauen bzw. 40jährigen Männer ausgebildet werde, laute „zum Einsatz bereit“. Freies Wirken in den verschiedensten Jugendorganisationen sei für die Sowjetbürger einfach unvorstellbar. Aufgrund ihrer Erziehung sei diese Form der freien Jugendarbeit für sie ebenso unverständlich wie auch jegliche Vorstellung von Privatbesitz, der über das Eigentum innerhalb der eigenen Wohnung hinausgehe.

In der Sowjetunion gebe es keine Friedensbewegung hiesiger Prägung und könne es nach dem Verständnis der Regierung auch nicht geben, da sich die Regierung selbst als Friedensbewegung verstehe. So hätten auch Spender für Friedensaktivitäten keinerlei Kontrollmöglichkeiten und Einfluß auf die Verwendung des Friedenfonds. Aus diesem Fonds unterstütze die Regierung zum Beispiel Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und Friedensforen, wie eines erst kürzlich in Moskau stattgefunden hat. Frieden werde nur von der Regierung gesteuert. Andererseits schätze und fördere die Sowjetunion (letzteres kann natürlich nicht oder nur schwerlich nachgewiesen werden) die Friedensbewegungen im Westen.

Aufgefallen sei Frau Seeher auf ihren Reisen, daß auf beiden Seiten — sowohl auf der sowjetischen als auch auf der bundesrepublikanischen — Informationsdefizite herrschten und Hintergründe sowie Zusammenhänge somit unverständlich oder unerkannt blieben. Die Bürger der Sowjetunion hätten aufgrund von Informationsdefiziten und -verzerrungen realitätsferne Vorstellungen vom Leben in der Bundesrepublik. Viele Russen seien der Meinung, in der Bundesrepublik gebe es nur Arbeitslose, Drogensüchtige, Neonazisten u.ä.

Auch eine Freiheit der Presse sei für die russischen Gäste völlig fremd. Daß eine Veröffentlichung nicht in jedem Falle die Meinung der Bundesregierung widerspiegeln müsse, sei für sie nicht verständlich. Aus ihrer Heimat sei ihnen lediglich eine regierungsgelenkte Meinung bekannt.

In ihrem Vortrag und dem anschließenden Gespräch wußte Elsa Seeher vieles aus ihren unmittelbaren Erfahrungen zu berichten und zu belegen. Daß die geplante „Sperrzeit“ überschritten wurde, rief den Zuhörern erst Oberst Szelag ins Gedächtnis. Der Applaus für die Referentin und das angeregte Gespräch zeigten, welchen Anklang der Vortrag gefunden hatte.

Schade, daß nicht mehr — vor allem junge — GKS-Mitglieder, -Angehörige und -Freunde den Weg in die Joachimstraße gefunden hatten. Daß zu einem solchen Thema nicht auch in Bonn und Umgebung stationierte Wehrdienstleistende und Soldaten kamen, verwundert, wenn man an die Klage denkt, daß Kasernierte an den Abenden nicht wußten, was sie unternehmen sollen.

Hammelburg

„Soldaten beten für den Frieden“ — Weltfriedenstag

Eva Albert

„Brüder, ihr seid eingeladen, alle ohne Unterschied, weil der Herrgott nicht auf Staaten, nicht auf Rang und Rasse sieht!“ — Diese Zeilen aus einem internationalen Friedenslied könnte man als Motto über den Weltfriedenstag stellen, den die kath. Militärgemeinde zusammen mit der GKS Hammelburg in der Christkönigskirche feierte. Zum festlichen Gottesdienst und anschließenden Stehempfang hatte Militärpfarrer Wolfgang Witzgall seinen amerikanischen Mitbruder, Pfarrer Jack Ryan, und dessen Soldatengemeinde aus Schweinfurt eingeladen.

Der Gottesdienst wurde von den beiden Militärggeistlichen gemeinsam in deutscher, englischer und lateinischer Sprache zelebriert und fand unter reger Anteilnahme der Bevölkerung statt. Für die musikalische Gestaltung sorgte die Gruppe St. Johannes, die mit ihren Gospelsongs ebenfalls zweisprachig auftrat.

Während der Messe sprachen die Geistlichen wiederholt davon, daß die Sprache eigentlich die einzige Barriere zwischen den Gläubigen sei. Dieser kleine Unterschied sei allerdings zu ertragen, wenn man den gemeinsamen Wunsch nach Frieden betrachte. Darüber hinaus betonte der amerikanische Geistliche, „Jesus love is universal“, und sprach damit die Gemeinschaft des Glaubens an. Pfarrer Witzgall begann seine Betrachtung mit einer Kindergeschichte, die verdeutlichte, wie wichtig menschliche Aufgeschlossenheit ist. Nachdem die Frage beantwortet war, in welchen Lebensbereichen und wie sich der Friede in unserer Gesellschaft zeigt, überraschte er die Gemeinde mit einem ungewöhnlichen Friedenstest. Dabei erhielt jeder einzelne Denkanstöße, inwieweit er Freiheit, Uneigennützigkeit und Entschuldigungen sinnvoll einsetzen kann.

Der stellvertr. Kommandeur der Kampftruppenschule 1, Oberstleutnant i.G. Eberhard Munz, sprach am Ende des Gottesdienstes von dem besonderen christlich-soldatischen Auftrag, den Frieden und die freiheitliche Ordnung mit militärischen Mitteln zu wahren. Er hob hervor, daß dieser Auftrag zum einen durch den Willen der Völker zu Frieden und Freiheit legitimiert, zum anderen von der christlichen Gewissensentscheidung getragen sei.

Abschließend reflektierte, stellvertretend für die US-Streitkräfte, der Kommandeur eines Panzerbattalions in Schweinfurt, Oberstleutnant Josef La Porte, über das Thema „Soldaten und Frieden“. Den Widerspruch, den mancher in der Verbindung dieser beiden Worte sieht, versuchte er zu relativieren. Er vertrat die Meinung, daß gerade ein Soldat den Wert des Friedens zu schätzen wisse, da er aufgrund seines Berufes näher mit dem Krieg und dem damit verbundenen Leid konfrontiert werde als so manch anderer. Nicht Schwäche, sondern Stärke sei die Ausgangsposition, die die Soldaten zu Friedensfürsten mache.

Sein Wunsch, daß sich die deutsch-amerikanischen Kontakte vertiefen mögen, realisierte sich nach Ende des Gottesdienstes beim Stehempfang im Pfarrsaal, wo der Sprecher des GKS-Kreises Hammelburg, Oberstleutnant Wilhelm Stapper, die Gäste willkommen hieß. Von der Möglichkeit der persönlichen Begegnung und des Gesprächs wurde rege Gebrauch gemacht.

Bonn

10 Jahre „Veranstaltungen für Frauen“ der Militärseelsorge Bonn

Astrid Rühle

Schon im Jahre 1976 fand meine Idee, Veranstaltungen für Frauen anzubieten, Unterstützung beim damaligen Militärpfarrer und meinen „Kameraden-Kollegen“ im Pfarrgemeinderat. So wurde im Jahre 1977 das erste „Wochenende der Meditation für Frauen“ (Verbindung christlicher und Zen-buddhistischer Elemente) unter der Leitung einer Ordensschwester angeboten. Dieses Angebot fand solchen Anklang, daß zwei weitere „Wochenenden“ folgten, aus denen sich bis 1980 eine feste Meditationsgruppe bildete (ca. 15 Teilnehmerinnen). Mit der Versetzung der Leiterin „starb“ diese Gruppe allerdings.

Nebenher wuchs auch das Interesse an „Kloster auf Zeit“ — die Teilnahme am klösterlichen Leben. Nachdem ich einige Klöster der Umgebung angeschrieben hatte, entschieden wir uns für das Kloster der Benediktinerinnen in Steinfeld in der Eifel. Dort wurde bis einschließlich 1985 mindestens einmal im Jahr „Kloster auf Zeit für Frauen“ durchgeführt. Dauer: 2—4 Tage (optimal wäre 1 Woche!), günstigste Teilnehmerzahl 10—12. Die Frage nach „Wochenende“ oder „während der Woche“ entschied sich zugunsten der Wochenenden (vor allem wegen der Berufstätigen). Da wir nach dem Umbau des Klosters dort nicht mehr unterkommen konnten, waren im Jahre 1986 Dominikanerinnen in Angermund unsere Gastgeberinnen.

Jedenfalls ist diese Veranstaltung bis heute ein Erfolg, ja 1985 nahmen erstmals 15 Männer an „Kloster auf Zeit für Männer“ in Maria Laach teil! — Zusätzlich griff unser letzter Militärpfarrer die „Frauenfrage“ auf und traf sich in 2—3monatlichem Rhythmus mit uns beim „Dämmerchoppen für Frauen“. Dabei wurde zunächst die Hl. Messe gefeiert, danach folgte ein „lockeres Beisammensein“ bei Kaffee und Kuchen. Diese Tradition wird von unserem neuen Militärpfarrer fortgeführt.

Zweimal wurden Sonderveranstaltungen angeboten, eine Fahrt zur Insel Nonnenwerth und die Besichtigung des Bonner Caritashauses.

Leider sind meiner Kenntnis nach solche Veranstaltungen im Bereich der Militärseelsorge immer noch recht selten.

Aus der nahen und weiten Welt

Österreich

AKS-Frühjahrskonferenz im Stift VORAU

Michael Haubl

In der Zeit vom 9. bis 12. März fand im Bildungshaus des Augustinerchorherren-Stiftes VORAU die Frühjahrskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) statt.

Unter dem Vorsitz von Divr Karl MAJCEN und in Anwesenheit des neuen Militärgeneralvikars Msgr. Josef LEBAN berieten 25 Delegierte aus allen Bundesländern neben organisatorischen Fragen vor allem die Konsequenzen, die sich für die AKS aus der durch die Bildung des Militärordinariates veränderten Situation ergeben. Unterstanden bisher nur die Soldaten und deren Familien der Jurisdiktion des Militärbischofes, gehören nunmehr auch die zivilen Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung dem Militärordinariat an.

Der neue Militärbischof, Dr. Alfred KOSTELECKY, nahm die AKS-Frühjahrskonferenz zum Anlaß, in einem Grundsatzreferat seine Vorstellungen über die Beziehungen zwischen Militärordinariat und Militärseelsorge zur Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten darzustellen. Er verband diese Ausführungen mit einem Rückblick auf die historische Entwicklung der Militärseelsorge im Bundesheer, deren Kenntnis erst die Voraussetzungen für das Verstehen der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung schafft. Im Anschluß an den Vortrag stand der Militärbischof noch für Gespräche mit den Tagungsteilnehmern zur Verfügung.

Einige Gesprächsbeiträge zeigten deutlich, daß so manche polemische Stellungnahme gegen die Neuregelung der Militärseelsorge teils aus mangelnden Fachkenntnissen des Kirchenrechtes, teils aus einer grundsätzlichen negativen Einstellung zu Fragen der Landesverteidigung heraus erfolgte.

Dazu kommt, daß in den Medien die Meinung einiger weniger oft die Meinung der „schweigenden Mehrheit“ dominiert!

Der Besuch des Militärbischofes fand mit einem Gottesdienst in der Kapelle des Bildungshauses seinen Abschluß.

Der weitere Verlauf dieser Tagung war verschiedenen aktuellen Themen wie Militärpfarrgemeinderats-Wahlen, Feier des Weltfriedenstag im Bundesheer. Kontakte der AKS zu den Gliederungen der Katholischen Aktion sowie den Berichten der Vorsitzenden der einzelnen Arbeitsgemeinschaften aus ihren Bereichen gewidmet.

Lebenslauf des neuen österreichischen Militärbischofs

Alfred Kostecky wurde am 15. Mai 1920 in Wien geboren. Entscheidende Jahre seines Lebens fielen in die Zeit des nationalsozialistischen Regimes und ließen ihn zum engagier-

ten Widerstandskämpfer werden. Bereits als Führer der katholischen Jugend lernte er 1938 die Behandlungsmethoden der GESTAPO kennen. 1940 wurde er als junger Theologiestudent zum Militärdienst einberufen. Im Laufe des Krieges wurde er viermal verwundet, davon zweimal schwer, ehe er in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet. Im November 1945 kehrte er heim nach Wien und beendete sein Theologiestudium. Am 29. Juni 1948 wurde er zum Priester geweiht. Nach einem Einsatz als Kaplan in Wolkersdorf in Niederösterreich ging er nach Rom, um Kirchenrecht zu studieren. 1954 promovierte er dort mit seiner Arbeit über „Die Rechtsbeziehungen zwischen den Seelsorgern und dem Kapitel am Wiener Dom“. Diese Arbeit wurde 1963 als erstes Werk der Reihe „Wiener Beiträge zur Theologie“ von der katholisch-theologischen Fakultät in Wien publiziert.

Nach Wien zurückgekehrt, wurde Dr. Kostecky 1956 vom damaligen Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz, dem Salzburger Erzbischof Dr. Andreas Rohrer, mit der Geschäftsführung des Sekretariates der Bischofskonferenz betraut. Später wurde er Kanzleidirektor und ab 1977 gewählter Sekretär der Österreichischen Bischofskonferenz.

Bereits 1954 übernahm Dr. Kostecky die Funktion eines kirchlichen Advokaten. 1961 ernannte ihn Kardinal Dr. Franz König zum Vizeoffizial und 1980 zum Offizial des Wiener Dom- und Metropolitangerichtes. Als einer der führenden Kirchenjuristen Österreichs war er auch Präsident der „österreichischen Gesellschaft für Kirchenrecht“. Außerdem fungiert er als erzbischöflicher Prüfungskommissar für Kirchenrecht an der Universität Wien. 1965 wurde er weiters vom Wiener Erzbischof zum Außerordentlichen und 1970 schließlich zum Ordentlichen Mitglied der Wiener katholischen Akademie ernannt. 1966 wurde er Rektor des „Thomaskollegs“, eines Priesterausbildungsinstituts. In den 70er Jahren hatte er auch die Funktion des Wiener Diözesandirektors des „Canisiuswerkes — Zentrum für geistliche Berufe“ inne. Danach wurde er Mitglied des Kuratoriums und des Wirtschaftsausschusses dieser Einrichtung zur Förderung des Priesterberufes.

Im Wiener Stephansdom wirkte Dr. Kostecky von 1956 bis 1958 als Domvikar. 1967 wurde er Domkapitular. Am 6. August 1971 ernannte ihn Papst Paul VI. zum Ehrenprälaten. Für seine Verdienste um die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche wurde er 1972 vom Bundespräsidenten mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. 1980 erhielt er das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs.

Parroquia nuestra Señora de los Dolores

Liebe Freunde in Deutschland!

Vor Anfang des Advents wollte ich diesen Rundbrief schreiben, und nun fürchte ich, daß er vielleicht nach Weihnachten bei Ihnen ankommt.

Schon wieder geht ein Jahr zu Ende, ein unruhiges Jahr für uns und mit vielen neuen Aufgaben für mich.

Die politische Situation hat sich nach dem Attentat auf General Pinochet etwas beruhigt. Das Militär hat wieder einmal gezeigt, daß es die ganze Macht in der Hand hat und daß es ein großer Unsinn ist, an eine gewaltsame Lösung der Probleme zu denken. Der Ausnahmezustand wurde verhängt und massive Hausdurchsuchungen sind durchgeführt worden. Das Attentat hat die Regierung noch mehr gefestigt.

Nach dem Attentat war die Opposition wie gelähmt. Langsam begreifen alle Gruppen in der Opposition, daß sie an die versprochenen Wahlen von 1989 denken müssen und daß man einen angesehenen Kandidaten finden muß, der gegen Pinochet in die Wahlen gehen soll. Man findet den Kandidaten noch nicht.

Meine Arbeit in diesem Jahr war hauptsächlich in der Pfarrei und im Priesterseminar. So war es zumindest geplant... aber der Mensch denkt und Gott lenkt. Vom Dechanat erhielt ich den Auftrag, für die soziale Arbeit im Dechanat zu sorgen. Das hat mich vor allem in der ersten Jahreshälfte sehr viel Zeit, Kraft und auch Geld gekostet. Wir konnten aber sehr viel unternehmen und die Sachen mehr oder weniger so organisieren, daß sie nun von den Laien getragen werden. Eine gute Sozialarbeiterin und eine Sekretärin waren hier das Wichtigste. Sie haben eigentlich die ganze Arbeit getragen.

Es sind hauptsächlich drei Schwerpunkte gewesen:

1. Ein Beschäftigungsprogramm
2. ein Ausbildungsprogramm
3. ein Rehabilitierungsprogramm.

Dazu kommen noch mehrere Aktionen, die mehr caritativer Art sind wie die Kinderspeisung, brüderliche Hilfe, Besorgung von Medikamenten und Kleidung usw.

Die Sozialarbeiterin hat auch sehr vielen Personen bei Beratung in der Sprechstunde helfen können. Wir könnten mehrere beschäftigen, wenn wir das Geld dafür hätten.

Das *Beschäftigungsprogramm* steht unter dem Namen „Weberinnen Marias“, und es umfaßt ca. 200 Frauen, die sich ein wenig Geld verdienen durch das Stricken. Es sind Frauen von Arbeitslosen oder alleinstehende Frauen mit Kindern. Inzwischen haben sie Ganz gut gelernt, und ich habe eine gute Frau gefunden, die die Leitung vom ganzen übernommen hat. Ich muß mich hier ganz besonders bei vielen von Euch bedanken, die für diese Arbeit geholfen haben. Die Gruppe hat sich in einem Jahr zu einer ausgezeichneten Fabrik entwickelt, die immer mehr Bestellungen von dem Ausland bekommt. Zur Zeit machen sie wunderbare Sachen.

Das *Ausbildungsprogramm* hat kostenlose Ausbildung in drei Fächern gegeben in einem Rhythmus von drei Monaten. Bis jetzt haben 150 Personen diese Ausbildung bekommen, und alle konnten anschließend als Fachkräfte eine Arbeit in der Industrie finden.

Das *Rehabilitierungsprogramm* richtet sich an drogenabhängige Jugendliche oder solche, die dem Alkoholismus verfallen sind. Hier konnten wir bis jetzt nur ein Zentrum finden. Wir konnten ein verlassenes Gebäude kaufen und es langsam reparieren. Im März fängt die eigentliche Arbeit dort an.

In einem früheren Rundbrief erzählte ich, daß ich in der Vorbereitungskommission für den Papstbesuch mitarbeite. Das bedeutet sehr viel Arbeit, und somit hat sich im Laufe des Jahres der Schwerpunkt meiner Arbeit verlagert. Ich habe hier in einer Kommission für Katechese angefangen, und das bedeutet eine Arbeit, die nur einmal in der Woche lief. Heute bin ich aber von montags bis freitags von 9 Uhr bis 21.00 Uhr und oft viel später im Büro des Papstbesuches. Meine Gemeinde leidet stark darunter, weil ich nun dort fast nur an den Wochenenden bin. Meine Arbeit hier ist sehr vielfältig. Eigentlich bin ich eine Art Privatsekretär des Bischofs, der dieses Büro leitet. Das ist übrigens der Bischof Francisco José Cox, Erzbischof von La Serena, der mich zum Priester geweiht hat. Er ist ein junger Bischof und arbeitet unermüdlich. Ich muß viele Dinge für ihn schreiben und Sachen erledigen, die mich ganz schön anstrengen.

Es ist aber eine sehr interessante Arbeit. Man kommt in Berührung mit sehr vielen und oft sehr wichtigen Leuten.

Zwischendurch mußte ich einen Katechismus schreiben. Es ist eine Hilfe für die Vorbereitung von Erwachsenen auf die Sakramente. Eine ganz einfache Einführung in die Glaubenswahrheiten mit Fragen und Antworten. Die Bischöfe wollten etwas „ganz Einfaches, das jeder lesen und verstehen kann“, aber eben das war gar nicht so einfach. Bis jetzt hat man 50000 Exemplare davon verteilt, was für unser Land sehr viel ist.

Der Papstbesuch hat in Chile sehr viel religiöses Leben geweckt. Wir wollen, daß der Besuch eine große Katechese für Chile bedeutet. Der Papst kommt unter dem Motto: Johannes Paul II., Botschafter des Lebens. Er wird uns die Botschaft Christi bringen, der Weg, Wahrheit und Leben ist. Christus ist das Leben, das unser Land braucht. Das Zentrum der Vorbereitung des Papstbesuches ist ein „Familienaltar“, der in jedem Haus eingerichtet werden soll. Mittelpunkt des Familienaltars ist ein Christusbild, das aus dem Grabtuch von Turin entnommen wurde. Bis jetzt haben wir 1600000 solche Familienaltäre gedruckt und verteilt. In Chile leben 12 Millionen. Das bedeutet, daß fast in jeder Familie der Familienaltar eingerichtet worden ist. Der Abdruck ist in Farbe und hat 20 cm mal 28 cm. Der Papst wird in Chile vom 1. April 1987 bis zum 6. April 1987 sein. Es ist das erste Mal, daß ein Papst zu uns kommt. Er wird 8 Städte besuchen und anschließend nach Argentinien fahren.

Für mich bedeutet der Besuch, daß ich in diesem Jahr keine Ferien machen kann. Bei uns ist die Zeit der Ferien im Januar und Februar, und dadurch die Vorbereitungen sind sie für

mich ausgeschlossen. Nach dem Papstbesuch kann ich leider nicht wegen der Vorlesungen im Priesterseminar und an der Katholischen Universität.

Leider werde ich auch nicht die Jugend in die Ferienlager begleiten. Ich werde sie nur vielleicht besuchen können. Aber ein Papstbesuch ist ein einmaliges Ereignis, ja ein Ereignis des Jahrhunderts, und darum muß man vieles in Kauf nehmen.

Mein nächster Rundbrief wird nach dem Papstbesuch sein, und ich hoffe, Ihnen schöne Erlebnisse berichten zu können.

Nun wünsche ich allen ein gnadenreiches Weihnachtsfest und ein gesegnetes neues Jahr.

Möge das Christkind Sie alle segnen und reichlich vergelten für alles, was Sie uns geholfen haben. Wenn der liebe Gott nichts anderes verfügt, werde ich im nächsten Jahr Weihnachten in Deutschland feiern, weil ich an einem Terziat teilnehmen werde.

Voraussichtlich also werde ich 3 Monate dort verbringen. Es ist schön, die Gelegenheit zu haben, wieder einmal Weihnachten mit Schnee zu feiern und viele alte Freunde zu treffen. Wir haben zur Zeit 32°C Hitze.

Ich wünsche allen alles Gute und Gottes Segen und verbleibe,

Ihr

P. Eduardo Cano

SWA/Namibia

Liebe Mitchristen in der GKS!

Otshikuku, den 10.11.1986

Die Stimme eines Verschollenen: Ja, ich lebe noch! Ab heute setze ich mich hin, gebe alles in die Hand Gottes und fange diesen Brief an. Seit einem Jahr versuche ich, dazu zu kommen. Wer sich geärgert oder mich abgeschrieben hat, dem kann ich es nicht einmal übelnehmen. Um so herzlicher danke ich all denen, die weiterhin treu, ab und zu oder regelmäßig, Geld überwiesen, Kleidung nach Mainz sandten oder mit Brief oder Karte einen Gruß schickten. Ganz besonders danke ich Euch für Euer Gebet. Auch ich habe oft für Euch gebetet. Immer wieder habe ich erfahren, daß Gott schützt, eingreift und die Dinge wunderbar lenkt. Als ich am 27.10. in Ilyateko, weit weg im Uukwaludhi-Gebiet, den Wagen mit dem Wagenheber hochbockte, um die Ursache für das komische Brummgeräusch zu finden (das Getriebeöl war weg!), zog ich meinen Kopf gerade wieder unter dem Wagen hervor, als der Wagenheber in den Sand einsackte und der Wagen runterkam. Mir blieb nur der Schreck, der Dank an Gott und der gute Vorsatz, nie wieder so unvorsichtig zu sein.

Jetzt bin ich genau 3 Jahre hier (Abflug: 3.11.83), seit 24.9.85 bin ich Mitglied der Viceprovinz der Oblaten von Namibia und hoffe, Ende dieses Jahres auch meine Daueraufenthaltserlaubnis zu erhalten. 3 Jahre Missionar in Owambo! Ich hätte bestimmt gedacht, daß ich nach 3 Jahren die Sprache, sowie Land und Leute kennen würde. Es ist keineswegs so. Ich habe auch nicht den Eindruck, daß es überhaupt vorangeht. Dabei ist das Schlimmste, daß ich die Leute nicht verstehe, nicht das, was sie sagen, und eigentlich auch nicht ihr tieferes Denken und Fühlen. Langsam wächst in mir die Erkenntnis des weisen Sokrates: Ich weiß, daß ich nichts weiß. Manchmal ist das entmutigend, meistens zwingt es mich, zu dem zu gehen, der tatsächlich alles weiß und versteht.

Bei diesem Brief versuche ich, 2 Blätter dünnes Papier mit einfachem Porto zu schicken. Dadurch bleibt nicht soviel Schreibraum. Es wird wohl auch etwas trockener sein. Hier einige wichtige Ereignisse für uns (die von 85 habe ich größtenteils vergessen): Wir bekamen viele Kleidersendungen — und jedesmal waren sie schnell wieder verteilt. Weil der alte Lkw auf langen Strecken nicht mehr zuverlässig war, mußten wir einen neuen Lkw (Mercedes 7,5 to) für die stolze Summe von 57000 Rand kaufen. Gott gebe, daß er so lange fährt, wie der alte. Am 14.7.85 hatten wir tatsächlich morgens -1° und am 6.10. nachmittags 41°; dieses Jahr bleibt es in Grenzen, meist um 37—38°.

1986 begann mit einem großen Fest unserer Benediktinerinnen von Otshikuku (OSBO). 2 Novizinnen machten ihre 1. Gelübde, 2 Sr. ihre ewigen, 8 Postulantinnen begannen ihr Noviziat, und 8 Mädchen kamen als Postulantinnen. Die Gemeinschaft wächst und übernimmt immer mehr Aufgaben. Z.B. in Okahandja, im weißen Gebiet, ist eine schwarze Sr. Gemeindeleiterin, so wie auch in Ilyateko.

Die neue Nuuyoma-Sec. School (Kl. 8—10=Std. 6—8) begann das Schuljahr mit 930 Schülerinnen und Schülern. Aber es fehlen — noch immer — genügend Betten, so daß einige zu zweit auf einer Matratze schlafen müssen. Wenn überall doppelstöckige Betten stehen, ist Platz für 1200 Schüler. Ihnen möchte ich ein bißchen helfen. In ihrer Bibliothek stehen nur ausrangierte Schulbücher, sonst nichts! Deshalb habe ich nach Amerika geschrieben, uns gute Bücher in Englisch — umsonst — zu schicken. Langsam läuft es an. Aber wir werden noch viel brauchen, denn so sieht es überall aus. Wer gute englische Bücher jeder Art hat, die der nicht braucht, könnte sie zu unserer MVO nach Mainz senden, von wo aus sie mit Container kommen könnten. Ein anderes Projekt für sie ist der Ankauf von Lehrmitteln für den Naturkundeunterricht, mit Hilfe von Spenden aus Dtl., besonders Dillingen. An manchen Schulen in Owambo gibt es ein Naturkunde-„Laboratorium“, aber nirgendwo ein einziges Instrument, Mikroskop, Waage, Glas... Das Geld für einen 1. Teil liegt nun bereit, die Bestellung ist durch die Lehrer selbst geschehen, aber die Sachen sind noch nicht geliefert. Wenn es also irgendwo gebrauchte, funktionsfähige Instrumente gibt (Fachlehrer, schaut doch mal nach!) könnten sie über Mainz den Weg hierher finden. Wenn ich sehe, was fehlt, kann ich nicht einfach zusehen und nur über „die da“ schimpfen. Ich unterstütze nur die Schüler hier, die beim Examen wie die weißen Kinder gefragt werden, aber vorher nicht wie die Weißen lernen konnten.

Am 2.2. war ein großer Tag für uns Oblaten: Fr. Liborius Ndumbukuti Nashenda OMI hat seine ewigen Gelübde abgelegt. Wenn Gott es will, wird er der erste Owambo-Priester sein. Er ist ein feiner Kerl, und ich freue mich riesig, daß mit ihm der Anfang gemacht ist. Die Bereitschaft zum geistlichen Beruf wächst. Nur der schulische Weg ist schwer. Helft uns beten!

Anschließend habe ich im Februar Urlaub gemacht und dabei die Mitbrüder im Binnenland besucht. Gleich zu Anfang erlebte ich das sonst trockene Revier auf dem Weg kurz vor Döbra als reißenden, breiten und tiefen Fluß. Ein 1-to-Bakkie, das noch durchfahren wollte, blieb in der Mitte stecken mit 7 Mann darauf, dann kippte es um, überschlug sich, kam wieder auf die Räder und blieb weiter unten hängen. Den 7 Leuten ist nichts passiert. 4 schwammen ans Ufer, 3 wurden in der Nacht durch die Feuerwehr gerettet. Ich hatte versucht, mit einem anderen zusammen im Schulterschluß hinüberzuwaten, aber das Wasser riß uns die Beine weg. Zum Schluß mußte noch der Rettungswagen der in einem Loch steckenblieb, selber gerettet werden. Das dauerte bis 1 Uhr. Am nächsten Morgen blieb der neue Lkw von Otshikuku bei der Durchfahrt auch stecken und mußte von einem anderen Lkw und einem Traktor an Land gezogen werden. 2 Männer aus Heinsberg, die mit nach O'kuku wollten, bekamen gleich einen richtigen Eindruck von unserem Land. Es waren Herr Franz van der Lieck u. Dieter Esser. Sie kamen, um ein Bohrgerät zum Wassersuchen zusammenzusetzen und auszuprobieren. Dafür haben sie eine Art Schlitten konstruiert, der, auf einem Anhänger montiert, herausgeklappt und aufrecht aufgestellt werden kann. Dadurch, wie bei einem Halteturm bei einer Rakete, ist es möglich, viele Teilstücke zu einem langen Gestänge zusammenzusetzen und dieses sehr genau gerade nach unten zu führen. Bei der Wassersuche ist das Wasserbohren eine wichtige

Sache, damit nicht tiefe Brunnen umsonst gegraben werden müssen. Inzwischen arbeitet das Gerät gut, die hiesige Mannschaft ist darauf eingespielt, und in vielen Fällen wurde bereits gutes Wasser nahe beim Gehöft (bitte, nicht „Kraal“ sagen, das ist der Viehstall!) gefunden. Dann können die Leute selber einen Brunnen graben, und der wiederum kann durch Betonringe (InnenØ: 120 cm, H. 60, Dicke 8) aus der Werkstatt Br. Wiesenmüllers gestützt werden, damit die Brunnenränder nicht einstürzen und das Wasser sauber bleibt. Diese Ringe sind vielseitig verwendbar: Brunnen, Getreidespeicher gegen Termiten, Regenwasserbehälter, Toilettengrube mit origineller Deckplatte. . . , billig: 40 Rand mit Hinbringen und Aufstellen, und inzwischen viel gefragt.

Im Urlaub war ich bei P. Alfred Zaby in Waldfrieden bei Omaruru. Dort ist eine Farm mit ca. 300 Rindern, ein großer Gemüsegarten, eine Schule & Internat (320 Mädchen) und eine Kommunität von 4 Schwestern vom Hl. Kreuz. Sein Seelsorgegebiet ist riesengroß. Als ich mit ihm rausfuhr, erlebte ich eine andere Missionssituation: Große Entfernungen, kleine Gruppen, große Armut im Land. Dasselbe fand ich bei P. Manfred Förg in Khorixad, der Hauptstadt des Damaralandes. Mit Manfred war ich zusammen im Noviziat. Es tat gut, einmal Zeit zu haben zum Austausch. Diese Männer im Binnenland arbeiten unter schwierigeren Bedingungen als wir, vor allem allein. Deshalb wird überall die Eigeninitiative der Gemeinden gefördert. Sie halten selber ihre Gottesdienste, unterrichten, verwalten ihr Geld und entscheiden. Schlimm und schwer für die Arbeit ist die verworrene Ehe-Situation bei vielen. Sie können keine Sakramente empfangen, und daher auch nicht Kommunionhelfer werden. Hier liegt ein fast unlösbares Missionsproblem. Da kann nur Gott durch Gnadenwunder helfen. Für mich war diese Zeit neben dem Erlebnis der Mitbrüderlichkeit eine sehr lehrreiche Erfahrung. In unserem Land und Vikariat gibt es die gegensätzlichsten Verhältnisse. Bei der eigenen Arbeit ist es hilfreich, das im Auge zu behalten.

Im vorigen Brief habe ich als Projekt den Kirchbau von Omutaku gwaKayupa angedeutet. Die Kirche steht, schön wie ein Dom, mit den Farb-Fenstern der alten Kirche von Usakos. Am 31.5., anlässlich der Firmung, wurde sie feierlich vom Bischof eingeweiht — und platz aus allen Nähten. Vielleicht ist sie schon zu klein? Es ist für mich unmöglich, die Mitgliederzahl einer Gemeinde festzustellen. Das Zählen ist kompliziert, auch Lehrer (hier!) können das nicht ohne weiteres. Und bei einer hl. Messe kommen oft Gläubige aus den Nachbargemeinden. Weit im Süden, in der Wüste, kommen sogar viele evangelische Christen der Gegend zur Messe. Sie freuen sich einfach über den „Besuch des Pata“. Sie halten eine kl. Grußansprache, und wir singen auch evangelische Lieder.

Die Kirche von Omutaku wurde unter maßgeblichem Einsatz unseres Missionshelfers Ulrich Kopp (Uli Koppu) aus Schramberg im Schwarzwald gebaut. Von 8. 85—9.86 hat er hier in O'kuku um Gotteslohn gearbeitet. Mit ihm hat uns Gott für ein Jahr gesegnet. Eigentlich war er im Handwerk kein Fachmann: Theologiestudent im 2. Semester, 24 J., von einem Nebenerwerbshof. Aber er konnte denken und lernen, und er war mit seinem Glauben und Herzen hier. Zuverlässig und eifrig, war er für Br. Gerhard und uns alle hier eine echte Hilfe. Während dieses Jahres verlor er nichts von seinem schwäbischen Humor

und Akzent. Einmal bangten wir um sein Leben, bis der böse Feind gefunden war: Paratyphus B. Eine Nierenbeckenentzündung hatte die Diagnose erschwert. Aber er schaffte es: Gott hat noch etwas mit ihm vor. Einen Helfer wie ihn könnten wir wieder gebrauchen. Die tatsächlichen Kenntnisse und Fertigkeiten sind zunächst nicht einmal so entscheidend, aber natürlich wertvoll. Wichtig ist eine solide Beziehung zu Gott, um hier im Busch mit uns leben zu können, unter vorgegebenen Bedingungen. Ferner Denken-Können, Geduld und Lernbereitschaft, Fähigkeit zur Kooperation und Liebe zu den Leuten, wie sie nun einmal sind. Abenteuerlust oder Touristik kommen nicht auf ihre Kosten. Ein bißchen robuste Gesundheit und nicht zimperlich wäre schon gut. Wer wagt's? Ein Handwerksmeister könnte ausbilden und wäre in seinem Fach eine Entlastung für Br. Gerhard, der praktisch alle handwerklichen Berufe — möglichst zu gleicher Zeit — ausüben muß, damit der Karren läuft. Daneben sollte er noch Kirchen bauen und Entwicklungsarbeit leisten...

Ach, Ihr merkt es schon, ich komme ins Erzählen, und der Brief soll doch kurz werden! Br. Gerhards neueste Technik: Rundhausbau mit Ein-Weg-Bierflaschen als Ziegel: 1. leicht zu bauen, 2. billig, 3. leicht zu finden, 4. Flaschen verschwinden von der Bildfläche. Die Leute beginnen sie zu sammeln. Das „Bierflaschenhaus“ wird ein Schlager. Hoffentlich steigert es nicht den Bierverbrauch!

Vom 1.5.—8.6. hatten wir Firmung: 1504 Firmlinge an 19 Stellen. Am 1.5. begannen wir mit Beicht hören, Prüfen und Üben, und ab 15.5. gingen wir mit dem Bischof auf Tour, parallel gingen Beichte und Üben weiter. Die Firmlinge (14—80) waren ganz bei der Sache, ebenso der Bischof. Er stammt vom Kavango, aber sprach Otshiwambo. In seinen 1stündigen Ansprachen bezog er die Gemeindeglieder mit ein und brachte sogar manchen bis zum Katecheten und Schultr. hin mit direkten, ungewohnten Fragen in Verlegenheit. Dazu noch ein paar Zahlen: um Ostern 85 herum habe ich 2126 Beichten gehört, Weihnachten war es nur 1933, und Ostern 86 kamen 2423. Bei einem Einkehrtag in der Nuuyomaschule hatte ich bis Mitternacht 154 Beichten gehört, den noch wartenden ca. 100 gab ich dann die Generalabsolution.

Nach der Firmung kam eine harte Zeit: vom 11.6.—12.9. war P. Schulte in Dtl. auf Urlaub und ich hier als Priester allein. Eigentlich hätte ich es ja jetzt können müssen, aber ich konnte es nicht. Es war furchtbar. Mir fehlten die Informationen, da war Arbeit, die für 2 nicht zuwenig ist, und ich verstand die Leute nicht. Ein paarmal war ich wütend oder am Ende und wäre am liebsten davongelaufen. Nur wäre das keine Lösung gewesen. Erst gegen Ende fand ich einen Weg, als ich entdeckte, daß diese Zeit wohl auch ein Trainingsprogramm von Gott her sein sollte. Und ich Idiot habe die ganze Zeit nur auf die Arbeit und auf mich gestiert und auf P. Schulte, den ich in Abwesenheit für alles verantwortlich machte, aber nicht auf Gott vertraute, der etwas vorhatte. Insgesamt wurde es eine fruchtbare Zeit, in der ich viel lernte und in der viel geschah.

Am 12.7. habe ich im Rahmen der Wochentagsmesse des Tages meiner Priesterweihe vor 25 Jahren gedacht. Manche von Euch haben das Datum erfahren und mir geschrieben.

Herzlichen Dank besonders Euch, liebe Mitbrüder! Die Predigt für mich waren die Tageslesungen vom Sa. der 14. Woche. Gott hatte sie gut ausgesucht. Abends wurde gesungen und getanzt. Ja, ich bin froh, Priester und Oblate zu sein, und danke Gott, daß er mir in diesen Jahren die Treue gehalten hat, während ich ihm manche Jahre gestohlen habe... Wie lange ich jetzt noch zu leben und zu arbeiten habe, weiß ich nicht. Aber die verbleibende Zeit möchte ich für die wesentlichen Aufgaben einsetzen. Das heißt: Beschränkung auf das Evangelium und Konzentration auf das Reich Gottes. Alles andere ist zweitrangig. Gott zeigt mir immer wieder, daß das mein Weg sein muß.

In der Zeit ohne P. Schulte wurde mir klar, daß dabei die Sprache noch immer Priorität behält. Deshalb ging ich im Oktober 3 Wochen nach Ilyateko, weit im Busch, im Gebiet der Aakwaludhi (1 der 7 Stämme). Dort tragen 7 OSBO-Schwester eine Missionsstation ohne Priester. Sie leiten die Gemeinde, eine Klinik, ein Internat mit 30 Mädchen und stellen 2 Lehrerinnen in der Schule. Licht spendet ein Sonnenkollektor. Dort versuchte ich in Owambo-Umgebung Otshiwambo zu lernen und zu üben. Aber der Erfolg ist bescheiden. Es geht einfach nicht mehr so leicht, wie (ich) früher (glaubte).

Gerade noch rechtzeitig kam ich nach O'kuku zurück, um am 31. 10. den Geburtstag von P. Schulte mitzufeiern. Er wurde 65, aber Pensionär wird bei uns nur eine halbe oder $\frac{3}{4}$ Leiche. Die anderen tun, was sie können, solange sie es können, dort, wo sie gebraucht werden. P. Schulte ist seit 52 im Lande, und seit 58 in O'kuku. Seine Christen beten gern für ihn um Gesundheit und Segen für seine Arbeit hier. Sie erfahren ja täglich, welch Geschenk, Gottes ein Priester ist. Voriges Jahr waren wir einmal in ernster Sorge um ihn, als seine Kraft ihn rapide verließ. Wir feierten die Krankensalbung mit ihm — da kam der Ärztin, Sr. Dr. Maria Gottfried Bonath, der Gedanke, ob er etwa Zucker habe? Die Probe ergab Diabetes mit hohen Werten. In Windhoek wurde die richtige Therapie gefunden. Seither muß er sich selber täglich 2x Insulin spritzen. Aber er ist wieder voll im Einsatz. Heute (11. 11.) sind es genau 10 Jahre, seit er nach einem Herzinfarkt in Dtl. (Arzt: Nie wieder Namibia!), als der Blutdruck nicht sinken wollte, sich kurzerhand ins Flugzeug setzte und zurückkam. Hier war der Blutdruck wieder normal. Stellt Euch vor, er wäre tatsächlich drüben geblieben! Sein Spitzname unter den Leuten: Enderera (=schnell, schnell!)

Am 7. 11. wurde die Kapelle im neuen Haus der OSBO in Otshitutuma, 13 km von O'kuku, eingeweiht. Es liegt an der großen Straße, hat Wasseranschluß, einen großen Gemüse- u. Obstgarten und bietet Platz für 6—10 Sr. Als Kommunität sind sie unabhängig von der Station O'kuku. Gott, schenke diesem Haus und der ganzen Kongregation Blüten und Wachsen nach innen und außen!

In unserem Hospital, das ständig „unterbelegt“ ist — d. h., die Patienten liegen auch unter den Betten auf Matratzen —, hatten wir für ein Jahr einen jungen Arzt, Dr. Matthias Vennemann, aus Münster. Seit 12/85 arbeitet hier ein anderer Arzt, Dr. Michael Rabbow, aus Lüneburg. Er wohnt mit Frau und Söhnchen Johann Christoph in einem umgebauten Teil der Haushaltsschule. Anfang 87 soll ein weiteres Arzt-Ehepaar kommen. Für sie wird gerade ein Haus gebaut mit Zusatz-Einzel-Appartement.

„Wann kommst Du in Heimaturlaub? Sehen wir Dich mal wieder?“ wurde häufig gefragt. Ja, ich komme 87 für 3 Monate und werde versuchen, viele zu sehen. Es ist nicht so sehr die „Heimat“, die mich zieht oder das Wiedersehen mit Freunden. Denn das Wort Jesu gilt wohl auch für den Missionar: „Wer nicht alles verläßt (wirklich!), kann nicht mein Jünger sein.“ Luk. 14,26.33. Ich denke eher an Paulus und Barnabas. Als sie von ihrer 1. Missionsreise zurückkehrten, erzählten sie der Aussendungsgemeinde Antiochia, was für große Dinge der Herr durch sie an den Heiden getan hatte (Apg. 13, 1–3; 14,26–28). Es war eine Art Verkündigung der Frohen Botschaft über das aktuelle Wirken Gottes, über die Wahrheit der Schrift: Jes. 55,10f. So sehe ich den Sinn dieses Heimaturlaubs, eine Art Glaubens- und Informationsverbindung mit der Sendungs-(Missions)-Kirche. Das ist auch der Sinn dieses Briefes. Übrigens ist der berichtete Knatsch zwischen Paulus und Barnabas (Apg.15,36–41) auch für uns hier tröstlich, wenn es mal funkt und kracht.

Voraussichtlich komme ich von Anfang Mai bis Anfang August. Noch habe ich keine festen Reisepläne. Alles hängt auch davon ab, ob ich ein „Wiedereinreise-Visum“ erhalte. Wenn jemand einen bestimmten Zeitraum für einen Besuch wünscht oder ausschließen will, müßte er mir schreiben.

Beinahe hätte ich Weihnachten vergessen und Silvester und „Prost Neujahr!“. Einst hat Jesus die Händler aus dem Tempel geworfen. Wir können niemand rauswerfen. Aber wir können auf die Krippe schauen und uns nicht durch den Lärm und das Geglitzter ablenken lassen. Jesus kommt noch heute zu denen, die ihn brauchen, und er ist schon mitten unter denen, die ihn nicht wahr- oder ernstnehmen. Die Stunde der Gnade kann jederzeit schlagen. Gerade mitten im Überdruß gibt es geistlichen Hunger (Lk 19,1ff.). Wir brauchen nur Propheten (2 Sam 12), die den Menschen die Geschichte Gottes mit ihnen (ihre persönliche „Bibel“) deuten. Wir brauchen Hirten (Lk 2,20) die von dem erzählen, was sie selbst gehört und gesehen haben, damit auch andere den Weg zum Retter in der Krippe finden. Wir brauchen viele Philippusse (Apg 8,26–40), die Gott in die Wüste zum Äthiopier schicken kann. Das „Neue Jahr“ mit Gott beginnt „heute“, da wir seine Stimme hören und das Herz nicht verhärten“ (Ps 95). Der 1. Januar ist nur der Anfang der nächsten Jahreszahl, vielleicht noch 365 Tage zu leben... Beten wir füreinander, daß der Stern des Glaubens auch uns zum Stall führt, außerhalb von Bethlehem, wo wir das Kind finden, und Maria und Josef und andere Hirten...

Wie immer schreibe ich Konten und Adresse der MVO hierher. Kleidung und Geld werden ja immer gebraucht.

Missionsversorgung der Oblaten, Drosselweg 3, 65 Mainz 1, Tel.: 06131/386140/38610. PS: Missionsversorgung der Oblaten Mainz Ffm 38410-600 jeweils mit dem Vermerk: („P. Jüptner“)

Bk: Dresdner Bank Mainz 234258300 BLZ 55080065

Bk: Pax Bank Mainz 4000270011 BLZ 55160195

Bk: Kreissparkasse Bingen 886 BLZ 55250010

Gott, segne diesen Brief und jeden, der ihn liest! In der Liebe Jesu grüße ich Euch, jeden einzelnen.

Ich bitte Sie um Verständnis für das schlimme Aussehen des Briefes. Vieles lief anders als geplant. Ganz herzlich möchte ich mich für die DM 1000,— bedanken, die Sie am 22. 4. 85 überwiesen haben. Vor 3 Wochen haben wir uns einen neuen Datsun Geländewagen mit 4-Rad-Antrieb gekauft, für 15 000,— DM. Wenn Gott will, werden wir damit gut zu allen Außenposten kommen. Gott segne auch Sie und Ihren Dienst an den Soldaten und an der Kirche. Beten Sie bitte für unser Land und die Soldaten, die an der falschen Front kämpfen.

Herzlich Ihr P. Walter Jüptner

„Kinder in Afrika“ plant Schulspeisungsprogramm in Südafrika

Zuluführer Mangosuthu Buthelezi begrüßt ungewöhnliche Initiative

Karl Breyer

Die Stiftung „Kinder in Afrika“ mit Sitz in Reinbek bei Hamburg hat eine bemerkenswerte Initiative ergriffen. Sie will die fast unübersehbar gewordenen Berge der EG-Agrarüberschüsse zur Ernährung der hungernden Kinder in der Dritten Welt einsetzen. Unter dem Stichwort SCAID (School-Children-Aid) soll ein Schulspeisungsprogramm angekurbelt werden, wodurch nicht nur Kinder in den Entwicklungsländern vernünftig ernährt, sondern auch die überquellenden Lagerbestände an Getreide, Trockenmilch, Butter und Rindfleisch der Europäischen Gemeinschaft ohne großen Kostenaufwand abgebaut werden können. Dabei soll unter allen Umständen vermieden werden, daß der Produktionsanreiz in der Dritten Welt verlorengeht. Ernährungsminister Ignaz Kiechle sowie der Leiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Prof. H. Brandt, gaben bereits nützliche Anregungen zur Realisierung des Projektes. Da sich Südafrika wegen seiner denkbar günstigen Infrastruktur besonders für die Durchführung eines solchen Programms eignet, hat die Stiftung „Kinder in Afrika“ den Zuluführer Mangosuthu Buthelezi gebeten, in seinem Land Kwazulu beginnen zu können und die Schirmherrschaft zu übernehmen. Der Präsident der Inkatha-Bewegung begrüßte die ungewöhnliche Initiative und sagte seine Unterstützung zu. Unser Korrespondent Karl Breyer — seit Jahren in Afrika tätig und Autor verschiedener Bücher über den Kontinent — wurde von der Stiftung als Berater ernannt. Seine Tätigkeit ist ehrenamtlich. Er wird das Projekt an Ort und Stelle betreuen und regelmäßig darüber berichten. Hier ist sein Beitrag.

In der Ersten Welt türmen sich beängstigende Berge unverkäuflicher Agrarprodukte buchstäblich bis in den Himmel hinein. Im Herbst dieses Jahres lagerten in den Packhäusern der Europäischen Gemeinschaft 16,4 Millionen Tonnen Getreide, 1,5 Millionen Tonnen Butter, 1,1 Millionen Tonnen Magermilchpulver und 590 000 Tonnen Rindfleisch. Allein schon die Lagerhaltung verursacht enorme Kosten. Sie werden auf jährlich zehn Milliarden Mark geschätzt. Die gesamten volkswirtschaftlichen Verluste dieser Agrarpolitik belaufen sich gegenwärtig auf mehr als 25 Milliarden DM pro Jahr für die

USA, Japan und die EG zusammengekommen. Die Konsumenten und Steuerzahler dieser Länder müssen zusätzlich Jahr für Jahr mehr als 100 Milliarden \$ für direkte und indirekte Agrarsubventionen aufbringen. Das ist dreimal soviel wie die jährlichen Aufwendungen der Industriestaaten für die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Forderung, die überquellenden Lager abzubauen, wird denn auch immer stärker.

Als großartig ist daher die Idee zu bezeichnen, die der Vorsitzende der Stiftung „Kinder in Afrika“, Horst W. Zillmer, jetzt auf den Tisch legte und die inzwischen schon begeisterte Anhänger gefunden hat. Ein Schulspeisungsprogramm, das wie die Schulspeisung im Deutschland der Nachkriegshungerjahre funktionieren müßte, soll in Afrika eingeführt werden. Das geplante Projekt würde sich für die Lösung drei besonderer Probleme eignen. Das zentrale Anliegen wäre zunächst die Versorgung von notleidenden Kindern der Dritten Welt. An zweiter Stelle würde das Schulspeisungsprogramm Kinder und Jugendliche so lange wie möglich an die Schule binden. Die konsequente und regelmäßige Durchführung einer Schulspeisung dürfte sich schließlich besonders positiv auf die Ausbildung von Jugendlichen auswirken. Obwohl die Nahrungsmittelhilfe kein bevorzugtes Instrument für den Abbau der EG-Überschüsse werden soll, würde es dennoch zur Erleichterung des Problems beitragen.

Stiftungsvorsitzender Horst Zillmer geht zunächst von dem Gedanken aus, daß etwa 400 bis 600 Millionen Menschen weltweit hungern. Täglich sterben 40 000 Kinder (jährlich 15 Millionen), an Hunger oder an den Folgekrankheiten der Unterernährung. Ein zweiter wichtiger Faktor ist die Tatsache, daß zur Zeit rund 860 Millionen Menschen über 15 Jahre weder lesen noch schreiben können. In vielen Ländern Asiens und Afrikas besucht nur jedes zweite Kind die Schule. Eine hohe Anzahl von Jugendlichen verläßt bereits aus wirtschaftlichen Gründen die Schule. Sie werden für den Kampf ums Überleben in der Familie gebraucht. Die von Zillmer gegründete Stiftung will nun keineswegs die Agrarüberschüsse der Europäischen Gemeinschaft verschenken, um diese Kinder am Leben zu erhalten. Die Nahrungsmittel sollen auch nicht verschleudert werden. Die aus Europa herbeigeschaffte Nahrung soll ausschließlich und unter strenger Kontrolle Schulkindern der Dritten Welt zugute kommen. Die Stiftung betont ausdrücklich, daß verhindert werden muß, daß eine solche Aktion in den Entwicklungsländern die Nahrungsmittelpreise zu Fall bringt. Den Bauern der Dritten Welt würde der Anreiz zur Eigenproduktion fehlen.

Entwicklungsländer, die in den Genuß von subventionierten Nahrungsmitteln kommen, sind besonderen Gefahren ausgesetzt. Niemand hat das besser beschrieben als der Journalist Randolph Braumann in seinem Buch „Afrika wird totgefüttert“. Nahrungsmittelimporte — welcher Art auch immer — lösen kontraproduktive Wirkungen aus, sobald diese Nahrungsmittel durch das Unterbieten einheimischer Produkte deren Absetzbarkeit verhindern. „Die kostenlose Verteilung stürzt Afrika in immer tieferes Elend. Der Kostenlos-Effekt führt zu einem Verfall der Preise einheimischer Produkte. Den Bauern wird die Chance genommen, ihre eigenen Erzeugnisse mit Gewinn zu verkaufen“, so heißt es in Braumanns Buch. Die Stiftung „Kinder in Afrika“ will dann auch von Anfang an bei der Einführung des SCAID-Programms verhindern, daß die eingeführten Nahrungsmittel die

einheimischen Märkte überfluten und beeinträchtigen. Vor allem gezielte Kontrollen und Überwachungen durch das Nationale Rote Kreuz sollen negative Entwicklungen von vornherein ausschließen. Außerdem will die Stiftung im Laufe der Zeit die eigenen Bestände des Schulprogramms durch Ankäufe auf den einheimischen Märkten ergänzen.

„Kinder in Afrika“ führte nun die ersten vorbereitenden Gespräche mit der Präsidentin des südafrikanischen Roten Kreuzes, Frau Inka Mars, und dem Vorstandsmitglied Dr. Ben Ngubane. Auch Chiefminister und Inkatha-Präsident Mangosuthu Buthelezi wurde informiert. Die Begeisterung war groß, vor allem auch, weil die Stiftung gleichzeitig ein Berufsausbildungsprojekt innerhalb der sogenannten „community schools“ der verarmten Bevölkerung fördern will. Genaue Einzelheiten sollen im Januar 1987 mit dem Chiefminister und anderen maßgebenden Zulu-Politikern in der Hauptstadt Ulundi besprochen werden. Bis dahin soll an Ort und Stelle eine Analyse über die Durchführung erstellt werden. Ausgangsbasis ist die Tatsache, daß die Kosten und der Transport der Lebensmittel bis Durban bezahlt werden und daß die Kosten für die Lagerung, Verteilung und Kontrolle von inländischen Organisationen getragen werden. Die gesamte Aufsicht und Leitung soll an Ort und Stelle in zuverlässige Hände gelegt werden.

Die Aktion in Südafrika wurde beschlossen, weil das Land besonders günstige logistische Voraussetzungen in Form von gut funktionierenden Häfen und Verkehrsverbindungen hat. Entscheidend ist jedoch, daß die schwarze Bevölkerung bereits schwer unter der wirtschaftlichen Depression und den Sanktionen zu leiden hat. Schon heute werden durch die Hilfsorganisation „Operation Hunger“ in Johannesburg 720 000 Menschen täglich mit Nahrungsmitteln versorgt. In den Slumvierteln von Durban, die hauptsächlich von Zulus bewohnt werden, erhalten täglich 100 000 Kinder eine Schulspeisung. „Kinder in Afrika“ will die Schulspeisung SCAID auch in Uganda testen, da dieses Land in den vergangenen zwanzig Jahren besonderen Belastungen durch einen mörderischen Bürgerkrieg ausgesetzt war. Die Kinder Ugandas hatten besonders zu leiden. Hier hat man sich die Aufgabe gestellt, das Schulsystem zu ordnen und die Kinder wieder an die Schule zu binden.

Die rechtsfähige Stiftung „Kinder in Afrika“ unterliegt der Staatsaufsicht. Ihr Sitz ist 2057 Reinbek, Holsteiner Straße 12 c. Die südafrikanische Anschrift lautet P.O.Box 73 112, ZA 2030 Fairland/Johannesburg. „Kinder in Afrika“ hat sich bisher an verschiedenen Projekten, die unter dem Motto standen „Hilfe zur Selbsthilfe“, für Findlings- und Nomadenkinder in Marokko beteiligt. Spendenkonten sind bei der Hamburger Sparkasse, Konto-Nummer 1280/202 886 Bankleitzahl 200 505 50 und beim Postgiroamt Hamburg, Konto-Nummer 942 90-201 Bankleitzahl 200 100 20, eingerichtet.

Horst W. Zillmer, der unermüdliche Motor, unterschätzt keineswegs die Probleme, aber er gibt sich optimistisch. Zusammen mit dem energischen ehrenamtlichen Vorstand, der aus den Herren Andreas Graf Dönhoff in München und Klaus Dietzel in Mühlheim besteht, will er nicht locker lassen, die Verantwortung gegenüber notleidenden und hilfebedürftigen Kindern und Jugendlichen in Afrika zu wecken und zur Linderung der Not beizutragen. „Eine von mir angestellte Rohkalkulation zeigt bereits, daß ein SCAID-Pro-

gramm entwicklungspolitisch, wirtschaftlich und volkswirtschaftlich sinnvoll ist,“ so sagt Horst Zillmer. „Ich halte es jedenfalls für verantwortungsvoller, als Nahrungsmittelüberschüsse an Kälber zu verfüttern oder sie praktisch an die Sowjetunion zu verschenken . . .“

„Das Mutterland ruft uns“

Afrikas neuer Guerillakrieg greift nach Maputo

Karl Breyer

Jeden Morgen um sieben Uhr sendet Radio Mocambique die ersten Nachrichten. Wenige Sekunden vorher hört man die sonore Stimme eines Rundfunksprechers, der die Bürger daran erinnert, daß sich das Vaterland in Not befindet. „Das Mutterland ruft uns“, sagt die Stimme, während im Hintergrund dramatische Musik erklingt. „Das Mutterland gehört uns allen“, so fährt der Ansager dann fort, „es muß von allen verteidigt werden.“ Abgesehen von den sporadischen Schimpftiraden gegen die „Banditen“ und die Zurschau-Stellung von gefangenen Rebellen, vermeidet Radio Mocambique jeden weiteren Hinweis auf einen Bürgerkrieg, der mehr als eine Million Flüchtlinge über die Grenzen in die Nachbarstaaten trieb, Hunderttausende Menschen brot- und obdachlos machte und der die ehemalige portugiesische Kolonie praktisch an den Rand des Ruins gebracht hat. Mit Ausnahme von gelegentlichen Meldungen und Berichten über Erfolge der eigenen Seite und blutige Niederlagen des Gegners, die als Propaganda zu bewerten sind, gibt es kaum zuverlässige Informationen über einen der neuen blutigen Kriege in Afrika.

Bisher sind meines Wissens nur zwei Journalisten in das Kampfgebiet der MNR vorgedrungen, die über die Hintergründe dieser Guerillaorganisation berichten konnten. Einer war mein inzwischen verstorbener Freund Dr. Hans Germani, der 1983 mit den Aufständischen unterwegs war und mit dem ich mich des öfteren über die Entwicklung in Mocambique unterhalten habe. Der andere ist der italienische Journalist Giancarlo Coccia, der im Juni 1983 ein Exklusiv-Interview mit dem Oberbefehlshaber der MNR, Alfonso Dhlakama, führte, das in der Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlicht wurde. Auch mit Giancarlo Coccia führte ich zahlreiche Gespräche. Es gab jedoch wohl niemand, der die Entwicklung in der früheren portugiesischen Kolonie so gut kannte, wie der Portugiese Orlando Cristina. Ich habe ihn sowohl im damaligen Lourenço Marques wie auch später in Pretoria verschiedentlich interviewt. Cristina galt als der eigentliche Gründer der Guerillabewegung. Als Mitglied der portugiesischen Geheimpolizei PIDE war es ihm gelungen, als Agent in die Organisation der Frelimo einzudringen. Sie schickte ihn sogar zur Ausbildung nach Algerien. Nach seiner Rückkehr spielte Cristina in der Hauptstadt Mocambiques eine maßgebende Rolle bei der Aufstellung der Sondereinheit der Fallschirmjäger und der sogenannten „Flechas“ (Pfeile), einer gefürchteten Spezialtruppe, die nur aus Schwarzen bestand. Nach dem Ende der portugiesischen Herrschaft in den Kolonien flüchtete Cristina mit den „Flechas“ zunächst nach Rhodesien, wo sie sich der Sondereinheit der Selous Scouts anschlossen. Cristina wurde später Militärberater des Staatspräsidenten Dr. Hastings Kamuzu Banda von Malawi.

Die Ironie will, daß die Guerillabewegung MNR, die heute in den Propagandasendungen aus Maputo als „verbrecherische Organisation von Banditen“ dargestellt wird, praktisch durch die Mitarbeiter eines Rundfunksenders aus der Taufe gehoben wurde. Rhodesien, das von den Partisanen Joshua Nkomos und Robert Mugabes immer stärker in die Zange genommen wurde, versuchte ab Juni 1976 die Kampfkraft des Gegners durch Radiosendungen zu zersetzen und gleichzeitig das Frelimo-Regime in Mocambique, das inzwischen auch militärisch Robert Mugabe unterstützte. Die Rhodesier benutzten dazu einen sehr starken 400-kW-Sender, der bei Gwelu in Mittelh Rhodesien (heute Gweru) stationiert war. Die Radiostation nannte sich „Voz da Africa Livre“ (Die Stimme des Freien Afrikas). Sie wurde teils von dem portugiesischen Millionär Jorge Jardim und teils von anderen weißen Flüchtlingen aus Mocambique finanziert und stand unter Leitung von Orlando Cristina. Der Piratensender — scherzhaft „Dicke Bertha“ genannt — forderte auch Frelimo-Soldaten auf, zu desertieren und sich der neuen Guerillabewegung MNR oder Renamo (Resistencia Nacional de Mocambicana) anzuschließen. Cristina wurde der erste Generalsekretär der MNR.

Die „Stimme des Freien Afrikas“ war so einflußreich, daß tatsächlich viele Frelimo-Soldaten desertierten und sich der neuen Bewegung anschlossen. Im Oktober 1976 hatte sich eine große Zahl anti-marxistischer Dissidenten unter André Matadi Matsangaisse von Samora Machels Organisation getrennt und sich der MNR angeschlossen. Unter ihnen befand sich auch der heutige Führer der Aufständischen, Alfonso Dhlakama. Der Sender konnte später als „Radio Wahrheit“ und „Stimme des Widerstands“ gehört werden. Er strahlte schließlich auch in Spanisch für die in Angola und Mocambique stationierten kubanischen Truppen aus. Die Buschkrieger nannten die Rundfunkstation „Die Stimme der Hyäne“. Die Rhodesier stellten den ehemaligen „Flechas“ und den neu hinzugekommenen Deserteuren der Frelimo ein Ausbildungslager bei Odzi zur Verfügung. Es unterstand dem „Rhodesian Central Intelligence Office“. Die rhodesische Sondereinheit „Rhodesian Special Air Service“ besorgte die Ausbilder. Über Mangel an Rekruten brauchte die MNR nicht zu klagen, da viele Frelimo-Anhänger unzufrieden waren mit der Entwicklung in ihrem eigenen Land unter dem marxistisch-leninistischen Regime Samora Machels.

Im Oktober starb Kommandant André — wie Matsangaisse genannt wurde — in einem Feuergefecht mit Frelimo-Truppen. Alfonso Mecacho Marisetta Dhlakama, Vater von zwei Kindern und damals 27 Jahre alt, wurde sein Nachfolger. Er ist bis heute Präsident und militärischer Befehlshaber der Widerstandsbewegung. Dhlakama ist der Sohn eines Stammeshäuptlings aus der Provinz Sofala. Er war zunächst Freiwilliger in der portugiesischen Kolonialarmee, aus der er 1972 desertierte, um sich als Guerillakämpfer der Frelimo anzuschließen. Nach der „Nelkenrevolution“ von Lissabon ernannte ihn Samora Machel zum Provinzkommandeur im befreiten Mocambique. Er konnte sich jedoch nicht mit der wachsenden Korruption der neuen Machthaber und deren Machtmißbrauch abfinden. Er überschritt die rhodesische Grenze und schloß sich den Rebellen Cristinas an.

Schon vor dem Ende des weißen Rhodesien hatten Cristina und Jorge Jardim Kontakt mit den südafrikanischen Militärs aufgenommen. Noch ehe Robert Mugabe im April 1980 die

Führung des neuen Zimbabwe übernahm, setzte sich die Führungsspitze der MNR nach Südafrika ab. Ein neuer Sender wurde als Propagandainstrument zunächst in Pietersburg und danach in Phalaborwa installiert. Orlando Cristina, der militärische Kopf der Bewegung, bezog eine der Armee gehörende Farm im Norden Pretorias. Einer seiner Mitarbeiter wurde der schwarze Frelimo-Pilot Adriano Bomba, der im Juni 1981 mit einem MIG-19-Düsenjäger nach Südafrika desertierte und sich den Guerillas anschloß. Später stellte sich jedoch heraus, daß Bomba als Spion gekommen war. Er gab vermutlich die ersten Hinweise auf den Einfluß und den Verbleib Cristinas an die marxistische Gegenseite. Im April 1983 drangen Killer in das Schlafzimmer des MNR-Generalsekretärs ein. Sie töteten den Mann, der als der „Godfather“ oder „Pate“ der Guerillabewegung bezeichnet wurde, mit einem Genickschuß. Gerüchten zufolge gehörten die Mörder dem ostdeutschen Staatssicherheitsdienst an. Der südafrikanische militärische Geheimdienst leitete eine Untersuchung ein, deren Ergebnisse jedoch nie bekannt wurden. Leutnant Bomba wurde später in Gorongosa, der Militärbasis der MNR in Mocambique, hingerichtet.

Schon bald hatten die Südafrikaner die Ausbildung der Guerillas übernommen. Südafrikanische Flugzeuge versorgten die Basis in der südlichen Manica-Provinz mit Nachschub und sowjetischen Waffen, die wiederum bei Operationen im nördlichen Namibia und in Angola erbeutet worden waren. Eintragungen in einem Tagebuch, das Truppen aus Zimbabwe in der Basis Gorongosa fanden, ergeben, daß CD-3-Dacotas und Hercules-C-30-Transporter das Material über den Stützpunkten der Guerillas abwarfen. Auch wurden Waffentransporte mit Schiffen entlang der Küste durchgeführt. So heißt es in einer Eintragung vom 8. Februar 1984: „Wiederversorgung per Schiff wird bald bei Bata de M. Coluine erwartet. 3525/1927. 60 Spezialisten. 40 Tonnen Material.“ Die südafrikanische Armee leugnet die Echtheit dieser Tagebücher. Verteidigungsminister General Magnus Malan betonte ausdrücklich, daß die Unterstützung der Renamo nach der Unterzeichnung des Nkomati-Vertrags am 16. März 1984 vollständig eingestellt wurde. Fest steht jedoch, daß die südafrikanischen Generäle keineswegs glücklich waren mit den Bedingungen dieses Vertrages, in dem vereinbart wurde, daß keiner der Vertragspartner Terrororganisationen unterstützen darf, die vom Hoheitsgebiet der Gegenseite aus operieren. Die Vereinbarung sollte vor allem die Aktivitäten des in Südafrika verbotenen African National Congress und der Kommunistischen Partei lahmlegen, aber auch die südafrikanische Unterstützung an die MNR unterbinden. Weder Pretoria noch Maputo erfüllten den Sinn des Vertrags, der heute vielfach als „tot“ und als der Versuch der Marxisten, Zeit zu gewinnen, bezeichnet wird. Allein in diesem Jahr kam es zu mehr als fünfundzwanzig Terroraktionen des ANC in Südafrika, die von Mocambique aus durchgeführt wurden.

Die Aktivitäten der MNR nahmen nach der Unterzeichnung des Vertrags um das Doppelte zu. 1985 gab es in Mocambique mindestens acht Zwischenfälle pro Tag, die aus Minenexplosionen, Sabotageaktionen, Überfällen und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung bestanden. Es wurde immer deutlicher, daß die Initiative zur militärischen Auseinandersetzung in die Hände der MNR übergegangen war. Von den 450 Zusammenstößen und Feuergefechten mit der Frelimo-Armee zwischen April und Juni dieses Jahres wurden minde-

stens 360 durch die Aufständischen provoziert. Sowjetische und ostdeutsche Militärberater zeichneten verantwortlich für die verschiedenen Offensiven, die zum Ziel hatten, die MNR zu zerschlagen. Sie waren alle erfolglos, weil die Guerillas es verstanden, sich der tödlichen Umklammerung zu entziehen und hinter den Linien der Angreifer Nachschubkolonnen anzugreifen und den Feind zu demoralisieren.

Ein entscheidender Schlag gelang der MNR Mitte Oktober. Von der Nordgrenze mit Tansania bis zur Republik Südafrika eröffneten die Guerilla-Einheiten vollkommen überraschend die Offensive. Sie überrannten verschiedene Regierungsstützpunkte, und sogar gutausgebildete Truppen aus Zimbabwe, die zum Schutz der Ölpipeline zwischen Beira und Umtali eingesetzt werden, mußten die Flucht ergreifen. 1500 Frelimo-Kämpfer flohen in panischer Angst über die Grenze nach Malawi. Die Präsidenten von Mocambique, Zimbabwe und Sambia wurden in der Hauptstadt Lilongwe vorstellig und wollten Staatsoberhaupt Dr. Hastings Kamuzu Banda in die Einheitsfront gegen die MNR und Pretoria zwingen. Es kam zu solchen heftigen Auseinandersetzungen, daß schließlich die Wachen des Palastes herbeieilten, um Frieden zu stiften. Banda ist der einzige Präsident Schwarzafrikas, der diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit Pretoria unterhält. Die letzten Gespräche des Staatspräsidenten Samora Machel in Lusaka dienten der Koordination gemeinsamer Aktionen gegen die Rebellen und hatten außerdem zum Ziel, Banda mittels einer Wirtschaftsblockade zu stürzen. Während des Rückflugs nach Maputo raste die Tupolow 134 des mocambikanischen Staatsoberhauptes gegen einen Hügel. Samora Machel war tot. In den Trümmern fanden die Südafrikaner Dokumente, die eindeutig auf die Verschwörung gegen den Präsidenten Malawis hinweisen. Trotz der unwiderlegbaren Beweise wurde Pretoria für den Absturz verantwortlich gemacht und außerdem der Fälschung beschuldigt.

In Mocambique ist inzwischen der Kampf um die Kontrolle des Landes und vor allem um den sogenannten Beira-Korridor in vollem Umfang entbrannt. Dabei ist der Beira-Korridor, der sich von der Hafenstadt bis in das heutige Mutare (früher Umtali) hinzieht, von vitaler Bedeutung. Wirtschaftlich gesehen kann Zimbabwe — vor allem bei weiteren Sanktionen gegen Südafrika — nur überleben, wenn diese Nachschubverbindung für die Ölpipeline sowie für den Straßen- und Eisenbahnverkehr offen bleibt. Robert Mugabe gab den Befehl, 12000 Soldaten seiner eigenen Armee nach Mocambique zu verlegen, um die Rebellion der „von Pretoria bezahlten Banditen“ niederzuschlagen. Vor 40000 Menschen in Harare legte er den Schwur ab, das Nachbarland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen zu helfen. Außerdem wurden tansanische Truppen in die Volksrepublik verlegt, und in Kürze sollen äthiopische Einheiten dort stationiert werden. Bei der Konferenz der Blockfreien in Harare bot Indiens Ministerpräsident Gandhi an, zusätzlich ein Geschwader seiner Luftwaffe und indische Truppen zur Verfügung zu stellen. Inzwischen sind auch größere Gruppen sowjetischer Berater, die vorher im Yemen und in Äthiopien tätig waren, in Maputo eingetroffen. Westliche Beobachter sind der Meinung, daß es sich bei einigen um Angehörige der Spetznaz-Einheiten handelt, einer Spezialtruppe, die in Mord, Sabotage und Überfällen hinter den feindlichen Linien ausgebildet wurde.

Trotz wiederholter Dementis ist es erwiesen, daß die MNR-Guerillas bisher von Basen im

benachbarten Malawi aus operieren konnten. Zuverlässigen Quellen zufolge werden sie neuerdings mit Waffen- und Nachschubmaterial aus dem Fernen Osten, den arabischen Staaten am Persischen Golf und sogar aus anderen Afrika-Ländern versorgt. Die Islamische Republik der Comoren soll dabei als Absprungbasis für die Versorgung aus der Luft dienen. Es scheint, daß die arabische Welt ein besonderes Interesse an der Entwicklung in Mocambique hat, auch weil viele Moslems von dem marxistischen Regime verfolgt wurden. Das Land zählt 13 % Moslems gegenüber 15 % Christen. Auf aktuellen Fotos kann man sehen, daß die MNR-Guerillas das neueste Gewehr der portugiesischen Armee tragen, eine Schußwaffe, die also anscheinend erst in letzter Zeit an die Rebellen geliefert worden ist. Schätzungen südafrikanischer Experten zufolge sollen die Guerillastreitkräfte jetzt zwischen 17000 und 20000 Mann stark sein. Auf der anderen Seite stehen laut „Business Day“ in Johannesburg 30000 Frelimo-Soldaten, 12000 Mann aus Zimbabwe, 4000 bis 5000 sowjetische Berater, Piloten und Ausbilder, 4000 Kubaner und 1000 Spezialisten der Volksarmee gegenüber. Präsident Alfonso Dhlakama behauptete jetzt, daß zur Zeit auch 6000 äthiopische Soldaten in das Land gebracht werden.

Hunderttausende Menschen haben inzwischen Mocambique verlassen und sind über die Grenzen Südafrikas, Zimbabwes, Malawis und Sambias geflohen. Sie fürchten Hungertod und Kriegswirren, die nach wie vor weite Teile des Landes bedrohen. Einige hunderttausend Arbeiter sind in den südafrikanischen Goldminen und in der Landwirtschaft in Osttransvaal und Natal tätig. Viele von ihnen leben illegal in der Burenrepublik. Wiederholt drohte Pretoria damit, diese „Gastarbeiter“ auszuweisen, wenn der wirtschaftliche Druck als Folge der Sanktionen weiter zunimmt. Das Elend der einstmals blühenden und funktionierenden portugiesischen Kolonie wäre nicht auszudenken. In der Hauptstadt Maputo wächst die Unzufriedenheit mit jedem Tag. Die Zahl der Einwohner stieg von 200000 am Ende der portugiesischen Herrschaft vor zwölf Jahren auf mehr als zwei Millionen. Armut und Elend nehmen verheerende Folgen an. Die Geschäfte sind leer. Seife, Zucker und andere lebenswichtige Nahrungsmittel sind nicht vorhanden. Das einzige Warenhaus — eine Filiale der südafrikanischen John-Orr-Kette — zeigt leere Schaufenster und Regale. Vor zwei Jahren zerschlug ein Hagelsturm Tausende Fenster in der Stadt. Bis heute wurde nicht ein einziges repariert. „Diese Stadt und dieses Land bluten sich zu Tode“, sagte mir ein Diplomat. Jedenfalls sieht die Zukunft für dieses „verschlampte Paradies“ — wie es einmal liebevoll genannt wurde — bitter aus.

Nur Alfonso Dhlakama, der Präsident und militärische Befehlshaber der mocambikanischen Widerstandsbewegung, gibt sich optimistisch. Er betonte, daß eine zukünftige Regierung unter seiner Führung eine anti-kommunistische und pro-westliche Politik betreiben wird. In einem jetzt veröffentlichten Gespräch mit dem portugiesischen katholischen Rundfunksender „Radio Renascença“ in Lissabon sagte er: „Joaquim Chissano (der Nachfolger Samora Machel und neuer Staatspräsident) steht unter dem Druck der Generäle, die kriegsmüde sind. Aber Chissano ist härter als Machel. Er gibt dem Krieg den Vorrang, und als Diplomat weiß er, wie er Menschen irreführen kann. Viele Frelimo-Generäle, mit denen wir in Kontakt stehen, glauben an friedliche Verhandlungen. Ein militärischer Staatsstreich wäre die Alternative... Aber wie auch immer: Unser Sieg ist in Sicht...“

Informationen aus Kirche und Welt

Kardinal Ratzinger: Sittliche Probleme nur sittlich zu bewältigen

Die Moraltheologie muß nach dem Präfekten der Glaubenskongregation wieder zu einer positiven Lehre der christlichen Werte kommen und „die Schöpfungs-idee des Menschen sichtbar machen“. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ sagte Kardinal Ratzinger, es gehe darum die Schöpfung Gottes „nicht bloß rings um uns, sondern auch in uns selbst“ zu verteidigen. Entschieden wies der Kardinal Vorwürfe gegen die Kirche zurück, sie fördere durch ihre Morallehre die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt. Europäische „Bevölkerungsplaner“ übersehen, daß man sittliche Probleme nicht technisch, sondern nur sittlich lösen könne. Die Geburtenkontrolle sei ein sittliches Problem, deshalb scheiterten „hoch finanzierte Feldzüge mit rein technischen Methoden“. Dagegen funktioniert die Geburtenkontrolle „in den aktiv mit der Kirche lebenden Bereichen“. In Europa, das von der sittlichen Freiheit des Menschen nichts mehr erwarte und alle Probleme technisch lösen wolle, sei ein Umdenken erforderlich. Kritik übte Kardinal Ratzinger auch daran, daß die Bemühungen um die Gleichberechtigung der Frauen vielfach auf „Gleichmacherei“ hinausliefen. Bei Licht betrachtet, laufe der Feminismus darauf hinaus, „daß man die Frauen zu Männern machen will“. Eine „versteckte Feindschaft gegen das eigene Geschlecht werde deutlich, wenn die Mutterschaft und ihre über den Augenblick der Geburt hinausreichende Zuordnung beschimpft würden. Auch die Art, „wie ein Klassenkampf zwischen Mann und Frau aufgebaut wird“, entspreche einfach nicht der unverstellbaren Wirklichkeit des Menschseins.

(idu, Nr. 6/87)

Großbritannien: Nach Kardinal Hume ist AIDS ein „moralisches Tschernobyl“

Der Erzbischof von Westminster, Kardinal Hume, bezeichnete die bis jetzt unheilbare und tödliche Krankheit als „moralisches Tschernobyl“. Er sagte auch, daß die Tragödie von Tschernobyl die Menschheit gezwungen habe,

über ihr Verhältnis zum technischen Fortschritt nachzudenken und daß ebenso AIDS die Beziehungen der Menschen untereinander und besonders die persönlichen Verhältnisse infrage stelle. Die Verbreitung von AIDS müsse als Hinweis verstanden werden, daß die Menschen in ihren Beziehungen untereinander einen Irrweg eingeschlagen haben und sich von da die Notwendigkeit ergebe, von neuem über die Bedeutung der Sexualität in den zwischenmenschlichen Beziehungen nachzudenken. Auf dem Gebiet der Sexualität muß auch der Mensch wieder Selbstdisziplin lernen und fähig werden, „nein zu sich selbst zu sagen“, erklärte der Kardinal in der Fernseh-Kampagne von BBC, das nach seiner Meinung mit „entweder Kondome oder AIDS“, eine falsche Alternative vorschlägt. In Wirklichkeit gibt es nach dem Kardinal einen „dritten Weg“: den der Selbstdisziplin und in gleicher Weise der Achtung des Nächsten auf dem Gebiet der Sexualität. Es scheint, daß AIDS diese Tatsache wirksamer ins Bewußtsein ruft, als das alle kirchlichen oder sonstigen Stellen in den vergangenen Jahren haben tun können.

(MAG-INFO Kanada, Januar 1987)

Der Krieg in Afghanistan

Die Geiselnahme von Mitgliedern der „Ärzte ohne Grenzen“ scheint auf dem besten Wege zu sein, eine laufend praktizierte Technik durch die mörderischen Systeme zu werden, die durch die ganze Welt wüten. Aber es ist schon lange her, daß die Sowjets sie in Afghanistan in Angriff zu nehmen versuchen, wo diese Organisation mit Unterstützung der „Gilde du raid“ Außerordentliches leistet. Da die Sowjets ihre Ziele nicht erreicht haben, taten sie einen zusätzlichen Schritt, indem sie die Hilfsgruppen absichtlich bei ihrer Verlegung angriffen: so meldete eine Nachricht von Agence France Press im Oktober 1985 einen solchen Versuch. Drei Hubschrauber-Einheiten hatten an der Operation teilgenommen, die 39 Mudjaheddin das Leben kostete. Ein Hinterhalt gleicher Art wurde einen Monat später dem amerikanischen

Journalisten Thornton gestellt, der dabei den Tod fand. Man weiß jetzt, daß die Sowjets seine Anwesenheit kannten und sein Tod das erstrebte Ziel war.

Diese Praktiken sind ein zusätzliches Zeichen für die Nervosität des Stabes der Roten Armee in Afghanistan. 1985 sollte in der Tat der Widerstand endgültig zerschlagen werden. Aber wenn dieser auch schwierige Situationen erlebt hat, so hat er doch standgehalten und sogar erreicht, die Belagerung von großen Städten des Südens, besonders von Kandahar, aufzubrechen. Jetzt erreichte die Zahl der zerstörten und abgeschossenen sowjetischen Flugzeuge und Hubschrauber die Zahl tausend. Moskau soll ebenso 12000 Mann an Toten seit 1979 verloren haben, dazu mehr als 18000 Verwundete. Noch schwerer für die Rote Armee: Während die Widerstandskämpfer heute mehr als 100000 Mann zählen, sind die offiziellen Kräfte Kabuls, die die Befehle des „grünen Bruders“ folgsam ausführen, ganz erheblich zusammengeschrunpft. 1979 noch 90000 Mann stark, können sie heute nur noch mit 35000 Soldaten rechnen, deren Loyalität dazu noch mehr und mehr zweifelhaft ist. Ein Beweis von Anfang 1986 für diese wichtige Tatsache: fünf afghanische Generale (!) sind in Kabul verhaftet worden! Sie hatten mit dem Kommandanten Massoud unter einer Decke gesteckt und den Widerstand über die sowjetischen Bewegungen und Offensiven unterrichtet!

Eines der kennzeichnendsten Beispiele für die Schwierigkeiten, denen die Sowjets begegnen, ist durch die militärische Lage in der Region Herat im Nordwesten des Landes gegeben. Nach später bestätigten Aussagen eines Verantwortlichen des örtlichen Widerstands hätten die Widerstandskämpfer zwischen März 1985 und März 1986 „42 Mig-Kampfflugzeuge (davon 35 am Boden), 17 Hubschrauber (davon 8 am Boden) und 600 Militär-Fahrzeuge zerstört“ (La Croix, 19. April 1986).

Wie wir jedoch wiederholt geschrieben haben, muß man sich vor einem illusorischen Optimismus hüten: Trotz seiner Anstrengungen bedarf der Widerstand westlicher Hilfe und könnte ohne diese zweifellos nicht lange überleben.

Ebenso ist angebracht zu bemerken, daß selbst die Zuführung dieser Hilfe, wesentlich von den

USA kommend, die dafür 1986 fast 600 Millionen Dollar freigegeben haben, auf manchmal bedeutende Schwierigkeiten stößt. Nach dem CIA verschwindet z. B. fast 60% des nach Pakistan gelieferten Materials zwischen dem Augenblick der Entladung und dem, in dem die Verantwortlichen des Widerstands es erhalten. Die „Entnahmen“ wären verschiedener Art: zuerst die pakistanischen Militärs selbst, dann die Transporteure der Waffen, schließlich nicht kontrollierte Gruppen der Flüchtlingsmassen. Für das Magazin „Time“ könnte der Umfang der durch die pakistanische Armee erfolgten Unterschlagungen nahelegen, daß tatsächlich eine Vereinbarung zwischen Washington und Islamabad besteht, nach der sich Pakistan weiterhin gegenüber den Mudjaheddin wohlwollend zeigen würde im Austausch gegen diese „guten Gelegenheiten“ (Time, 9. Dezember 1985). Die Annahme ist plausibel: Jedes mal, wenn die USA sich über das Verschwinden bestimmter Lieferungen aufzuregen schienen, hat Präsident Zia stillschweigend durch sehr maßvolle Vorschläge im Hinblick auf Moskau reagiert (Le Monde vom 28. März 1986 z. B.).

Schließen wir dieses Kapitel, indem wir einmal mehr die Naivität — aber ist das wirklich der angemessene Ausdruck? — des Westens im Anschluß an die Erklärungen von Gorbatschow, die einen baldigen Rückzug des sowjetischen Kontingents ankündigten, bedauern. Die sowjetische Armee nimmt seit sechs Monaten erhebliche Auswechslungen der Bestände vor, bestimmt zur Verstärkung von Einheiten, die durch die islamische Propaganda zu sehr beeinflusst oder durch den Abscheu vor dem Krieg, den man sie führen läßt, zu sehr erschüttert sind. Das ist die einzige Erklärung für die gegenwärtigen Truppenbewegungen. Sicher möchte Moskau gern sein afghanisches Problem regeln können: Das würde seine Beziehungen zu China verbessern und würde es ein wenig in der internationalen öffentlichen Meinung rehabilitieren. Aber man müßte schon sehr wenig von der Realität des sowjetischen Kommunismus kennen, um sich auch nur eine Sekunde zu denken, eine solche Regelung könne etwas anderes darstellen als das Todesurteil für den Widerstand der Mudjaheddin.

(MAG-INFO, Nr. 352-2)

Kirchliche Friedenslehre teils fehlerhaft interpretiert

Einwände gegen die „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi

Bonn, 19. Februar 1987. — Die Friedenslehre der Katholischen Kirche sei in der „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi teils fehlerhaft interpretiert, und die Situationsanalyse der nuklearen Abschreckung sei einseitig und daher unzureichend für die in der Pax-Christi-Erklärung gezogenen Folgerungen. Zu dieser Feststellung kommt die Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax in ihrer am 19. Februar 1987 in Bonn veröffentlichten Stellungnahme. Die Pax-Christi-Erklärung behaupte eine generelle Abrüstungsfeindlichkeit, so daß die Chancen einer politischen Gestaltung verdeckt würden, wie sie etwa in Reformstrategien wie Rüstungsbegrenzung und Vertrauensbildung erörtert werden müßten.

Die Delegiertenversammlung der deutschen Sektion von Pax Christi war in ihrer „Feuersteiner Erklärung“ vom November 1986 zu der entscheidenden ethischen Aussage gekommen, sie sehe die Kriegsdienstverweigerung „aufgrund unseres Glaubens und aufgrund unserer Analyse“ der gegenwärtigen Situation „als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise“ an und trete „deswegen mit Nachdruck für die Kriegsdienstverweigerung“ ein. Die jetzt vorgelegte Stellungnahme dazu wurde von der Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax auf Wunsch des Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für Pax Christi, Bischof Hermann Josef Spital, und des Justitia-et-Pax-Vorsitzenden, Bischof Franz Kamphaus, erarbeitet. Der ausführlichen Stellungnahme ist ein Minderheitsvotum von Karlheinz Koppe beigegeben.

Hinweis: Die Langfassung unseres Pressedienstes ist als ARB 46/87 bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1, zu beziehen.

(PD 4/87 — 19.2.87)



Kurzinformation

Am 8. Oktober 1985 hat Papst Johannes Paul II. die niederrheinische Wallfahrtsstadt Kevelaer zum Veranstaltungsort des 17. Marianischen und 10. Mariologischen Weltkongresses bestimmt. Damit wird ein solches Ereignis zum ersten Mal nach 75 Jahren wieder auf deutschem Boden stattfinden.

Die Marianischen Weltkongresse haben sich spontan aus den marianischen Wallfahrten begründet, mit dem Ziel, die Marienfrömmigkeit durch liturgische Kulthandlungen, kulturelle Veranstaltungen und wissenschaftliche Referate zu fördern. Im Lauf der Zeit sind sie zu Sammelpunkten der marianischen Volksfrömmigkeit und der mariologischen Forschung geworden, auf die sie ihrerseits stark rückgewirkt haben.

Der Mariologische Kongreß hat wissenschaftlichen Charakter. 200 bis 300 Theologen, Historiker und Soziologen aus aller Welt werden am Thema „Die Marienverehrung im 19. und 20. Jahrhundert bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1962)“ die mariologischen Studien und Forschungen weiterführen. Der Kongreß wird auch der psychologischen und anthropologischen Einbindung Rechnung tragen und versuchen, eine Erklärung für die Entstehung gewisser marianischer Frömmigkeitsformen im untersuchten Zeitraum zu bieten. Wie auf allen Kongressen seit dem II. Vatikanum wird auch dieses mal eine ökumenische Arbeitsgruppe eingerichtet.

Der Marianische Kongreß ist der pastorale Teil des Treffens. Über drei Zugänge wird Annäherung an das Leitwort „Maria, Mutter der Gläubenden“ gesucht: das „Es geschehe“ Mariens in Nazareth (Lk 1,38) und unter dem Kreuz (Joh 19,25–27); Maria im Geheimnis von Kana: „Was er euch sagt, das tut“ (Joh 2,5); und Maria mit der Gemeinde im Gebet um den Heiligen Geist (Apg 1,14). Das geschieht im gemeinsamen Gebet und Feiern der hl. Eucharistie, im Hören von Vorträgen, in Begegnung und Gespräch, in stiller Betrachtung.

Pressemitteilung

Aus Anlaß des Mariologischen und Marianischen Weltkongresses in Kevelaer im September

1987 hat der Internationale Mariologische Arbeitskreis Kevelaer (IMAK) den von der Stadt Kevelaer gestifteten „Literaturpreis“ ausgeschrieben. Zielsetzung des Preises ist die literarische Würdigung Mariens im Sinne der Lehre der katholischen Kirche. Mit dem Preis sollen junge Autoren gefördert werden (die Teilnehmer müssen zwischen dem 1.1.1957 und dem 1.1.1970 geboren sein). Neue literarische Initiativen, die sich der Behandlung christlicher Themen in zeitgemäßer Form widmen, sollen dadurch geweckt werden.

Das Thema des Wettbewerbs lautet: „Maria, die Mutter Jesu“. Ausgeschrieben sind drei Preise: für Theater, belletristisches Prosastück und Gedicht, mit beliebigem Umfang, eineinhalbzeilig

getippt. Die Texte müssen, original, unveröffentlicht und in deutscher Sprache verfaßt sein.

Der Einsendeumschlag soll zwei verschlossene Umschläge enthalten, die mit einem vom Verfasser gewählten Kennwort bezeichnet sind. Der eine Umschlag enthält die Arbeit, der andere die Daten zur Person. Die Beurteilung durch die Jury verläuft anonym. Sie wird während der Weltkongresse im September 1987 bekanntgegeben.

Einsendeschluß ist der 30. Juni 1987. Die Arbeiten sind einzusenden an IMAK, Kapellenplatz 35, 4178 Kevelaer 1. Dort können auch die Teilnahmebedingungen angefordert werden. Gesamtpreise in Wert von 10 000,— DM sind ausgeschrieben.

Nun, zum Festtag aller Mütter

Als des Frühlings milde Winde
zartes Grün zum Leben weckten,
sah zwei Drosseln ich im Garten,
die sich auf der Wiese haschten.

Aus dem Haschen ward ein Werben,
aus dem Spiel ein frohes Schaffen.

Drosselvater, Drosselmutter
bauten fleißig an dem Neste.

Als der Wind die Apfelblüte
rosa übers Land verstreute,
fütterten die jungen Schnäbel
Drosselvater, Drosselmutter.

Nun, zum Festtag aller Mütter,
danken auch die Drosselkinder,
Klingt ihr Piepen Drosselohren
lieblicher als Menschenlieder.

Hans Bahrs

Das aktuelle Buch

Das Haus Hohenzollern 1918–1945

von Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen, 416 Seiten, 61 Seiten Dokumente in Faksimile, Albert Langen-Georg Müller Verlag GmbH, München–Wien 1985.

Das Haus Hohenzollern ist in den letzten siebzig Jahren unseres Jahrhunderts immer wieder in der Zeitgeschichte voller Emotionen beurteilt und betrachtet worden. Hierbei hat man es mit der objektiven Wahrheit – die ein zentraler und unverzichtbarer Punkt der gesamten Geschichtsbetrachtung sein sollte – nie genau genommen, und seit dem Ende der Monarchie ist das Bild des letzten deutschen Kaisers und der kaiserlichen Familie starken Verzerrungen ausgesetzt gewesen. Vorurteile ergaben Vor-Verurteilungen, nostalgische Sehnsüchte führten zu unangemessenen Verklärungen. An dieser Stelle sollte man jedoch zunächst die Feststellung treffen dürfen, daß die schweren Verbrechen Adolf Hitlers und seiner Getreuen in dieser grausamen Form erst nach der Abdankung der Monarchie denkbar und möglich geworden sind. Wir hätten uns darüber hinaus wahrscheinlich auch ohne fremde Hilfe des Naziterrors – der ja bis in die kleinste Ortsgruppe hineinreichte – entledigen können, wenn wir nach 1933 einen Monarchen als Staatsoberhaupt gehabt hätten. Hierfür gibt die Entwicklung in Italien am 25. Juli 1943 – die Verhaftung Mussolinis durch den König – ein mehr als bededtes Zeugnis ab.

Die jetzt hier vorliegende Untersuchung von Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen verzichtet bewußt darauf, subjektive Vorstellungen zum Material dieser Darstellung zu machen. Sie läßt vielmehr die Quellen sprechen, die dem Verfasser – dem ältesten Sohn von Prinz Louis Ferdinand, dem Chef des Hauses Hohenzollern – in einem Maße verfügbar waren, wie noch keinem anderen Autor, der sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Ausgewertet wurden das Archivmaterial von Haus Doorn, Bestände des Brandenburgisch-Preussischen Hausarchivs und des Archivs der Generalverwaltung des vormals regierenden Preussischen Königshauses und des Bundesarchivs Koblenz, um nur die wichtigsten Quellen zu nennen, auf die sich diese interessante Arbeit stützt.

Das Buch ist in drei Hauptteile gegliedert. Zuerst entfaltet der Verfasser die Situation des Hauses Hohenzollern in der Weimarer Republik, zeichnet dann seine Begegnungen mit dem Nationalsozialismus nach und schildert schließlich seine Konfliktfelder in der Zeit des Dritten Reiches. Eine umfangreiche Dokumentation erleichtert dem Leser das eigene Urteil.

Agitation und Propaganda haben die Entwicklung des Hauses Hohenzollern nach 1918 völlig falsch dargestellt. Die Stellung des Hauses Hohenzollern im Nationalsozialismus geht schon daraus hervor, daß die Führung der Verschwörung gegen Hitler, der durch einen Putsch des Heeres gestürzt werden sollte, zunächst Prinz Wilhelm von Preußen – gefallen als Oberleutnant und Kompaniechef im Infanterie-Regiment 1 am 26. Mai 1940 in Frankreich – als Reichsverweser vorgesehen hatte. Danach erwog Kronprinz Wilhelm im Ernstfall – Putsch gegen Hitler – selbst in die Bresche zu springen. Im Jahre 1943 nahm der Plan der Verschwörer – Kronprinz Wilhelm einzusetzen – ernsthafte Formen an. Dem Kronprinzen sollte der Oberbefehl über die Wehrmacht übertragen werden. Auch eine Proklamation an die Wehrmacht und das deutsche Volk lag bereits vor, die von einem Freund des Kronprinzen – Karl Magnus von Knebel-Doeberitz – maßgeblich beeinflußt wurde.

Man kann aus der Geschichte lernen – wenn man es wirklich will. Man kann aber ganz bestimmt falsche Aussagen und Daten korrigieren, wenn man sich ernsthaft mit den Fakten und Tatsachen befaßt und auseinandersetzt. Hierbei kann dieses Buch ein großartiger Helfer sein. Man kann um der geschichtlichen Wahrheit willen nur hoffen, daß es von vielen gelesen wird, die sich mit der deutschen Geschichte konfrontiert sehen. Es bedarf mancher Korrektur an den eingefahrenen geschichtlichen Thesen über das Deutsche Reich. Diese Veröffentlichung kann hierbei helfen und sehr nützlich sein.

K.W.B.

Deutsche Geschichte

Band 1, Mittelalter, von Josef Fleckenstein, Horst Furmann und Joachim Leuschner, 573 Seiten, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985.

Die Diskussion über die Problematik von Geschichte und Geschichtswissenschaft ist noch nie größer gewesen wie in unseren Tagen. Geschichte ist objektiv der Geschehenszusammenhang, in dem die Menschheit als ganze oder ein Kulturkreis, ein Staat, ein Volk oder eine Stadt erwachsen ist und sich verändert hat; subjektiv das Wissen um diesen Zusammenhang, seine Erkundung oder Darstellung. Der Zusammenklang der beiden Bedeutungen ist sinnvoll und unaufhebbar, weil das Vergangene zwar an sich objektive Wirklichkeit ist, aber Geschichte erst als Gegenstand eines historischen Bewußtseins erkennbar wird. Jedes Geschichtsbild wird von der Wertschätzung seiner Zeit entscheidend — entweder bewußt oder unbewußt — mitbestimmt. Trotzdem bleibt der Unterschied zwischen einem Denken, das die Vergangenheit den gegenwärtigen Wertmaßstäben unterwirft und das Geschichtsbild kurzerhand nach diesen formt, und einem Denken, das die vergangenen Zeitalter aus ihrem eigenen Mittelpunkt zu verstehen bemüht ist, immer weiter bestehen. Ersteres kann zu einer Perversion der Geschichte führen, letzteres ist immer wieder um historische Objektivität bemüht und daher auch für uns heute sinnvoll. Um diese historische Objektivität ist die kürzlich vorgelegte Deutsche Geschichte des Verlages Vandenhoeck und Ruprecht bemüht.

Seit die Humanisten die deutsche Geschichte entdeckt haben, ist sie mit einer eigentümlichen Problematik beladen, die aus den Kämpfen und Zielen ihrer eigenen Zeit erwachsen ist. Sie äußert sich über Jahrhunderte in der pathetischen Forderung der Freiheit von Rom und der römischen Welt. Ihr Symbol wurde der Cherusker Arminius, in dessen durch Tacitus vermittelter Gestalt sich die Abwehr Roms mit der Behauptung germanisch-deutscher Eigenständigkeit verkörpert sah. So beschworen sie ihn, von gelehrten, religiösen und politischen Vorstellungen ihrer Zeit bestimmt, als Leitfigur der deutschen Geschichte. Lange vor den Romantikern haben damit die von Bibel, Kirchenvätern und antiken Autoren inspirierten Humanisten die geistige Absonderung aus der geschichtlichen Gemeinsamkeit Europas eingeleitet. Denn im übrigen Europa, vor allem in Frankreich, haben eben diese Humanisten genau die gegenteilige Überzeugung genährt, indem sie dort anstelle des deutschen Pathos der Freiheit von Rom das Ethos der kulturellen Nachfolge Roms verkündeten. So ergab sich die paradoxe Situation, daß das Erbe des Imperium Romanum außerhalb des heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bereitwilliger und selbstverständlicher aufgenommen wurde als im Reich selbst, obwohl dieses sich als dessen legitimer Nachfolger verstand.

Die hier vorliegende Darstellung — Mittelalter — ist bemüht, diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen. Sie hat als Einleitung einer mehrbändigen Deutschen Geschichte deren Beginn zu schildern und kann sich dabei auf eine Reihe vorzüglicher Untersuchungen und Darstellungen stützen. Die Autoren verstehen deutsche Geschichte von vornherein als europäische Geschichte, die sie besonders von ihren Grundlagen her zu erschließen versuchen. Dabei sehen sie die Grundlagen nicht nur als Ausgang, sondern als weiterwirkende Bedingungen der deutschen Geschichte und ihren Beginn als Ergebnis eines allmählichen Aufstiegs eines fränkischen Reiches, das in gewandelter Form den alten Zusammenhängen verhaftet bleibt. In dieser Doppelspannung zwischen allgemeinen und besonderen Kräften formt sich die spezifisch deutsche Geschichte aus. Sie setzt jedoch in ihrer Entstehung wie in ihrer Existenz immer wieder Europa voraus. Im Rahmen dieser Entwicklung wirkt Vergangenheit auf jede Gegenwart als Bedienung der Möglichkeit ihres Handelns ein, und jede Gegenwart vermag erst vor dem Hintergrund der Vergangenheit, erst im Spiel der Geschichte, der ein Spiegel der *conditio humana* ist, zu erkennen, was ihr selbst eigentümlich und wesentlich ist.

Diese Deutsche Geschichte ist zuerst als Taschenbuchausgabe veröffentlicht worden, die zwischen 1973 und 1984 — von Joachim Leuschner herausgegeben — in zehn Bänden der Kleinen Vandenhoeck-Reihe erschienen ist. Ein immer breiter und lebendiger werdendes Interesse an Geschichte in einer breiten Öffentlichkeit hat den Verlag veranlaßt, diese dreibändige Ausgabe herauszugeben. Sie nimmt das vorhandene Interesse — auch das kritisch fragende — auf und erscheint zugleich anläßlich

des 250jährigen Bestehens des Hauses Vandenhoeck & Ruprecht. Man kann nur hoffen, daß viele Menschen, die ein Interesse an deutscher und europäischer Geschichte bekunden und sich ernsthaft damit befassen und auseinandersetzen möchten, in diesem Werke lesen, das für manchen ein Lesevergnügen werden könnte.

K.W.B.

Reichstagsbrand

— Aufklärung einer historischen Legende, von Uwe Backes, Karl-Heinz Janßen, Eckhard Jesse, Henning Köhler, Hans Mommsen und Fritz Tobias, mit einem Vorwort von Louis de Jong, 326 Seiten, Verlag R. Piper GmbH & Co. KG, München—Wien 1986.

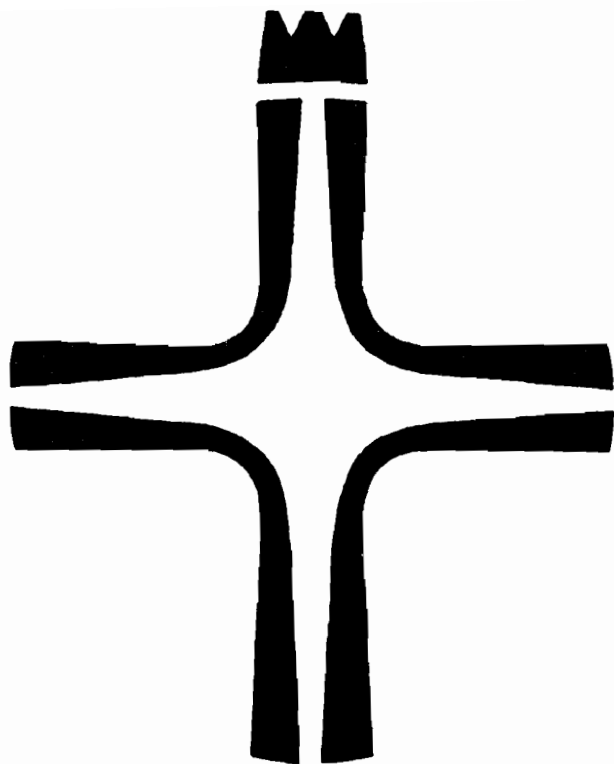
Der Rezensent dieses Buches hat den 27. Februar 1933, an dem der Deutsche Reichstag ausbrannte, voll und ganz miterlebt. Er kennt auch die Gerüchte, die nach dieser Brandstiftung von den Kommunisten und den Nazis in die Welt gesetzt wurden. Beide beschuldigten sich gegenseitig der Anstiftung und Mithilfe bei diesem Verbrechen. Dreiundfünfzig Jahre nach dieser Untat legt nunmehr der Piper Verlag ein Buch vor, daß nach kriminalistischer Kleinarbeit der Autoren den eindeutigen Ablauf der Brandstiftung von 1933 schildert.

Dieser 27. Februar 1933 markiert in der deutschen Geschichte den eigentlichen Beginn der nationalsozialistischen Diktatur. Er lieferte den Vorwand für die sogenannte „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ — auch die Nazis wandten schon populäre Schlagworte an —, die die Demokratie im Deutschen Reich faktisch außer Kraft setzte und den Staat der Diktatur auslieferte.

Seit dieser Zeit wird heftig darum gestritten, ob die Nazis den Reichstag selber angezündet oder die Tat eines Einzelgängers — des Holländers van der Lubbe — für ihre Zwecke einfach ausgenutzt haben. Diese Frage ist in zweifacher Hinsicht von grundsätzlicher Bedeutung. Zum einen liefert sie bedeutsame Anhaltspunkte, wie die nationalsozialistische Machtergreifung tatsächlich stattgefunden hat; zum anderen ist aus dieser historischen Frage im Streit der Wissenschaftler ein Politikum geworden, das tiefe Gräben zwischen den Historikern aufgerissen hat.

Das „Luxemburger Komitee“ — unter der Leitung von Professor Walter Hofer, Bern — hat nach Kriegsende immer wieder die Täterschaft der Nazis zu beweisen gesucht und auch Dokumente hierzu vorgelegt. Die Autoren dieses Buches — „Reichstagsbrand, Aufklärung einer historischen Legende“ — behaupten dagegen, daß diese Dokumente größtenteils Fälschungen sind. Diese aufsehenerregende These wird von den Verfassern im einzelnen genau belegt. Professor Henning Köhler weist detailliert nach, daß die — der wissenschaftlichen Öffentlichkeit im Original vorenthaltenen — Dokumente des Luxemburger Komitees entweder aus anderen Quellen zusammengesetzt oder sogar frei erfunden sind. Fritz Tobias, seit Jahrzehnten mit dieser Materie vertraut, zeigt die Unhaltbarkeit der „positiven Nachweise“ auf, die zur Erhärtung der NS-Brandstiftungs-These vorgelegt wurden. Der Historiker der „Zeit“, K.-H. Janßen, beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Mann, den er für die treibende Kraft hinter den Fälschungen hält, Edouard Calic. Über das „Luxemburger Komitee“ selbst berichtet Uwe Backes, während Eckhard Jesse die bewegte Geschichte der Reichstagsbrandkontroverse nachzeichnet. Zwei Beiträge von Professor Hans Mommsen, der den tatsächlichen Hergang der Brandstiftung schildert und eine historische Einordnung des Reichstagsbrandes in die deutsche Geschichte versucht, runden dieses interessante Buch ab. Jeder, der sich mit der jüngsten Geschichte Deutschlands befassen und auseinandersetzen möchte, sollte es gelesen haben. Damit wird auch ein Beitrag zur geschichtlichen Wahrheit beigegeben, die manchmal in der deutschen Geschichte — meist aus ideologischen Gründen — einfach auf der Strecke bleibt.

K.W.B.



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.